Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

15. September 1980
Jg. 8 Nr. 38

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D21060C

Bisher schärfste Drohung der UdSSR gegen Japan

z.wos. Aus Anlaß des 35. Jahrestages des „Endes des Zweiten Weltkriegs im Fernen Osten" hat Verteidigungsminister Ustinow in der „Prawda" „revanchistische Kräfte" in Japan davor gewarnt, die Lehren des letzten Krieges zu ignorieren und von einer „Renaissance Japans als einer starken Militärmacht" im Fernen Osten zu träumen. Japan sei starkem Druck aus Washington und Beijing ausgesetzt, und werde von diesen auf den gefährlichen Weg einer Militarisierung und zu feindlichen Handlungen gegen die UdSSR gedrängt. Diese dagegen tue alles, um den asiatischen Kontinent in eine Zone dauerhafter Stabilität zu verwandeln. Erst kürzlich hatte die Sowjetunion ein beschädigtes Atom-U-Boot aus japanischen Gewässern widerrechtlich abgeschleppt. Ustinow nannte außerdem Südsachalin und die Kurilen, zur Zeit als SU-Militärstützpunkte im Ausbau, „russisches Heimatland".

Wahlfarce in Chile – Junta gibt ja-Stimmen mit 70% an

z.chm. 70,8% aller Wahlberechtigten in Chile haben dem Verfassungsentwurf der Militärjunta zugestimmt. 6,75 Mio. Chilenen waren zur Wahl aufgerufen. Es bestand Wahlpflicht. Die Auszählung der Stimmen war nur lokal kontrollierbar und zwar nach Bezirken mit maximal 400 Stimmen eingeteilt. Die eigentliche Auszählung lag danach in den Händen der Bürgermeister und war jeglicher Kontrolle entzogen. Eine Farce war die Wahl auch deswegen, weil sie bei völligem Verbot aller demokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Volkes stattgefunden hat. An den Tagen vor der Wahl haben große Demonstrationen in Santiago stattgefunden, an denen sich trotz Demonstrationsverbot Tausende beteiligt haben. Im Vergleich zum Referendum von 1978 haben die Neinstimmen mit 28% zugenommen.

Tunesischer Außenminister fordert Öffnung der EG

z.gkr. Der tunesische Außenminister Belkhodja forderte eine stärkere Öffnung der EG für Tunesien und ein Mitspracherecht bei Erweiterung der EG. Kurz vor dem Abflug des französischen Außenministers zu einem Besuch in Tunesien forderte er Frankreich auf, sein Land dabei zu unterstützen. Tune-

Wahlfarce in Chile – Junta gibt ja-Stimmen mit 70% an

z.chm. 70,8% aller Wahlberechtigten in Chile haben dem Verfassungsentwurf der Militärjunta zugestimmt. 6,75 Mio. Chilenen waren zur Wahl aufgerufen. Es bestand Wahlpflicht. Die Auszählung der Stimmen war nur lokal kontrollierbar und zwar nach Bezirken mit maximal 400 Stimmen eingeteilt. Die eigentliche Auszählung lag danach in den Händen der Bürgermeister und war jeglicher Kontrolle entzogen. Eine Farce war die Wahl auch deswegen, weil sie bei völligem Verbot aller demokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Volkes stattgefunden hat. An den Tagen vor der Wahl haben große Demonstrationen in Santiago stattgefunden, an denen sich trotz Demonstrationsverbot Tausende beteiligt haben. Im Vergleich zum Referendum von 1978 haben die Neinstimmen mit 28% zugenommen.

Tunesischer Außenminister fordert Öffnung der EG

z.gkr. Der tunesische Außenminister Belkhodja forderte eine stärkere Öffnung der EG für Tunesien und ein Mitspracherecht bei Erweiterung der EG. Kurz vor dem Abflug des französischen Außenministers zu einem Besuch in Tunesien forderte er Frankreich auf, sein Land dabei zu unterstützen. Tune-
sien, wie Algerien und Marokko der EG assoziiert, ist vor allem auf eine Verstärkung der Exporte in die EG angewiesen. Gerade von der Zollfreiheit gegenüber der EG sind die agrarischen Hauptexportprodukte Tunesiens ausgenommen und teilweise kontingentiert. Die EG und vor allem Frankreich als ehemalige Kolonialmacht sind mit 55,8% Hauptimporteur. Gleichzeitig bestand aber 70% des Außenhandelsdefizits Tunesiens mit der EG. Durch die Ölexporte wurde es im vergangenen Jahr zwar verringert, aber noch nicht ausreichend.

OAU-ad-hoc-Komitee fordert Referendum in der Westsahara

z.inl. Zum vierten Mal seit seiner Bildung 1978 trat das ad-hoc-Komitee letzte Woche in Freetown zusammen, um im Auftrag der OAU Regelungen für eine friedliche Lösung des Westsaharakonfliktes zu erarbeiten. Zum ersten Mal hat Marokko neben den anderen betroffenen Parteien – FPOLISARIO, Algerien, Mauretanien – an der Sitzung teilgenommen; seine Versuche, die FPOLISARIO von den Verhandlungen auszuschließen, scheiterten. Das ad-hoc-Komitee bekräftigte die Forderungen des OAU-Gipfels vom letzten Juli: Feuereinstellung und Referendum in der Westsahara unter OAU-Aufsicht. Die Feuereinstellung soll im Dezember wirksam und von den UNO-Truppen überwacht werden. Die FPolisario akzeptiert den Vorschlag. Wenn Marokko seine Aggression gegen die DARS fortsetzt, wird sie bis zum militärischen Sieg weiterkämpfen.

Türkei: Generäle übernehmen die Regierungsgewalt

Militärs wollen „Terror und Anarchie" stoppen / Treue zum NATO-Bündnis

z.bew. In den frühen Morgenstunden des vergangenen Freitag haben die Streitkräfte in der Türkei durch einen Militärputsch die Macht übernommen. Die Regierung und das Parlament wurden aufgelöst. Die Führer der beiden großen bürgerlichen Parteien, Demirel, bis zum Putsch Regierungschef und Vorsitzender der konservativen Gerechtigkeitspartei, und Ecevit, Führer der sozialdemokratisch orientierten Republikanischen Volkspartei, wie der Vorsitzende der islamisch-orthodoxen Heilspartei Erbakan und über 100 Abgeordnete und Regierungsbeamte wurden unter Hausarrest gestellt bzw. in Militärgewahrsam genommen. Der Führer der faschistischen Nationalen Aktionspartei Türkes ist flüchtig. Das Kriegsrecht, seit Dezember 1978 über 19 Provinzen verhängt, wurde auf das ganze Land ausgedehnt. Alle Parteien und der unter reformistisch-revisionistischer Führung stehende Gewerkschaftsdachverband DISK und der faschistische Gewerkschaftsbund MISK, aber nicht der größte Gewerkschaftsverband Türkis, wurden verboten. Alle Kundgebungen und jede politische Betätigung wurden untersagt.

Der Putsch soll nach den ersten Meldungen unblutig verlaufen und auf keinen großen Widerstand gestoßen sein. Geleitet war er von der obersten Streitkräfteführung, dem Generalstabschef und den Kommandierenden der drei Teilstreitkräfte. Die Militärführung begründete ihr Eingreifen, dem mehrmalige Ultimaten an die bürgerlichen Parteien zur Einigung vorausgingen, mit der Unfähigkeit der Regierung und des Parlaments, dem „Terror von rechts und links Herr zu werden". Der Staatsstreich richte sich gegen „Anarchie, Terror, Spaltertum, kommunistische, faschistische und fanatisch religiöse Ideologien", die politischen Parteien hätten durch „kurzsichtige Rivalität und unkooperatives Verhalten versäumt, Maßnahmen zum Schutz des Staates zu ergreifen". Angekündigt wurde die Erarbeitung einer Verfassungsänderung, eines neuen Parteien- und Wahlgesetzes wie die baldige Wiederzulassung der politischen Parteien und die Machtübergabe an eine zivile Regierung. In der Außenpolitik soll es keine Änderung geben, und die Bündnistreue zur NATO wurde bekräftigt.

In den ersten Stellungnahmen der

stischer Führung stehende Gewerkschaftsdachverband DISK und der faschistische Gewerkschaftsbund MISK, aber nicht der größte Gewerkschaftsverband Türkis, wurden verboten. Alle Kundgebungen und jede politische Betätigung wurden untersagt.

Der Putsch soll nach den ersten Meldungen unblutig verlaufen und auf keinen großen Widerstand gestoßen sein. Geleitet war er von der obersten Streitkräfteführung, dem Generalstabschef und den Kommandierenden der drei Teilstreitkräfte. Die Militärführung begründete ihr Eingreifen, dem mehrmalige Ultimaten an die bürgerlichen Parteien zur Einigung vorausgingen, mit der Unfähigkeit der Regierung und des Parlaments, dem „Terror von rechts und links Herr zu werden". Der Staatsstreich richte sich gegen „Anarchie, Terror, Spaltertum, kommunistische, faschistische und fanatisch religiöse Ideologien", die politischen Parteien hätten durch „kurzsichtige Rivalität und unkooperatives Verhalten versäumt, Maßnahmen zum Schutz des Staates zu ergreifen". Angekündigt wurde die Erarbeitung einer Verfassungsänderung, eines neuen Parteien- und Wahlgesetzes wie die baldige Wiederzulassung der politischen Parteien und die Machtübergabe an eine zivile Regierung. In der Außenpolitik soll es keine Änderung geben, und die Bündnistreue zur NATO wurde bekräftigt.

In den ersten Stellungnahmen der
westdeutschen Imperialisten ist zwar die Festnahme der Politiker „empört und entsetzt" (Matthöfer, SPD) zur Kenntnis genommen und der Putsch als „Rückschlag für die freie Welt und das Bündnis freier Völker" (Leisler-Kiep, CDU) bezeichnet worden, gleichzeitig wurde aber Verständnis für das Vorgehen der Militärs gezeigt und dabei auf die pünktliche Rückzahlung ihrer Kredite gepocht. Die US-Imperialisten, die vor dem Putsch von der bevorstehenden Machtübernahme informiert worden waren, bezeichneten den Generalstabschef Evren als einen „verläßlichen Freund"; und die NATO hat über das Bekenntnis der Bündnistreue zur NATO ihre Befriedigung ausgedrückt. Von den Sozialimperialisten wurde noch keine offizielle Stellungnahme abgegeben.

Auslösendes Moment des Putsches war die gegenwärtige Regierungskrise, hervorgerufen durch den Rücktritt des prowestlichen Außenministers, der von der islamischen Heilspartei mit Unterstützung der Republikanischen Volkspartei und der faschistischen MHP erzwungen worden war. Mit zunehmendem faschistischen Terror wurde versucht, die sozialen Bewegungen der Arbeiterklasse und des Volkes zu unterdrücken. Dieser faschistische Terror hat Rückhalt in Teilen des Staatsapparates und der Armee und wurde von der Regierung Demirel gedeckt und geschürt. Gleichzeitig gab es terroristische Organisationen, deren Aktivitäten direkt von der SU geschürt wurden und die eine Lage schaffen sollten, in der sie um Hilfe gerufen wird. Dieser Terrorismus von rechts und „links" behindert die Entfaltung des Klassenkampfes und erschwert den Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern.

In dieser Situation treten die Militärs auf als Garanten der Sicherung der Nation und der Ordnung. Sie verweisen auf die wachsende Bedrohung der Türkei durch die Sowjetunion, um die NATO als Schutzmacht der Souveränität der Türkei zu propagieren. Zugleich treten sie als Nationalisten auf und berufen sich auf Kemal Atatürk, der die Türkei Anfang dieses Jahrhunderts in die Unabhängigkeit führte. Anders als bei dem Militärputsch 1960 wurde die jetzige Machtergreifung nicht von dem gesamten Offizierskorps getragen, sondern ging im wesentlichen von der Generalität aus. Innerhalb der

prowestlichen Außenministers, der von der islamischen Heilspartei mit Unterstützung der Republikanischen Volkspartei und der faschistischen MHP erzwungen worden war. Mit zunehmendem faschistischen Terror wurde versucht, die sozialen Bewegungen der Arbeiterklasse und des Volkes zu unterdrücken. Dieser faschistische Terror hat Rückhalt in Teilen des Staatsapparates und der Armee und wurde von der Regierung Demirel gedeckt und geschürt. Gleichzeitig gab es terroristische Organisationen, deren Aktivitäten direkt von der SU geschürt wurden und die eine Lage schaffen sollten, in der sie um Hilfe gerufen wird. Dieser Terrorismus von rechts und „links" behindert die Entfaltung des Klassenkampfes und erschwert den Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern.

In dieser Situation treten die Militärs auf als Garanten der Sicherung der Nation und der Ordnung. Sie verweisen auf die wachsende Bedrohung der Türkei durch die Sowjetunion, um die NATO als Schutzmacht der Souveränität der Türkei zu propagieren. Zugleich treten sie als Nationalisten auf und berufen sich auf Kemal Atatürk, der die Türkei Anfang dieses Jahrhunderts in die Unabhängigkeit führte. Anders als bei dem Militärputsch 1960 wurde die jetzige Machtergreifung nicht von dem gesamten Offizierskorps getragen, sondern ging im wesentlichen von der Generalität aus. Innerhalb der
Streitkräfte zeichnet sich gerade im mittleren Offizierskorps, das sich hauptsächlich aus den Reihen der Kleinbourgeoisie und der Bauernschaft rekrutiert, eine Strömung ab, die eine Hinwendung der Türkei an die Länder der Dritten Welt und stärkere Unterstützung der Blockfreienbewegung befürwortet.

Eine Arbeitslosigkeit von 25–30%, eine Inflationsrate von 100–120%, ständige vom IWF und der Weltbank erpreßte Abwertungen der nationalen Währung, riesige Elendsviertel von landlosgemachten Bauern in den Industriestädten (in Ankara leben 60% der Bewohner in Slums) kennzeichnen die ökonomische Lage der Arbeiterklasse und des Volkes. Mit einer Produktionsauslastung von nur 40%, einer Verschuldung von über 18 Mrd. Dollar und ständig steigendem Außenhandelsdefizit bei wachsenden Zinslasten steckt die türkische Wirtschaft in der schwersten Krise ihrer Geschichte.

Der Militärputsch fand statt während der gegenwärtigen NATO-Herbstmanöver in der Türkei, deren strategische Bedeutung durch die sowjetische Aggression in Afghanistan und den Verlust der Stützpunkte im Iran für das westliche Militärbündnis weiter zugenommen hat, und in einer Lage, in der die Sozialimperialisten ihre Truppenkontingente an der Grenze zur Türkei massiv verstärken und separatistische Kräfte in Türkisch-Kurdistan eine Lostrennung fordern und dabei auf den Beistand der SU setzen. Die US- und die westeuropäischen Imperialisten ihrerseits setzen darauf, daß mit dem Militärputsch eine Regierung an die Macht gekommen ist, die ihre strategischen und ökonomischen Interessen sichert.

Dritte Sitzungsperiode des V. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China beendet



Nach 14tägigen Verhandlungen wurde der chinesische Volkskongreß letzte Woche abgeschlossen. Die 3255 Delegierten wählten entsprechend dem Vorschlag des ZK der KP Chinas Zhao Ziyang zum Ministerpräsidenten, nachdem Hua Guofeng wie angekündigt von diesem Amt zurückgetreten war. In seiner Schlußansprache wies Hua auf die Fehler der Vergangenheit hin und drängte darauf, die strukturelle Reform der Wirtschaftsverwaltung in kühnen Schritten voranzutreiben. Die bisherigen Fehler und Unzulänglichkeiten hätten die Initiative und die Kreativität der Arbeiter gebremst; die Überlegenheit des sozialistischen Systems wurde nicht voll entfaltet. Dies behindere den Fortschritt der Modernisierungen

Dritte Sitzungsperiode des V. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China beendet



Nach 14tägigen Verhandlungen wurde der chinesische Volkskongreß letzte Woche abgeschlossen. Die 3255 Delegierten wählten entsprechend dem Vorschlag des ZK der KP Chinas Zhao Ziyang zum Ministerpräsidenten, nachdem Hua Guofeng wie angekündigt von diesem Amt zurückgetreten war. In seiner Schlußansprache wies Hua auf die Fehler der Vergangenheit hin und drängte darauf, die strukturelle Reform der Wirtschaftsverwaltung in kühnen Schritten voranzutreiben. Die bisherigen Fehler und Unzulänglichkeiten hätten die Initiative und die Kreativität der Arbeiter gebremst; die Überlegenheit des sozialistischen Systems wurde nicht voll entfaltet. Dies behindere den Fortschritt der Modernisierungen
und müsse kompromißlos beseitigt werden. (Siehe auch S. 11 und 14)

Warnstreik der AG „Weser" Arbeiter

Entlassungen, Lohnsenkung und Verlegung geplant – Betriebsrat tritt zurück

z.hek. Am 9. September 1980 trat der 23köpfige Betriebrat der Bremer AG „Weser" geschlossen zurück. Als Grund wurde ein Sanierungskonzept angegeben, welches die Betriebsführung vorlegte. Unter anderem enthält dieses Programm folgende Punkte:

1. Von 2790 Beschäftigten sollen 426 entlassen werden.

2. Die Entlohnung soll dem Zweigwerk Seebeck in Bremerhaven angegliedert werden (AG „Weser": Programmlohn; Seebeck: Gruppenakkord).

3. Der Hauptsitz der Werft wird nach Bremerhaven verlagert.

4. Die kostenlose Vergabe von Frischmilch an die Beschäftigten (½ l. täglich) wird eingestellt, andere Sonderzuwendungen an die Arbeiter abgebaut.

Der Betriebsrat erklärte zu seinem Rücktritt, daß dieser notwendig geworden sei, um durch Neuwahlen im Dezember ein Vertrauensvotum der Belegschaft zu erhalten. Dies sei wichtig, da es in der Lohnfrage darum ginge, Angriffe abzuwehren. Die Betriebsführung versucht, mit der Angleichung an das Lohnsystem der Seebeck Werft wieder Gruppenakkord einzuführen. Zweifellos ist das Programmlohnsystem der AG „Weser", dessen Auswirkungen auf die Arbeitskraft besonders im Serienschiffbau verheerend sind, eine Verschärfung des Akkordsystems. Fakt ist aber auch, daß die Belegschaft der AG „Weser" bei Einführung des Programmlohnsystems 1972, einen im Durchschnitt um eine Mark höheren Richtsatz durchsetzen konnten. Der würde bei Gruppenakkordentlohnung wegfallen.

Am 10.9. verlangten die Beschäftigten der AG „Weser" in einer mehrstündigen Streikversammlung vor Mittag Auskunft über den aktuellen Stand. Der Betriebsrat teilte hier mit, daß mit der IG Metall ein Krisenstab gebildet werde, und legte die Gründe für seinen Rücktritt dar. IG Metall und Betriebsrat stellten ein 10-Punkte-Programm auf, welches im wesentlichen den Erhalt der Arbeitsplätze sichern soll. Während die IG Metall in einer ersten Stellungnahme davon sprach, daß sie es für „besser gefunden hätte, wenn der Vorstand zurückgetreten wäre", stellte die Deutsche Angestellten Gewerkschaft fest, sie „lehne ein einseitiges Konzept zu Lasten der Arbeitnehmer ab".

Schon am 15. Juli war auf der Betriebsversammlung der Bremer Vulkan Werft unter Beifall eine Resolution vorgetragen worden, welche dazu aufforderte, „... die Arbeiter der AG „Weser" zu unterstützen: *Keine Entlassungen – Keine Teilstillegung!* Das ist auch unsere Forderung. Gegen die immer schärfere Vernutzung der Arbeitskraft fordern wir das *Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme!* Um den Kampf zur Durchsetzung dieser Forderung aufzunehmen, ist es richtig, wenn sich der Vertrauenskörper und Betriebsrat des Bremer Vulkan als alle Vertretungsorgane der Metallarbeiter in Bremen wendet, sowie den DGB und die IG Metall Bremen dafür gewinnt, unter diesen Forderungen Ende September eine Demonstration zu organisieren. Günstig wäre es darüber hinaus, wenn die Vertretungsorgane der AG „Weser" in einer von der IG Metall organisierten öffentlichen Versammlung über die Lage berichten und die Schritte zur Durchsetzung obiger Forderungen genauer geklärt werden können."

Der Betriebsrat und der Vertrauenskörper des Bremer Vulkan richtete daraufhin eine Resolution mit gleichem Wortlaut an die AG „Weser".

Stahlarbeiter der EBV-Hüttenwerke demonstrierten am 8.9. für den Erhalt der Arbeitsplätze



Ca. 800 Stahlarbeiter demonstrierten am Montag durch Eschweiler. Der EBV beschäftigte Ende 1979 17835, davon sind 1040 bei den Hüttenwerken angestellt. 1979 war schon ein Stahlbau-Betrieb geschlossen worden.

z.hew. **Bahr, SPD-Bundesgeschäftsführer, hat erklärt, er halte es nicht für sinnvoll, auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid eine Debatte über den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan zu führen.** In einem Interview am 7.9. sagte er, er sei jedoch der Meinung, die Konferenz solle sich auf das konzentrieren, was in der Schlußakte von Helsinki stehe. Fortschritte, die in Europa erreicht worden wären, müßten nicht automatisch unter dem leiden, was in anderen Teilen der Welt geschehe. Diese Erklärung Bahrs ist ein offenes Entgegenkommen gegenüber den Sozialimperialisten. Die Bundesregierung hat erklärt, sie wolle im Rahmen der Schlußakte von Helsinki, die auch die Politik gegenüber allen anderen Ländern einschließe, auf den Einmarsch in Afghanistan zu sprechen kommen. Zur Hauptseite der Politik auf der Konferenz will sie jedoch unter Verweis auf die polnische Arbeiterbewegung den Ausbau der Öffnung der Länder Osteuropas machen. In Bezug auf die Schlußakte von Helsinki will sie auf einem Ausbau der individuellen Kontakte und eines ungehinderten Informationsflusses bestehen. Die Erklärung Bahrs und die Verhandlung Afghanistans durch die Bundesregierung am Rande stellen ein Angebot dar, das die Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion stärken soll. Die Bundesregierung verspricht sich davon eine Erweiterung der Einmischungsmöglichkeiten gegenüber den Ländern Osteuropas. Die bedingungslose Unterstützung der Völker Afghanistans, Kampucheas und Eritreas wäre dafür nur hinderlich, denn sie erfordert eine Verurteilung der Sozialimperialisten und würde somit dem ungehinderten Informationsfluß schaden.

z.chm. **Die Nahosterklärungen der EG seien einseitig zugunsten der Palästinenser abgefaßt, verriet F.J. Strauß dem FAZ-Korrespondenten Harald Vocke, der sich durch seine Hetzartikel gegen die PLO und die arabischen Völker auszeichnet, in einem Artikel** mit der Überschrift ,,Was Strauß über den Nahostkonflikt denkt''. Die Europäer sollten sich überhaupt hüten, durch ,,eine Politik großer Worte, schwacher Taten und enttäuschter Hoffnungen ihr Ansehen im Orient weiter zu schwächen''. Eine Lösung des Nahostkonflikts sei nur auf Grundlage der von den USA vermittelten Vereinbarungen von Camp David möglich. Diese Verträge sollten so ausgestaltet werden, daß eine Versöhnung zwischen Sadat und den ,,gemäßigten'' arabischen Staaten möglich wird, denn die Friedensbereitschaft Sadats sei ein Gottesgeschenk für Israel. Die Auslassungen Strauß' gipfeln in der Forderung nach ,,Selbstverwaltung und Selbstbestimmung für Judäa und Samaria minus militärischer Souveränität''. Die Siedlungstätigkeit des zionistischen Staates soll auch weiter fortgesetzt werden und vor der Anerkennung der PLO müsse

pucheas und Eritreas wäre dafür nur hinderlich, denn sie erfordert eine Verurteilung der Sozialimperialisten und würde somit dem ungehinderten Informationsfluß schaden.

z.chm. **Die Nahosterklärungen der EG seien einseitig zugunsten der Palästinenser abgefaßt, verriet F.J. Strauß dem FAZ-Korrespondenten Harald Vocke, der sich durch seine Hetzartikel gegen die PLO und die arabischen Völker auszeichnet, in einem Artikel** mit der Überschrift ,,Was Strauß über den Nahostkonflikt denkt''. Die Europäer sollten sich überhaupt hüten, durch ,,eine Politik großer Worte, schwacher Taten und enttäuschter Hoffnungen ihr Ansehen im Orient weiter zu schwächen''. Eine Lösung des Nahostkonflikts sei nur auf Grundlage der von den USA vermittelten Vereinbarungen von Camp David möglich. Diese Verträge sollten so ausgestaltet werden, daß eine Versöhnung zwischen Sadat und den ,,gemäßigten'' arabischen Staaten möglich wird, denn die Friedensbereitschaft Sadats sei ein Gottesgeschenk für Israel. Die Auslassungen Strauß' gipfeln in der Forderung nach ,,Selbstverwaltung und Selbstbestimmung für Judäa und Samaria minus militärischer Souveränität''. Die Siedlungstätigkeit des zionistischen Staates soll auch weiter fortgesetzt werden und vor der Anerkennung der PLO müsse
man sich sowieso hüten.

z.ebk. **Der Innenausschuß des Bundestages, auf Antrag von CDU/CSU zur Überprüfung der ,,Fahndungspanne'' bei der Verfolgung von Christian Klar und Adelheid Schulz einberufen, kam auf seiner Sitzung vom 12.9. zu keinem einheitlichen Ergebnis.** CDU/CSU fordern den Rücktritt von Innenminister Baum, dieser denunziert deren Vorgehen als Wahlkampfmanöver. Dahinter steckt der Streit der bürgerlichen Parteien, wie die Überwachung und Kontrolle durch die verschiedenen Spitzelorganisationen auf der Ebene des Bundes und der Länder am wirkungsvollsten organisiert werden kann. Der Liberale Baum hat das Bundeskriminalamt und den Verfassungsschutz um die eine oder andere Datei gestutzt. Für die CDU/CSU ist das schon zuviel, für sie ist Baum selbst schon zu einem ,,Sicherheitsrisiko'' geworden. Dieses ,,Sicherheitsrisiko'' will sie mit der Hamburger ,,Fahndungspanne'' demonstrieren und Baum und sein liberales Konzept von Staatsschutz damit kippen. Baum und der FDP geht es dabei um das fortschrittliche Antlitz, um den Kampf gegen den Staatsapparat zu zersetzen. ,,Wir kriegen sie alle'', sagte Herold, Präsident des BKA, am 3.8. in einem Interview mit dem ZDF, und verwies auf den durch ,,systematischen Ermittlungs- und Fahndungsarbeit gesteigerten Fahndungsdruck''. Baum führte zur gleichen Zeit ein öffentliches Gespräch mit dem heimgekehrten Mahler, um damit die Erfolge seiner Politik zu demonstrieren.

z.smm. **Rückwirkend zum 1. August hat die IG Metall mit den Eisen- und Stahlkapitalisten einen Tarifvertrag abgeschlossen,** nach dem arbeitslose, ,,noch nicht berufsreife'' Jugendliche für ein Jahr bei Zahlung einer Ausbildungsvergütung, ,,beruflich gefördert werden sollen.'' Nach ,,erfolgreichem'' Abschluß der Förderungsmaßnahmen ist ein ne Aufnahme in ein Ausbildungsverhältnis vorgesehen. ,,Bleibt der Erfolg aus'', so soll ein Arbeitsplatz in den Stahlunternehmen angeboten werden. In der Chemieindustrie gibt es bereits solch einen Tarifvertrag. Dort ist festgelegt worden, daß die Jugendlichen im Rahmen des Vertragszweckes mit einfachen Tätigkeiten beschäftigt werden können. Hauptsächlich wird dieser Vertrag in der Chemieindustrie von den großen Konzernen genutzt. BASF hat 1979 200, Bayer 90 und Hoechst 35 Jugendliche nach diesem Vertrag eingestellt. Von den Jugendlichen, die insgesamt bis jetzt eine Förderungsmaßnahme absolviert haben, erhielten nur 15% einen Ausbildungsplatz, der Rest wurde als angelernte Arbeiter übernommen oder entlassen. Bei jedem von den Kapitalisten abgeschlossenen ,,Betreuungsvertrag'' zahlt das Land Nordrhein-Westfalen dem Kapitalisten 3000 DM. Bei einer anschließenden Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis erfolgt die Zahlung von 8000 DM.

z.ulw. **Die Vermögensanlagen der privaten Versicherungen haben sich bis März 1980 um 11% gegenüber März 1979 erhöht.** In der Tabelle sind die wichtigsten Anlagebereiche aufgeführt und, soweit möglich, mit den Anlagen der gesetzlichen Rentenversicherung verglichen. Die Bedeutung der privaten Versicherungen als Kapitalgeber wird ersichtlich. Ihr Umsatz (Prämieneinnahmen) macht 5% des Bruttosozialprodukts und 4/5 des Umsatzes im Bauhauptgewerbe aus. Im Hinblick auf den sinkenden Anteil der Anlagen im Wohnungsbau fordern die Versicherungen die Lockerung des Mieterschutzrechtes. Andernfalls könne die Krise im Wohnungsbau nicht überwunden werden.

Kapitalanlagen in Mrd. DM

	1	2	3	4	5
A) 1978	92,0	62,0	34,0	25,0	224,0
1979	108,0	66,0	37,0	26,0	249,0
B) 1978	61,0	27,0	28,0	16,0	138,0
1979	72,0	29,0	31,0	17,0	155,0
C) 1978	–	4,5	–	3,3	20,3
1979	–	3,8	–	3,4	20,1

Quellen: Monatsberichte der Dt. Bundesbank; Statistisches Bundesamt 1) Darlehen an Banken und gewerbl. Unternehmen; 2) Wertpapiere; 3) Kredite, überwiegend für den Wohnungsbau; 4) Grundbesitz; 5) Alle Anlagen A) Private Versicherungen insgesamt; B) private Lebensversicherungen; C) gesetzliche Rentenversicherung.

z.ebk. **Der KBW beteiligt sich an den Wahlen zum 9. Deutschen Bundestag am 5.10. mit Landeslisten in allen Bundesländern außer dem Saarland.** Mit Kreiswahlvorschlägen kandidiert der KBW in allen 52 Wahlkreisen der Län-

der gesetzlichen Rentenversicherung verglichen. Die Bedeutung der privaten Versicherungen als Kapitalgeber wird ersichtlich. Ihr Umsatz (Prämieneinnahmen) macht 5% des Bruttosozialprodukts und 4/5 des Umsatzes im Bauhauptgewerbe aus. Im Hinblick auf den sinkenden Anteil der Anlagen im Wohnungsbau fordern die Versicherungen die Lockerung des Mieterschutzrechtes. Andernfalls könne die Krise im Wohnungsbau nicht überwunden werden.

Kapitalanlagen in Mrd. DM

	1	2	3	4	5
A) 1978	92,0	62,0	34,0	25,0	224,0
1979	108,0	66,0	37,0	26,0	249,0
B) 1978	61,0	27,0	28,0	16,0	138,0
1979	72,0	29,0	31,0	17,0	155,0
C) 1978	–	4,5	–	3,3	20,3
1979	–	3,8	–	3,4	20,1

Quellen: Monatsberichte der Dt. Bundesbank; Statistisches Bundesamt 1) Darlehen an Banken und gewerbl. Unternehmen; 2) Wertpapiere; 3) Kredite, überwiegend für den Wohnungsbau; 4) Grundbesitz; 5) Alle Anlagen A) Private Versicherungen insgesamt; B) private Lebensversicherungen; C) gesetzliche Rentenversicherung.

z.ebk. **Der KBW beteiligt sich an den Wahlen zum 9. Deutschen Bundestag am 5.10. mit Landeslisten in allen Bundesländern außer dem Saarland.** Mit Kreiswahlvorschlägen kandidiert der KBW in allen 52 Wahlkreisen der Län-
der Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen, mit 39 Kreiswahlvorschlägen in Nordrhein-Westfalen, 17 in Hessen, 2 im Saarland, 10 in Rheinland-Pfalz, 25 in Baden-Württemberg und 10 in Bayern. Damit kandidiert der KBW in 155 (1976: 87) von 248 Wahlkreisen. Für die Zulassung der Landeslisten mußten jeweils 2000, für die Zulassung der Kreiswahlvorschläge jeweils 200 Unterschriften gesammelt werden. Alle Rundfunk- und Fernsehanstalten müssen die Wahlsendungen des KBW ausstrahlen, im 1. Programm am 22.9. um 20.15 Uhr, im ZDF am 15.9. um 19.20 Uhr oder am 22.9. um 21.20 Uhr.

z.doj. **Mit der geplanten Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages für Rentner 1982 will der Staat den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst die Zusatzversorgung kürzen.** 1967 hat die ÖTV einen Tarifvertrag zur zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst durchgesetzt. Er garantiert bis zu 75% des letzten Bruttolohns. Von der Zusatzrente will der Staat nicht nur den Krankenversicherungsbeitrag abziehen (rund 11,2%), sondern zusätzlich noch um den vorher um 11,2% erhöhen gesetzlichen Rentenversicherungsanteil kürzen. Das würde sich z.B. so berechnen:

Gesamtversorgung	1500 DM
abzüglich um 11,2% erhöhter gesetzlicher Rentenanteil	1112 DM
gesamte Renteneinkünfte	1500 DM
gekürzte Versorgungsrente	388 DM
abzüglich 11,2% Krankenversicherungsbeitrag	168 DM
verfügbare Renteneinkünfte	1332 DM

Mit dem Schlagwort von einer ,,Überversorgung'' im öffentlichen Dienst versucht der Staat die Industriearbeiter gegen die Zusatzversorgung aufzuhetzen und hält vor, daß die Renten bei voller Anrechnung einschließlich 13. Monatsgehalt teilweise über dem letzten Nettolohn liegen. Die ÖTV weist ausdrücklich darauf hin, daß die niedrigen Nettolöhne den erhöhten gesetzlichen Abzügen vom Bruttolohn durch den Staat geschuldet sind, was ,,die Gewerkschaft ÖTV nicht zu vertreten hat''. Sie weist darauf hin, daß der Staat das 21. Rentenanpassungsgesetz nutzen will, um die Kürzung der Zusatzversorgung gesetzlich durchzudrücken, falls eine tarifliche Einigung nicht zustandekommt. In die nächsten Tarifverhandlungen im Oktober geht sie mit dem unveränderten Standpunkt, daß eine Kürzung nicht in Frage kommt.

UNO: ASEAN fordert Aufrechterhaltung des Sitzes des Demokratischen Kampuchea

z.lup. Am 16. September beginnt in New York die 35. Generalversammlung der Vereinten Nationen. Zu Beginn ihrer Sitzungsperiode wird die Generalversammlung über die Aufrechterhaltung des Sitzes des Demokratischen Kampuchea beschließen. Die 34. Generalversammlung hatte 1979 mit 71 zu 35 Stimmen anerkannt, daß die Regierung des Demokratischen Kampuchea die legitime Vertreterin des kampucheanischen Volkes ist. Die beiden außerordentlichen Generalversammlungen in diesem Jahr haben ohne förmliche Abstimmung erneut das Mandat des Demokratischen Kampuchea bestätigt. Die 34. Generalversammlung hatte zudem mit 91 zu 21 Stimmen eine Resolution beschlossen, die – entsprechend den Forderungen der Regierung des Demokratischen Kampuchea – den Abzug der vietnamesischen Truppen und die Durchführung allgemeiner Wahlen in Kampuchea unter Aufsicht des Generalsekretärs der UNO verlangt. In Vorbereitung der diesjährigen Generalversammlung haben Vietnam und die Sowjetunion erneut zahlreiche Manöver unternommen, um ihre Aggression durch die Anerkennung des Marionettenregimes sanktionieren zu lassen, als Schritt dorthin den Sitz Kampucheas in der UNO unbesetzt zu lassen. Dadurch soll auch die Resolution der letzten Generalversammlung außer Kraft gesetzt und durch eine Resolution ersetzt werden, die unter Anerkennung der vietnamesischen Besatzung Kampucheas Thailand und die ASEAN-Staaten dazu zwingen soll, ihre Unterstützung des Demokratischen Kampuchea einzustellen. Vietnam hat Gerüchte in die Welt gesetzt, zahlreiche Regierungen, u.a. der BRD und Großbritanniens, würden diesmal für die Vakanz des Sitzes des Demokratischen Kampuchea eintreten. Genscher hatte auf der letzten Generalversammlung erklärt, die Bundesregierung sei für eine Lösung, die für Vietnam akzeptabel wäre und die die Regierung des Demokratischen Kampuchea ausschalte. Gegenüber den ASEAN-Staaten mußten sich die EG-Länder, die BRD eingeschlossen, Anfang des Jahres verpflichten, erneut für die Aufrechterhaltung des Sitzes des Demokratischen Kampuchea einzutreten. Die vietnamesischen Behauptungen mußten die BRD und Großbitannien dementieren.

Die Regierung Thailands hat vor kurzem erklärt: ,,Durch den Sturz der legalen Regierung und der Einsetzung eines Marionettenregimes in Kampuchea hat Vietnam die UN-Charta und das Völkerrecht verletzt. Die Anerkennung des Demokratischen Kampuchea durch über 70 Länder beweist, daß diese Länder die UN-Charta und das Völkerrecht achten ... Thailand hat sich niemals in die inneren Angelegenheiten Kampucheas eingemischt.'' Hanoi wende sich gegen den Vorschlag Thailands, UN-Beobachter an die thailändisch-kampucheanische Grenze zu entsenden, weil diese Beobachter die Aggressionsakte vietnamesischer Truppen gegenüber Thailand bestätigen würden.



Hilfsgüter werden von Thailand in die befreiten Gebiete Kampucheas gebracht

Krankenhausärzte für Kampfmaßnahmen

ÖTV fordert: Personalbemessung ,,nach den tatsächlichen Verhältnissen''

z.hev. Der Marburger Bund, eine Berufsvertretung angestellter Krankenhausärzte, bereitet Kampfmaßnahmen vor, falls ,,die Gespräche am 24.10. 1980 in Köln mit den Arbeitgebern keine befriedigende Lösung für die Bereitschaftsdienste und die Personalbesetzung im Krankenhaus ergeben''. Ein Streikstufenplan sieht zunächst Überstundenverweigerung (Stufe 1) – dann Dienst nach Vorschrift (Stufe 2) und schließlich Beschränkung der Neuaufnahmen ins Krankenhaus und des ärztlichen Notdienstes vor. Vorausgegangen war dieser Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen Krankenhausärzten und Krankenhausträgern ein monatelanger Pressekrieg mit Zahlen über die Entwicklung von Arbeitsbelastung und Personalbedarf an den Krankenhäusern, – auch bei Pflegekräften, Verwaltungsleuten, Putzkolonnen. Die ÖTV hatte auf ihrem Ge-

sind schwergewichtig zu beachten: – der Grad der Pflegeabhängigkeit des Patienten ... – die Qualifikation der Beschäftigten. Lehr- und Anleitungsaufgaben sind bei der Personalbemessung zu berücksichtigen. Auszubildende dürfen nicht auf die Stellenpläne angerechnet werden. Eine Personalbedarfsberechnung, die arbeitsrechtliche Vorschriften und gesetzliche Bestimmungen, Unfallverhütungs-, Hygiene- und Arbeitsschutzbestimmungen, realistische und auf das jeweilige Krankenhaus bezogene Ausfallzeiten, eine arbeitsmedizinisch notwendige Einschränkung von Überstunden und Bereitschaftsdiensten, tarifliche Arbeitszeitverkürzungen mißachtet, ist nicht nur inhuman, sondern rechtswidrig ...''

Das Stichwort von der ,,Humanität am Krankenhaus'' unter dem Gesichts-

wirtschaftlichen Krankenkassen, die gegenüber der Presse am 14.7. erklärten, daß ,,mehr Humanität am Krankenhaus nicht eine Vermehrung des Krankenhauspersonals (voraussetzt).'' Humanität bedeute intensive menschliche Zuwendung und das rechte Gespür für die Würde des Menschen im Krankenhausalltag. Der Vorsitzende der Bundesärztekammer Dr. Vilmar erwiderte, daß die intensive Medizin mit moderner Technik von 1980 nicht mit einem Personalbedarf von 1969 zu betreiben sei.

Die Fronten sind also relativ klar. Die mit der Patientenversorgung am Krankenhaus direkt Befaßten und ihre Organisationen meinen, daß kosten- und personalgedämpft eine Humanität am Krankenhaus nur leere Phrase ist. Der Kampf geht um die Position der Versicherten, die ja sowohl zahlen

durch soll auch die Resolution der letzten Generalversammlung außer Kraft gesetzt und durch eine Resolution ersetzt werden, die unter Anerkennung der vietnamesischen Besatzung Kampucheas Thailand und die ASEAN-Staaten dazu zwingen soll, ihre Unterstützung des Demokratischen Kampu-



Hilfsgüter werden von Thailand in die befreiten Gebiete Kampucheas gebracht

Krankenhausärzte für Kampfmaßnahmen

ÖTV fordert: Personalbemessung ,,nach den tatsächlichen Verhältnissen''

z.hev. Der Marburger Bund, eine Berufsvertretung angestellter Krankenhausärzte, bereitet Kampfmaßnahmen vor, falls ,,die Gespräche am 24.10. 1980 in Köln mit den Arbeitgebern keine befriedigende Lösung für die Bereitschaftsdienste und die Personalbesetzung im Krankenhaus ergeben''. Ein Streikstufenplan sieht zunächst Überstundenverweigerung (Stufe 1) – dann Dienst nach Vorschrift (Stufe 2) und schließlich Beschränkung der Neuaufnahmen ins Krankenhaus und des ärztlichen Notdienstes vor. Vorausgegangen war dieser Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen Krankenhausärzten und Krankenhausträgern ein monatelanger Pressekrieg mit Zahlen über die Entwicklung von Arbeitsbelastung und Personalbedarf an den Krankenhäusern, – auch bei Pflegekräften, Verwaltungsleuten, Putzkolonnen. Die ÖTV hatte auf ihrem Gewerkschaftstag im Juni folgenden, vom Hauptvorstand eingebrachten Beschluß gefaßt: ,,Die Gewerkschaft ÖTV setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, daß der Personalbedarf im Krankenhaus nicht nach den Anhaltszahlen der Deutschen Krankenhausgesellschaft von 1969 oder sonstigen Richtgrößen, sondern nach den tatsächlichen Verhältnissen des jeweiligen Krankenhauses ermittelt wird. Dabei sind schwergewichtig zu beachten: – der Grad der Pflegeabhängigkeit des Patienten ... – die Qualifikation der Beschäftigten. Lehr- und Anleitungsaufgaben sind bei der Personalbemessung zu berücksichtigen. Auszubildende dürfen nicht auf die Stellenpläne angerechnet werden. Eine Personalbedarfsberechnung, die arbeitsrechtliche Vorschriften und gesetzliche Bestimmungen, Unfallverhütungs-, Hygiene- und Arbeitsschutzbestimmungen, realistische und auf das jeweilige Krankenhaus bezogene Ausfallzeiten, eine arbeitsmedizinisch notwendige Einschränkung von Überstunden und Bereitschaftsdiensten, tarifliche Arbeitszeitverkürzungen mißachtet, ist nicht nur inhuman, sondern rechtswidrig ...''

Das Stichwort von der ,,Humanität am Krankenhaus'' unter dem Gesichtspunkt der Kostendämpfungspolitik kam von Arbeitsminister Ehrenberg. Die nächste Konzertierte Aktion im November wird darüber verhandeln. ÖTV und Marburger Bund haben klar gemacht, welche Bedingungen sie für die Humanität für erforderlich halten. Schützenhilfe bekommt Ehrenberg nur von den Bundesverbänden der Ortskrankenkassen, der Ersatz-, Arbeiterersatz-, Betriebs-, Innungs- und landwirtschaftlichen Krankenkassen, die gegenüber der Presse am 14.7. erklärten, daß ,,mehr Humanität am Krankenhaus nicht eine Vermehrung des Krankenhauspersonals (voraussetzt).'' Humanität bedeute intensive menschliche Zuwendung und das rechte Gespür für die Würde des Menschen im Krankenhausalltag. Der Vorsitzende der Bundesärztekammer Dr. Vilmar erwiderte, daß die intensive Medizin mit moderner Technik von 1980 nicht mit einem Personalbedarf von 1969 zu betreiben sei.

Die Fronten sind also relativ klar. Die mit der Patientenversorgung am Krankenhaus direkt Befaßten und ihre Organisationen meinen, daß kosten- und personalgedämpft eine Humanität am Krankenhaus nur leere Phrase ist. Der Kampf geht um die Position der Versicherten, die ja sowohl zahlen müssen als auch den Verhältnissen an den Krankenhäusern als Patienten ausgesetzt sind. Der Arbeitsminister versucht, die Versicherten als seine Reserven zu gewinnen. Die Krankenhausbeschäftigten können über die für ihren Kampf spontane Zustimmung hinaus weitere Reserven gewinnen, wenn sie die Frage der Selbstverwaltung der Versicherten und deren Bezahlung durch die Kapitalisten mitaufwerfen.

r.axk. **Vom 8. bis zum 12. September fand der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der Eisenbahner statt.** Unter anderen Regierungspolitikern, die ihre Wahlpropaganda betrieben, fuhr Finanzminister Matthöfer Breitseiten gegen die Bahnbeschäftigten: Die Bahn müsse beginnen, sich als Wirtschaftsunternehmen aus eigener Kraft auf dem Markt durchzusetzen, die knappen öffentlichen Mittel müßten produktiven Verwendungen vorbehalten bleiben. Damit wandte er sich ganz klar gegen die Forderungen des Vorsitzenden, Haar, nach Mehreinstellungen, der auf ,,Milliarden nicht ausgeglichener Überstunden und enorme Urlaubsrückstände'' verwies. Neueinstellungen sind Voraussetzung dafür, daß die in 40 Anträgen an den Gewerkschaftstag, die zum Teil auf medizinischen Gutachten über gesundheitsschädliche Folgen von Wechselschicht sich stützend Verkürzung der Arbeitszeit, bzw. Freizeitausgleich und Einschränkung des Schicht- und Bereitschaftsdienstes auf ein Minimum fordern. Anstatt ein ,,Verkehrskonzept der Vernunft'' zu propagieren, wie es der ehemalige Staatssekretär für Verkehr und jetzt wiedergewählte Vorsitzende der GdED, Haar, tat, hätte dem Finanzminister hier eine klare Abfuhr erteilt werden müssen, um weiteren Angriffen entgegenzutreten und den z.T. unerträglichen Arbeitsbedingungen schnell ein Ende zu setzen. 14 Anträge vor allem von der Bundesjugendkonferenz wandten sich gegen die Rüstungspolitik, gegen die geheimdienstliche Überwachung von Wehrpflichtigen und unterstützten das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Außerdem forderte sie eine Absage an die Kernenergie.

z.chm. **Der Gewerkschaftstag der GdED und der IG Chemie verurteilte den Militärputsch in der Türkei.** Der Vorsitzende der GdED sicherte den anwesenden Vertretern der türkischen Eisenbahngewerkschaft die Solidarität der GdED zu. Eine spontan durchgeführte Geldsammlung unter den Gewerkschaftsmitgliedern brachte 10675 DM. Vor dem 11. Gewerkschaftstag der IG Chemie in Mannheim gab Karl Hauenschild eine Protesterklärung ab, in der die IG Chemie den Putsch verurteilt, die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Freiheit fordert.

z.smm. **Die Bundesregierung hat einen Bericht über das ,,Ergebnis der Bemühungen der Tarifvertragsparteien zur besseren Verwirklichung des Lohngleichheitssatzes'' veröffentlicht,** zu dessen Vorlage sie 1977 vom Bundestag beauftragt worden war. Seit 1972 gibt es in der Bundesrepublik keine besonderen Frauenlohngruppen mehr. An ihre Stelle sind die Leichtlohngruppen getreten. Nach Untersuchungen des Bundesarbeitsministeriums gab es Ende 1976 Leichtlohngruppen in den Tarifbereichen Kunststoffverarbeitung, Metallverarbeitung, Holzverarbeitung, graphisches Gewerbe, Feinke-

Die SED muß die Entwicklung in Polen fürchten

„Steiler Produktionsanstieg" gefordert / Lautlose Inflation zehrt an den Löhnen

z.hku. Die Massenstreikbewegung der polnischen Arbeiterklasse ist der SED mitten in die Beratung der Plandirektive für 1981 hineingeraten. Als die Werftarbeiter der Ostseestädte in den Streik traten, brachte das „Neue Deutschland" dagegen das „persönliche Planangebot" eines Meisters von der Rostocker Werft auf die Titelseite, in dem er eine stark erhöhte Leistung seiner Brigade zusagt. Das war keine ganz ungefährliche Linie; und es zeigt ihre Nervosität, daß die SED bis heute die Forderungen und Ziele der polnischen Arbeiter nie genannt hat.

Die Plandirektive 81 geht davon aus, daß der 80er Plan um zwei Tagesproduktionen überboten wird; 1981 sollen Leistungen erbracht werden, „die weit über das normale Maß hinausgehen". Es geht „nicht mehr um etwas mehr, sondern um einen steilen Anstieg der Arbeitsproduktivität, der völlig neue Wege und Lösungen erfordert" (FDGB-Vorsitzender Tisch, Tribüne 14.8.) Um „mehr" war es schon immer, Tag für Tag gegangen; und es hat offensichtlich einige Mühe gekostet, den Arbeitern in der DDR die jetzt wirklich *besondere* Lage einzuhämmern. Die Raten der Produktionssteigerung, die für den Plan 1981 von den Betriebsleitungen festgelegt worden sind, sprechen aber eine eindeutige Sprache: sie liegen bei 10, 12%, ja teilweise bei 18–20%. Allerdings, schreibt die Tribüne, sei „Skepsis" gegenüber diesen Zielen weit verbreitet.

Worin besteht diese besondere Lage? In einem Schulungsmaterial des FDGB wird so argumentiert: Da sind die „höheren Aufwendungen für die Friedenssicherung". Gelingt es nicht, das Gleichgewicht durch Abrüstung zu halten, dann müssen „bedeutende materielle, ökonomische und wiss.-technische Ressourcen eingesetzt werden". Das ist seit dem NATO-Raketenbeschluß der Fall. Weiter: die „Preise für Roh- und Brennstoffe auf dem Weltmarkt" sind gestiegen; höchste Sparsamkeit und größere Exporte zur Bezahlung sind notwendig. – Die Sowjetunion wird im nächsten Planjahrfünft ihre Lieferungen von Rohstoffen gegenüber 1976–80 konstant halten. Die Austauschverhältnisse der DDR mit der SU haben sich jedoch in den letzten fünf Jahren um gut 40% verschlechtert, das ist eine Mehrbelastung von rund 20 Mrd. Mark. – Die DDR, sagt die SED, antworte darauf nicht wie andere RGW-Staaten mit allgemeinen Preiserhöhungen, sondern mit Halten der stabilen Grundpreise bei höherer Leistung. Höhere Leistung aber, das ist der Kehrreim der Plandiskussion, ist nur erreichbar durch Aufdeckung und Nutzung *aller Reserven*.

Die erste Reserve ist das *Wissenschaftspotential*, das besser genutzt werden muß, um die Rationalisierungsinvestitionen, vor allem Anwendung von Mikroelektronik, zu beschleunigen. Dem sollte die V. Hochschulkonferenz Anfang September dienen; man hat allerdings nicht den Eindruck, daß die dort verordnete Gedankenkühnheit die beklagte, aber schließlich aus Unterdrückung und gezüchtetem Opportunismus geborene Mittelmäßigkeit so bald beenden wird.

Die zweite Reserve sind die *Grundfonds*, die Produktionsmittel, die noch nicht genügend lebendige Arbeit einsaugen. Trotz heftiger Propaganda und Drucks auf Ausdehnung der Schichtarbeit kommt die SED seit etwa fünf Jahren hier kaum weiter; die arbeitstägliche Auslastung der Anlagen von 15 Stunden liegt weit unter dem, was vergleichbare imperialistische Monopole bringen. Es gibt noch zuviele „persönliche Probleme" dabei.

Drittens die *Arbeitszeit*. „Bedeutende Reserven sind durch die Senkung der Ausfallzeiten zu erreichen ... Gemeinsam mit den Werktätigen sind konkrete Maßnahmen zur besseren Nutzung der Arbeitszeit, der Erhöhung der Arbeitsdisziplin und der Senkung der Anzahl der Ausfallstunden ... festzulegen. Dabei sind Zeitnormative und Typenlösungen der Wissenschaftlichen Arbeitsorgansiation auszuarbeiten." (Plandirektive 81) Beredte Klage wird darüber geführt, daß ein



Teil des Produktivitätszuwachses nicht der Bourgeoisie in die Hände fällt, sondern durch „relativ hohen Krankenstand, Warte- und Stillstandszeiten, unentschuldigtes Fehlen oder unbezahlte Freistellung" verloren gehen. Und das Schlimmste ist, „zu häufig werden beide Augen zugedrückt".

Tatsächlich ist es eine Nachwirkung der Zeit des sozialistischen Aufbaus, daß der Intensivierung der Arbeit heute noch Schranken gesetzt sind; die Arbeiter denken nicht daran, die Reserven aufzudecken. Die Verdichtung des Arbeitstages ist daher Hauptangriffspunkt der SED. Flankiert von einer Fernseh- und Zeitungsdebatte „Mancher geht, wann er will", wurden in einer Reihe von Betrieben Kontrollen eingeführt, Passierscheinsysteme und Stechuhren. Die Lokalpresse der DDR hat nicht immer verschweigen können, daß es darum heftigen Kampf gab. So haben die Arbeiter im Uhrenkombinat Ruhla die Stechuhren angegriffen, da sie „im Sozialismus unmoralisch" seien. Die Wettbewerbssysteme werden um Initiativen wie „Schichtgarantie", „fliegender Schichtwechsel" usw. bereichert, und über das „Haushaltsbuch" soll eine genaue Erfassung der Ausfallzeiten in der Brigade die Handhabe für Prämienkürzungen geben.

Während die Industrieproduktion 1980 um 5,9% gestiegen ist, hat das Nettoeinkommen der Bevölkerung stagniert; nicht stillgestanden hat trotz aller Beteuerungen das Preisniveau. Vergangenen Dezember hatte die SED beschlossen, die Preise für Grundgüter stabil zu halten, neue Waren mittlerer und gehobener Qualität jedoch entsprechend den angehobenen Industriepreisen gewinnbringend zu kalkulieren. Offizielle Angaben gibt es nicht, aber alle Berichte aus der DDR bestätigen eine „lautlose" Inflation: Ersetzen der billigeren Ware durch eine „neue", teurere. Die Engpässe in der Versorgung mit Lebensmitteln, mit Haushaltswaren und Wohnungsausstattung sind größer geworden. Der Export hat höchste Priorität; in den ersten sechs Monaten des Jahres ist er um 16% angestiegen.

Die gegenwärtige Führung der SED hat 1971, nach den Unruhen in Polen, auf dem VIII. Parteitag die Linie der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" formuliert; sie verband eine teilweise importierte Akkumulation mit sozialpolitischen Maßnahmen, die für die Reproduktion einer Industriearbeiterschaft bei äußerst hohem Anteil von Frauenarbeit dringend notwendig waren; für die Arbeiter der DDR brachten sie eine Zeitlang gewisse Entlastung. Heute, in Vorbereitung des X. Parteitages, ist von keinen sozialpoliti-

weise bei 18–20%. Allerdings, schreibt die Tribüne, sei „Skepsis" gegenüber diesen Zielen weit verbreitet.

Worin besteht diese besondere Lage? In einem Schulungsmaterial des FDGB wird so argumentiert: Da sind die „höheren Aufwendungen für die Friedenssicherung". Gelingt es nicht, das Gleichgewicht durch Abrüstung zu halten, dann müssen „bedeutende materielle, ökonomische und wiss.-technische Ressourcen eingesetzt werden". Das ist seit dem NATO-Raketenbeschluß der Fall. Weiter: die „Preise für Roh- und Brennstoffe auf dem Weltmarkt" sind gestiegen; höchste Sparsamkeit und größere Exporte zur Bezahlung sind notwendig. – Die Sowjetunion wird im nächsten Planjahr-

fünf Jahren hier kaum weiter; die arbeitstägliche Auslastung der Anlagen von 15 Stunden liegt weit unter dem, was vergleichbare imperialistische Monopole bringen. Es gibt noch zuviele „persönliche Probleme" dabei.

Drittens die *Arbeitszeit*. „Bedeutende Reserven sind durch die Senkung der Ausfallzeiten zu erreichen ... Gemeinsam mit den Werktätigen sind konkrete Maßnahmen zur besseren Nutzung der Arbeitszeit, der Erhöhung der Arbeitsdisziplin und der Senkung der Anzahl der Ausfallstunden ... festzulegen. Dabei sind Zeitnormative und Typenlösungen der Wissenschaftlichen Arbeitsorgansiation auszuarbeiten." (Plandirektive 81) Beredte Klage wird darüber geführt, daß ein

Während die Industrieproduktion 1980 um 5,9% gestiegen ist, hat das Nettoeinkommen der Bevölkerung stagniert; nicht stillgestanden hat trotz aller Beteuerungen das Preisniveau. Vergangenen Dezember hatte die SED beschlossen, die Preise für Grundgüter stabil zu halten, neue Waren mittlerer und gehobener Qualität jedoch entsprechend den angehobenen Industriepreisen gewinnbringend zu kalkulieren. Offizielle Angaben gibt es nicht, aber alle Berichte aus der DDR bestätigen eine „lautlose" Inflation: Ersetzen der billigeren Ware durch eine „neue", teurere. Die Engpässe in der Versorgung mit Lebensmitteln, mit Haushaltswaren und Wohnungsausstattung sind größer geworden. Der Export hat höchste Priorität; in den ersten sechs Monaten des Jahres ist er um 16% angestiegen.

Die gegenwärtige Führung der SED hat 1971, nach den Unruhen in Polen, auf dem VIII. Parteitag die Linie der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" formuliert; sie verband eine teilweise importierte Akkumulation mit sozialpolitischen Maßnahmen, die für die Reproduktion einer Industriearbeiterschaft bei äußerst hohem Anteil von Frauenarbeit dringend notwendig waren; für die Arbeiter der DDR brachten sie eine Zeitlang gewisse Entlastung. Heute, in Vorbereitung des X. Parteitages, ist von keinen sozialpoliti-

schen Maßnahmen die Rede, allenfalls vom „Halten" des Lebensstandards, sofern der steile Produktionsanstieg gelingt. – Die SED versucht, die gärenden Widersprüche abzustumpfen durch schroffe Abgrenzung gegenüber dem Westen und eine untergründig chauvinistischen Propaganda, die auf die besondere Stellung der DDR innerhalb des RGW anspielt.



Landemanöver im Rahmen von „Waffenbrüderschaft 80" – Die Aufrüstung der DDR als sozialimperialistischer Aufmarschplatz kommt sie teuer zu stehen.



Vor dem Büro der alten Werftarbeitergewerkschaft in Gdansk

Die PVAP arbeitet an einer Auffangsstellung
Jagielski in Moskau / Streiks gehen weiter

z.hku. Mit Parteikonferenzen in Warschau, Gdansk, Katowice und anderen Städten ist Stanislaw Kania an die Bewältigung der Aufgabe herangegangen, für die er in außerordentlicher ZK-Sitzung zum Nachfolger Giereks gewählt wurde: die Handlungsfähigkeit der PVAP zurückzugewinnen. Sie war in katastrophalem Zustand: in den bestreikten Betrieben quer durch gespalten, denn die Masse der Parteimitglieder haben ja an den Streiks teilgenommen; der örtliche Apparat von der Arbeiterbewegung in die Enge getrieben und hin und her gerissen, welche Taktik gegen die Streiks angewendet werden sollte. Vor dem ZK hat Kania, der während der Streiks für Verhandlungslösungen eingetreten sein soll, erklärt: „Unsere wichtigste Aufgabe ist es, das Vertrauen der Arbeiterklasse zur Partei wiederzugewinnen."

Kania hat sich in dieser Rede darauf festgelegt, daß die Streiks eine unverfälschte Äußerung von Arbeiterprotest gewesen sind; sie hätten sich nicht gegen die Grundlagen des Sozialismus gerichtet, und nicht gegen die Stellung Polens im Bündnis. Umgekehrt heißt es: wer die revisionistische Entartung der PVAP angreift und die Unterdrückung des Landes durch die Sowjetunion, gegen den ist „scharfer Kampf" notwendig. Dies scheint die Formel zu sein, mit der eine direkte Konfrontation mit der Arbeiterbewegung vermieden werden kann. Und unter der die Sozialimperialisten zu einer Stützung der neuen PVAP-Führung bereit sind; denn ihr Bewegungsspielraum ist zur Zeit eng angesichts des Widerstandes gegen ihre Aggressionen in Kampuchea und Afghanistan. Jagielski ist zur Berichterstattung bei Breschnew gewesen. Daß die Sowjetunion sich deswegen nicht mit der Entwicklung in Polen abgefunden hat, zeigen die Kürzungen, die die Prawda an der Rede Kanias vorgenommen hat: „Streik" ist ebenso gestrichen wie die

ben und hin und her gerissen, welche Taktik gegen die Streiks angewendet werden sollte. Vor dem ZK hat Kania, der während der Streiks für Verhandlungslösungen eingetreten sein soll, erklärt: „Unsere wichtigste Aufgabe ist es, das Vertrauen der Arbeiterklasse zur Partei wiederzugewinnen."

Kania hat sich in dieser Rede darauf festgelegt, daß die Streiks eine unverfälschte Äußerung von Arbeiterprotest gewesen sind; sie hätten sich nicht gegen die Grundlagen des Sozialismus gerichtet, und nicht gegen die Stellung Polens im Bündnis. Umgekehrt heißt es: wer die revisionistische Entartung der PVAP angreift und die Unterdrückung des Landes durch die Sowjetunion, gegen den ist „scharfer Kampf" notwendig. Dies scheint die Formel zu sein, mit der eine direkte Konfrontation mit der Arbeiterbewegung vermieden werden kann. Und unter der die Sozialimperialisten zu einer Stützung der neuen PVAP-Führung bereit sind; denn ihr Bewegungsspielraum ist zur Zeit eng angesichts des Widerstandes gegen ihre Aggressionen in Kampuchea und Afghanistan. Jagielski ist zur Berichterstattung bei Breschnew gewesen. Daß die Sowjetunion sich deswegen nicht mit der Entwicklung in Polen abgefunden hat, zeigen die Kürzungen, die die Prawda an der Rede Kanias vorgenommen hat: „Streik" ist ebenso gestrichen wie die

„selbstverwalteten" Gewerkschaften, ausgelassen ist auch der Satz: „Wir müssen nicht wenig ändern."

Kania hat nicht viel Zeit. Die Streikbewegung ist nicht zuende. Ihr Zentrum lag in der vergangenen Woche in Nordostpolen, um die Automobilarbeiterstadt Bialystok; in den Flugzeugwerken von Mielic wurde erneut gestreikt, in den Schwefelgruben von Tarnobrzeg, im öffentlichen Nahverkehr von Köslin, in Radom. Es geht nicht nur um die Garantie unabhängiger Gewerkschaften, sondern um verschiedene lang offene betriebliche Fragen; in vielen Fällen fordern die Arbeiter die Ablösung besonders verhaßter Funktionäre. Ein Beispiel: In einem Betrieb schlägt der Parteifunktionär der Belegschaft vor, mit einer Resolution zu erklären, daß man mit der alten Gewerkschaft zufrieden sei. Daraufhin treten die Arbeiter in den Streik und legen 45 Forderungen vor – die 21 von Gdansk und darüber hinaus eigene, von denen zwei lauten: Ablösung des Parteifunktionärs, Herausnahme des Betriebs aus dem Kombinat, da dieses nicht weniger als 70 Direktoren durchfüttert. Die Arbeiter seien die Herren des Landes, ist die offizielle Phrase; die Arbeiter machen Ernst damit.

Trotz aller Behinderungen wie Beschwichtigungsversuche der PVAP schwillt die unabhängige Gewerkschaftsbewegung weiter an. In Gdansk, das die Funktion einer Zentrale wahrnimmt, hat der alte Werftarbeiterverband faktisch aufgehört zu existieren. In Warschau arbeitet ein Vorbereitungskomitee; mehrere Verbände, wie der Journalisten und der Seeleute, haben ihre Umwandlung in unabhängige Gewerkschaften angekündigt. Natürlich ist die Lage noch unübersichtlich und es mag auch vorkommen, daß ein alter Verband sich nur einen neuen Namen gibt, um seine Stellung zu behaupten.

Der VIII. Parteitag der PVAP im Frühjahr dieses Jahres hatte fällige Entscheidungen nicht getroffen; weder wurden Reformmaßnahmen im Sinne der liberalen Kritiker in der Partei eingeleitet noch wurde eine Taktik festgelegt, um der Arbeiterklasse die verlangte Einschränkung der Reproduktion aufzwingen zu können. Nachdem die PVAP hat weit zurückstecken müssen, plädiert Kania jetzt für Einberufung ei-

Gdansk und darüber hinaus eigene, von denen zwei lauten: Ablösung des Parteifunktionärs, Herausnahme des Betriebs aus dem Kombinat, da dieses nicht weniger als 70 Direktoren durchfüttert. Die Arbeiter seien die Herren des Landes, ist die offizielle Phrase; die Arbeiter machen Ernst damit.

Trotz aller Behinderungen wie Beschwichtigungsversuche der PVAP schwillt die unabhängige Gewerkschaftsbewegung weiter an. In Gdansk, das die Funktion einer Zentrale wahrnimmt, hat der alte Werftarbeiterverband faktisch aufgehört zu existieren. In Warschau arbeitet ein Vorbereitungskomitee; mehrere Verbände, wie der Journalisten und der Seeleute, haben ihre Umwandlung in unabhängige Gewerkschaften angekündigt. Natürlich ist die Lage noch unübersichtlich und es mag auch vorkommen, daß ein alter Verband sich nur einen neuen Namen gibt, um seine Stellung zu behaupten.

Der VIII. Parteitag der PVAP im Frühjahr dieses Jahres hatte fällige Entscheidungen nicht getroffen; weder wurden Reformmaßnahmen im Sinne der liberalen Kritiker in der Partei eingeleitet noch wurde eine Taktik festgelegt, um der Arbeiterklasse die verlangte Einschränkung der Reproduktion aufzwingen zu können. Nachdem die PVAP hat weit zurückstecken müssen, plädiert Kania jetzt für Einberufung ei-

nes außerordentlichen Parteitages, der ein neues Parteiprogramm beschließen soll. Er hat Veränderungen angekündigt in Richtung von mehr Selbständigkeit und Anwendung ökonomischer Hebel für die Betriebe und mehr Mitbestimmung für die Arbeiter. Das Fehlen einer revolutionären Organisation wird für die polnische Arbeiterklasse schmerzlich spürbar.

---

ramik, sowie Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Insgesamt sei die Zahl der Leichtlohngruppen rückläufig wie auch ihr prozentualer Abstand zum jeweiligen Ecklohn. 1968 hat laut Bericht die weibliche Arbeitskraft im Durchscnitt 69% des Verdienstes der männlichen Arbeitskraft gezahlt bekommen. 1979 73%. Die Löhne in den Leichtlohngruppen bezahlen nicht den Wert der Arbeitskraft, wie insgesamt auf dem Arbeitsmarkt für Frauen der Wert der Arbeitskraft nicht gezahlt wird. Die Leichtlohngruppen sind ein wichtiges Mittel der Kapitalisten, insbesondere die Akkordarbeit als „Normalarbeit" durchzusetzen. Der Streichung der untersten Lohngruppen bzw. der überproportionalen Anhebung des Lohns in den Leichtlohngruppen gilt ein entscheidendes Interesse in jedem Lohnkampf.

z.gih. **Der „Arbeitsring Chemie" hat eine Rechnung aufgestellt, nach der die 35-Stundenwoche längst durchgesetzt bzw. unterschritten ist.** „Für die chemische Industrie ergibt sich im Durchschnitt des Jahres 1979 eine tatsächlich geleistete Arbeitszeit von 32,7 Stunden pro Woche." 1970 hätten 361891 Arbeiter 674555000 Stunden geleistet, also 1864 Stunden je Arbeiter und Jahr. 1979 dagegen seien von 309281 Arbeitern 526374000 Stunden geleistet worden, nämlich 1702 je Arbeiter und Jahr. Die Gründe für die „tatsächlich geleistete" Arbeitszeit werden direkt mitgeliefert. „Eine Rolle spielt z.B. tarifliche Urlaubsverlängerungen, ein erhöhter Krankenstand, zusätzliche Freistellung von der Arbeit und weniger Überstunden." Und gerade gegen den vorzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft richtet sich die Forderung für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und Einführung der 35-Stundenwoche. (Antrag zum Gewerkschaftstag der IG Chemie, Nr. 246)

z.ulw. **Gegen die Ausweitung der Zuständigkeit der Jugendvertretung für alle Auszubildenden hat sich Bundeskanzler Schmidt in einem Interview mit der DAG-Jugend ausgesprochen.** Das würde die Einheitlichkeit der Interessenvertretung aller Arbeitnehmer durch den Betriebsrat gefährden. „Mit gleichem Recht könnten dann auch andere Gruppen ... eine Sondervertretung für sich fordern." Gleichzeitig sprach er sich aber für die Teilnahme aller Auszubildenden an den Jugendversammlungen aus. Auf die Forderung nach Streikrecht für Auszubildende antwortete Schmidt: „Eine gesetzliche Regelung der Frage halte ich nicht für gut. Eine solches Gesetz ließe sich kaum auf das Streikrecht für die Auszubildenden beschränken. Vielmehr bestehe die Gefahr, daß aus rechtlichen und politischen Gründen im Ergebnis ein umfassendes Streik- und Verbändegesetz herauskommen würde, das die Schlagkraft der Gewerkschaften eher beeinträchtigen könnte."

z.hew. **Die Produktion und der Absatz von Fahrrädern steige ständig, stellte der Verband der Fahrrad- und Motorradindustrie e.V. fest.** In der BRD gibt es gegenwärtig 28 Millionen Fahrräder. Im ersten Halbjahr 1980 wurden 2,4 Mio. Fahrradeinheiten, 23% mehr als im 1. Halbjahr 79, produziert. Insgesamt sollen in diesem Jahr etwa 4,3 Mio. produziert werden, der Bruttoproduktionswert wird über 500 Mio. DM sein. Sport- und Rennräder haben mit 71% den größten Anteil am Absatz, Jugendräder haben 20% und Hollandräder 12% Anteil. Der Anteil der Klappräder ist mit 6% sinkend. Der Anstieg der Sporträder und das Absinken der Klappräder am Verkauf lassen darauf schließen, daß die Fahrräder nicht als bloße Freizeitbeschäftigung zur Fahrt ins Grüne, sondern für den Weg zur Arbeit, zum Einkauf und für kürzere Wege angeschafft werden.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Lutz Plümer *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Maria Behrendt / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Häberlstraße 12, 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Georg Duffner

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

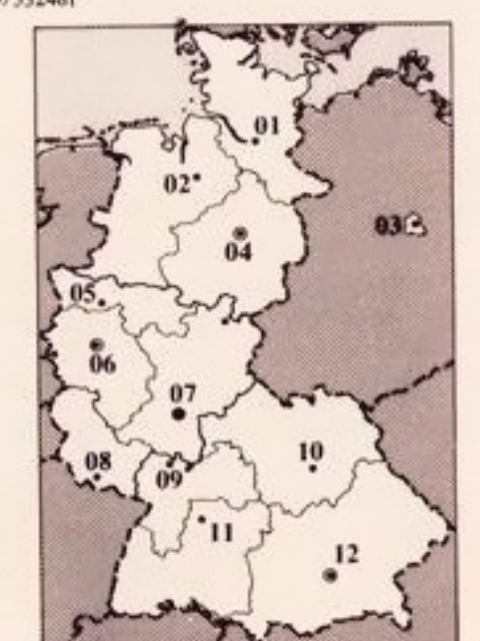
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Häberlstraße 12, 8000 München 2, Tel. 089/532481



b.uwt. **Nach den Sommerferien ist das neue Emder Berufsschulzentrum eingeweiht worden.** Man könnte vermuten, daß Auszubildende, BGJ-Schüler und Lehrer froh wären. Doch das Echo ist sehr gemischt: Die Werkstätten sind großzügiger und weitgehend mit neuen Maschinen ausgestattet. Die Heizungen aber sind unter der Decke angebracht. Im Winter kann das was werden. Über den Werkstätten liegt das Abzugsrohr frei auf dem Dach. Das hat Fabrikatmosphäre. Und damit niemand sich zu frei fühlt, dafür sorgt ein 2,5 m hoher Gitterzaun. Wie im Affenkäfig! Deutlicher noch wird das Lernziel in der Pausenhalle: Eine Aufsichtsbrücke überzieht die Halle – wie im Zuchthaus! ,,Da soll sich mal ein Lehrer rauftrauen!" freut man sich. Für die Klassenräume hat man sich Knastzellen als Vorbild gewählt: Wände, Decken, alles grau. Nur der Teppich: Graublau. Da gehören Protestschreiben an Klinkenborg, sagen sich viele Klassen.

b.ing. **Auf einer Podiumsdiskussion des Initiativkreises Jugendzentrum Bremervörde mußte der Stadtrat die Errichtung eines Jugendhauses zusagen.** Über 100 Jugendliche und die Stadträte Trede (CDU), Reinecke (SPD), der stellvertretende Bürgermeister Flegge (SPD) und der Stadtdirektor Beyer waren anwesend, um die Forderung nach einem Jugendzentrum zu diskutieren. Die GEW, die Jusos, die Junge Union und die Grünen waren ebenfalls auf dem Podium vertreten. Angesichts der breiten Bewegung für ein Jugendzentrum, konnten die bürgerlichen Politiker nicht dagegen auftreten. Hinhalten und ablenken sollte die Standortfrage für das Jugendzentrum: Für das geforderte Katasteramt gäbe es keine Mehrheit im Stadtrat, da die Renovierungskosten zu hoch seien. Dies wiesen die Jugendlichen zurück wegen der gegenteiligen Aussage des Krankenhaus-Architekten. In Aussicht gestellt wurde noch das Organistenhaus oder die alte Sonderschule, wofür die CDU votieren würde. Die Jugendlichen müßten nur den ,erfolgreichen Verhandlungsabschluß' abwarten. Heftig angegriffen wurde der Stadtdirektor, daß Einstellungsgespräche mit Sozialarbeitern ohne Wissen des Initiativkreises geführt wurden. Die Beteiligung sei möglich, so Beyer. Ein Sozialpädagoge, der sich beworben hatte, berichtete, daß es sich hierbei um eine ABM-Maßnahme handele, damit der Betreffende rechtlos und jederzeit kündbar sei.

b.wiv. **Stand der Aktionseinheitsverhandlungen für den Aktionstag am 4.10. in Brunsbüttel.** Zunächst sollen tagsüber bis 14 Uhr Stände gemacht werden von den beteiligten Initiativen und politischen Organisationen, wo man die gleichzeitig anwesenden bürgerlichen Parteien gut angreifen und zur Rede stellen kann. Um 14.30 Uhr

len im Mai), will er Schwestern mit Kindern beschäftigen, die auf die Plätze in den Kinderstuben der Krankenhäuser angewiesen sind, die länger offen haben und 2-3 Wochenenden im Monat geöffnet sind. Kollegen im Schichtdienst können ihre Kinder sonst nicht unterbringen.

r.bam. **Krach um die Einführung der Hörfunkwerbung im NDR.** Der neue Staatsvertrag verstärkt nicht nur die Abhängigkeit von den bürgerlichen Parteien, sondern verschafft den Kapitalisten direkten Einfluß aufs Hörfunkprogramm. Der Verwaltungsrat beschloß am 6.9.80 die Einführung der Werbung im 2. Hörfunkprogramm. Als Rechtfertigung dient dem Intendanten die Regionalisierung, die mit den Werbeeinnahmen finanziert werden soll. Ohne zusätzliche Einnahmen seien Arbeitsplätze in Gefahr. Doch die Kollegen ließen sich nicht einschüchtern. Die RFFU, in der über 70% der Kollegen organisiert sind, begründet ihre Ablehnung: 1. Werbung verändert die Programme schwerwiegend. 2. Werbesendungen und Rahmenprogramme werden nicht im NDR produziert, das gefährdet Arbeitsplätze. 3. Regionalisierungsmaßnahmen werden dadurch nicht verhindert. Der Redakteursausschuß wies nach, daß der Einfluß der Werbung aufs Programm im Hörfunk noch schlimmer als im Fernsehen sein wird, da sie über den ganzen Tag verteilt wird. Im Umfeld der Werbung sollen die Wortbeiträge auf 10 - 12 Min. pro Stunde gekürzt werden. Klar, daß die ,,Meckerecke" und Kommentare wie in ,,Pop und Politik" und ,,Politik für junge Leute" in dieses Umfeld nicht passen und abgesetzt werden! Beiträge über Wirtschaft und Soziales aus Arbeitnehmersicht sollen der Werbeindustrie und ihren Auftraggebern geopfert werden, so resümierten die Redakteure. ,,Fließprogramme" erfordern weniger Arbeit, so befürchten Programm-Mitarbeiter und Techniker Umsetzungen, Änderungskündigungen und Kündigungen. Auf den nächsten Versammlungen müssen sie beraten, wie sie das verhindern können.

triebsvereinbarung über die Zahlung von Sonderzulagen abgeschlossen worden. Die jährlich freiwillig gezahlte Erfolgsprämie wird abgelöst durch die ,,Erfolgsbeteiligung" (EB), wie sie bei Siemens bereits gültig ist. Die EB setzt sich zusammen: Dividendenpunkte (entsprechend DM-Dividende auf eine Siemensaktie) × persönlicher Grundbetrag × Dienstalterspunkte. Entscheidend ist der persönliche Grundbetrag, der sich nach der Lohn/Gehaltsgruppe sowie nach der ,,persönlichen Leistung" richtet. Der Normalgrundbetrag, der in den persönlichen Grundbetrag eingeht, wird zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung per Betriebs-

,,Neuordnung der Weiterverarbeitung" im ARBED-Konzern

r.anh. Die ARBED hat in der BRD mit einem Buchwert von 774 Mio.DM an Beteiligungen Einfluß auf 50 Unternehmen, die zusammen ein Stammkapital von über 1,3 Mrd. DM haben. Das entspricht dem Stammkapital der Thyssen AG oder dem doppelten der Friedr. Krupp GmbH. Allein 20 dieser Unternehmen sind Betriebe der Weiterverarbeitung von Stahl. ,,Auf dem Gebiet der Weiterverarbeitung von Stahl gingen die Bemühungen um die Neuordnung und Rationalisierung im Stahl- und Maschinenbau wie auch bei den Drahtwerken weiter", stellt der Geschäftsbericht 1979 der ARBED fest. Eine Neuordnung wurde nötig durch die Beteiligung an den Stahlwerken Röchling-Burbach und dem Neunkircher Eisenwerk im Saarland, die wiederum an 6 Stahlbau- und Drahtwerken beteiligt sind. Dadurch gibt es z.B. 2 Röhrenwerke (Eschweiler Bergwerksverein und Neunkircher Eisenwerk, Werk Homburg/Saar), 3 Drahtziehereien (ARBED F&G Drahtwerke Köln, Georg Heckel Burbach) sowie 7 Stahlbauunternehmen, die vor allem mit dem Anlagenbau befasst sind (PHB-Weserhütte AG, Otto Wolff Homburger Bau, Homburger Stahlbau, Neußer Eisenbau, Süddeutsche Eisenbaugesellschaft, Hilgers AG und Hein.Lehmann AG). Die ARBED setzt daher in der Weiterverarbeitung in der BRD auf Zusammenfassung von Anlagen, Spezialisierung oder Stillegung der verbleibenden Werke oder Zusammenschluß mit direkten Konkurrenten zu Unternehmen mit nennenswertem Marktanteil.

Allein seit dem 1.1.79, dem Zeitpunkt der Übernahme der Saarhütten durch die ARBED, sind zu diesem Zweck folgende Maßnahmen durchgeführt worden:

– die ARBED-Tochter Pohlig-Heckel-Bleichert AG (PHB), von deren Arbeitern allein 1979 6 Schiffsladegeräte, 4 komplette Lageranlagen und und in 7 Ländern montiert wurden, fusioniert im August 1980 mit der Weserhütte AG der Otto-Wolff-Gruppe, ebenfalls Großanlagenbauer.

– Während sich die Hein.Lehmann AG auf landwirtschaftliche Anlagen spezialisiert, wird bei Hilgers ,,planmäßiger Personalabbau" (Geschäftsbericht ARBED) durchgeführt. Die beiden Homburger Stahlbaufirmen sollen zu Zulieferern der DSD Dillinger Stahlbau in Saarlouis werden, mit deren Gesellschaftern seit 1979 aber ohne Erfolg über eine ARBED-Beteiligung verhandelt wird. DSD ist in der BRD die Nr.1 für ,,schlüsselfertige Stahlbauten", die in Übersee montiert werden.

– Im Bereich der Drahtproduktion wurde die Drahtstraße bei ARBED F&G 1979 stillgelegt. Die Arbeiter wurden in die Drahtseilerei zu einem Großteil versetzt. Dafür soll die Drahtseilerei bei Heckel stillgelegt werden, im ARBED-Werk St.Ingbert im Saarland wurden zum 1.Juni bereits beide Walzstraßen stillgelegt, so daß nur noch eine Drahtzieherei übrigbleibt.

– Vor allem für die Produktion geschweißter Rohre ist für das Werk Homburg des Neunkircher Eisenwerk eine 50 Mio DM-Investition angekündigt worden, beim Eschweiler Bergwerksverein vermuten die Stahlarbeiter und die IG Metall mit Recht Stillegungen vor allem der Röhrenproduktion, zumal im ARBED-Geschäftsbericht 79 gerade ,,der Rückgang der Verkaufspreise für Rohre" für das schlechtere Ergebnis verantwortlich gemacht wird.

Für einen großen Teil der Stahl- und Metallarbeiter in allen diesen Betrieben sieht diese ,,Neuordnung" Entlassung oder Umsetzung in andere Werke und dort eine höhere Auslastung und damit eine höhere Arbeitsintensität vor. Die IG Metall hat mit Demonstrationen in St.Ingbert am 12.11.79, in Burbach am 14.11 und in Eschweiler am 18.6 und 8.9.80 dagegen Demonstrationen durchgeführt. Für das Werk St.Ingbert konnte 5 Jahre Garantie des bisherigen Lohns bei Umsetzungen und Verrentung ab 55 Jahre mit Ausgleichszahlung der ARBED bis 60 Jahren auf die Höhe des bisherigen Lohns im Sozialplan durchgesetzt werden. Die ARBED muß z. Zt. ihre Pläne für die Stahl- Weiterverarbeitung der IG Metall vorlegen und mit ihr darüber verhandeln. Die Verhandlungen laufen noch.

Was ist die ARBED?

Mit 12,47 Mio. Tonnen Rohstahlproduktion liegt die ARBED-Gruppe hinter British Steel und fast gleich mit Thyssen (12,7 Mio.t) an dritter Stelle der EG-Stahlkonzerne. ,,ARBED" sind die Anfangsbuchstaben von ,,Aciéries réunies de Burbach-Eich-Dudelange S.A.". Dieser Name stammt aus dem Zusammenschluß von 3 luxemburgischen Stahlunternehmen 1911 zur Vereinigten Stahlwerke AG, in deren Name die 3 Hauptwerke genannt sind. Heute sind die beiden Hauptaktionäre zum einen die Schneider S.A., Paris, deren sonstiges Kapital vor allem in Immobilientransaktionen, Elektroindustrie sowie dem Bau von Kernkraftwerken in Frankreich eingesetzt ist. Zum anderen die Société Generale de Belgique, die belgische Staatsbank, in der auch das unter König Leopold aus der Ausplünderung des Kongo angesammelte Vermögen des belgischen Königshauses enthalten ist. Beide halten zwar nur etwas mehr als ein Drittel der Aktien, die anderen verteilen sich aber auf zahlreiche Kapitalisten, deren Unternehmen durch die ARBED aufgekauft wurden. So sind auch die Familie Röchling und die Otto Wolff AG als frühere Besitzer der saarländischen Stahlwerke mit zusammen weniger als 5% beteiligt. Die ARBED verwaltet die Beteiligungen in der BRD, Brasilien und die französischen Erzminen jeweils über eine Holding-Gesellschaft. So gelten z.B. die Bürgschaftsbedingungen des westdeutschen Finanzkapitals im Zuge des Verkaufs der Saarhütten nur gegenüber der ,,ARBED Finanz Deutschland GmbH" und deren Beteiligungen in der BRD. Mit den 47 zum Konzern gehörenden Tochtergesellschaften betreibt die ARBED von der Kohle- und Erzförderung über die Stahlproduktion bis zu Stahlweiterverarbeitung und -handel in 10 Ländern. Der Sitz der ARBED-Hauptverwaltung in Luxemburg rührt dabei nicht nur von der Gründung her: bis Mitte der 70er Jahre war ARBED von Steuern befreit und es heißt, die luxemburgische Kabinettsliste werde erst dem ARBED-Verwaltungsrat vorgelegt.



Junge Union und die Grünen waren ebenfalls auf dem Podium vertreten. Angesichts der breiten Bewegung für ein Jugendzentrum, konnten die bürgerlichen Politiker nicht dagegen auftreten. Hinhalten und ablenken sollte die Standortfrage für das Jugendzentrum: Für das geforderte Katasteramt gäbe es keine Mehrheit im Stadtrat, da die Renovierungskosten zu hoch seien. Dies wiesen die Jugendlichen zurück wegen der gegenteiligen Aussage des Krankenhaus-Architekten. In Aussicht gestellt wurde noch das Organistenhaus oder die alte Sonderschule, wofür die CDU votieren würde. Die Jugendlichen müßten nur den ,erfolgreichen Verhandlungsabschluß' abwarten. Heftig angegriffen wurde der Stadtdirektor, daß Einstellungsgespräche mit Sozialarbeitern ohne Wissen des Initiativkreises geführt wurden. Die Beteiligung sei möglich, so Beyer. Ein Sozialpädagoge, der sich beworben hatte, berichtete, daß es sich hierbei um eine ABM-Maßnahme handele, damit der Betreffende rechtlos und jederzeit kündbar sei.

b.wiv. **Stand der Aktionseinheitsverhandlungen für den Aktionstag am 4.10. in Brunsbüttel.** Zunächst sollen tagsüber bis 14 Uhr Stände gemacht werden von den beteiligten Initiativen und politischen Organisationen, wo man die gleichzeitig anwesenden bürgerlichen Parteien gut angreifen und zur Rede stellen kann. Um 14.30 Uhr
beginnt die Demonstration in Brunsbüttel, danach ist Zeit für eigenverantwortliche Aktivitäten der Beteiligten; um 19.30 Uhr beginnt die Abschlußveranstaltung in Brunsbüttel. Ein Aufruf zur Unterzeichnung ist inzwischen in Umlauf gebracht worden, ein Plakat wird am 14.9. auf dem nächsten AE-Treffen in Quickborn verabschiedet, wie dort auch die unterstützenden Organisationen des Aufrufs zusammengefaßt werden sollen. Die Hauptparole der Aktionseinheit: ,,Sofortige und endgültige Stillegung des AKW Brunsbüttel!"

b.kym. **Zwischen 11 und 35% hat der Hamburger Senat die Sätze für Plätze in den Kinderstuben der staatlichen Krankenhäuser für 1980 erhöht.** (Bürgerschaftsdrucksache 9/2372 vom 1.7.80). Erklärtes Ziel des Senats ist, die Entgelte an die der staatlichen Kindertagesheime anzupassen, dazu will er Spaltung unter den Kollegen durch Bemessung der Beiträge nach Höhe des Einkommens betreiben. Bisher lag der Satz im UKE etwa für eine alleinverdienende Krankenschwester mit 1900 DM netto und 500 DM Miete bei 100 DM, während sie in einer staatlichen Krippe 146,50 DM zahlen müßte. Jetzt zahlt sie fast genauso viel: 138,50 DM. Doppelverdiener erreichen in den staatlichen Heimen schon bei 2200 DM netto den Höchstsatz von 333 DM, während sie in den Krankenhäusern nur 192 DM zahlen müssen. Eine weitere Staffelung der Beiträge nach Einkommen konnte der Dienstherr gegen den Einspruch der Personalräte gegen diese Schnüffelei nicht durchsetzen. Am liebsten würde der Senat die Kinderstuben ganz schließen. Bei dem Personalmangel in den Kliniken kann er sich das nicht erlauben (285 freie Stel-

feld der Werbung sollen die Wortbeiträge auf 10 - 12 Min. pro Stunde gekürzt werden. Klar, daß die ,,Meckerecke" und Kommentare wie in ,,Pop und Politik" und ,,Politik für junge Leute" in dieses Umfeld nicht passen und abgesetzt werden! Beiträge über Wirtschaft und Soziales aus Arbeitnehmersicht sollen der Werbeindustrie und ihren Auftraggebern geopfert werden, so resümierten die Redakteure. ,,Fließprogramme" erfordern weniger Arbeit, so befürchten Programm-Mitarbeiter und Techniker Umsetzungen, Änderungskündigungen und Kündigungen. Auf den nächsten Versammlungen müssen sie beraten, wie sie das verhindern können.

b.thc. **Bei der Hell GmbH ist eine Be-**
triebsvereinbarung über die Zahlung von Sonderzulagen abgeschlossen worden. Die jährlich freiwillig gezahlte Erfolgsprämie wird abgelöst durch die ,,Erfolgsbeteiligung" (EB), wie sie bei Siemens bereits gültig ist. Die EB setzt sich zusammen: Dividendenpunkte (entsprechend DM-Dividende auf eine Siemensaktie) × persönlicher Grundbetrag × Dienstalterspunkte. Entscheidend ist der persönliche Grundbetrag, der sich nach der Lohn/Gehaltsgruppe sowie nach der ,,persönlichen Leistung" richtet. Der Normalgrundbetrag, der in den persönlichen Grundbetrag eingeht, wird zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung per Betriebs-
vereinbarung jährlich abgesichert. Nach Willen der Geschäftsleitung wäre allein die spaltende Wirkung der ,,persönlichen Leistung" in die EB-Formel gekommen. Ab 1982 soll die EB auf das tarifliche Weihnachtsgeld angerechnet werden. Wehrpflichtige und Zivildienstleistende sollen ein Weihnachtsgeld von 100 DM erhalten, was die Hell-Kapitalisten zahlen.

b.aba. **Gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung in Drebber, Kreis Diepholz, versammelten sich etwa 120 Gegner am Festplatz.** Auf den Hinfahrtsstraßen nach Drebber von Bremen, Diepholz und Vechta wurden Polizeikontrollen durchgeführt. Am Platz selber waren 250 Polizisten aus ganz Niedersachsen und 30 Feldjäger aufgeboten. Außer den 420 Rekruten waren 600 Soldaten und Zivilisten versammelt. Während der Reden von Bürgermeister H. Engels und dem früheren Verteidigungsminister G. Leber gab es vereinzelt Zwischenrufe und Pfiffe. Auf Transparenten waren neben ,,Schluß mit den Kriegsvorbereitungen" und einer Forderung gegen die Dienstzeitverlängerung verschiedene pazifistische Forderungen zu lesen. 80 Gegner führten nach der Vereidigung eine Demonstration durch.

b.inb. **Ein Buchholzer Rentner soll der AOK seine Einkommensverhältnisse offenlegen, bevor der Krankenhausaufenthalt seiner Frau bezahlt wird.** Seine Frau mußte mehrere Wochen stationär behandelt werden, weil sie von einem Hund gebissen worden war. Der Rentner wies diese Bespitzelung zurück und erklärte in einem Brief an die AOK, daß er zusammen mit seiner Frau insgesamt 77 Jahre in die Krankenkasse

bau, Neußer Eisenbau, Süddeutsche Eisenbaugesellschaft, Hilgers AG und Hein.Lehmann AG). Die ARBED setzt daher in der Weiterverarbeitung in der BRD auf Zusammenfassung von Anlagen, Spezialisierung oder Stillegung der verbleibenden Werke oder Zusammenschluß mit direkten Konkurrenten zu Unternehmen mit nennenswertem Marktanteil.

Allein seit dem 1.1.79, dem Zeitpunkt der Übernahme der Saarhütten durch die ARBED, sind zu diesem Zweck folgende Maßnahmen durchgeführt worden:

– die ARBED-Tochter Pohlig-Heckel-Bleichert AG (PHB), von deren Arbeitern allein 1979 6 Schiffsladegeräte, 4 komplette Lageranlagen und zahlreiche Stahlwerksanlagen gebaut und in 7 Ländern montiert wurden, fusioniert im August 1980 mit der Weserhütte AG der Otto-Wolff-Gruppe, ebenfalls Großanlagenbauer.

– Während sich die Hein.Lehmann AG auf landwirtschaftliche Anlagen

zumal im ARBED-Geschäftsbericht 79 gerade ,,der Rückgang der Verkaufspreise für Rohre" für das schlechtere Ergebnis verantwortlich gemacht wird.

Für einen großen Teil der Stahl- und Metallarbeiter in allen diesen Betrieben sieht diese ,,Neuordnung" Entlassung oder Umsetzung in andere Werke und dort eine höhere Auslastung und damit eine höhere Arbeitsintensität vor. Die IG Metall hat mit Demonstrationen in St.Ingbert am 12.11.79, in Burbach am 14.11 und in Eschweiler am 18.6 und 8.9.80 dagegen Demonstrationen durchgeführt. Für das Werk St.Ingbert konnte 5 Jahre Garantie des bisherigen Lohns bei Umsetzungen und Verrentung ab 55 Jahre mit Ausgleichszahlung der ARBED bis 60 Jahren auf die Höhe des bisherigen Lohns im Sozialplan durchgesetzt werden. Die ARBED muß z. Zt. ihre Pläne für die Stahl- Weiterverarbeitung der IG Metall vorlegen und mit ihr darüber verhandeln. Die Verhandlungen laufen noch.

durch die ARBED aufgekauft wurden. So sind auch die Familie Röchling und die Otto Wolff AG als frühere Besitzer der saarländischen Stahlwerke mit zusammen weniger als 5% beteiligt. Die ARBED verwaltet die Beteiligungen in der BRD, Brasilien und die französischen Erzminen jeweils über eine Holding-Gesellschaft. So gelten z.B. die Bürgschaftsbedingungen des westdeutschen Finanzkapitals im Zuge des Verkaufs der Saarhütten nur gegenüber der ,,ARBED Finanz Deutschland GmbH" und deren Beteiligungen in der BRD. Mit den 47 zum Konzern gehörenden Tochtergesellschaften betreibt die ARBED von der Kohle- und Erzförderung über die Stahlproduktion bis zu Stahlweiterverarbeitung und -handel in 10 Ländern. Der Sitz der ARBED-Hauptverwaltung in Luxemburg rührt dabei nicht nur von der Gründung her: bis Mitte der 70er Jahre war ARBED von Steuern befreit und es heißt, die luxemburgische Kabinettsliste werde erst dem ARBED-Verwaltungsrat vorgelegt.

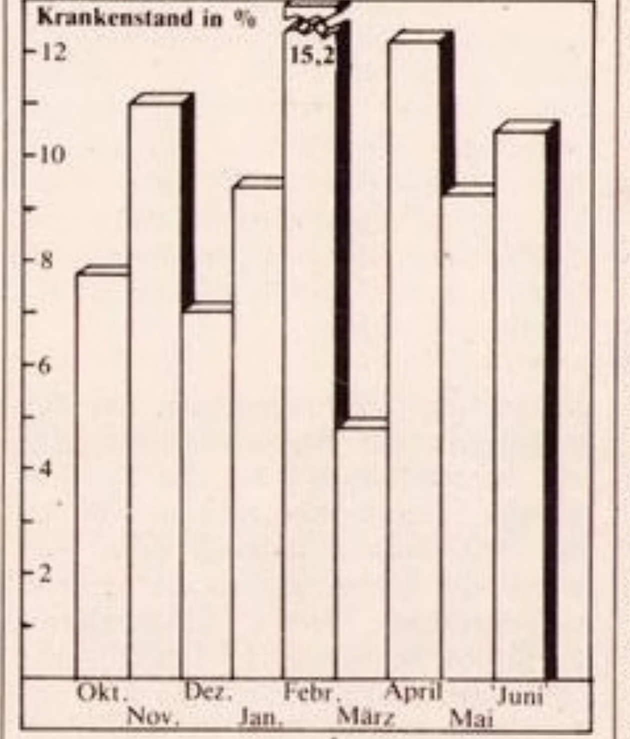




Die Weiterverarbeitung des in groben Formen gewalzten Stahls beginnt bei der Herstellung von Rohren (linkes Bild), Draht und Drahtgeflechten oder -seilen und umfaßt neben dem Bau ganzer Stahlkonstruktionen auch die Produktion von Kleinteilen aus Stahl (im rechten Bild Schraubenproduktion). In der Regel gelten die Tarifverträge der Metallindustrie, bei Stahlkonzernteilen der Stahlindustrie.

Beiträge eingezahlt habe und die Kasse dafür bisher ganze 43 Tage Krankenhausaufenthalt, eine Vorsorgeuntersuchung und ein paar Lesebrillen bezahlen mußte. In dem Brief schlug er außerdem vor: ,,Kostendämpfend kann auch sein, wenn diejenigen, welche heute versuchen, anderen Leuten den Brotkorb hochzuhängen, auf jedem Brief, den sie in dieser Angelegenheit schreiben, ihr eigenes Einkommen angeben und ihre Anzahl der im Betrieb Beschäftigten, ob da nicht zu viele herumsitzen."

b.had. **Mit 9,7% liegt der Krankenstand im MOLAN-Werk in Bremen erheblich über dem Durchschnitt anderer Betriebe.** Vergleichbare Betriebe in der chemischen und kunststoffverarbeitenden Industrie haben im vergleichbaren Zeitraum einen Krankenstand unter den Arbeitern von 6 bis 7%. Die vom Betriebsrat ermittelten Werte über einen Zeitraum von 9 Monaten zeigen die unterschiedliche Entwicklung des Krankenstandes. Krankheitsursachen sind im wesentlichen Erkältungskrankheiten, entstanden durch Zugluft und Schnittwunden, die entstehen beim Hantieren mit Schnitten für Stanzen. Im Tränkbereich kommen Brandwunden hinzu, verursacht durch heiße Tränkmassen (Bitumen, Kunstharz). Inwieweit Lösungsmittel (Trichloräthylen, Aceton) Ursache für Krankheiten (z.B. Magen) sind, ist bisher nicht untersucht worden.

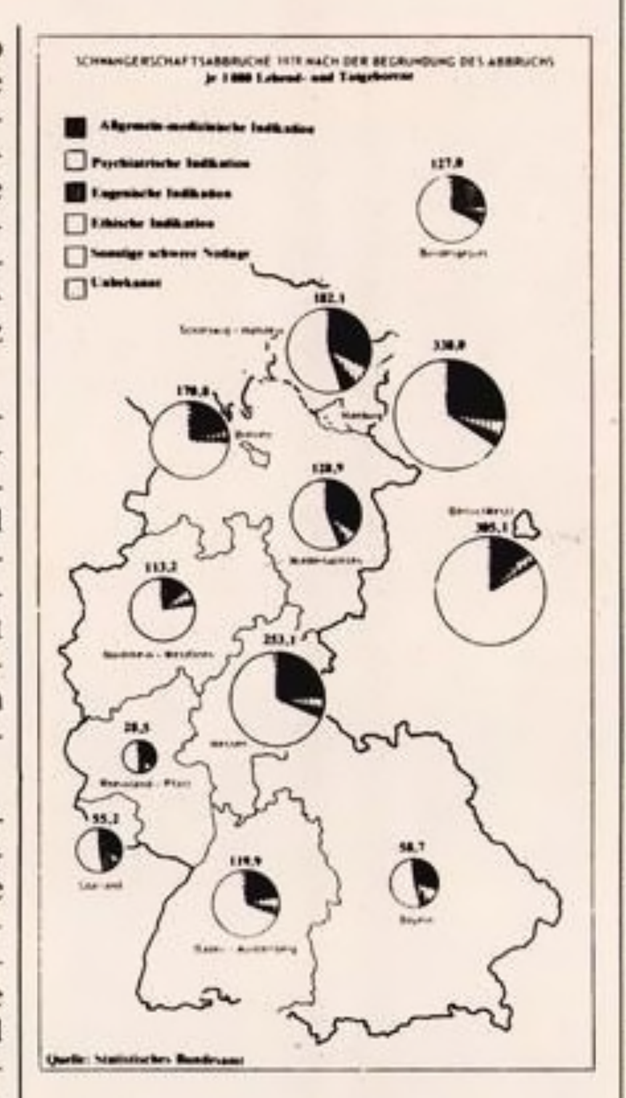


b.cos. **Für die Bremer Polizei ist ab sofort bis nach den Bundestagswahlen Urlaubssperre verhängt worden.** Der Grund dafür sind die stattfindenden Wahlkampfveranstaltungen der bürgerlichen Parteien, die es mit allen Kräften zu schützen gilt. Die Führungsstäbe im Stadt- und Polizeiamt und bei der Bereitschaftspolizei sind auf ,,Störversuche" oder ,,gewalttätige Demonstrationen" vorbereitet. Den Einsatzplänen liegen die Erfahrungen aus dem Bürgerschaftswahlkampf 1979 und von der Rekrutenvereidigung im Weser-Stadion zugrunde. Parallel dazu ist die Ausrüstung der Polizisten verbessert worden.

b.guz. **Während einer 8-tägigen Übung in Hammelburg mußten Soldaten der Wittekindkaserne in Wildeshausen 153 Stunden Dienst schieben.** Als Dienstausgleich dafür wurde ihnen ein Tag bzw. bei ,,besonderen Leistungen" zwei Tage zugestanden. In einem Brief an Verteidigungsminister Apel fordern 17 Soldaten der 3. Kompanie / Fallschirmjägerbataillon 272, daß für die Soldaten endlich eine 40-Stunden-Woche durchgesetzt und jeder Zusatzdienst mit einem ebensolangen Dienstausgleich ausgeglichen werden muß. Die Soldaten wenden sich in ihrem Brief gegen die 56-Wochenstunden-Regelung, nach der Soldaten, die durchschnittlich 56 Wochenstunden schieben, nur 54 bzw. 90 DM mehr bekommen. Weiter heißt es in dem Brief: ,,Der Wehrsold sollte am 1.1.81 um

Bundesweite Aktionswoche der Pro Familia-Beratungsstellen

r.utg. In dieser Woche führen die Pro Familia-Beratungsstellen bundesweite Aktionen durch gegen die Unterdrückung und Behinderung der Beratungsstellen, hauptsächlich durch die CDU/CSU-regierten Länder. Die Aktionen konzentrieren sich auf Rheinland-Pfalz. Die zentrale Abschlußveranstaltung wird am Samstag in Mainz sein.



Rheinland-Pfalz hat mit 1008 Abtreibungen die niedrigste Abtreibungsquote bundesweit, die niedrigste Abtreibungsquote je 1000 Lebend- und Totgeborene sowie die niedrigste Quote nach sozialer Indikation. Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat erneut einen Vorstoß zur Unterdrückung der legalen Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch unternommen.

Sozialminister Gölter trug im August dieses Jahres im Landtag die Haltung der Landesregierung vor, die jede Kritik bei der Debatte um die genannten Zahlen gegenüber der Kirche zurückweist, diese würden über ihre kirchlichen Beratungsstellen zuviel Einfluß darauf nehmen, Schwangerschaftsabbrüche zu verhindern. Diejenigen Kritiker würden versuchen, geltendes Recht außer Kraft zu setzen. Einen Anspruch auf Abtreibung gebe es nicht, daher könnten die kirchlichen Beratungseinrichtungen kein Unrecht begehen; der §218 regele lediglich den „Verzicht auf Strafandrohung in bestimmten Fällen" – nach wie vor sei Schwangerschaftsabbruch ein Tötungsdelikt. Womit Gölter in der Charakterisierung des neugefaßten §218 völlig recht hat.

Die vom Statistischen Bundesamt bis 1978 erstellte Statistik „Schwangerschaftsabbrüche" enthält keine genauen Angaben über die sozialen Verhältnisse der Betroffenen. Sie gibt bloß folgende Hinweise: Für ein Drittel aller Frauen war der Abbruch die erste Schwangerschaft, davon wiederum ein Drittel in der Altersgruppe zwischen 15 und 20 Jahren, also diejenigen, die am schwierigsten ihre Kinder selbständig versorgen können, alle übrigen Frauen hatten bereits Kinder; bezogen auf die Zahl der vorangegangenen Lebendgeburten und Altersklasse liegt die höchste Zahl bei den 25- bis 40-Jährigen mit zwei Kindern.

In Rheinland-Pfalz existieren folgende Beratungsstellen: 57 kirchliche, fünf Pro Familia, eine kommunale, eine Arbeitersamariter. Die niedrigste Zahl (bundesweit) für durchgeführte Abbrüche mit sozialer Indikation hat Rheinland-Pfalz mit 48,8% – sie gibt ebenfalls eine indirekte Bestätigung auf die von Pro Familia erhobenen Vorwürfe der Behinderung. Gölter hat

tendes Recht außer Kraft zu setzen. Einen Anspruch auf Abtreibung gebe es nicht, daher könnten die kirchlichen Beratungseinrichtungen kein Unrecht begehen; der §218 regele lediglich den „Verzicht auf Strafandrohung in bestimmten Fällen" – nach wie vor sei Schwangerschaftsabbruch ein Tötungsdelikt. Womit Gölter in der Charakterisierung des neugefaßten §218 völlig recht hat.

Die vom Statistischen Bundesamt bis 1978 erstellte Statistik „Schwangerschaftsabbrüche" enthält keine genauen Angaben über die sozialen Verhältnisse der Betroffenen. Sie gibt bloß folgende Hinweise: Für ein Drittel aller Frauen war der Abbruch die erste Schwangerschaft, davon wiederum ein Drittel in der Altersgruppe zwischen 15 und 20 Jahren, also diejenigen, die am schwierigsten ihre Kinder selbständig versorgen können, alle übrigen Frauen hatten bereits Kinder; bezogen auf die Zahl der vorangegangenen Lebendgeburten und Altersklasse liegt die höchste Zahl bei den 25- bis 40-Jährigen mit zwei Kindern.

In Rheinland-Pfalz existieren folgende Beratungsstellen: 57 kirchliche, fünf Pro Familia, eine kommunale, eine Arbeitersamariter. Die niedrigste Zahl (bundesweit) für durchgeführte Abbrüche mit sozialer Indikation hat Rheinland-Pfalz mit 48,8% – sie gibt ebenfalls eine indirekte Bestätigung auf die von Pro Familia erhobenen Vorwürfe der Behinderung. Gölter hat
betont, das Angebot an Stellen sei ausreichend und ihre Funktion im wesentlichen Schutz des ungeborenen Lebens.

Die finanzielle Förderung ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. Das Land Rheinland-Pfalz und die Kommunen übernehmen jeweils 25% der Fachpersonalkosten einer anerkannten Beratungsstelle einschließlich Kosten für Honorarkräfte und Fortbildung. Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen werden gleichbehandelt. Insgesamt wurden 1978 60000 DM Landeszuschüsse in Rheinland-Pfalz gewährt. Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen gewähren Landeszuschüsse für grundsätzlich alle freien Träger. Bis auf Saarland und Schleswig-Holstein erhalten zur Zeit nur die auch vom Bund geförderten Modellberatungsstellen einen Landeszuschuß.

Die medizinische Versorgung der Schwangeren, die abtreiben lassen, ist ländermäßig sehr unterschiedlich. Nach Art und Häufigkeit der Komplikationen weist Rheinland-Pfalz die relativ höchste Zahl auf, wonach Frauen nach 13 Wochen abtreiben; gleichzeitig den höchsten Anteil derer, die mit Ausschabung durchgeführt wurden gegenüber moderneren Methoden wie Vakuumaspiration. Höchster Anteil der Fälle mit Komplikationen im Vergleich: Bundesdurchschnitt: 3,0%, Rheinland-Pfalz: 4,7%.

Die Aktionen der Pro Familia richten sich gegen die Behinderung all jener beschränkten Möglichkeiten, die die Bundesregierung bei der Neufassung des Gesetzes offenlassen mußte. Sie treten für verbesserte Bedingungen und die Wahrnehmung dieser eingeschränkten Möglichkeiten für die Volksmassen ein. Das kann man unter-

Fortbildung. Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen werden gleichbehandelt. Insgesamt wurden 1978 60000 DM Landeszuschüsse in Rheinland-Pfalz gewährt. Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen gewähren Landeszuschüsse für grundsätzlich alle freien Träger. Bis auf Saarland und Schleswig-Holstein erhalten zur Zeit nur die auch vom Bund geförderten Modellberatungsstellen einen Landeszuschuß.

Die medizinische Versorgung der Schwangeren, die abtreiben lassen, ist ländermäßig sehr unterschiedlich. Nach Art und Häufigkeit der Komplikationen weist Rheinland-Pfalz die relativ höchste Zahl auf, wonach Frauen nach 13 Wochen abtreiben; gleichzeitig den höchsten Anteil derer, die mit Ausschabung durchgeführt wurden gegenüber moderneren Methoden wie Vakuumaspiration. Höchster Anteil der Fälle mit Komplikationen im Vergleich: Bundesdurchschnitt: 3,0%, Rheinland-Pfalz: 4,7%.

Die Aktionen der Pro Familia richten sich gegen die Behinderung all jener beschränkten Möglichkeiten, die die Bundesregierung bei der Neufassung des Gesetzes offenlassen mußte. Sie treten für verbesserte Bedingungen und die Wahrnehmung dieser eingeschränkten Möglichkeiten für die Volksmassen ein. Das kann man unter-
stützen. Einen *Anspruch* auf legale Abtreibung gibt es in keinem Bundesland; da bildet die rheinland-pfälzische Landesregierung im Verein mit der christlichen Reaktion bloß den Vorreiter. Dringlich stellt sich der Arbeiterbewegung die Aufgabe, diese Frage in ihren Gewerkschaften zu behandeln und auf die Abschaffung des Strafgesetzes zu drängen.

„... die würden sich ja drauf berufen"

Dienstvereinbarung zu Mikrofiche-Geräten

b.frn. Vor einiger Zeit hat der Personalrat der Universität Bremen dem Rektor den Entwurf einer Dienstvereinbarung für die Abteilung Katalogisierung der Universitätsbibliothek vorgelegt. Anlaß dafür ist der Einsatz von Mikrofiche-Lesegeräten. Kernpunkt der angestrebten Vereinbarung: die tägliche Arbeitszeit an den Geräten soll maximal 20 Minuten betragen.

Unter dem Datum des 5.9.80 antwortete der Rektor Wittkowsky dem Personalrat: „Die in den §§2 und 3 formulierte Muß-Vorschrift, Mikrofiche-Lesegeräte sowie das zugehörige Mobiliar dem neuesten ergonomischen und technischen Entwicklungsstand anzupassen, ist bei fortschreitender Technologie insbesondere auf diesem Gebiet nicht einhaltbar. Zudem ist diese Forderung auch aus Gründen der Finanzierbarkeit der jeweiligen Geräte nicht allein durch die Universität zu erfüllen." Klare Worte eines Mannes, dessen Aufgabe es ist, die Absichten des Bremer Senats gegen die Beschäftigten der Universität durchzusetzen. Wie wenig man doch den Beteuerungen der Dienstherren glauben darf, die den ergonomischen Himmel auf Erden immer dann versprechen, wenn es um die Einführung von Sichtgeräten geht!

In der Katalogisierung werden die angeschafften Bücher so erfaßt, daß ihr jeweiliger Standort (Magazin, Freihand, Projekt) jederzeit mit der Eintragung im Katalog übereinstimmt. Gibt es nun Änderungen oder Fehler bei diesen Eintragungen, so müssen die Beschäftigten in der Katalogisierung sich auf Computerausdrucke stützen. Dazu müssen sie oft mehrere Bände dieser Ausdrucke aus den Regalen holen und durchblättern, da wegen des aufwendigen Druckverfahrens nie der gesamte Katalog auf dem neuesten Stand ist: nur über Ergänzungsbände wird die Auflistung einigermaßen aktuell gehalten.

Gegenüber diesem zeitaufwendigen Verfahren, das Kraft und Nerven kostet, ist die Erfassung auf Mikrofiche eine Erleichterung. Erleichtert wird aber nur der Suchvorgang, nicht das Korrigieren selbst. Deswegen ist auch klar, in welche Richtung die Entwicklung weitergehen soll: Ersatz der Mikrofichegeräte durch Bildschirme, die direkt am Computer hängen und eine papierlose Bearbeitung ermöglichen.

Soweit, so gut. Nur, daß es der Universitätsleitung und dem Senat nicht um Erleichterungen für die Beschäftigten geht (s. oben). Ihr Kriterium lautet: Senkung der Kosten. Schon bisher: der Raum, in dem ein Teil der Katalogisierung untergebracht ist, war ursprünglich als Kleiderablage vorgesehen.

Scheibchenweise will Rektor Wittkowsky die EDV in der gesamten Bibliothek durchsetzen. Wittkowsky zu der Forderung, die Arbeitszeit am Mikrofichegerät auf 20 Minuten zu begrenzen: „Diese Zeitdauer wird im Normalbetrieb ausreichen, kann aber für Vertretungsfälle oder für besondere Arbeitsanhäufungen nicht garantiert werden." Mündlich hatte er das schon einmal als selbstverständlich hingestellt. Heute als Hinweis, warum er gegen den Abschluß der Dienstvereinbarung ist: „... die würden sich ja sonst auf die Dienstvereinbarung berufen."

Aus dem Entwurf der Dienstvereinbarung für die Abteilung Katalogisierung der Bibliothek der Universität Bremen:

§2. *Anforderungen an die Mikrofiche-Lesegeräte und die hierzu gehörigen Möbel.* Die Mikrofiche-Lesegeräte und das dazugehörige Mobiliar müssen dem neuesten Stand der Technik und den neuesten ergonomischen Erkenntnissen entsprechen.

§3. *Anzahl der Geräte.* Je Team wird ein Mikrofiche-Lesegerät mit dem dazugehörigen Mobiliar nach dem neuesten Entwicklungsstand gemäß §2... eingesetzt.

§5. *Tägliche Gesamtarbeitszeit.* Die tägliche Gesamtarbeitszeit an den Geräten beträgt maximal 20 Minuten je Mitarbeiter.

§6. *Mischtätigkeit.* Die Organisierung von Mischtätigkeit wird für die Abteilung Katalogisierung auch in Zukunft garantiert.

§7. *Organisatorische und personelle Maßnahmen.* Die Umstellung der Katalog-Stammdaten auf Mikrofiche hat keine organisatorischen und personellen Maßnahmen zur Folge. Es finden keine Umsetzungen statt.

In der Katalogisierung werden die angeschafften Bücher so erfaßt, daß ihr jeweiliger Standort (Magazin, Freihand, Projekt) jederzeit mit der Eintragung im Katalog übereinstimmt. Gibt es nun Änderungen oder Fehler

bliothek durchsetzen. Wittkowsky zu der Forderung, die Arbeitszeit am Mikrofichegerät auf 20 Minuten zu begrenzen: „Diese Zeitdauer wird im Normalbetrieb ausreichen, kann aber für Vertretungsfälle oder für besonde-

§7. *Organisatorische und personelle Maßnahmen.* Die Umstellung der Katalog-Stammdaten auf Mikrofiche hat keine organisatorischen und personellen Maßnahmen zur Folge. Es finden keine Umsetzungen statt.

Entscheidend für die Wiedereröffnung des Jugendzentrums ist die Unterstützung der Beschäftigten

b.reh. Ende August beschloß die Stadt Coesfeld, das Jugendzentrum dort zu schließen, nachdem sie erst kurz vorher eine alte Schule dafür zur Verfügung stellen mußte. Vorausgegangen waren dem Auseinandersetzungen um die Selbstverwaltung (die Stadt wollte einen Jugendrat bilden, ihr sollte ein Vetorecht vorbehalten bleiben) und die Öffnungszeiten (die Stadt wollte diese verkürzen). Beide Maßnahmen der Stadt wurden von den Jugendlichen entschieden abgelehnt. Sie bekräftigten in einem JZ-Vollversammlungsbeschluß ihre Forderung nach Selbstverwaltung.

Unter massivem Polizeieinsatz wurde das Jugendzentrum geräumt, von den Jugendlichen aber gleich wieder geöffnet. Sechs Anzeigen wegen „schwerem Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung" wurden von der Stadt gestellt. Zimmermann blies in seinem Aktenzeichen XY gar zur Großfahndung nach einem JZ-Mitglied, weil „Sprengstoff gestohlen

geht: zu verhindern, daß die Jugendlichen sich zusammenschließen können um ihre Interessen, wie z.B. durch die Bildung von Schüler- und Lehrlingsgruppen geschehen.

Um die Stadt zur Rede zu stellen und die Bevölkerung über das Jugendzentrum zu informieren, haben die Jugendlichen einen Elternabend durchgeführt und ein Jugendhearing geplant. Die Stadt und die geladenen bürgerlichen Parteien verweigerten jedoch die Teilnahme. Stattdessen will die SPD jetzt einen eigenen Arbeitskreis Jugendzentrum bilden. Ohne eine „kleine linksradikale Gruppe" von „Rädelsführern", die die Jugendlichen aufgehetzt hätte, wäre das Jugendzentrum nicht geschlossen worden, so die Propaganda der SPD-Zeitung. Ein Jugendzentrum unter Kontrolle und Gängelung der Stadt ist das Ziel.

Die Jugendlichen beraten zur Zeit die Bildung eines eigenen Vereins. Dahinter steht die Überlegung, daß man

zeption, die der Verein vorlegen muß.

Ob es gelingt, ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung durchzusetzen, mit oder ohne e.V., dafür ist entscheidend, ob die Spaltung zu den Beschäftigten überwunden wird. Erste Ansätze dafür gibt es: Neben Leserbriefen, in denen sich Anlieger über den Lärm im Jugendzentrum beklagen, gibt es auch solche, in denen die Anlieger die Jugendlichen unterstützen und schildern, wie die Jugendlichen versucht haben, alle Probleme selbständig zu lösen. Das Hausmeisterehepaar hat sich für das Jugendzentrum ausgesprochen.

Einem Beschäftigten der Kreisverwaltung sollte fristlos gekündigt werden wegen „Rädelsführerschaft im Jugendzentrum und Verunglimpfung des Kreises Coesfeld". Dabei hätte der Personalrat nicht gehört zu werden brauchen. Er schaltete sich trotzdem ein und sprach sich gegen die Kündigung aus. Der Kreis mußte die Kündigung zurücknehmen. Er sprach statt-

Entscheidend für die Wiedereröffnung des Jugendzentrums ist die Unterstützung der Beschäftigten

b.reh. Ende August beschloß die Stadt Coesfeld, das Jugendzentrum dort zu schließen, nachdem sie erst kurz vorher eine alte Schule dafür zur Verfügung stellen mußte. Vorausgegangen waren dem Auseinandersetzungen um die Selbstverwaltung (die Stadt wollte einen Jugendrat bilden, ihr sollte ein Vetorecht vorbehalten bleiben) und die Öffnungszeiten (die Stadt wollte diese verkürzen). Beide Maßnahmen der Stadt wurden von den Jugendlichen entschieden abgelehnt. Sie bekräftigten in einem JZ-Vollversammlungsbeschluß ihre Forderung nach Selbstverwaltung.

Unter massivem Polizeieinsatz wurde das Jugendzentrum geräumt, von den Jugendlichen aber gleich wieder geöffnet. Sechs Anzeigen wegen „schwerem Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung" wurden von der Stadt gestellt. Zimmermann blies in seinem Aktenzeichen XY gar zur Großfahndung nach einem JZ-Mitglied, weil „Sprengstoff gestohlen
worden" sei.

Das Jugendzentrum als Ort hinzustellen, wo sich Gewaltkriminalität entwickelt und sich die Jugendlichen „unsittlich benehmen", soll die Beschäftigten in Coesfeld gegen die Jugendlichen aufbringen und von dem eigentlichen Grund ablenken, wie er aus der Begründung der Schließung hervor-

geht: zu verhindern, daß die Jugendlichen sich zusammenschließen können um ihre Interessen, wie z.B. durch die Bildung von Schüler- und Lehrlingsgruppen geschehen.

Um die Stadt zur Rede zu stellen und die Bevölkerung über das Jugendzentrum zu informieren, haben die Jugendlichen einen Elternabend durchgeführt und ein Jugendhearing geplant. Die Stadt und die geladenen bürgerlichen Parteien verweigerten jedoch die Teilnahme. Stattdessen will die SPD jetzt einen eigenen Arbeitskreis Jugendzentrum bilden. Ohne eine „kleine linksradikale Gruppe" von „Rädelsführern", die die Jugendlichen aufgehetzt hätte, wäre das Jugendzentrum nicht geschlossen worden, so die Propaganda der SPD-Zeitung. Ein Jugendzentrum unter Kontrolle und Gängelung der Stadt ist das Ziel.

Die Jugendlichen beraten zur Zeit die Bildung eines eigenen Vereins. Dahinter steht die Überlegung, daß man
dann als eingetragener Verein selbst die Trägerschaft übernehmen könnte und auf diese Weise die Selbstverwaltung durchgesetzt wäre. Die Auseinandersetzung wäre dann in den Jugendwohlfahrtsausschuß (JWA) verlagert. Der entscheidet nämlich darüber, ob ein Verein als Träger des Jugendzentrums Zuschüsse erhält. Grundlage dieser Entscheidung ist die inhaltliche Kon-

zeption, die der Verein vorlegen muß.

Ob es gelingt, ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung durchzusetzen, mit oder ohne e.V., dafür ist entscheidend, ob die Spaltung zu den Beschäftigten überwunden wird. Erste Ansätze dafür gibt es: Neben Leserbriefen, in denen sich Anlieger über den Lärm im Jugendzentrum beklagen, gibt es auch solche, in denen die Anlieger die Jugendlichen unterstützen und schildern, wie die Jugendlichen versucht haben, alle Probleme selbständig zu lösen. Das Hausmeisterehepaar hat sich für das Jugendzentrum ausgesprochen.

Einem Beschäftigten der Kreisverwaltung sollte fristlos gekündigt werden wegen „Rädelsführerschaft im Jugendzentrum und Verunglimpfung des Kreises Coesfeld". Dabei hätte der Personalrat nicht gehört zu werden brauchen. Er schaltete sich trotzdem ein und sprach sich gegen die Kündigung aus. Der Kreis mußte die Kündigung zurücknehmen. Er sprach statt-
dessen eine „letzte Verwarnung" aus.

Wenn die Jugendlichen in den Schulen und Betrieben, in denen sie ja selbst zum großen Teil arbeiten, sowie über ihre Eltern von den Beschäftigten Unterstützung erhalten, die sich in Leserbriefen und Beschlüssen und Briefen an die Stadt niederschlägt, dann werden sie auch die Öffnung des Jugendzentrums erreichen können.

---

100 DM und nicht um die geplanten 30 DM erhöht werden. Eine Erhöhung um 30 DM würde nicht einmal die Preissteigerung abdecken. In der „Welt" vom 5.9.80 wurde erwähnt, daß Sie die Rechte der Vertrauensleute erweitern wollen. Dazu gehört unserer Meinung nach, daß der Vertrauensmann nur von seinen Wahlberechtigten abgesetzt werden darf. Es müssen Vertretungskörperschaften auch über die Ebene der Kompanie zugelassen werden. Nur so können die Vertrauensleute die Interessen der Mannschaften vertreten. Wir fordern Sie auf, zu unseren Forderungen Stellung zu beziehen und sich in obengenannter Richtung einzusetzen."

b.ged. **Am 21.8.80 hat die Bezirksregierung die Anstellung Gerold Domeyers an der IGS Aurich abgelehnt.** Domeyer habe wegen einer Verurteilung wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und einer wegen Hausfriedensbruchs „keinen guten Leumund". Die Bezirksregierung „hält es nicht für möglich, Ihnen als Lehrer die Erziehung heranwachsender junger Menschen zu überlassen, die in Ihnen ein Vorbild sehen würden". Die GEW-Betriebsgruppe an der IGS will in einer Stellungnahme an die Bezirksregierung die Verfügung ablehnen und die Einstellung verlangen. Die Personalversammlung soll über die Ablehnung informiert und zu einer Stellungnahme gegenüber der Bezirksregierung aufgefordert werden. Die Personalversammlung hatte sich im Februar für die Einstellung und gegen den „Radikalenerlaß" ausgesprochen.

r.kol. **SPD-Hamburg will Landesgewerkschaftsrat einrichten.** Nach Auskunft der SPD soll der Zweck dieses Landesgewerkschaftsrates sein, Kräfte außerhalb der Sozialdemokratie und auch außerhalb der DGB-Gewerkschaften an die Linie der Sozialdemokraten in „Arbeitnehmerfragen" zu binden. Teilnehmen dürfen sollen Mitglieder der DAG, der christlichen Gewerkschaften, Nichtgewerkschaftsmitglieder und Nichtsozialdemokraten. Gewonnen werden sollen diese Kräfte durch die sozialdemokratischen Funktionäre, Betriebsräte und Vertrauensleute in den Betrieben. Die Sozialdemokraten sehen sich innerhalb der DGB-Gewerkschaften wachsender Kritik gegenüber. Diese Kritik soll kanalisiert und auf die Mühlen der SPD zurückgelenkt werden.

Veranstaltungskalender

Dienstag, 16. September

Bußgeldverfahren gegen Frieder Nake, weil er am 20.10.79 einen Informationsstand des KBW in der Innenstadt ohne Genehmigung betrieben haben soll.
Bremen: Amtsgericht, Zimmer 351, 14 Uhr

Aktionseinheitsverhandlungen gegen die Veranstaltung der NPD im Bürgerhaus Vegesack.
Bremen-Nord: JFH Alt-Aumund, Aumunder Heerweg 89, 19 Uhr.

Donnerstag, 18. September

Berufsschularbeitskreis der Gesamtschülervertretung.
Bremen: Konsul-Hackfeld-Haus, Birkenstr., 18.30 Uhr.

Montag, 25. September

Veranstaltung der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe Bremer Vulkan zum Thema: „Faschismus heute".
Bremen-Nord: Bürgerhaus Vegesack, Sedanplatz, 17 Uhr, Großer Saal.

Revolutionäres Volksbildungsprogramm

Notenkunde
Mulmshorn: 15. - 19.9., Landhaus Mulmshorn, 20 Uhr

Nach der Zerschlagung des NAZI-Regimes durch die Alliierten: Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag.
Bocholt: 22. - 26.9., KBW-Geschäftsstelle Meckenemstr. 14, 20 Uhr

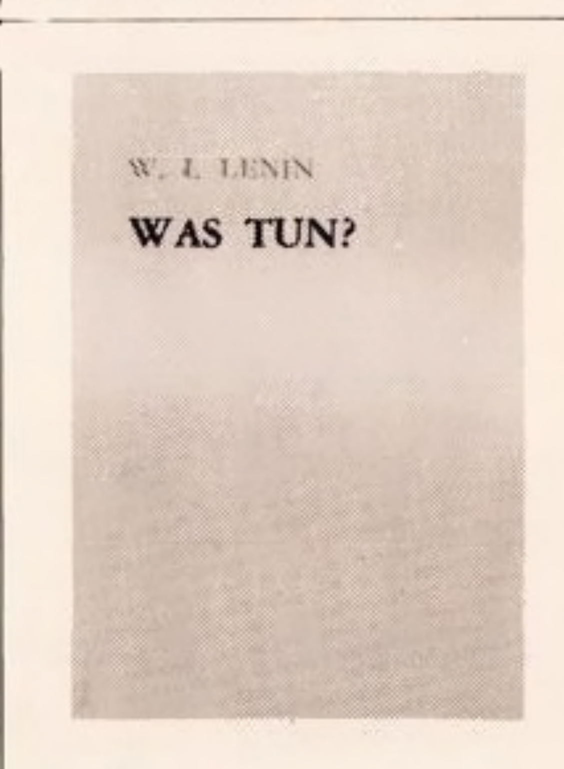
Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft.
Münster: 22. - 26.9., Universität, Fürstenberghaus, Domplatz, 18 - 20 Uhr

Schulungen

W.I. Lenin
Was tun?

Lenin setzt sich in dieser 1901/02 geschriebenen Broschüre mit dem Ökonomismus auseinander.

Osnabrück: 15. - 20.9., Haus der Jugend, 19.30 Uhr



Kommunismus und Klassenkampf 9/80

Theoretisches Organ des KBW
Inhalt: *Materialien zur Vorbereitung der V. ordentlichen Delegiertenkonferenz des KBW am 20./21. September 1980.*

Minister Braun: Gegen den kleinlichen Zeitgeist



Den „Tag der Heimat" benutzte kürzlich Minister Braun als Aufhänger, um sich im Namen der Landesregierung als ein Dokument von wahrhaft historischer Größe zur Schau zu stellen. „Diese historische Größe gibt uns auch heute noch Mut und Kraft, kleinlichem Zeitgeist in der deutschen Frage entschieden zu begegnen" – so rief der Minister wörtlich.

Landkreis Hamburg bietet Kapitalisten Gewerbegebiet zu Spottpreisen

b.klb. Im Mai dieses Jahres tönten die Harburger Anzeigen und Nachrichten über den Landkreis Harburg: „Über 10000 neue Arbeitsplätze wurden durch die Ansiedlung standortunabhängiger Industriebetriebe seit Anfang der sechziger Jahre geschaffen." Im Landkrei waren hingegen 1961 2755 Arbeiter und Angestellte in der Industrie beschäftigt, 1973 waren es dann 4076. Bis 1977 sank die Zahl der Industriebeschäftigten dann wieder auf 3370. Berücksichtigt man noch den starken Bevölkerungszuwachs im Landkreis, allein von 1970 bis 1979 von 140000 auf 182000, so entlarvt sich das Gerede von „10000 neuen Arbeitsplätzen" doppelt als plumpe Demagogie.

Was die Bourgeoisie mit der Mär von den Arbeitsplätzen bezweckt, ist, den Volksmassen einzureden, daß es doch eigentlich in ihrem Interesse sei, wenn die Erschließungskosten z.B. für das Gewerbegebiet Buchholz-Steinbeck (allein in den letzten 4 Jahren ca. 4,1 Mio. DM) aus ihren Steuern finanziert werden. Und ebenfalls, wenn im Landkreis den Kapitalisten der Quadratmeter vollerschlossenen Geländes dann für 15 DM (Winsen), 20 – 25 DM (Tostedt) oder 45 DM (Buchholz)

nanziert. Das nennt sich dann Investitionskostenzuschuß.

Das Geschwätz vom „Arbeitsplatzschaffen" entpuppt sich als Vorwand, um das Überangebot an Arbeitskräften im Landkreis und die sich daraus ergebende Konkurrenz um die wenigen Arbeitsstellen auszunutzen, um Niedrigstlöhne zahlen zu können. Dieses Überangebot zeigt sich einmal in der hohen Zahl von Pendlern, deren Anteil an den Erwerbstätigen bei über 50% liegt.

Auch die Zahl der Arbeitslosen ist hoch, allein in Buchholz sind ca. 70 Jugendliche arbeitslos gemeldet. Die zusätzlichen finanziellen Belastungen durch das Pendeln und die allein vom Mai 1976 bis Mai 1980 von durchschnittlich 5,71 DM/m² auf 8,17 DM/m² um 43,1% gestiegenen Mieten zwingen zudem immer mehr Frauen zum Mitverdienen. Diese Situation nutzen heute schon Firmen wie die Martin Merkel AG, die Teepackerei Ludwig Schwarz oder der Bootshersteller Barakuda aus, wo im wesentlichen Frauen und Ausländer – oft ohne Steuerkarte – für Löhne zwischen 6,50 DM und 9 DM arbeiten müssen.

Um außerdem günstige Transport

Landkreis Hamburg bietet Kapitalisten Gewerbegebiet zu Spottpreisen

b.klb. Im Mai dieses Jahres tönten die Harburger Anzeigen und Nachrichten über den Landkreis Harburg: „Über 10000 neue Arbeitsplätze wurden durch die Ansiedlung standortunabhängiger Industriebetriebe seit Anfang der sechziger Jahre geschaffen." Im Landkrei waren hingegen 1961 2755 Arbeiter und Angestellte in der Industrie beschäftigt, 1973 waren es dann 4076. Bis 1977 sank die Zahl der Industriebeschäftigten dann wieder auf 3370. Berücksichtigt man noch den starken Bevölkerungszuwachs im Landkreis, allein von 1970 bis 1979 von 140000 auf 182000, so entlarvt sich das Gerede von „10000 neuen Arbeitsplätzen" doppelt als plumpe Demagogie.

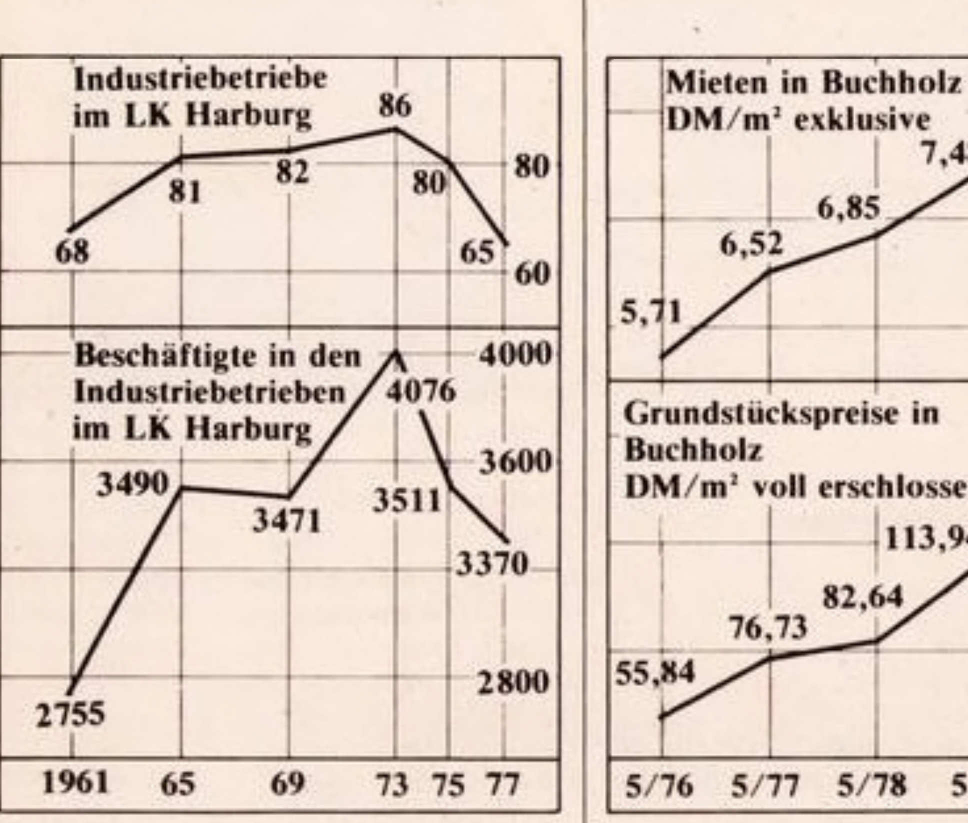
Was die Bourgeoisie mit der Mär von den Arbeitsplätzen bezweckt, ist, den Volksmassen einzureden, daß es doch eigentlich in ihrem Interesse sei, wenn die Erschließungskosten z.B. für das Gewerbegebiet Buchholz-Steinbeck (allein in den letzten 4 Jahren ca. 4,1 Mio. DM) aus ihren Steuern finanziert werden. Und ebenfalls, wenn im Landkreis den Kapitalisten der Quadratmeter vollerschlossenen Geländes dann für 15 DM (Winsen), 20 – 25 DM (Tostedt) oder 45 DM (Buchholz) nachgeschmissen wird, während Arbeiter, Angestellte oder Handwerker, wollen sie zwecks Bau eines Hauses Grund erwerben, heute in Buchholz durchschnittlich 166 DM bezahlen müssen.

Den Bauern hat der Staat das Gelände des Gewerbegebiets zudem für nur 4 DM pro Quadratmeter abgepreßt. Zu alledem sind die Kapitalisten von der Grunderwerbssteuer völlig befreit, und von allem, was sie auf dem erworbenen Grund bauen lassen, werden ihnen auch noch 7,5% aus Steuergeldern finanziert. Das nennt sich dann Investitionskostenzuschuß.

Das Geschwätz vom „Arbeitsplatzschaffen" entpuppt sich als Vorwand, um das Überangebot an Arbeitskräften im Landkreis und die sich daraus ergebende Konkurrenz um die wenigen Arbeitsstellen auszunutzen, um Niedrigstlöhne zahlen zu können. Dieses Überangebot zeigt sich einmal in der hohen Zahl von Pendlern, deren Anteil an den Erwerbstätigen bei über 50% liegt.

Auch die Zahl der Arbeitslosen ist hoch, allein in Buchholz sind ca. 70 Jugendliche arbeitslos gemeldet. Die zusätzlichen finanziellen Belastungen durch das Pendeln und die allein vom Mai 1976 bis Mai 1980 von durchschnittlich 5,71 DM/m² auf 8,17 DM/m² um 43,1% gestiegenen Mieten zwingen zudem immer mehr Frauen zum Mitverdienen. Diese Situation nutzen heute schon Firmen wie die Martin Merkel AG, die Teepackerei Ludwig Schwarz oder der Bootshersteller Barakuda aus, wo im wesentlichen Frauen und Ausländer – oft ohne Steuerkarte – für Löhne zwischen 6,50 DM und 9 DM arbeiten müssen.

Um außerdem günstige Transportmöglichkeiten für ihre Waren gewährleistet zu haben, versuchen die Kapitalisten seit einiger Zeit im Landreis den Bau einer Autobahneckverbindung von der A7 (Marmstorf) zur A1 (Dibbersen) durchzudrücken, was auch insgesamt den Warentransport zwischen Hamburg und Bremen beschleunigen würde. Finanziert werden soll das aus 60 Mio. DM Steuergeldern. Die Interessengemeinschaft Stuvenwald bekämpft die geplante Trassenführung, die durch ein Naherholungsgebiet führen soll und 15 qkm Wald zerstören würde.



Quelle: Stat. Ber. HH, Regionalstatistik 1977
Die Angaben beider Schaubilder sind Durchschnittswerte, ermittelt aus den Immobilien- und Wohnungsanzeigen vom „Nordheidewochenblatt" und „Harburger Anz. u. Nachr."

„Die Kinder bleiben ab Montag zu Haus"

Elternversammlung der Orientierungsstufe Bookholzberg

b.suw. Die Eltern der Schüler der ehemaligen Klassen der Grundschulen Bookholzberg, Schierbrok und Heide (Landkreis Oldenburg) haben sich mit überwältigender Mehrheit der 270 anwesenden Eltern auf einer Protestversammlung für die Durchführung eines Schulstreiks ab Montag ausgesprochen.

Anlaß ist der Beschluß der Bezirksregierung Weser-Ems, die zur Zeit bestehenden neun Schulklassen auf acht Klassen zu reduzieren. Begründet wird dieser Beschluß der Bezirksregierung, daß die geltende Meßzahl von 247 Schülern um 1 Schüler nicht erreicht wird. Zur Zeit beträgt die Anzahl der Schüler pro Klasse 27 ⅓ Schüler. Dies würde sich bei Aufrechterhaltung des Beschlusses auf 30,75 Schüler pro Klasse erhöhen. Die Eltern haben von der Bezirksregierung eine Ausnahmegenehmigung gefordert. Sie führen dazu an, daß schwere pädagogische Nachteile und Belastungen für die betroffenen Kinder nicht auszuschließen seien. Außerdem müsse wegen Neubaumaßnahmen im Einzugsbereich der Schule mit einem weiteren Anstieg der Schülerzahlen gerechnet werden. Der Antrag auf Ausnahmegenehmigung ist abgelehnt worden. Der Klassenelternsprecher kommentierte das Verhalten der Bezirksregierung laut DK vom 9.9. so: „Die Verfügung der Bezirksregierung Weser-Ems ist eine eindeutige Rechtsbeugung, zumal auf diese Weise eine andere Sachlage, als die von der Gesamtkonferenz der Orientierungsstufe gewollte, herbeigeführt worden ist. Wenn hier so verfahren wird, ist das Niedersächsische Schulgesetz nicht das Papier wert, auf dem es geschrieben steht."

Nachdem die Bezirksregierung negativ den Antrag auf Ausnahmegenehmigung beantwortet hatte, führten die Eltern eine Protestversammlung durch. Eingeladen waren GEW, SPD MdL Thölke, sowie der Bürgermeister von Delmenhorst, der aber nicht erschien. Einstimmiger Tenor dieser Versammlung war, werden die Forderungen nicht erfüllt, bleiben die Kinder ab Montag zu Hause. Auf dieser Versammlung waren auch Eltern der sechsten Klassen anwesend, die sich mit den Forderungen solidarisch erklärten. Der Schulleiter der Orientierungsstufe sprach sich auch gegen eine Reduzierung der Klassen aus. Bei diesem Stand der Auseinandersetzungen schaltete sich der zuständige Schulrat Wischnat ein. „Eine Ausnahmegenehmigung würde seiner Ansicht nach eine Lawine ins Rollen bringen. Aus diesem Grund könne kein Präzedenzfall geschaffen werden. Eine anzustrebende Verringerung der Schülerzahl in den Fachkursen würde darüberhinaus negative Aspekte in der schulischen Förderung ausschließen."(DK 12.9.) Auf diesen Kompromißvorschlag ließen die Eltern sich nicht ein. Vielmehr setzten sie sich mit ihren Vertretungsorganen auf Landesebene in Kontakt und erfuhren, daß es bereits „Präzedenzfälle" en masse gibt. Kommentar des Elternvertreters: „In Anbetracht der Sachlage fühlen sich die Eltern bei dieser Sturheit auf den Arm genommen."(DK 13.9.) So wurde dann mit großer Mehrheit der Schulstreik am jetzigen Montag beschlossen.

Durch die Entschlossenheit der Eltern konnten sie auch Druck auf den hiesigen Landtagsabgeordneten Thölke ausüben, der sich in einer Presseerklärung für die Forderungen der Eltern ausspricht. Darin heißt es: „Die jetzt vorgesehene Auflösung der neun Klassen des 5. Schuljahres ist nach Ansicht des Abgeordneten für die Kinder unzumutbar. Auch ein Gespräch mit dem zuständigen regierenden Schuldirektor aus Osnabrück sei in keiner Weise überzeugend gewesen. Der Kultusminister, so der Abgeordnete, müsse jetzt eine politische Entscheidung fällen. Dabei werde sich zeigen, ob die von ihm immer wieder betonten Elternrechte und die Mitwirkung der Eltern am Schulleben tatsächlich ernst genommen werden können, oder ob hier gegen den einmütigen Willen der Elternschaft und gegen gute sachliche Gründe entschieden werde." (DK 13.9.)

Die Eltern nehmen Einfluß auf die Ausbildungsbedingungen ihrer Kinder. Dabei werden sie unterstützt durch die Lehrer, die wissen, daß bei hohen Klassenfrequenzen mehr Schüler nicht mitkommen und auf der Strecke bleiben, was die Lehrer nicht wollen. Dabei haben sie die SPD durch ihren MdL zu zitierter Presseerklärung gebracht. Solidarisiert mit dem Streikbeschluß hat sich die SPD nicht. Darauf werden die Eltern nicht warten. Rechnen können sie mit der Solidarität anderer Schulen.

Will Brückner mehr für Herzkranke tun?

b.ult. Der Bremer Gesundheitssenator Brückner pries das neue Herzkatheter-Labor im Krankenhaus Links der Weser als „Vorzeigestück bremischer Hochleistungsmedizin". Damit will er einen „weißen Fleck" aus der medizinischen Versorgung in Bremen tilgen. Er hat es nötig, die katastrophalen Verhältnisse, die bei der Versorgung von Herzkranken herrschen, und seine Kostendämpfungsmaßnahmen vor den Wahlen zu vertuschen und „Erfolge" zu liefern.

Bisher gab es im Krankenhaus Links der Weser nur ein Labor zur Katheterisierung der rechten Herzseite, jetzt wurde in der Kinderklinik ein Labor zur umfassenden Untersuchung des Herz- und Kreislaufsystems mittels Hohlsonde (Katheter) in Betrieb genommen. Bisher mußten Herzkranke bis zu 4 Jahren auf eine Untersuchung in einer der Unikliniken Norddeutschlands warten, mancher wird die Wartezeit nicht überlebt haben. Daß die Herz- und Kreislauferkrankungen in den letzten Jahren ständig zunehmen

Todesfälle durch Herzinfarkt (BRD)

Jahr	Anzahl	Anzahl je 100000 Einwohner
1968	59714	98,95
1969	64197	105,50
1970	65714	108,35
1971	69303	113,05
1972	70943	114,72
1973	71076	114,68
1974	72501	116,84
1975	75461	122,00
1976	77681	125,90
1977	75760	123,40
1978	79344	129,40

Quelle: Statistische Jahrbücher, verschiedene Jahrgänge

Die Ursachen für die steigenden Herzerkrankungen schieben die bürgerlichen Parteien allesamt den Werktätigen selbst in die Schuhe: die „Zivilisationskrankheit" habe die Ursache im zu vielen Essen, Rauchen und in Bewegungsarmut. Das Rezept dagegen: hart arbeiten und weniger essen. Tatsächlich besteht ein direkter Zusam-

blutung der Herzmuskeln, um nur ein Beispiel zu nennen. Für die Steigerung der Arbeitsintensität im Gesundheitswesen sorgt aber Brückner selbst. Er setzt alles daran, die Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen in Bremen weiter durchzusetzen. Über Kündigung der Verträge sollen die Versicherungen die privaten Kliniken aushungern und so die prozentuale Belegung der staatlich geförderten Kliniken weiter steigern.

Für das neue Labor in der Kinderklinik wurde kein zusätzliches Personal vorgesehen. Der Spezialist für erwachsene Herzkranke, der laut Weser-Kurier bereits Untersuchungen machen soll, ist noch nicht eingestellt. Lediglich eine Schwester wurde für die Arbeit im Katheter-Labor ausgebildet. Der unzumutbare Zustand, daß Herzoperationen z.B. in Aachen durchgeführt werden müssen, kann sich noch lange hinziehen. Das „Chirurgie-Zentrum" am Krankenhaus Links der Weser wird vermutlich so aussehen, daß die Abteilung Innere Medizin, in der

der Bezirksregierung laut DK vom 9.9. so: „Die Verfügung der Bezirksregierung Weser-Ems ist eine eindeutige Rechtsbeugung, zumal auf diese Weise eine andere Sachlage, als die von der Gesamtkonferenz der Orientierungsstufe gewollte, herbeigeführt worden ist. Wenn hier so verfahren wird, ist

sich nicht ein. Vielmehr setzten sie sich mit ihren Vertretungsorganen auf Landesebene in Kontakt und erfuhren, daß es bereits „Präzedenzfälle" en masse gibt. Kommentar des Elternvertreters: „In Anbetracht der Sachlage fühlen sich die Eltern bei dieser Sturheit auf den Arm genommen."(DK 13.9.) So

kommen und auf der Strecke bleiben, was die Lehrer nicht wollen. Dabei haben sie die SPD durch ihren MdL zu zitierter Presseerklärung gebracht. Solidarisiert mit dem Streikbeschluß hat sich die SPD nicht. Darauf werden die Eltern nicht warten. Rechnen können sie mit der Solidarität anderer Schulen.

Will Brückner mehr für Herzkranke tun?

b.ult. Der Bremer Gesundheitssenator Brückner pries das neue Herzkatheter-Labor im Krankenhaus Links der Weser als „Vorzeigestück bremischer Hochleistungsmedizin". Damit will er einen „weißen Fleck" aus der medizinischen Versorgung in Bremen tilgen. Er hat es nötig, die katastrophalen Verhältnisse, die bei der Versorgung von Herzkranken herrschen, und seine Kostendämpfungsmaßnahmen vor den Wahlen zu vertuschen und „Erfolge" zu liefern.

Bisher gab es im Krankenhaus Links der Weser nur ein Labor zur Katheterisierung der rechten Herzseite, jetzt wurde in der Kinderklinik ein Labor zur umfassenden Untersuchung des Herz- und Kreislaufsystems mittels Hohlsonde (Katheter) in Betrieb genommen. Bisher mußten Herzkranke bis zu 4 Jahren auf eine Untersuchung in einer der Unikliniken Norddeutschlands warten, mancher wird die Wartezeit nicht überlebt haben. Daß die Herz- und Kreislauferkrankungen in den letzten Jahren ständig zunehmen und welche Ursachen diese Erkrankungen haben, darauf ging Brückner in seiner Rede nicht ein.

Auf 100000 Einwohner gerechnet starben in Bremen 1965 an Herz- und Kreislauferkrankungen 517,5 – gegenüber 572,6 im Jahr 1978. Das ist eine Steigerung um 10,7%.

Todesfälle durch Herzinfarkt (BRD)

Jahr	Anzahl	Anzahl je 100000 Einwohner
1968	59714	98,95
1969	64197	105,50
1970	65714	108,35
1971	69303	113,05
1972	70943	114,72
1973	71076	114,68
1974	72501	116,84
1975	75461	122,00
1976	77681	125,90
1977	75760	123,40
1978	79344	129,40

Quelle: Statistische Jahrbücher, verschiedene Jahrgänge

Die Ursachen für die steigenden Herzerkrankungen schieben die bürgerlichen Parteien allesamt den Werktätigen selbst in die Schuhe: die „Zivilisationskrankheit" habe die Ursache im zu vielen Essen, Rauchen und in Bewegungsarmut. Das Rezept dagegen: hart arbeiten und weniger essen. Tatsächlich besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der gestiegenen Arbeitsintensität und den Todesfällen durch Herz- und Kreislaufkrankheiten. Von 1965 bis 1976 ist das Produktionsergebnis pro Arbeitsstunde in der BRD um 114% gestiegen. Die Auswirkungen von Dauerstreß bei Akkord- und Schichtarbeit sind ständiger Bluthochdruck und damit Mangeldurchblutung der Herzmuskeln, um nur ein Beispiel zu nennen. Für die Steigerung der Arbeitsintensität im Gesundheitswesen sorgt aber Brückner selbst. Er setzt alles daran, die Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen in Bremen weiter durchzusetzen. Über Kündigung der Verträge sollen die Versicherungen die privaten Kliniken aushungern und so die prozentuale Belegung der staatlich geförderten Kliniken weiter steigern.

Für das neue Labor in der Kinderklinik wurde kein zusätzliches Personal vorgesehen. Der Spezialist für erwachsene Herzkranke, der laut Weser-Kurier bereits Untersuchungen machen soll, ist noch nicht eingestellt. Lediglich eine Schwester wurde für die Arbeit im Katheter-Labor ausgebildet. Der unzumutbare Zustand, daß Herzoperationen z.B. in Aachen durchgeführt werden müssen, kann sich noch lange hinziehen. Das „Chirurgie-Zentrum" am Krankenhaus Links der Weser wird vermutlich so aussehen, daß die Abteilung Innere Medizin, in der die Arbeitsintensivierung ohnehin schon besonders hoch ist, geteilt wird. Zusätzliche Betten werden nicht eingerichtet. Sowieso soll die Untersuchung ambulant erfolgen, sodaß weniger Personal beansprucht wird. Während längerer Wartezeiten kann der Patient sich mit Karl May – oder Barockmusik unterhalten.

„... geeignete Tarifgestaltung zur Konsolidierung der Finanzkraft..."

b.wiv. Zum 1. Juli sind die Strompreiserhöhungen der Stadtwerke Kiel in Kraft getreten. Von „maßvollen 5,9%" ist die Rede. Tatsächlich ist der Arbeitspreis vom Grundpreistarif I von 13,5 auf 14,7 Pfg. (8.8%) erhöht worden, der Arbeitspreis vom Grundpreistarif II von 10,5 auf 11,7 Pfg. (11,4%), der Schwachlasttarif (Nachtstrom) von 8 auf 8,7 Pfg. (8,7%) und der Tarif für gewerbliche Kleinverbraucher um 3% pro kWh. Die „maßvollen 5,9%" kommen dadurch zustande, daß die unabhängig vom Verbrauch zu zahlenden Bereitstellungspreise (noch) nicht erhöht wurden. Von Preiserhöhungen für die Kapitalisten mit Sonderverträgen ist jedenfalls keine Rede. Die sowieso schon vorhandene Subventionierung der Strompreise für die Kapitalisten ist damit erneut verschärft worden.

Mit diesem Geld will die VVK (Versorgung und Verkehr Kiel GmbH, bestehend aus den Stadtwerken und der Kieler Verkehrs AG) ihr umfangreiches Investitionsprogramm finanzieren: 80 neue Busse für die KVAG, schneller Ausbau des Gasnetzes und des Fernwärmenetzes (auf Basis der Müllverbrennung).

„Verbrauchsrückgang führt zwangsläufig zu erneutem Preisauftrieb", schreibt der Kieler Express am 14.8., und weiter: „Die Preisauftriebstendenz, die früher noch zu einem erheblichen Teil durch den jährlichen Mehrverkauf mit aufgefangen werden konnte, lasse sich in Zukunft nicht mehr vom Verbraucher fernhalten, teilten die Stadtwerke mit". So ist der Stromverbrauch im 1. Halbjahr 1980 überhaupt nicht mehr gestiegen, der Gasverbrauch um 3% (1979 um 15,4%). Mit einem Wort: Energiesparen kommt teuer!

Am 30.8. legte die VVK dann ihren Jahresabschluß vor. Von Rekordverlust ist die Rede, und von der KVAG als „Problemkind Nr. 1" ist auch wieder die Rede. Die Zahlen sind getürkt. Das Gesamtergebnis der VVK weist einen Jahresüberschuß von 1,2 Mio. DM aus, wodurch der Bilanzverlust von 15,6 auf 14,4 Mio. DM gesenkt wurde. Die Millionenverluste der KVAG entstehen ausschließlich dadurch, daß an die 10 Mio. DM Jahr für Jahr als „Konzessionsabgabe" an den Stadthaushalt abgeführt werden müssen. Das heißt nichts anderes, als daß durch Preistreiberei (in diesem Fall der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr) der Stadthaushalt aufgefüllt wird anstelle von Steuern. Das durch die „Konzessionsabgabe" entstehende Loch in der Bilanz der KVAG (und über den gemeinsamen Abschluß mit den Stadtwerken auch der VVK) dient zugleich immer von neuem als „Argument" für weitere Preistreiberei. Den Kapitalisten werden gleichzeitig mit der Ersparnis der Lohnsummensteuer per Saldo 1980 allein etwa 28 Mio. DM in den Rachen geschmissen. Die fehlen im Stadthaushalt und erhöhen zugleich die Abhängigkeit von Bund und Land über „Finanzzuweisungen" und „Finanzausgleich", sowieso Gelder, die vorher in den Kommunen entstanden sind, ihnen aber abgeknöpft wurden.

Auf diesem Weg soll's weitergehen: „Da der Landesrechnungshof erneut eine ‚geeignete Tarifgestaltung zur Konsolidierung der Finanzkraft' empfahl..., wird ... eine gewisse Verteuerung bei der Kieler Strom- und Fernwärmeversorgung hingenommen werden müssen..." (KN 30.8.)

Auswirkungen des Prämiensystems bei CeWe Color

b.jma. Untersucht man die Auswirkungen des Prämiensystems auf den Bruttolohn über einen Zeitraum von mehreren Monaten, stellt man große Schwankungen des Bruttolohns fest. In unserem Beispiel schwankt die Prämie auf der Basis der Lohngruppe 3 zwischen 170 DM und 321 DM. Der Grundlohn beträgt 1392 DM. Er liegt ungeheuer niedrig und übt daher den Zwang zur Prämienarbeit aus. Vergleicht man die Tarife im Bereich der Union deutscher Fotofinisher (UdFF) mit den anderen Tarifen in der BRD, stellt man fest, wie erschreckend niedrig der Grundlohn bei der UdFF ist. Lohngruppe 1 UdFF z.B. beträgt 1134 DM, in den anderen Tarifbezirken 1550 DM bis 1600 DM (Stand Ende 1979). Es wird hier schon deutlich, daß durch das Prämiensystem die Tendenz besteht, individuelle Arbeitslöhne über das Durchschnittsniveau zu heben, das Durchschnittsniveau der Branche selbst jedoch zu senken. Die Differenzen zwischen den einzelnen Lohngruppen des Tarifbezirks UdFF und z.B. Niedersachsen und Bremen beträgt ca. 30%. Der Kapitalist Neumüller von CeWe Color gibt jetzt den Arbeitern scheinbar die Möglichkeit, diese 30% durch die Prämie aufzuholen. Tatsächlich ist dies nicht so, im Gegenteil hat der Kapitalist das Durchschnittsniveau des Tarifbereichs schon wesentlich unter das Niveau der anderen Tarifbereiche senken können, hier durchschnittlich um 11%. Die folgende Untersuchung zeigt, wie der Kapitalist dahin kommt.

Die Prämie ist ein notwendiger Bestandteil des Lohnes. Ohne Prämie würde niemand mehr auskommen, denn die Prämie beträgt in unserem Beispiel zwischen 12% und 23% des Bruttolohnes. Der Bruttolohn würde nach dem letzten Tarifabschluß dementsprechend zwischen 1562 DM und 1713 DM, das heißt um über 10% schwanken. Die höchstmögliche Prämie gleich 384 DM wäre nur zu erreichen, wenn man 160 Stunden im Monat ohne Unterbrechung 130% schaffen würde. Das ist jedoch nie der Fall. Die Prämienschwankungen und der Grund, warum die höchstmögliche Prämie nie erreicht wird, läßt sich nur aus dem Prämiensystem selbst erklären. Für zwei Arbeitsarten: 0001 gleich



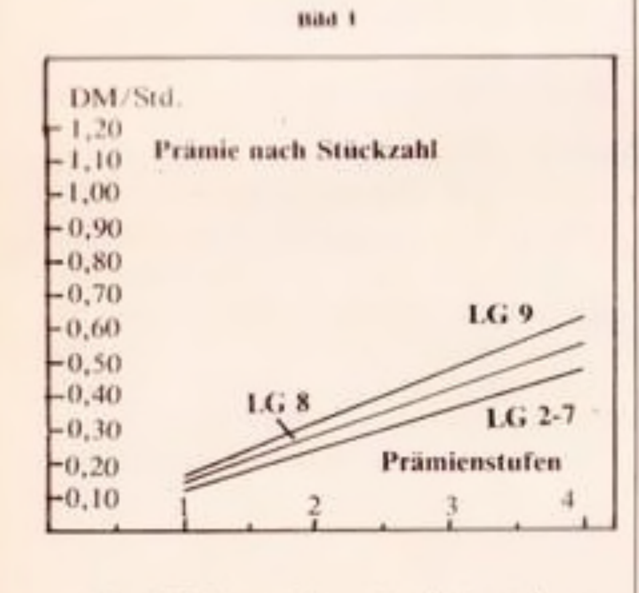
CeWe Color Oldenburg: Abt. Postausgang

Warten, keine Arbeit und 0003 gleich saisonbedingtes Arbeitsende wird keine Prämie berechnet. Unter „Warten, keine Arbeit" fällt z.B. auch ein Maschinenschaden. Für die Arbeitsart 7000 gleich Nebenarbeiten wird immer eine Prämie von 110% berechnet. Für die anderen Arbeitsarten, je nach Abteilung unterschiedlich, werden die Zeiten gestoppt und Vorgaben festgelegt. Das ganze System ist saisonabhängig oder abhängig von der jeweils anfallenden Arbeitsmenge aufgebaut. Ist viel Arbeit da, wird tendenziell mehr als 130% gearbeitet, aber nur 130% bezahlt. Ist wenig Arbeit da, steigen tendenziell die Anteile der Arbeitsarten 7000, 0001 und 0003 und die Prämie fällt geringer aus. Diese Spielart des Akkordsystems schürt zusätzlich die Konkurrenz unter den Kolleginnen, es gibt zum Beispiel oft Streit um die größten Rollen. Die Geschäftsleitung müßte gezwungen werden, für die drei Arbeitsarten 7000, 0001 und 0003 130% zu bezahlen. Das wäre ein erster Schritt, die Schwankungen des Bruttolohnes abzubauen und das Prämiensystem abzuschaffen bei gleichzeitiger Erhöhung des Grundlohnes um 30%. Der Kapitalist zahlt diese 30% jetzt schon nicht mehr, sondern nur einen Teil in Form der Prämie, wie oben bewiesen, und hat darüber die Möglichkeit, die Konkurrenz zu schüren, die Intensität der Arbeit über das normale Maß zu steigern und das Durchschnittsniveau der Löhne zu senken. Diese Möglichkeiten werden ihm dann genommen.

Neue Prämienregelung bei Nordmende

b.mak. Am 1.9. trat bei Nordmende in Bremen eine Betriebsvereinbarung in Kraft, die das seit 1968 bestehende Prämiensystem ändert. Die Prämie wird nach der Formel berechnet: *Qualitätsfaktor × Lohnfaktor × Prämienstufe × gearbeitete Minuten.* Neu dabei ist der Prämienfaktor. Die bisher nach Lohngruppen gestaffelten Lohnfaktoren wurden einheitlich auf 0,3 Pf./min. festgesetzt.

Bild 1

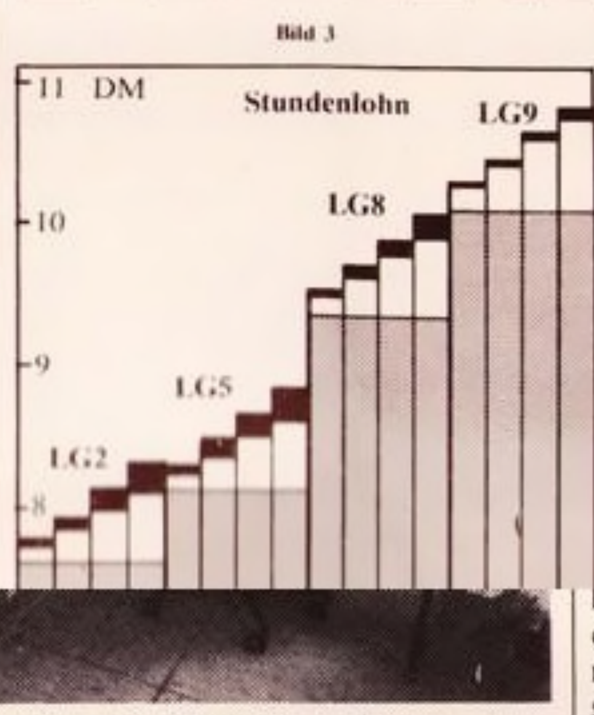


Die Wirkung des Qualitätsfaktors:

Bild 2

DM/Std. Q-Faktor Prämie nach Stückzahl in Abhängigkeit von Qualitätsfaktoren LG 2-10 Prämienstufen

Bild 3



Bruttolohnabrechnungen für jeweils eine Dekade (10 Kalendertage), auf denen Bruttolohn und Prämien für diesen Zeitraum ausgewiesen sind. Ein Prämienausgleich für Tage, an denen durch zu niedrige Stückzahlen keine Prämienstufe erreicht wird, ist in der Höhe des Dekadendurchschnitts vorgesehen. In die Durchschnittsberechnung gehen alle Tage ein, auch die ohne Prämie.

Zu den Schaubildern: In Bild 1 ist die Prämie nach Stückzahl nach dem alten System mit den gestaffelten Lohnfaktoren dargestellt. Bild 2 zeigt die neue Prämie mit dem einheitlichen Lohnfaktor und in Abhängigkeit vom Qualitätsfaktor. Im Bild 3 ist die Wirkung der auf 18 Pf./Std. einheitlich erhöhten Lohnfaktoren am Beispiel der Lohngruppen 2, 5, 8 (Ecklohngruppe) und 9 dargestellt. Die gerasterten Säulenteile sind die Tariflöhne, aufaddiert sind die Prämienbeträge in den Stufen 1 bis 4 nach dem alten System (mittlerer Säulenteil) und nach der neuen Regelung (oberer Teil). Dabei wurde vom Q-Faktor 1 ausgegangen. Die günstigste

des Tarifbereichs schon wesentlich unter das Niveau der anderen Tarifbereiche senken können, hier durchschnittlich um 11%. Die folgende Untersuchung zeigt, wie der Kapitalist dahin kommt.

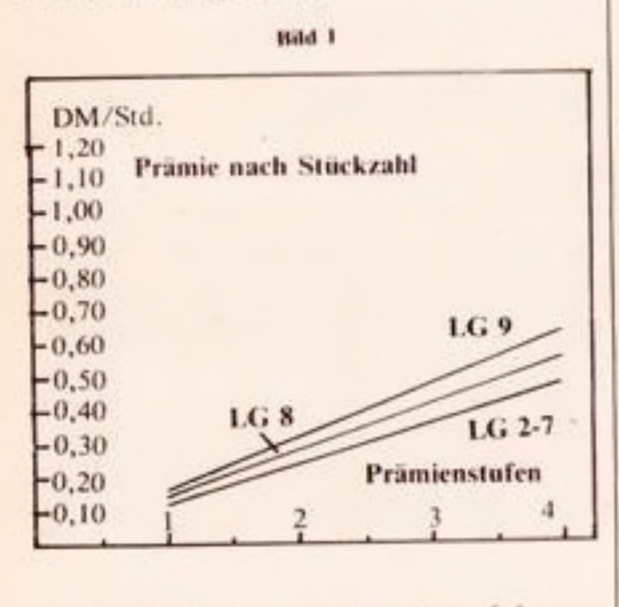
CeWe Color Oldenburg: Abt. Postausgang

lichkeit, die Konkurrenz zu schüren, die Intensität der Arbeit über das normale Maß zu steigern und das Durchschnittsniveau der Löhne zu senken. Diese Möglichkeiten werden ihm dann genommen.

Neue Prämienregelung bei Nordmende

b.mak. Am 1.9. trat bei Nordmende in Bremen eine Betriebsvereinbarung in Kraft, die das seit 1968 bestehende Prämiensystem ändert. Die Prämie wird nach der Formel berechnet: Qualitätsfaktor × Lohnfaktor × Prämienstufe × gearbeitete Minuten. Neu dabei ist der Prämienfaktor. Die bisher nach Lohngruppen gestaffelten Lohnfaktoren wurden einheitlich auf 0,3 Pf./min. festgesetzt.

Bild 1



Die Wirkung des Qualitätsfaktors: bei Unterschreiten einer gewissen Qualitätsgrenze werden nur 90% der nach Stückzahl erreichten Prämie abgerechnet. Von diesem Punkt bis zu einer Obergrenze (100%-ige Qualität) wird die Prämie bis zum 1,65-fachen gesteigert.

Bild 2

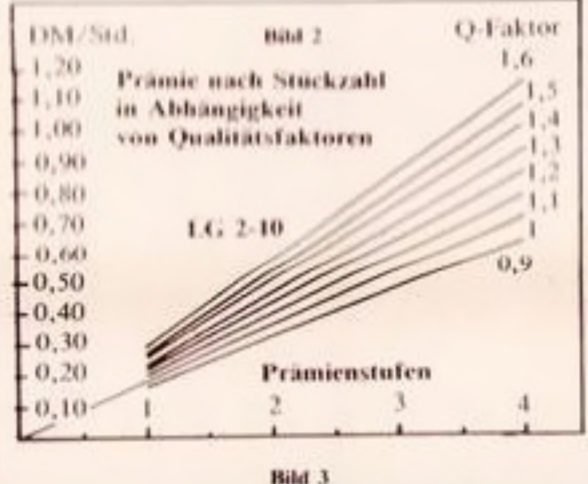
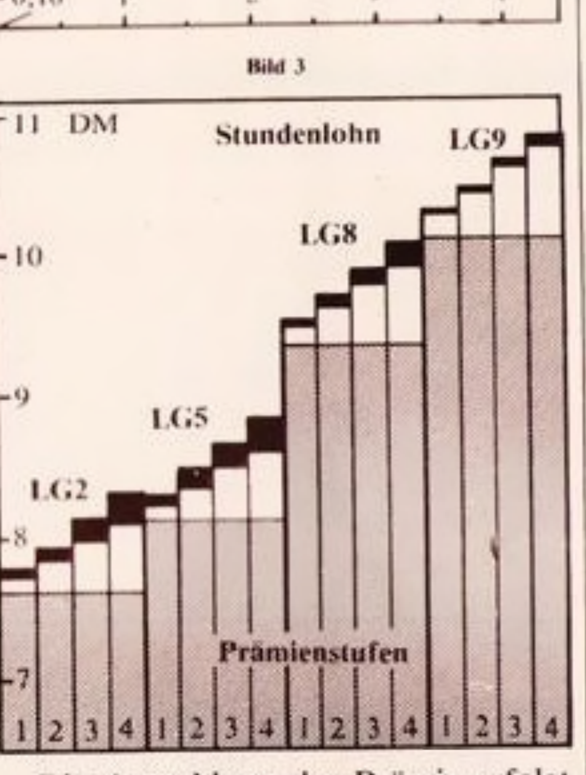


Bild 3



Die Auszahlung der Prämie erfolgt wie bisher monatlich zusammen mit dem Lohn. Zwischendurch gibt es

Bruttolohnabrechnungen für jeweils eine Dekade (10 Kalendertage), auf denen Bruttolohn und Prämien für diesen Zeitraum ausgewiesen sind. Ein Prämienausgleich für Tage, an denen durch zu niedrige Stückzahlen keine Prämienstufe erreicht wird, ist in der Höhe des Dekadendurchschnitts vorgesehen. In die Durchschnittsberechnung gehen alle Tage ein, auch die ohne Prämie.

Zu den Schaubildern: In Bild 1 ist die Prämie nach Stückzahl nach dem alten System mit den gestaffelten Lohnfaktoren dargestellt. Bild 2 zeigt die neue Prämie mit dem einheitlichen Lohnfaktor und in Abhängigkeit vom Qualitätsfaktor. Im Bild 3 ist die Wirkung der auf 18 Pf./Std. einheitlich erhöhten Lohnfaktoren am Beispiel der Lohngruppen 2, 5, 8 (Ecklohngruppe) und 9 dargestellt. Die gerasterten Säulenteile sind die Tariflöhne, aufaddiert sind die Prämienbeträge in den Stufen 1 bis 4 nach dem alten System (mittlerer Säulenteil) und nach der neuen Regelung (oberer Teil). Dabei wurde vom Q-Faktor 1 ausgegangen. Die günstigste Wirkung des neuen einheitlichen Lohnfaktors liegt im Bereich der unteren Lohngruppen. Im Verhältnis zum Tariflohn der Lohngruppe 2 kann die Prämie im günstigsten Fall (Q-Faktor 1,65, Prämienstufe 4) schon 16% ausmachen.

Auszüge aus Betriebsvereinbarungen zum Prämiensystem

Die Betriebsvereinbarung zur Regelung der übertariflichen Lohnbestandteile für Zeitlohnempfänger ist zwischen September 1979 und Februar 1980 im Werk Klöckner Osnabrück geändert worden. Die Betriebsvereinbarung von 1973 legt für Zeitlohnempfänger eine „freiwillige übertarifliche Zulage fest, die der Wertzahl des Arbeitsplatzes beigeordnet ist. Die „freiwillige persönliche Leistungszulage" ist ebenfalls Bestandteil dieser Betriebsvereinbarung. Die freiwillige übertarifliche Zulage gliederte sich bisher in zwei Anlagen. Nach der Anlage 2 wurden die Zeitlohnempfänger der Schmelzbetriebe des Behälter- und Apparatebaus, einschließlich der mit diesem Betrieb übernommenen Röntgenprüfer, des Fernmeldebetriebes sowie die Gärtner entlohnt. Nach der Anlage 3 wurden die übrigen Betriebe entlohnt. Die übertarifliche Zulage war außer den 2 verschiedenen Anlagen noch je in drei Phasen A, B, C je der Wertzahl festgelegt. Im Laufe der letzten Jahre hat der Betriebsrat durchgesetzt, daß für alle Betriebe die Zeitlohnempfänger nur noch nach der Phase A behandelt werden, der höheren festgelegten übertariflichen Zulage. Deshalb ist die Vereinbarung als „Phasenplan" bekannt. Ab dem Monat September 79 bis Februar 80 hat der Betriebsrat erreicht, daß alle Betriebe nach der Anlage 2, höher als die Anlage 3, behandelt werden. Somit ist eine geringe Erhöhung der übertariflichen Zulage erfolgt. Die Erhöhung von der alten Anlage 3 nach jetzt 2 ergibt: von der Wertzahl 6 bis 12 gleich 8 Pf, von der Wertzahl 13 bis 17 gleich 7 Pf, von der Wertzahl 18 bis 22 gleich 6 Pf, von der Wertzahl 23 bis 27 gleich 5 Pf, von der Wertzahl 28 bis 34 gleich 4 Pf. Damit ist eine Gleichstellung des Werkes Osnabrück mit dem Werk Georgsmarienhütte erfolgt, die schon seit Jahren die höhere übertarifliche Zulage bekommen.

Die Leistungszulage bei VFW, Einswarden, beträgt im Werksdurchschnitt 18,6%, obwohl sie lt. Verhandlungen 20% betragen sollte und bis Oktober 22,5% erreicht haben soll. – Damit ist aber eine Lohnangleichung an das Niveau der anderen VFW-Werke noch lange nicht erreicht, sondern die Leistungszulage in Einswarden hat sich weiter verschlechtert. In den Werken Bremen und Varel wird im Werksdurchschnitt eine Leistungszulage gezahlt, die rund 30% beträgt.

Bei den drei großen Werften in Leer und Papenburg besteht bereits ein hoher Teil des Effektivlohns der Facharbeiter aus Akkord- bzw. übertariflichen Zulagen. Bei den Akkordarbeitern bei Jansen und Sürken sind es bis zu 42%, bei Meyer macht die übertarifliche Zulage 36% aus. Fast ein Drittel des Bruttolohns der Akkordarbeiter bzw. etwas mehr als ein Viertel des Stundenlohns bei Meyer sind also tarif-

ge 3, behandelt werden. Somit ist eine geringe Erhöhung der übertariflichen Zulage erfolgt. Die Erhöhung von der alten Anlage 3 nach jetzt 2 ergibt: von der Wertzahl 6 bis 12 gleich 8 Pf, von der Wertzahl 13 bis 17 gleich 7 Pf, von der Wertzahl 18 bis 22 gleich 6 Pf, von der Wertzahl 23 bis 27 gleich 5 Pf, von der Wertzahl 28 bis 34 gleich 4 Pf. Damit ist eine Gleichstellung des Werkes Osnabrück mit dem Werk Georgsmarienhütte erfolgt, die schon seit Jahren die höhere übertarifliche Zulage bekommen.

Die Leistungszulage bei VFW, Einswarden, beträgt im Werksdurchschnitt 18,6%, obwohl sie lt. Verhandlungen 20% betragen sollte und bis Oktober 22,5% erreicht haben soll. – Damit ist aber eine Lohnangleichung an das Niveau der anderen VFW-Werke noch lange nicht erreicht, sondern die Leistungszulage in Einswarden hat sich weiter verschlechtert. In den Werken Bremen und Varel wird im Werksdurchschnitt eine Leistungszulage gezahlt, die rund 30% beträgt.

Bei den drei großen Werften in Leer und Papenburg besteht bereits ein hoher Teil des Effektivlohns der Facharbeiter aus Akkord- bzw. übertariflichen Zulagen. Bei den Akkordarbeitern bei Jansen und Sürken sind es bis zu 42%, bei Meyer macht die übertarifliche Zulage 36% aus. Fast ein Drittel des Bruttolohns der Akkordarbeiter bzw. etwas mehr als ein Viertel des Stundenlohns bei Meyer sind also tarif-lich nicht abgesichert – sie sind abhängig davon, ob der Akkord geschafft wird, oder sind als betriebliche Vereinbarung aufhebbar.

Die Geschäftsleitung bei IMC Chemie, Ibbenbüren, versucht durch Prämienzahlungen (Anwesenheitsprämie) auf nicht arbeitsunfähig geschriebene Arbeitstage die Arbeiter und Angestellten dahingehend zu „motivieren", daß diese auch bei Krankheit zur Arbeit erscheinen. Um solche Maßnahmen gegenüber der Belegschaft durchzusetzen, schickt die Konzernleitung der IMC Chemie in Des Plaines (USA) ihre Betriebsleiter an die Columbia University in New York. Von den Beschäftigten in Ibbenbüren wird dies als Angriff verstanden, der aufgrund des Managerkursus des Geschäftsleiters gegen die Belegschaft geführt wird. „Interne Mitteilung" Nr. 91: – Krankenstand: Der gegenwärtige Krankenstand nimmt bedrohliche Formen an. Momentan liegen die Krankenmeldungen um 102% höher als die im Jahre 1978. Ähnlich ist es mit den Unfallmeldungen. Um hier wieder vernünftige Zahlen zu erreichen, möchten wir einen Anreiz in finanzieller Hinsicht geben. Es soll eine Anwesenheitsprämie gezahlt werden. Dieses Prämiensystem arbeitet wie folgt: Arbeitsplatz: Lager, Werkstatt, Produktion. Hier ist der Risikofaktor am größten, deshalb wird die Prämie wie folgt sein:

0 Tage krank = DM 360
1 Tag krank = DM 342
2 Tage krank = DM 324
3 Tage krank = DM 306
4 Tage krank = DM 288
5 Tage krank = DM 270
Arbeisplatz: Büro, Pförtner
0 Tage krank = DM 288
1 Tag krank = DM 274
2 Tage krank = DM 259
3 Tage krank = DM 245
4 Tage krank = DM 230
5 Tage krank = DM 216

Abrechnungsdatum ist der 30. November eines jeden Jahres, so daß die Prämie mit der Dezember-Abrechnung zur Auszahlung kommt ... Diese Regelung ist freiwillig und kann jederzeit widerrufen werden.

Tonnenprämie bei Wavin, Emsland, durchgesetzt. Die zusätzlich zum Tariflohn gezahlte Prämie, bisher als „persönliche Leistungsbewertung" ausgezahlt, wird in der Spritzgußabteilung jetzt als Tonnenprämie berechnet. Das haben die Beschäftigten jetzt zusammen mit dem Betriebsrat durchgesetzt. Damit, daß die Prämie sich jetzt nach der Tonnenleistung der gesamten Abteilung richtet, hat die Geschäftsleitung ein wesentliches Element der Spaltung nun nicht mehr in der Hand. Denn, richtete sich die persönliche Leistungsbewertung nach dem Verhalten der Arbeiterinnen gegenüber den Vorgesetzten (vor allem denen gegenüber, die „bewerten"), so bekam derjenige eine höhere Prämie ausgezahlt, der „sich gut mit dem Vorgesetzten stand". Die in der Spritzgußabteilung im wesentlichen arbeitenden Frauen haben durch die „Tonnenprämie" jetzt zwar ein nach „Leistung" berechnetes, aber

Arbeisplatz: Büro, Pförtner
0 Tage krank = DM 288
1 Tag krank = DM 274
2 Tage krank = DM 259
3 Tage krank = DM 245
4 Tage krank = DM 230
5 Tage krank = DM 216
Abrechnungsdatum ist der 30. November eines jeden Jahres, so daß die Prämie mit der Dezember-Abrechnung zur Auszahlung kommt ... Diese Regelung ist freiwillig und kann jederzeit widerrufen werden.

Tonnenprämie bei Wavin, Emsland, durchgesetzt. Die zusätzlich zum Tariflohn gezahlte Prämie, bisher als „persönliche Leistungsbewertung" ausgezahlt, wird in der Spritzgußabteilung jetzt als Tonnenprämie berechnet. Das haben die Beschäftigten jetzt zusammen mit dem Betriebsrat durchgesetzt. Damit, daß die Prämie sich jetzt nach der Tonnenleistung der gesamten Abteilung richtet, hat die Geschäftsleitung ein wesentliches Element der Spaltung nun nicht mehr in der Hand. Denn, richtete sich die persönliche Leistungsbewertung nach dem Verhalten der Arbeiterinnen gegenüber den Vorgesetzten (vor allem denen gegenüber, die „bewerten"), so bekam derjenige eine höhere Prämie ausgezahlt, der „sich gut mit dem Vorgesetzten stand". Die in der Spritzgußabteilung im wesentlichen arbeitenden Frauen haben durch die „Tonnenprämie" jetzt zwar ein nach „Leistung" berechnetes, aber immerhin kollektives Mittel, ihren niedrigen Lohn (meist Eingruppierung in Lohngruppe I) zu heben. Man muß nur zusehen, daß die Berechnungsgrundlagen einsichtig bleiben, um die jeweilige Prämie auch jeweils nachrechnen zu können.

„Glücklich wird man nur, wenn man andere glücklich macht!"

b.fiw. Diese Maxime gelte es missionarisch zu verkünden, erklärte der niedersächsische Kultusminister (KuMi) Remmers auf einer CDU-Veranstaltung in Lingen. Der Grund: Zunehmender Verfall der Familie, die zu erhalten die CDU einiges in Gang setzen will. Bafög soll – so der KuMi – für die Familie und nicht für den Schüler gezahlt werden, damit dieser „nicht aus der Familie ausbrechen kann". Aber auch „die entsprechende Gesinnung gehört mit zum Aufbau einer Familie". Die fehle besonders den jungen Menschen, was mit „Glaubensverlust" zusammenhänge. Der Ausweg liegt im Wort „mühselig" – Remmers: „Sich mühen und selig sein – nur in Anstrengung für andere entwickelt sich Glück". Der Jugend ginge es zu gut, die denke: Nach der Schule kann's mir nur schlechter gehen.. Weitere „familienfreundliche" Maßnahmen: Keine Lernmittelhilfe für Familien mit *einem* Kind, dafür aber etwas ab zwei Kindern aufwärts. Vom Staat finanzierte Klassensätze von Lehrbüchern seien „unsozial", weil die Reichen ihren Kindern neue kaufen könnten, und die Ärmeren mit den „zerfledderten" vorliebnehmen müßten. In Lingen, wo Remmers ansässig ist, findet jedes Jahr bei Schuljahrsbeginn ein regelrechter Lernmittelbasar statt, auf dem z.B. mit persönlich unbrauchbar gewordenen Büchern gehandelt wird.

Brand fleht: Wählt uns!

b.mij. Ohne den „Kandidaten aus Bayern" sähen die Ausführungen des SPD-Vorsitzenden Brandt recht fade aus. Davon konnten sich jedenfalls die 800 bis 1000 Besucher der SPD-Wahlveranstaltung in der Halle Münsterland am Freitagabend überzeugen. Es spricht auch schon die niedrige Besucherzahl in der Halle, die bis zu 10000 Menschen fassen kann, Bände. Gekennzeichnet waren jedenfalls die Ausführungen Brandts dadurch, daß sie neben Angriffen auf den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU keinerlei aktive Entwicklung des Programms der Sozialdemokratie enthielten. „Auf abenteuerliche Art und Weise" sei Strauß jedenfalls unbeherrscht, so der Tenor der Ausführungen. Beifall konnte Brandt immer dann einfangen, wenn er die offen reaktionären und demagogischen Ausführungen von Strauß angriff. Ansonsten bestand die Rede in einer Reihe von fast schon pathetischen Appellen, am Wahltag doch ja SPD zu wählen, da es auf jede einzelne Stimme ankäme. Ob Strauß oder Schmidt, das kann jedoch nicht die Wahl für die Arbeiterbewegung sein, es wird darauf ankommen, in diesem Wahlkampf die Parteibildung des Proletariats zu stärken. Dafür kandidiert der KBW.

Kohl: „Opfer für's Ganze"

b.frn. „Wir müssen Opfer von den jungen Menschen für's Ganze verlangen", rief Kohl sowohl in Bremen wie in Aurich den Teilnehmern der CDU-Wahlveranstaltungen zu. In der „heißen Phase" des Wahlkampfes geht es um das Einschwören der Gefolgschaft. Entweder „Friede und Freiheit im Schutze der NATO" oder „Unterwerfung unter die Hegemonie der Sowjetunion" – so sieht die CDU die Alternative. Sie weiß sich darin weitgehend einig mit Schmidt, der allerdings den zweiten Weg offenhält. Keine dieser Alternativen steht bei den Lohnabhängigen besonders hoch im Kurs. Also sucht Kohl den Widerwillen der Massen gegen den Sozialimperialismus in NATO-Treue umzumünzen. An der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung setzt er an, wenn er sagt, daß der Ohne-mich-Standpunkt „katastrophale Folgen für das Volk" haben könne. Eher wohl für die Bourgeoisie.

Schlappe für Strauß in Leer

b.guz. Am vergangenen Dienstag sprach Strauß vor ca. 6000 Menschen in Leer – nur die Hälfte der erwarteten und am Tag nach der Kundgebung in der Ostfriesen-Zeitung behaupteten Teilnehmer. Einen Schwerpunkt seiner Rede legte Strauß auf den Angriff auf das Demonstrationsrecht. Bei seinem Versuch, dem Haß großer Teile der Arbeiter- und Volksmassen zu entgehen, ist Strauß trotz indirekter Unterstützung durch Jusos und SDAJ gescheitert: Letztere hatten zu einer Anti-Strauß-Demonstration und -Kundgebung fernab vom Kundgebungsplatz des Gegners aufgerufen und in ihrem Flugblatt den Demonstrationsteilnehmern untersagt, ihren Protest Strauß direkt entgegenzuhalten. Etwa 1000 Jugendliche demonstrierten mit und setzten sich jedoch überwiegend rechtzeitig über dieses Verbot hinweg. Weit mehr als ein Drittel der Teilnehmer an der Strauß-„Groß"kundgebung pfiffen Strauß aus, viele unterstützten die Forderung nach dem Austritt der BRD aus der NATO.

Marineschiffe im Nahen Osten: Eine Frage der Maßstäbe?

b.fiw. Die SPD-Wahlveranstaltungen in Cuxhaven und Osnabrück nutzte Kanzler Schmidt, umfangreich sozialdemokratische Außen- und Innenpolitik zu erläutern. Klare Trennungslinien wurden zur CDU/CSU-Opposition gezogen. Wer öffentlich davon rede, die Bundesrepublik solle Sicherheitsgarantien für Staaten des Nahen Ostens geben oder Marineschiffe in den Persischen Golf oder nach Afrika schicken, habe keine „richtigen Maßstäbe" im Kopf. Die Maßstäbe sind von seiten des US-Imperialismus in der Tat jüngst festgelegt worden, indem die Ausdehnung des Operationsbereiches der Bundesmarine verhindert wurde. Da kann Strauß tönen und Schmidt Nicht-Einmischung heucheln – das Sagen hat der NATO-Oberherr, gegenüber dem Schmidt die uneingeschränkte Zugehörigkeit betonte. In Cuxhaven ließ Schmidt dann allerdings doch gewisse Eigeninteressen durchblicken, indem er – geschickt auf die Krise in der Fischerei eingehend – den Angriff auf die von den Ländern der Dritten Welt erkämpfte 200-Meilen-Zone erklärte, die der Bundesrepublik „tiefe Nachteile" bringe. „Wir wollen und müssen für die deutschen Fischer den gleichen Zugang zu allen Meeren der EG erreichen wie für englische und anderer Leute Fischer!"

NRW-Ministerium für Abgruppierung von Kindergartenleiterinnen

r.gar. Für die Bezahlung von Kindergartenleiterinnen ist die Kinderzahl des jeweiligen Kindergartens oder die Anzahl der unterstellten Kindergärtnerinnen ausschlaggebend. Nach dem BAT für Angestellte im Sozial- und Erziehungsdienst sind Kindergartenleiterinnen bei einer Durchschnittsbelegung des Kindergartens von mindestens 40 Plätzen in die Vergütungsgruppe Vb (ledig, nach vollend. 25. Lebensjahr, 2190,80 DM brutto einschließlich Ortszuschlag) eingestuft, bei einer Durchschnittsbelegung unter 40 Plätzen nach Vc oder VIb (2064,02 bzw. 1962,95 DM). In einer Anfrage an die Landesregierung NRW fragt die CDU, ob diese Vorschriften zur Eingruppierung bestehen bleiben sollen, weil die Zahl der Kinder pro Kindergarten seit 1976 gesunken ist und somit die Kindergartenleiterinnen in zahlreichen Fällen abgruppiert werden müßten. Die Gruppen sind kleiner geworden, was die Betreuung der Kinder verbessern sollte. Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales verweist in seiner Antwort darauf, daß eine Änderung nur durch Tarifvertrag möglich ist, und daß, weil die meisten Träger von Kindertagesstätten von der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände vertreten werden, diese entsprechend mit der Gewerkschaft verhandeln soll. Daß der Minister gegen die Abgruppierung für den öffentlichen Dienst auftritt, ist nicht bekannt.

Erfolg des Protestes der Beschäftigten des Postscheckamtes

r.col. Die Personalversammlung des Postscheckamtes Frankfurt am 26. Juni 1980 hatte festgestellt, daß ein Personalunterbestand von 180 Arbeitskräften besteht. Da die Personalversammlung zum ersten Mal seit Jahren morgens um 10 Uhr durchgeführt wurde (sonst immer erst um 14 Uhr), haben dreimal soviel Beschäftigte sich daran beteiligt. Aus fast allen Dienststellen meldeten sich Kollegen zu Wort, um das Problem Personalunterbestand und Mehrarbeit an konkreten Zahlen zu verdeutlichen. Die Beschäftigten waren nicht länger bereit, ohne weiteres Personal zu arbeiten. So wurde denn auf der Personalversammlung beschlossen: 180 Leute sofort, Erhöhung der Personalvertretungsquote, eindeutige Zusage auch in den nächsten Jahren, Nachwuchskräfte einstellen zu können. Eine Unterschriftensammlung für diese Forderungen wurde in den darauffolgenden Tagen durchgeführt. Und das hatte Wirkung. Erreicht wurde nun, daß für 1980 168 Nachwuchskräfte eingestellt werden können, 33 mehr als ursprünglich zu-

sprechend mit der Gewerkschaft verhandeln soll. Daß der Minister gegen die Abgruppierung für den öffentlichen Dienst auftritt, ist nicht bekannt.

Erfolg des Protestes der Beschäftigten des Postscheckamtes

r.col. Die Personalversammlung des Postscheckamtes Frankfurt am 26. Juni 1980 hatte festgestellt, daß ein Personalunterbestand von 180 Arbeitskräften besteht. Da die Personalversammlung zum ersten Mal seit Jahren morgens um 10 Uhr durchgeführt wurde (sonst immer erst um 14 Uhr), haben dreimal soviel Beschäftigte sich daran beteiligt. Aus fast allen Dienststellen meldeten sich Kollegen zu Wort, um das Problem Personalunterbestand und Mehrarbeit an konkreten Zahlen zu verdeutlichen. Die Beschäftigten waren nicht länger bereit, ohne weiteres Personal zu arbeiten. So wurde denn auf der Personalversammlung beschlossen: 180 Leute sofort, Erhöhung der Personalvertretungsquote, eindeutige Zusage auch in den nächsten Jahren, Nachwuchskräfte einstellen zu können. Eine Unterschriftensammlung für diese Forderungen wurde in den darauffolgenden Tagen durchgeführt. Und das hatte Wirkung. Erreicht wurde nun, daß für 1980 168 Nachwuchskräfte eingestellt werden können, 33 mehr als ursprünglich zu-

gesagt. Außerdem eine feste Zusage für 1981, 130 Neueinstellungen vornehmen zu können. Offen sind die Forderungen nach Erhöhung der Vertretungsquote, sie liegt derzeit bei 18% und wird bei den Bemessungen zugeschlagen.

Evangelische Kirche will Streichung der Nachtzuschläge

r.ewo. Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) will mit Streichung der Abgabenfreiheit bei Nachtzuschlägen und mit höheren Versicherungsabgaben für Nachtarbeiter gegen die „Attraktivität des Nachtdienstes" vorgehen. Mit dieser Forderung ist jetzt die Kammer für soziale Ordnung der EKD Hannover herausgekommen. 1975 arbeiteten in der BRD 1,229 Mio. Menschen unregelmäßig und 1,251 Mio. regelmäßig nachts. Gerade weil der extreme Verschleiß der Arbeitskraft während der Nacht nicht durch Zuschläge wieder wettgemacht werden kann, entfaltet sich in den Gewerkschaften eine politische Bewegung gegen die Nachtarbeit. Die ÖTV fordert u.a. das Verbot der ständigen Nachtarbeit, die Post- und Eisenbahnergewerkschaften fordern Beschränkung der Nachtarbeit auf 6 Stunden bei Zahlung von 8 Stunden. Gegen die Bewegung, dem Dienstherrn durch Verteuerung die Nachtarbeit zu verleiden, richtet sich der Vorstoß der EKD. Senkung des Nettolohns für über 2 Mio. Arbeiter bedeuten die Vorschläge der EKD. Die beiden Kirchen betreiben gut ⅓ aller Krankenhäuser. Der größte Anteil der Nur-Nachtarbeiter (27 %) arbeitet im Gesundheitswesen. Anlaß genug, gegen die „Attraktivität" der Nachtarbeit zu ziehen.

Ein „Sparkrankenhaus" nach der beabsichtigten Schließung des Krankenhauses Köln-Worringen

r.wak. Der Ausschuß Gesundheitswesen des Kölner Stadtrats beschloß am 14.8.80 zur Schließung des Krankenhauses Worringen einstimmig: „Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Land NRW, der Kassenärztlichen Vereinigung und den Ärzteverbänden die Umwandlung des Krankenhauses Worringen in ein Krankenhaus der primärärztlichen Versorgung vorzubereiten ...".

Was war geschehen? Das einzige Krankenhaus des Kölner Nordens in Worringen mit 74 Betten sollte aus dem Krankenhausbedarfsplan NRW gestrichen werden, sobald das neue Krankenhaus Hackenbroich in der Nachbargemeinde Dormagen in Betrieb genommen würde. Stadt und Land versuchen so, ein kleineres und kostenintensiveres Haus „wegzurationalisieren". Den Kölnern wird damit seit 1975 jetzt zum sechsten Mal eine Krankenhausschließung zugemutet. Insgesamt sank die Zahl der Akutbetten in Köln von 1975 - 1980 von 9919 um ca. 1350, also minus 13,6%. Auf diese Weise intensivierte sich die Arbeit in den verbleibenden Häusern enorm. Auf einer Versammlung der Bürgerinitiative gegen die Schließung des Worringer Krankenhauses mit ca. 200 Leuten meist aus Worringen und Vertretern aus Kölner Krankenhäusern kam man daher überein: In Köln darf kein Krankenbett mehr verschwinden, Ausbau und Erhaltung des Krankenhauses Worringen als Versorgungskrankenhaus des völlig unterversorgten Kölner Nordens; der Krankenhausneubau in Hackenbroich muß bereits Unterversorgung im Bereich Dormagen/Neuß auffangen. Diese Stellungnahme wurde von Belegschaften und ÖTV Vertrauensleuteversammlungen in Kölner Krankenhäusern unterstützt.

Unsere städtischen Krankenversicherungskostendämpfer wollen jedoch einem Ausbau in Worrigen keinesfalls zustimmen. In der Begründung seines Beschlußantrages bezieht sich der Gesundheitsausschußvorsitzende Winkler, FDP, niedergelassener Urologe, auf die Modellklinik in Hamburg-Mümmelmannsberg. Ähnlich der Paracelsus-Klinik in Osnabrück handelt es sich um eine private Gemeinschaftspraxis mit einer Belegstation.

Der zu versorgende Stadtteil ist eine Hamburger Trabantenstadt mit 24000 Einwohnern. Vierzehn Ärzte (vier Allgemeinärzte, ein Augenarzt, ein Chirurg, zwei Gynäkologen, ein HNO-Arzt, zwei Internisten, ein Kinderarzt, ein Orthopäde, ein Röntgenarzt) haben sich mit jeweils 8000.-DM in die Gemeinschaft eingekauft, zwölf von ihnen gaben weitere 10000.- DM je Belegbett. Die Stationen umfassen 82 Betten, von denen aber nur 45 verkauft werden konnten. Ende 1977 wurde die Praxisklinik in Betrieb genommen.

Hausbesitzer ist die „KG Ärztefond Vermögensverwaltung GmbH und Co., Hamburg", an der 800 niedergelassene Hamburger Ärzte teilhaben. Das Grundstück wurde von der Neuen Heimat bereitgestellt. Geleitet wird das Haus von der Krankenhausbetriebsgesellschaft „Praxisklinik Mümmelmannsberg GmbH und Co. Verwaltungs KG", der 5 Ärzte als persönlich haftende Gesellschafter und die Belegärzte als Kommandidisten angehören. Interessant ist die weitere Finanzierung: Zunächst zahlte die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Hamburg 500000 DM als Ersatz für Entwicklungskosten und später 8 Millionen zinslos, wodurch der KV Zinsausfälle bis 650000 DM pro Jahr entstanden. Sie muß ein großes Interesse an der Praxisklinik haben. Einen Teil bekam die KV zurück, als Bund und Land einen Zuschuß von 6,4 Millionen DM für das Modell bezahlten und eine Aufnahme in den Krankenhausbedarfsplan für Ende 1980 in Aussicht stellten, falls das Unternehmen wirtschaftlich und leistungsfähig sei. Damit winkt Kostenersatz für Kapitalverzinsung und Abschreibung von Krankenhausinvestitionen. 1977 konnte ein Pflegesatz mit den Krankenkassen von 125.- DM ausgehandelt werden, der 1979 auf 135.- DM stieg.

Trotz dieser Finanzspritzen kam die Klinik nicht aus den roten Zahlen heraus. Der Wirtschaftsprüfer stellte 1979 einen Betriebsverlust von 1,54 Millionen DM fest, der in zwei Jahren erwirtschaftet wurde. Dabei entfallen 676000 DM auf Abschreibung von Investitionen. Das hat zunächst die Konsequenz, daß die Ärzte der Praxisklinik enorm Steuern sparen, da die Verlustzuweisungen mehr als 300% des übernommenen Kommanditkapitals betragen, während die Anleger des Ärztefonds keine Rendite bekommen, da dieser zum Verlustfinanzier wurde. Das wird 800 Hamburger Ärzte betrüben. Unzufrieden ist aber weiterhin der Staat, der eine leistungsfähige Kostendämpfungsklinik erhoffte, er äußert deshalb Bedenken gegen die Aufnahme in den Krankenhausbedarfsplan. Die Klinikleitung handelte: Ein wissenschaftliches Gutachten mußte die Kostengünstigkeit beweisen und stellte eine extrem niedrige Verweildauer von 7 Tagen und eine überdurchschnittliche Bettennutzung fest. Unter der Voraussetzung kostendeckender Pflegesätze sei die Finanzierung kein Problem. Weiter seien aber die Ausgaben insbesondere für Personal mit 28% über dem Durchschnitt viel zu hoch.

Doch wie muß man sich die Arbeit auf einer reinen Belegstation vorstellen? Ist sie überhaupt mit dem üblichen Krankenhausbetrieb vergleichbar? Es liegen auf den beiden Stationen Patienten von neun verschiedenen Fachrichtungen! Die Versorgung muß für die kleine Zahl von 45 Betten von den Schwestern rund um die Uhr gewährleistet werden, ein Arzt ist nachts sowieso nicht im Haus. Ein immens hoher Durchgang von Patienten erfordert höchsten Arbeitseinsatz. Mit den bisherigen Personalanhaltszahlen wird da keine durchschnittlich schlechte Patientenversorgung möglich sein. 12 Ärzte sind für jeweils einzelne Patienten neben ihrer Praxisarbeit zuständig. Wahrscheinlich muß auf jeder Station eine Schwester voll damit beschäftigt sein, nur ständig mit einem Arzt auf Visite zu gehen oder Anweisungen entgegenzunehmen. In einem derartigen „Krankenhaus" ist für chronisch Kranke gar kein Platz. Sie müssen versuchen in anderen Häusern unterzukommen, da ihre Verweildauer für eine Praxisklinik zu hoch ist. Auch in Hamburg wurden viele Betten abgebaut, weshalb ein Teil der Behandlung und Versorgung der chronisch Kranken zunehmend auf die Familie verlagert wird. Sehr kostengünstig für den Staat!

Die KV scheint mittels neuer Praxismodelle den Fortbestand des kassenärztlichen Systems gegen Tendenzen der Verstaatlichung wahren zu wollen. Doch an Verstaatlichung scheint der bürgerliche Staat solange kein größeres Interesse zu haben, wie die Kassenärzte zur Kostendämpfung beitragen. Die Praxisklinikärzte sind mit ihrer billigen Praxis, den Steuereinsparungen und den Staatszuschüssen nicht schlecht gefahren. Schlecht fahren die Patienten und das Personal, das Mehrarbeit leisten muß, mit diesem Modell.

In Köln soll das Modell Worringen noch um die Einnahmequelle erweitert werden, daß auch billige Assistenzärzte angestellt werden dürfen. Insgesamt muß man feststellen, daß die Stadt Köln gewillt ist, größere Summen für Krankenhausschließungen und zur Einrichtung von Arztpraxen im Krankenhaus Worringen zu zahlen. Dabei verschlechtert sie die Krankenversorgung, dämpft die Versicherungskosten und buttert die niedergelassenen Ärzte. Noch hat der Stadtrat aber die Schließungspläne nicht abgesegnet. Die Bürgerinitiative und Beschäftigte aus Kölner Krankenhäusern werden sich weiterhin für den Erhalt und Ausbau des Worriager Krankenhauses einsetzen.

Steigende Arbeits- und Krankheitsfälle in der Textilindustrie
Untersuchung der Gewerkschaft Textil/Bekleidung

r.gar. In der Septemberausgabe der Gewerkschaftszeitung Textil/Bekleidung hat die Gewerkschaft Textil/Bekleidung (GTB) eine Untersuchung über den Arbeitsschutz veröffentlicht, die sie anhand von Statistiken der Textil- und Bekleidungsberufsgenossenschaft zusammengestellt hat. Die im diesjährigen Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung festgestellte unterliegen, eine Asbestkrankheit zu bekommen.

Von der Unfallentwicklung besonders gefährdet sind die Beschäftigten in Kleinbetrieben sowie die ausländischen. Gerade die ausländischen Beschäftigten, sie machen in der Textilindustrie einen Anteil von 17% aus, in der Bekleidungsindustrie 10% (davon 80% Frauen), arbeiten oft an den ge- ter größeren Gefahrenquellen ausgesetzt sind, ein überdurchschnittlich hoher Krankenstand, der zum einen Folge der hohen Belastung ist, zum anderen die Arbeitsintensität der verbleibenden Beschäftigten erhöht und als letztes eine unzureichende Betreuung durch Betriebsärzte. Als ein Schritt fordert die GTB in Textilbetrieben ab 50 (bisher 100), in Bekleidungsbetrieben womit gerade 50 Prozent aller in der Textil- und Bekleidungsindustrie Beschäftigten betriebsärztlich betreut würden, was dem Durchschnitt der übrigen Branchen entsprechen würde. Über diese Forderungen sollen Verhandlungen geführt werden. Außerdem fordert die GTB Einschränkungen von Überstunden und zusätzliche Freizeit oder Urlaub für Nacht-und Schichtarbeit

ten meist aus Worringen und Vertretern aus Kölner Krankenhäusern kam man daher überein: In Köln darf kein Krankenbett mehr verschwinden, Ausbau und Erhaltung des Krankenhauses Worringen als Versorgungskrankenhaus des völlig unterversorgten Kölner Nordens; der Krankenhausneubau in Hackenbroich muß bereits Unterversorgung im Bereich Dormagen/Neuß auffangen. Diese Stellungnahme wurde von Belegschaften und ÖTV Vertrauensleuteversammlungen in Kölner Krankenhäusern unterstützt.

Unsere städtischen Krankenversicherungskostendämpfer wollen jedoch einem Ausbau in Worrigen keinesfalls zustimmen. In der Begründung seines Beschlußantrages bezieht sich der Ge-

ärzte als Kommandidisten angehören. Interessant ist die weitere Finanzierung: Zunächst zahlte die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Hamburg 500000 DM als Ersatz für Entwicklungskosten und später 8 Millionen zinslos, wodurch der KV Zinsausfälle bis 650000 DM pro Jahr entstanden. Sie muß ein großes Interesse an der Praxisklinik haben. Einen Teil bekam die KV zurück, als Bund und Land einen Zuschuß von 6,4 Millionen DM für das Modell bezahlten und eine Aufnahme in den Krankenhausbedarfsplan für Ende 1980 in Aussicht stellten, falls das Unternehmen wirtschaftlich und leistungsfähig sei. Damit winkt Kostenersatz für Kapitalverzinsung und Abschreibung von Kran-

sei die Finanzierung kein Problem. Weiter seien aber die Ausgaben insbesondere für Personal mit 28% über dem Durchschnitt viel zu hoch.

Doch wie muß man sich die Arbeit auf einer reinen Belegstation vorstellen? Ist sie überhaupt mit dem üblichen Krankenhausbetrieb vergleichbar? Es liegen auf den beiden Stationen Patienten von neun verschiedenen Fachrichtungen! Die Versorgung muß für die kleine Zahl von 45 Betten von den Schwestern rund um die Uhr gewährleistet werden, ein Arzt ist nachts sowieso nicht im Haus. Ein immens hoher Durchgang von Patienten erfordert höchsten Arbeitseinsatz. Mit den bisherigen Personalanhaltszahlen wird da keine durchschnittlich schlechte Pa-

sten muß, mit diesem Modell.

In Köln soll das Modell Worringen noch um die Einnahmequelle erweitert werden, daß auch billige Assistenzärzte angestellt werden dürfen. Insgesamt muß man feststellen, daß die Stadt Köln gewillt ist, größere Summen für Krankenhausschließungen und zur Einrichtung von Arztpraxen im Krankenhaus Worringen zu zahlen. Dabei verschlechtert sie die Krankenversorgung, dämpft die Versicherungskosten und buttert die niedergelassenen Ärzte. Noch hat der Stadtrat aber die Schließungspläne nicht abgesegnet. Die Bürgerinitiative und Beschäftigte aus Kölner Krankenhäusern werden sich weiterhin für den Erhalt und Ausbau des Worriager Krankenhauses einsetzen.

Steigende Arbeits- und Krankheitsfälle in der Textilindustrie

Untersuchung der Gewerkschaft Textil/Bekleidung

r.gar. In der Septemberausgabe der Gewerkschaftszeitung Textil/Bekleidung hat die Gewerkschaft Textil/Bekleidung (GTB) eine Untersuchung über den Arbeitsschutz veröffentlicht, die sie anhand von Statistiken der Textil- und Bekleidungsberufsgenossenschaft zusammengestellt hat. Die im diesjährigen Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung festgestellte sinkende Zahl der Arbeitsunfälle (einschließlich Wegeunfälle und Berufskrankheiten) auf gut 2 Millionen 1978 (1962 über 3 Millionen) trifft für die Textil- und Bekleidungsindustrie nicht zu, hier sind Arbeits- und Krankheitsfälle gestiegen.

Die Zahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten pro 1000 Versicherte ist in den Bereichen Kammgarnspinnerei, Spinnerei und Veredlung in den letzten fünf Jahren gestiegen. Bei den Webereien kann man lediglich von 1978 auf 1979 eine geringfügige Senkung der Unfälle feststellen (Schaubild 1). Bei den Nähereien ist die Zahl der Unfälle von 1975 bis 1979 von 27 auf 30 pro 1000 Beschäftigte gestiegen. Daß die Zahlen hier so niedrig liegen, kommt durch die speziell arbeitsbedingten Krankheiten wie Bandscheiben- und Gelenkschäden, die von der Berufsgenossenschaft nicht als Berufskrankheit anerkannt werden und deshalb nicht in der Statistik erscheinen.

Wie in der Gesamtindustrie, wo die tödlichen Unfälle von 5400 auf 2800 (1962 bis 1978) zurückgegangen sind, sind auch die tödlichen Betriebsunfälle ohne Wegeunfälle in der Textil- und Bekleidungsindustrie rückläufig (Schaubild 2). Tödlich verlaufende Berufskrankheiten sind allerdings von der Berufsgenossenschaft nicht erfaßt.

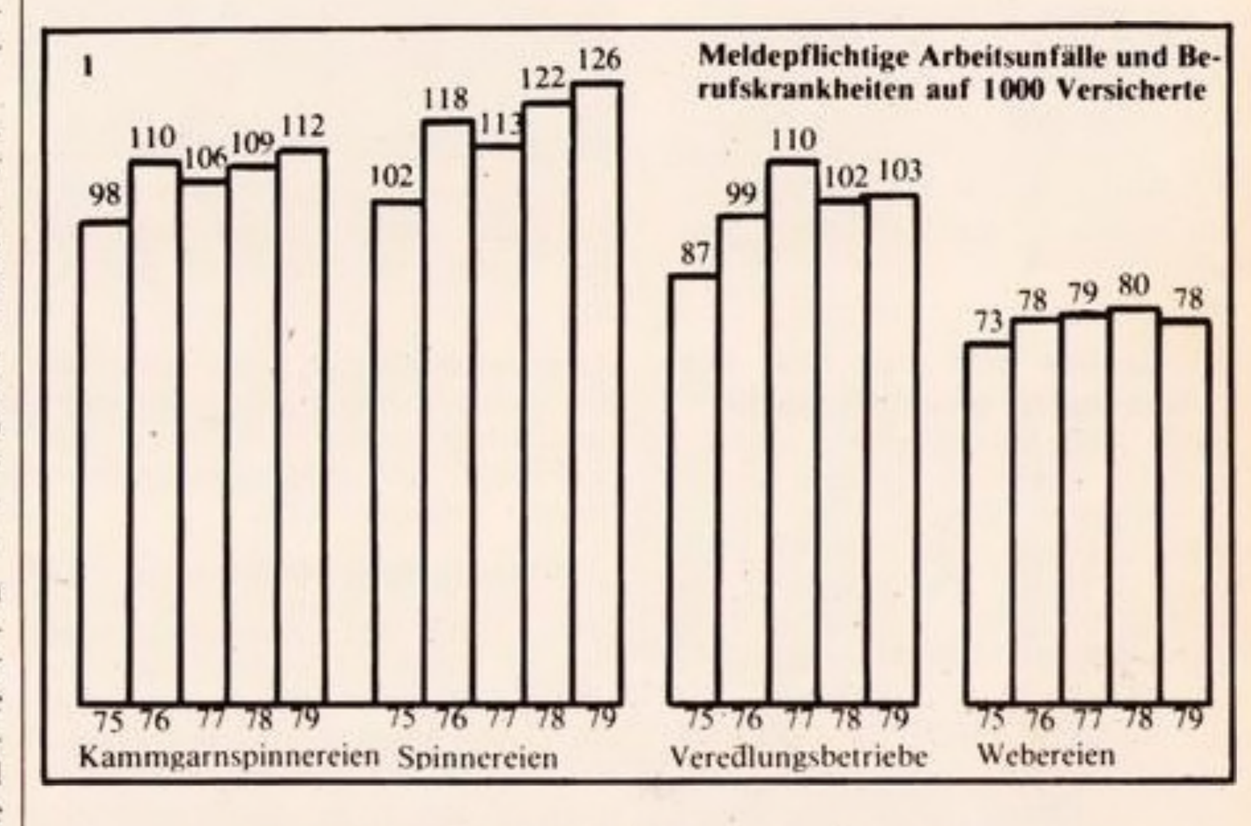
1979 wurden in der Textilindustrie 666 Fälle der Lärmschwerhörigkeit, 363 Hautkrankheiten und 54 Asbestkrankheiten an die Berufsgenossenschaft gemeldet. Nur 158 wurden 1979 entschädigt, das sind lediglich 15%. 119 Arbeiter waren 1979 noch in Asbestspinnereien beschäftigt, obwohl erwiesen ist, daß sie einem Risiko von 1:5 unterliegen, eine Asbestkrankheit zu bekommen.

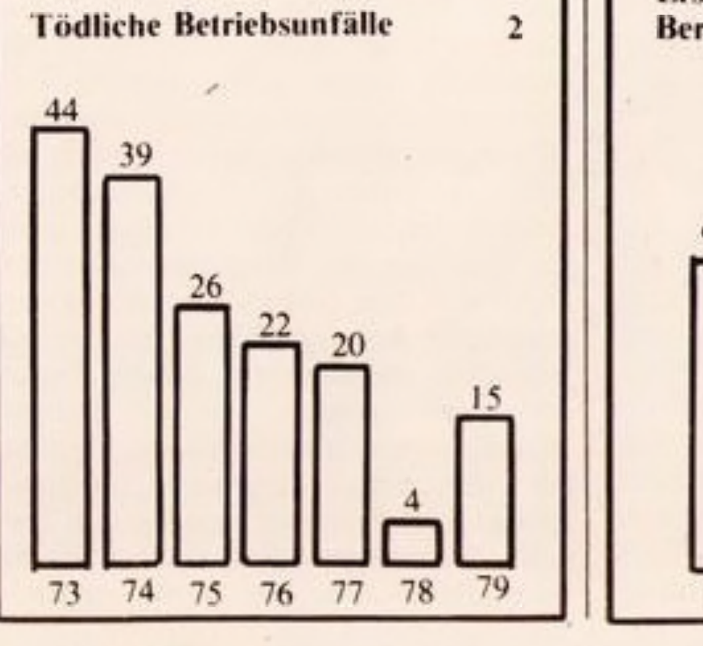
Von der Unfallentwicklung besonders gefährdet sind die Beschäftigten in Kleinbetrieben sowie die ausländischen. Gerade die ausländischen Beschäftigten, sie machen in der Textilindustrie einen Anteil von 17% aus, in der Bekleidungsindustrie 10% (davon 80% Frauen), arbeiten oft an den gefährlichsten Arbeitsplätzen mit den schwersten Arbeitsbedingungen und sind aufgrund von Sprachschwierigkeiten erhöhten Unfallgefahren ausgesetzt.

1978 lag das Unfallrisiko in Kleinbetrieben der Bereiche Weberei, Spinnerei, Kammgarnspinnerei und Veredlung rund 20 Prozent höher als in größeren Betrieben. Die Kapitalisten in den kleineren Betrieben nutzen den oft niedrigeren Organisationsgrad der Arbeiter aus, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Dazu kommt, daß in kleineren Betrieben die Unfallschutzmaßnahmen tatsächlich schlechter sind und es keine Betriebsärzte gibt.

Nur 28 Prozent der Beschäftigten in Textil- und Bekleidungsbetrieben werden durch Betriebsärzte betreut. Nur 80% der Kapitalisten halten sich an die von der Textil- und Bekleidungsberufsgenossenschaft vorgeschriebene Zahl von Betriebsärzten und diese setzen die Betriebsärzte großenteils für Einstellungs- und Vorsorgeuntersuchungen ein und nicht zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Die Ursachen für den steigenden und schnelleren Verschleiß der Arbeitskraft in der Textilindustrie liegen im hohen Anteil an Wechselschichtarbeitern, Arbeit in Bereichen mit mehr als 85 dB(A) Lärm, Arbeit mit gefährlichen Stoffen, räumliche Enge am Arbeitsplatz, Arbeitshetze, körperliche Belastung und Zwangshaltung am Arbeitsplatz, stellt die GTB fest. Dazu kommen Entlassungen und Rationalisierungen, was die Kapitalisten mit höherer Arbeitsintensität für die restlichen Arbeiter verbinden, eine hohe Fluktuation, die dazu führt, daß die neu eingestellten unerfahrenen Arbeiter größeren Gefahrenquellen ausgesetzt sind, ein überdurchschnittlich hoher Krankenstand, der zum einen Folge der hohen Belastung ist, zum anderen die Arbeitsintensität der verbleibenden Beschäftigten erhöht und als letztes eine unzureichende Betreuung durch Betriebsärzte. Als ein Schritt fordert die GTB in Textilbetrieben ab 50 (bisher 100), in Bekleidugsbetrieben ab 75 (bisher 200) einen Betriebsarzt, womit gerade 50 Prozent aller in der Textil- und Bekleidungsindustrie Beschäftigten betriebsärztlich betreut würden, was dem Durchschnitt der übrigen Branchen entsprechen würde. Über diese Forderungen sollen Verhandlungen geführt werden. Außerdem fordert die GTB Einschränkungen von Überstunden und zusätzliche Freizeit oder Urlaub für Nacht-und Schichtarbeit.







Quelle: Zeitung der Gewerkschaft Textil/Bekleidung, September 1980

Ruf der Futtermittelkapitalisten nach Gesetzesvereinfachung

r.reb. Im Septemberheft der DLG (Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft)-Mitteilungen bläst ein Dr. Weinreich vom Fachverband der Futtermittelindustrie zum Angriff auf die ,,zunehmende Gesetzesflut", insbesondere gegen das Futtermittelgesetz und die Futtermittelverordnung. Es geht dabei um erhebliche Umsätze. Von 5,5 auf 11 Milliarden DM stiegen von 1968 auf 1978 die Ausgaben der Landwirtschaft für Futtermittel. Im selben Zeitraum stieg der Anteil der Futtermittel an den gesamten Vorleistungen der Landwirtschaft (ohne Neuanschaffungen von Maschinen und Gebäuden) von 36 auf 42% aller Vorleistungen. Ca. 110 kg Kraftfutter werden zum Beispiel durchschnittlich verfüttert, um 100 kg Milch zu erzeugen.

Nun läßt sich in der Tat kaum eine umfassendere Reglementierung vorstellen, als im Futtermittelgesetz und der Futtermittelverordnung durchgeführt. §3 des Gesetzes regelt zunächst nur sehr allgemein, daß keine Futtermittel hergestellt oder in den Verkehr gebracht werden dürfen, ,,die bei bestimmungsmäßiger oder sachgerechter Verfütterung geeignet sind, a) die Qualität der von Nutztieren gewonnenen Erzeugnisse zu beeinträchtigen oder b) die Gesundheit der Tiere zu schädigen". Solange die Futtermittelproduktion, die ohne Zweifel wichtige Fortschritte in der Produktivität der Tierhaltung gestattet, unter dem Gesichtspunkt des Profits durchgeführt wird – ebenso wie die Tierhaltung selbst – kann ein so einfaches Prinzip, wie in §3 des Futtermittelgesetzes (FMG) festgehalten, allerdings nur durch umfassende bürokratische Überwachung – wenn überhaupt – durchgesetzt werden. Diese besteht im wesentlichen im folgenden:

Es dürfen nur solche Futtermittel hergestellt und vertrieben werden, die durch Rechtsverordnung zugelassen sind. Etwa 80 Seiten lang ist die Anlage zur Futtermittelverordnung, in der im einzelnen diese zugelassenen Futtermittel aufgeführt sind, die Gewinnungsmethode dargestellt und die notwendigen Mindest- bzw. Maximalmengen der einzelnen Bestandteile festgelegt sind. Allein 200 Einzelfutter umfaßt diese Typenliste. Neben Sojaschrot und Fischmehl sind Küchenabfälle ebenso zu finden wie Alkanhefen und geschälte Bananen. Es folgen sodann über 100 Mischfutter, die nach ihren Zwecken geordnet sind (z.B. Alleinfutter I für Mastschweine bis etwa 50 kg). Bei diesen sind dann jeweils Maximal- und Minimalanteile der verschiedenen Stoffe angegeben. Zulassungspflichtig sind weiter die Zusatzstoffe, die dem Futter beigemengt werden (z.B. Antibiotika), wobei gleichzeitig festgelegt ist, in welchem Umfang sie zugesetzt werden dürfen. Es folgen an die 20 Schadstoffe, deren Höchstmengen in den Futtermitteln festgelegt sind, sowie verbotene Stoffe, die überhaupt nicht verfüttert werden dürfen.

Mischfuttermittel, bei deren Herstellung Zusatzstoffe verwendet werden, dürfen nur in dafür anerkannten Betrieben hergestellt werden. Für alle Futtermittelbetriebe sind Vorschriften an die Arbeitsräume und die Maschinen gestellt. Die Art der Verpackung von Futtermitteln ist ebenso geregelt, wie die Öffnung der Behälter, die Aufschrift auf der Verpackung und die Grenzen der Werbung für die Futtermittel.

Ein- und Ausfuhr der Futtermittel ist so geregelt, daß nur Futtermittel eingeführt werden dürfen, die den deutschen Vorschriften entsprechen (also zugelassen sind) und daß alle Einfuhren anmeldepflichtig sind. Die Ausfuhren hingegen unterliegen keinerlei Beschränkungen.

Vorgesorgt ist allerdings für den Fall ,,besonderer Umstände", wenn die ,,Produktion tierischer Erzeugnisse ernstlich gefährdet" wäre. In diesen Fällen können sowohl die Länder wie der Bundesminster für Landwirtschaft Ausnahmen zulassen. Angesichts des großen Umfangs der Einfuhr von Futtermitteln zielt dies offenbar auf den Kriegsfall, wo von vorneherein die Verschlechterung der Futtermittel eingeplant ist.

Die Kontrolle der landwirtschaftliche Betriebe selbst sichert das Gesetz über Fütterungsverbote der Zusatzstoffe, die weder in größeren Mengen als zugelassen dem Futter beigemengt werden dürfen, noch – sofern es sich um Mischfutter handelt – in größeren Mengen als zugelassen verfüttert werden dürfen. Wachsende Kosten der Verwaltung zum Zwecke dieser Prüfungen sagt bereits der Regierungsentwurf von 1974 voraus.

Wie nun die inhaltliche Zusammensetzung der Futter geregelt ist, das kann man allerdings an den Billighähnchen mit Fischmehlgeschmack ebenso spüren, wie an dem sich in der Pfanne rapide verkleinernden Kotelett. Nicht dagegen tritt allerdings die Futtermittelindustrie an. Der Sinn ihres Rufes nach Freiheit läßt sich daran ablesen, welche Stoffe in der Futtermittelverordnung mit Mindestmengen bezeichnet werden müssen und welche mit Höchstmengen. Die Regelung der Mindestmengen bezieht sich auf Proteine, Stärke, Zucker, Milchpulver, Höchstwerte gibt es zumeist für Rohfaser, Feuchtigkeit, Rohasche, Rohfett.

Getreideerzeugerpreise nur bis unter 1% gestiegen



Er erwarte, daß die Nahrungsmittelpreise weniger als die Lebensmittelpreise steigen werden, erklärte Landwirtschaftsminister Ertl angesichts der diesjährigen Getreideernte. Die Maisernte (Bild) steht aber noch aus, ebensowenig sind Zucker- und Futterrüben geerntet und das Stroh gefahren. Die Preise ,,frei Rampe" – die Bauern tragen die steigenden Tranportkosten – betrugen je 100 kg am Beispiel Raiffeisen in Nordhessen: 43,50 DM 1980 für Weizen gegenüber 43,- DM 1979, 38,25 DM bei Wintergerste gegenübr 38 DM, 34 DM gegenüber 33,50 DM bei Hafer und bei Roggen sogar 41,50 DM gegenüber 42 DM. Das sind im Durchschnitt 0,5% mehr. ,,Günstig" entwickeln sich vorerst nur die Einkaufspreise der Nahrungsmittelkonzerne.

Ruinierung der Bauern vor allem bei den Zuerwerbsbetrieben

z.ulw. Nachdem sich die Zahl der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe 1973 nochmal um 6,6% gegenüber dem Vorjahr verringert hat, beträgt die jährliche Verminderung seit 1974 stets unter 1 Prozent. Die Zuerwerbsbetriebe werden von daher also nur noch in geringem Umfang gespeist, während die Landwirte, die gehofft hatten, durch Aufnahme zusätzlicher Lohnarbeit ihren Betrieb halten zu können, weiter unter Druck stehen und entweder gänzlich aufgeben oder die Landwirtschaft als Nebenerwerb weiterbetreiben. Die Entscheidung über die gänzliche Aufgabe des Betriebes hängt auch von der Lage auf dem Arbeitsmarkt ab, was sich in der Stockung der Vernichtung dieser Betriebe zur Zeit der Wirtschaftskrisen 1968/69 und 1973/74 ausdrückt.

in Tsd.
Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe 1965 - 1979
1200 1000 800 600 400 200
a) gesamt
b) Vollerwerbsbetriebe
c) Nebenerwerbsbetriebe
d) Zuerwerbsbetriebe
64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79
Quelle: Agrarberichte der Bundesregierung

Indien: Zuckerrohrarbeiter bereiten Streik vor

z.hef. 250000 Landarbeiter im indischen Bundesstaat Maharashtra, deren Arbeit im Schlagen und Transportieren des Zuckerrohrs besteht, wollen für ihre Lohnforderungen streiken. Das kündigte Santaram Patil, der Präsident ihrer Gewerkschaft, am 31. August auf einer Pressekonferenz in Kolhapur (Maharashtra) an. Die Arbeiter fordern, daß ihre Löhne an den Gesamtindischen Verbraucherpreisindex gebunden werden. Nach einem von den britischen Kolonialherren eingeführten Gesetz sind in Indien fast alle Löhne an bestimmte Inflations-Indizes gebunden, die aber regional und zwischen Stadt und Land stark variieren. Die Anbindung an den Gesamtindischen Index, so Patil, würde einen größeren Schutz gegen Lohnsenkung bedeuten. Außerdem fordern die Arbeiter eine Erhöhung der Akkordsätze auf 12 Rupees pro Tonne für das Schlagen des Zuckerrohrs und von 5 Rupees pro Tonne für den ersten Kilometer, 1,25 Rupees für jeden weiteren Kilometer des Transports mit Hand- bzw. Ochsenwagen. Wie Patil weiter mitteilte, werden die Arbeiter der Zuckerfabriken ebenfalls Kampfaktionen organisieren. Sie wollen am 25. September

Landwirtschaftliche Produktion immer mehr unter Staatsregie
Mit der ,,Einzelbetrieblichen Förderung" hat Ertl die Senkung des Einkommens der Bauern gefördert

z.frb. 1979 hatten Bund und Länder in ihren Haushaltsplänen für die Gemeinschaftsaufgabe ,,Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" 2,3 Mrd. DM bereitgestellt. Weitere 4,4 Mrd. DM waren im Bundeshaushalt für Maßnahmen der nationa- schaftlichen Produktion angewandten Arbeit ist nur möglich durch Anwendung zusätzlicher Maschinerie, intensivere Düngung, Aufstockung des Viehbestandes. Der Bauer beschafft sich dies, soweit er kann, auf Kredit. Für den Kredit muß er Zins zahlen. Seine tragt, muß anhand eines Entwicklungsplanes nachweisen, daß er spätestens im vierten Jahr nach Beginn der Förderungsmaßnahmen eine Verbesserung seines Betriebsergebnisses und ein Einkommen erzielen kann, das dem in vergleichbaren Berufen außerhalb der besitzer verkaufen. Mit der einzelbetrieblichen Förderung kann der Staatsapparat ziemlich genau darauf einwirken, welche Betriebe gegenwärtig ausgebaut und welche in den Bankrott getrieben werden sollen. War das Programm einerseits not-

Erzeugnisse zu beeinträchtigen oder b) die Gesundheit der Tiere zu schädigen". Solange die Futtermittelproduktion, die ohne Zweifel wichtige Fortschritte in der Produktivität der Tierhaltung gestattet, unter dem Gesichtspunkt des Profits durchgeführt wird – ebenso wie die Tierhaltung selbst – kann ein so einfaches Prinzip, wie in §3 des Futtermittelgesetzes (FMG) festgehalten, allerdings nur durch umfassende bürokratische Überwachung – wenn überhaupt – durchgesetzt werden. Diese besteht im wesentlichen im folgenden:

Es dürfen nur solche Futtermittel hergestellt und vertrieben werden, die durch Rechtsverordnung zugelassen sind. Etwa 80 Seiten lang ist die Anlage zur Futtermittelverordnung, in der im einzelnen diese zugelassenen Futtermit-

wie die Öffnung der Behälter, die Aufschrift auf der Verpackung und die Grenzen der Werbung für die Futtermittel.

Ein- und Ausfuhr der Futtermittel ist so geregelt, daß nur Futtermittel eingeführt werden dürfen, die den deutschen Vorschriften entsprechen (also zugelassen sind) und daß alle Einfuhren anmeldepflichtig sind. Die Ausfuhren hingegen unterliegen keinerlei Beschränkungen.

Vorgesorgt ist allerdings für den Fall ,,besonderer Umstände", wenn die ,,Produktion tierischer Erzeugnisse ernstlich gefährdet" wäre. In diesen Fällen können sowohl die Länder wie der Bundesminster für Landwirtschaft Ausnahmen zulassen. Angesichts des großen Umfangs der Einfuhr von Fut-



Er erwarte, daß die Nahrungsmittelpreise weniger als die Lebensmittelpreise steigen werden, erklärte Landwirtschaftsminister Ertl angesichts der diesjährigen Getreideernte. Die Maisernte (Bild) steht aber noch aus, ebensowenig sind Zucker- und Futterrüben geerntet und das Stroh gefahren. Die Preise ,,frei Rampe" – die Bauern tragen die steigenden Tranportkosten – betrugen je 100 kg am Beispiel Raiffeisen in Nordhessen: 43,50 DM 1980 für Weizen gegenüber 43,- DM 1979, 38,25 DM bei Wintergerste gegenübr 38 DM, 34 DM gegenüber 33,50 DM bei Hafer und bei Roggen sogar 41,50 DM gegenüber 42 DM. Das sind im Durchschnitt 0,5% mehr. ,,Günstig" entwickeln sich vorerst nur die Einkaufspreise der Nahrungsmittelkonzerne.

64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79
Quelle: Agrarberichte der Bundesregierung

Indien: Zuckerrohrarbeiter bereiten Streik vor

z.hef. 250000 Landarbeiter im indischen Bundesstaat Maharashtra, deren Arbeit im Schlagen und Transportieren des Zuckerrohrs besteht, wollen für ihre Lohnforderungen streiken. Das kündigte Santaram Patil, der Präsident ihrer Gewerkschaft, am 31. August auf einer Pressekonferenz in Kolhapur (Maharashtra) an. Die Arbeiter fordern, daß ihre Löhne an den Gesamtindischen Verbraucherpreisindex gebunden werden. Nach einem von den britischen Kolonialherren eingeführten Gesetz sind in Indien fast alle Löhne an bestimmte Inflations-Indizes gebunden, die aber regional und zwischen Stadt und Land stark variieren. Die Anbindung an den Gesamtindischen Index, so Patil, würde einen größeren Schutz gegen Lohnsenkung bedeuten. Außerdem fordern die Arbeiter eine Erhöhung der Akkordsätze auf 12 Rupees pro Tonne für das Schlagen des Zuckerrohrs und von 5 Rupees pro Tonne für den ersten Kilometer, 1,25 Rupees für jeden weiteren Kilometer des Transports mit Hand- bzw. Ochsenwagen. Wie Patil weiter mitteilte, werden die Arbeiter der Zuckerfabriken ebenfalls Kampfaktionen organisieren. Sie wollen am 25. September Demonstrationen durchführen für die Forderung nach sofortiger Einberufung der gemeinsamen Kommission zur Überprüfung der Löhne und Arbeitsbedingungen, die ihnen von der Regierung und den Kapitalisten im November 1979 zugesagt worden war.

Landwirtschaftliche Produktion immer mehr unter Staatsregie

Mit der ,,Einzelbetrieblichen Förderung" hat Ertl die Senkung des Einkommens der Bauern gefördert

z.frb. 1979 hatten Bund und Länder in ihren Haushaltsplänen für die Gemeinschaftsaufgabe ,,Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" 2,3 Mrd. DM bereitgestellt. Weitere 4,4 Mrd. DM waren im Bundeshaushalt für Maßnahmen der nationalen Agrarpolitik eingestellt. Für die Marktordnungsausgaben der EG in der BRD waren 5,8 Mrd. DM angesetzt. Zusammen sind dies 12,5 Mrd. DM. Der Neuwert der land- und forstwirtschaftlichen Produktion beträgt rund 26 Mrd. DM. Schon dies zeigt, wie sehr der selbständig wirtschaftende Bauer zur Illusion geworden ist, wie sehr die Bauern in Wirklichkeit an der finanziellen Leine des Staatsapparates hängen.

Die wichtigste Maßnahme zur Ausweitung der staatlichen Regie über die Landwirtschaft seit den EG-Marktordnungen war deren Ergänzung durch das seit 1970 durchgeführte ,,Einzelbetriebliche Förderungs- und soziale Ergänzungsprogramm für die Land- und Forstwirtschaft". Den westdeutschen Bourgeoispolitikern gelang es, die Grundsätze dieses Programms in einer kurz darauf verabschiedeten EG-Richtlinie unterzubringen. Es war auch das Antrittswerk von Landwirtschaftsminister Ertl, das er seither durch einige Ergänzungen ausgebaut, im Kern aber unverändert beibehalten hat.

Weshalb war dieses Programm notwendig geworden und was ist sein Hauptzweck?

Hauptsächlich war das Programm notwendig geworden, weil mittels der Preispolitik der EG die Einkommen der Bauern so weit gedrückt waren, daß das Einkommen der mittleren Bauern zwar gerade noch hinreichte, ihre Reproduktion zu zahlen, aber nicht mehr hinreichte, notwendige Erweiterungsinvestitionen, Zukauf von Maschinen, Vieh, Land zu tätigen. Senkung des Werts der Landwirtschaftsprodukte, also Erhöhung der Produktivkraft der in der landwirtschaftlichen Produktion angewandten Arbeit ist nur möglich durch Anwendung zusätzlicher Maschinerie, intensivere Düngung, Aufstockung des Viehbestandes. Der Bauer beschafft sich dies, soweit er kann, auf Kredit. Für den Kredit muß er Zins zahlen. Seine Produktionsmittel, die ihm bislang nichts waren, als eben Produktionsmittel, sind zu Kapital geworden, das Zins abwerfen muß. Insofern er seinen Boden als Sicherheit für Kredit geben muß, muß die Bewirtschaftung des Bodens jetzt eine Grundrente in Höhe des Hypothekenzinses abwerfen. Der Bauer arbeitet einen zunehmenden Teil des Tages für Zins und Hypothekenzins, bis ihn die Zinslast erdrückt. Sein Land wird frei. Frei für die Aufstockung des überlebenden Betriebes, sei es durch Pacht, sei es durch Verkauf.

Der Engpaß liegt ,,bei der Bereitwilligkeit zur Landabgabe", vermerkte die ,,Agrarwirtschaft" in einem Aufsatz 1966, als der Staatsapparat seine neue ,,Strukturpolitik" vorbereitete. Denn es gehöre ,,eine Flächenaufstokkung zu den rentabelsten Investitionsmaßnahmen". Tatsächlich ist der Maschinenbesatz pro Hektar bei den kleinen Betrieben höher als bei den großen. Der rationelle Einsatz verlangt erweiterte Fläche. Ausweitung der Fläche aber, da der Boden in das Eigentum verschiedener Besitzer aufgeteilt ist, verlangt große Investitionen, oder bei Pacht ständige Pachtzahlung. Das Eigentum an Grund und Boden bewirkt, daß das Kapital, das für die Erweiterung der Fläche aufgebracht werden muß, für die Erweiterung der Produktionsmittel, womit die Produktivkraft der Arbeit gehoben wird, fehlt.

Hier nun greift die Einzelbetriebliche Förderung ein. Von den 2,3 Mrd. DM der ,,Gemeinschaftsaufgabe" wurden 660 Mio. im Rahmen dieses Programms ausgegeben. Kernpunkt ist eine Zinsverbilligung, bei größeren Investitionen können auch Darlehen gewährt werden. Der Bauer, der einen solchen zinsverbilligten Kredit beantragt, muß anhand eines Entwicklungsplanes nachweisen, daß er spätestens im vierten Jahr nach Beginn der Förderungsmaßnahmen eine Verbesserung seines Betriebsergebnisses und ein Einkommen erzielen kann, das dem in vergleichbaren Berufen außerhalb der Landwirtschaft entspricht. Diese ,,Förderungsschwelle" ist nach 27 Regionen unterschieden und liegt im Bundesdurchschnitt bei 26000 DM pro Arbeitskraft. Sie schwankt zwischen 21300 DM im nordwestlichen Bayern und knapp 29000 DM in den besten Gebieten Nordrhein-Westfalens.

Ergänzt wurde das Programm durch eine Reihe von Maßnahmen, die die Landabgabe beschleunigen sollen. So wurde damals die Landabgaberente eingeführt, Darlehen für Bauern, die sich außerhalb der Landwirtschaft selbständig machen, bereitgestellt, sowie die Nachzahlung in die Sozialversicherung zugesichert für Bauern, die hinfort ihre Arbeitskraft einem Fabrikbesitzer verkaufen.

Mit der einzelbetrieblichen Förderung kann der Staatsapparat ziemlich genau darauf einwirken, welche Betriebe gegenwärtig ausgebaut und welche in den Bankrott getrieben werden sollen. War das Programm einerseits notwendig geworden für die weitere Verbilligung der Nahrungsmittel (die ohne Kapitalakkumulation nicht möglich ist, dieses Kapital aber in der Landwirtschaft nicht erwirtschaftet werden konnte, weil die Preisdrückerei durch die EG-Marktordnung dies verhinderte), so war es andererseits auch die Voraussetzung, die Einkommen der Bauern noch weiter zu drücken.

Denn sind Investitionen nur noch möglich nach Genehmigung staatlichen Zuschusses, so können die bäuerlichen Einkommen um jenen Spielraum beschnitten werden, der bislang für die Finanzierung wenigstens eines Teils der Investitionen noch notwendig war.



Soweit ein Bauer überhaupt sich einen Mähdrescher leisten kann, gehört dieser faktisch der Bank

Papua-Neu Guinea: Förderung der Kopraproduktion

z.cht.Sydney. Papua-Neu Guinea konnte die Produktion und den Export von Kopra in den letzten Jahren steigern, mit einem Rekordergebnis 1979 von 160000 Tonnen im Wert von 62 Mio. Kina. Die Hälfte der Kopraproduktion stammt von ca. 600 großen Plantagen, die zum großen Teil noch in ausländischem Besitz sind. Die Ausplünderung der Plantagen ohne Investitionen in Pflege und Erneuerung führte dazu, daß sie jetzt veraltet sind und sich dem Ende der Ertragszeit nähern. Die andere Hälfte der Produktion stammt von ca. 100000 Pflanzungen, die von Dörfern oder kleinen Bauern unterhalten werden und die mit einem jüngeren Baumbestand in gutem Zustand sind. Die Regierung unterstützt Neupflanzungen mit einem Programm zur Züchtung von ertragreicheren und schneller wachsenden Sorten. Die gesamte Produktion wird von der Kopravertriebsorganisation aufgekauft, ca. zwei Drittel werden exportiert. Außer den Kosten für den Betrieb der Organisation geht der gesamte Verkaufserlös an die Produzenten. Die kleinen Kopraproduzenten erhalten damit den höchsten Anteil am Exportpreis von allen kopraexportierenden Ländern. Durch einen Stabilisationsfonds, der die Schwankungen des Weltmarktpreises ausgleicht, werden ihnen feste Absatzpreise garantiert.

Untersuchung der arbeitsbedingten Erkrankungen am Beispiel Bremerhaven

z.gih. An der Universität Bremen wurde in Zusammenarbeit mit der „Berliner Arbeitsgruppe Strukturforschung im Gesundheitswesen" (BASiG) an der Technischen Universität Berlin ein Forschungsprojekt zur Analyse von Arbeitsunfähigkeitsmeldungen der Ortskrankenkasse Bremerhaven und Wesermünde durchgeführt. Es wurden die Arbeitsunfähigkeitsmeldungen der Jahre 1968 bis einschließlich 1976 untersucht, um arbeitsbedingte Erkrankungen feststellen zu können.

In den für die Region typischen Branchen wie Schiffbau, Schiffahrt und Spedition/Lagerei (Hafen) traten die höchsten Krankenstände auf. Die Erkrankungen im Monat pro 100 Versicherte ist bei diesen drei Branchen am häufigsten; hinzu kommen Metallbau und Getränkeherstellung. Die Fehlzeiten je Erkrankung dauerten im Durchschnitt bei männlichen Beschäftigten im Bereich der allgemeinen Verwaltung mit 19,2 Tagen am längsten. Bezogen auf den einzelnen männlichen Pflichtversicherten summierten sich die Fehltage im Jahr in Schiffahrt, Schiffbau und Spedition/Lagerei auf 25 bis 28 Tage. Um die Hälfte kürzer dauerte die jährliche Fehlzeit pro Erwerbstätigen in der Elektroinstallation, der Kfz-Reparatur und im Gaststättenwesen. Rund 70% der männlichen Arbeiter im Schiffbau und in Spedition/Lagerei waren 1976 mindestens einmal wegen Krankheit arbeitsunfähig. In den Branchen Gaststätten, Allgemeine Verwaltung und Hoch- bzw. Tiefbau haben im selben Jahr 50% wegen Krankheit am Arbeitsplatz gefehlt.

Die Forschungsgruppe kommt dann zu folgendem Ergebnis: „Berufliche Tätigkeiten mit hoher körperlicher Beanspruchung unter ungünstigen klimatischen Bedingungen und bei beanspruchenden Belastungsfaktoren, wie z.B. Lärm, Rauch, Gase, Dämpfe, Zeitdruck, Nachtschicht, Wechselschicht führen zu erhöhter Erkrankungshäufigkeit und typischen Erkrankungsformen. Beispielhaft zu nennen sind hier männliche Erwerbstätige als Metallarbeiter, Schweißer, Stahlbau-, Bau- und Maschinenschlosser. Ihre Arbeitsplätze befinden sich überwiegend im Metall- und Schiffbau. Entsprechend den klimatischen Belastungen wie Kälte, Nässe, Zugluft (Witterungseinflüsse) erkrankten sie häufiger an Infektionen der Atemwege und grippalen Infekten; körperliche Schwerarbeit bei zum Teil hohen Anteilen von statischer Haltearbeit und ungünstiger Körperhaltung bringt überdurchschnittliche Beeinträchtigung des Skeletts, Bindegewebe- und Muskelsystems mit sich.

Arbeitsunfähigkeit der männlichen Pflichtversicherten der Ortskrankenkasse Bremerhaven und Wesermünde 1976 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige	Anzahl Versicherte	Krankenstand	Arbeitsunfähigkeitsfälle im Monat pro 100 Vers.	Arbeitsunfähigkeitstage pro Fall	Arbeitsunfähigkeitstage pro Vers.	Versicherte ohne Arbeitsunf. in %
Chemie	287	4,7	9,7	15,7	18,2	39,2
Metallerzeugung	383	4,5	11,0	13,7	17,7	38,4
Metallbau	1147	5,9	13,6	14,4	23,2	33,1
Kfz-Reparatur	410	3,6	9,4	12,4	13,9	42,3
Schiffbau	4048	6,6	14,2	16,2	27,5	29,8
Elektrotechnik	642	5,5	12,1	16,7	24,1	33,3
Holz, Papier, Druck	770	4,4	10,0	15,3	18,1	43,8
Getränkeherstellung	360	5,3	13,2	13,6	21,0	33,7
Hoch-, Tiefbau	2402	4,3	8,6	17,4	17,7	46,7
Elektroinstallation	521	3,4	9,6	11,9	13,3	44,0
Schiffahrt	1436	6,7	12,7	18,7	28,5	31,9
Spedition, Lagerei	1153	6,3	12,7	16,2	24,6	31,3
Gaststätten	375	3,8	7,0	17,9	14,9	52,1
Allgem. Verwaltung	1903	5,2	9,3	19,2	21,3	46,7
Pflichtversicherte ges.	29888	5,3	10,3	18,1	22,0	41,5

Erkrankungen der männlichen Pflichtversicherten der Ortskrankenkasse Bremerhaven und Wesermünde 1976 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige	Anzahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle	Erkältung	Rheuma	Unfall	Herz-Kreislauf	Magen-Darm	Atemwege
Chemie	336	16,5	20,7	20,4	6,3	8,7	7,5
Metallerzeugung	504	15,4	16,2	31,2	2,8	6,5	7,9
Metallbau	1860	16,6	18,9	25,6	2,8	9,1	7,6
Kfz-Reparatur	468	20,3	12,3	26,5	4,1	6,9	11,0
Schiffsbau	6876	16,7	17,6	24,4	3,5	10,8	7,2
Elektrotechnik	924	16,9	18,6	18,8	5,3	9,2	8,2
Holz, Papier, Druck	924	19,8	17,9	21,5	3,6	8,0	7,9
Getränkeherstellung	576	19,9	16,8	28,3	4,7	8,9	6,6

Arbeitsunfähigkeit der männlichen Pflichtversicherten der Ortskrankenkasse Bremerhaven und Wesermünde 1976 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige	Anzahl Versicherte	Krankenstand	Arbeitsunfähigkeitsfälle im Monat pro 100 Vers.	Arbeitsunfähigkeitstage pro Fall	Arbeitsunfähigkeitstage pro Vers.	Versicherte ohne Arbeitsunf. in %
Chemie	287	4,7	9,7	15,7	18,2	39,2
Metallerzeugung	383	4,5	11,0	13,7	17,7	38,4
Metallbau	1147	5,9	13,6	14,4	23,2	33,1
Kfz-Reparatur	410	3,6	9,4	12,4	13,9	42,3
Schiffbau	4048	6,6	14,2	16,2	27,5	29,8
Elektrotechnik	642	5,5	12,1	16,7	24,1	33,3
Holz, Papier, Druck	770	4,4	10,0	15,3	18,1	43,8
Getränkeherstellung	360	5,3	13,2	13,6	21,0	33,7
Hoch-, Tiefbau	2402	4,3	8,6	17,4	17,7	46,7
Elektroinstallation	521	3,4	9,6	11,9	13,3	44,0
Schiffahrt	1436	6,7	12,7	18,7	28,5	31,9
Spedition, Lagerei	1153	6,3	12,7	16,2	24,6	31,3
Gaststätten	375	3,8	7,0	17,9	14,9	52,1
Allgem. Verwaltung	1903	5,2	9,3	19,2	21,3	46,7
Pflichtversicherte ges.	29888	5,3	10,3	18,1	22,0	41,5

Erkrankungen der männlichen Pflichtversicherten der Ortskrankenkasse Bremerhaven und Wesermünde 1976 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige	Anzahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle	davon in Prozent mit: Erkältung	Rheuma	Unfall	Herz-Kreislauf	Magen-Darm	Atemwege
Chemie	336	16,5	20,7	20,4	6,3	8,7	7,5
Metallerzeugung	504	15,4	16,2	31,2	2,8	6,5	7,9
Metallbau	1860	16,6	18,9	25,6	2,8	9,1	7,6
Kfz-Reparatur	468	20,3	12,3	26,5	4,1	6,9	11,0
Schiffsbau	6876	16,7	17,6	24,4	3,5	10,8	7,2
Elektrotechnik	924	16,9	18,6	18,8	5,3	9,2	8,2
Holz, Papier, Druck	924	19,8	17,9	21,5	3,6	8,0	7,9
Getränkeherstellung	576	19,9	16,8	28,3	4,7	8,9	6,6
Hoch-, Tiefbau	2496	14,7	19,8	23,3	4,7	9,2	7,0
Elektroinstallation	600	19,7	11,0	27,2	2,0	7,5	10,5
Schiffahrt	2196	15,0	19,1	24,4	4,1	8,9	6,8
Spedition, Lagerei	1764	17,6	20,3	19,1	4,5	10,7	7,7
Gaststätten	312	13,3	13,3	26,4	3,2	9,2	11,4
Allgemeine Verwaltung	2124	16,8	18,4	16,4	5,2	10,2	7,4
Pflichtversicherte ges.	36852	16,2	18,0	22,7	4,5	9,6	7,7

Quelle: Die Ortskrankenkasse 13/14, Hrsg. Bundesverband der Ortskrankenkassen, Bonn-Bad Godesberg

Nacht- und Schichtarbeit im Öffentlichen Dienst

z.wig. Gegen den besonderen Verschleiß der Arbeitskraft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die in Nacht- und Schichtarbeit tätig sind, haben die Gewerkschaften ÖTV, DPG und GdED Forderungen aufgestellt, die vom Dienstherren die Anerkennung der Folgen der Schichtarbeit verlangen, solange die Schichtarbeit nicht auf die durch die Gewerkschaften und die Personalräte gebilligten Ausnahmen eingeschränkt ist. Die ÖTV fordert: Kann der Arbeitnehmer nach 15jähriger Tätigkeit als Wechselschichtler und nach Erreichen des 50. Lebensjahres aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in Wechselschicht eingesetzt werden, soll er 75% des Bruttoarbeitsverdienstes bis zur Zahlung des Altersruhegeldes bzw. der Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrente erhalten. Die GdED fordert: Für die im Wechseldienst eingesetzten Mitarbeiter sind besondere Lebensaltersgrenzen für die Zurruhesetzung mit vollem Versorgungsausgleich festzusetzen.

Der besondere Verschleiß der Arbeitskraft in Nacht- und Schichtarbeit kommt deutlich bei dem Anteil der Beschäftigten, die wegen Dienstunfähigkeit frühzeitig in den Ruhestand versetzt werden zum Ausdruck (siehe Schaubilder). Bei der Deutschen Bundesbahn, wo der Anteil der Nacht- und Schichtarbeiter besonders hoch ist, mußten 1979 8513 von 190348 Beschäftigten frühzeitig in den Ruhestand treten (4,5%). 832 traten nach Vollendung des 62/63. Lebensjahres vorzeitig in den Ruhestand. In den Schaubildern sind beide Formen des frühzeitigen Eintrittes in den Ruhestand zusammengefaßt. Besonders hoch ist der Anteil der Dienstunfähigkeit bei den Triebwagenführern und bei den Zugführern, die einem besonders mörderischen Schichtsystem unterliegen. Das durchschnittliche Alter der wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand eintretenden Beschäftigten lag 1979 bei der Deutschen Bundesbahn bei 56,1 Jahren. Bei den Triebwagenführern lag es bei 50,4 Jahren, bei den Zugführern bei 55,2 Jahren. Das durchschnittliche Alter der Berufsunfähigen ist in den letzten Jahren ständig zurückgegangen, was den zunehmenden Verschleiß der Nacht- und Schichtarbeit belegt.

Die häufigsten Ursachen von Todesfällen und von krankheitsbedingter Berufsunfähigkeit bei den Beschäftigten der Deutschen Bundesbahn waren folgende Krankheiten: Herz- und Kreislauferkrankungen (I), Krankheiten der Nerven und Sinnesorgane (II), Krankheiten des Haut- und Zellgewebes, sowie der Knochen und Gliedmaßen (III) und Krankheiten des Verdauungsapparates und der Harnorgane (IV) (s. Tabelle).

desbahn, wo der Anteil der Nacht- und Schichtarbeiter besonders hoch ist, mußten 1979 8513 von 190348 Beschäftigten frühzeitig in den Ruhestand treten (4,5%). 832 traten nach Vollendung des 62/63. Lebensjahres vorzeitig in den Ruhestand. In den Schaubildern sind beide Formen des frühzeitigen Eintrittes in den Ruhestand zusammengefaßt. Besonders hoch ist der Anteil der Dienstunfähigkeit bei den Triebwagenführern und bei den Zugführern, die einem besonders mörderischen Schichtsystem unterliegen. Das durchschnittliche Alter der wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand eintretenden Beschäftigten lag 1979 bei der Deutschen Bundesbahn bei 56,1 Jahren. Bei den Triebwagenführern lag es bei 50,4 Jahren, bei den Zugführern bei 55,2 Jahren. Das durchschnittliche Alter der Berufsunfähigen ist in den letzten Jahren ständig zurückgegangen, was den zunehmenden Verschleiß der Nacht- und Schichtarbeit belegt.

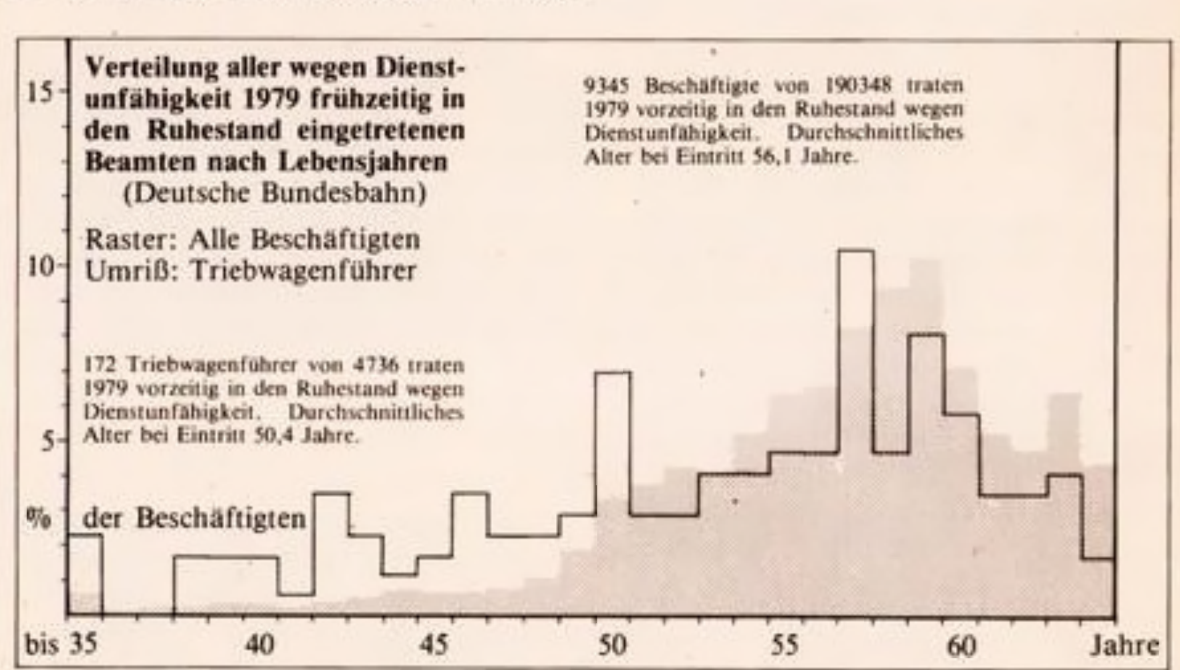
Die häufigsten Ursachen von Todesfällen und von krankheitsbedingter Berufsunfähigkeit bei den Beschäftigten der Deutschen Bundesbahn waren folgende Krankheiten: Herz- und Kreislauferkrankungen (I), Krankheiten der Nerven und Sinnesorgane (II), Krankheiten des Haut- und Zellgewebes, sowie der Knochen und Gliedmaßen (III) und Krankheiten des Verdauungsapparates und der Harnorgane (IV) (s. Tabelle).

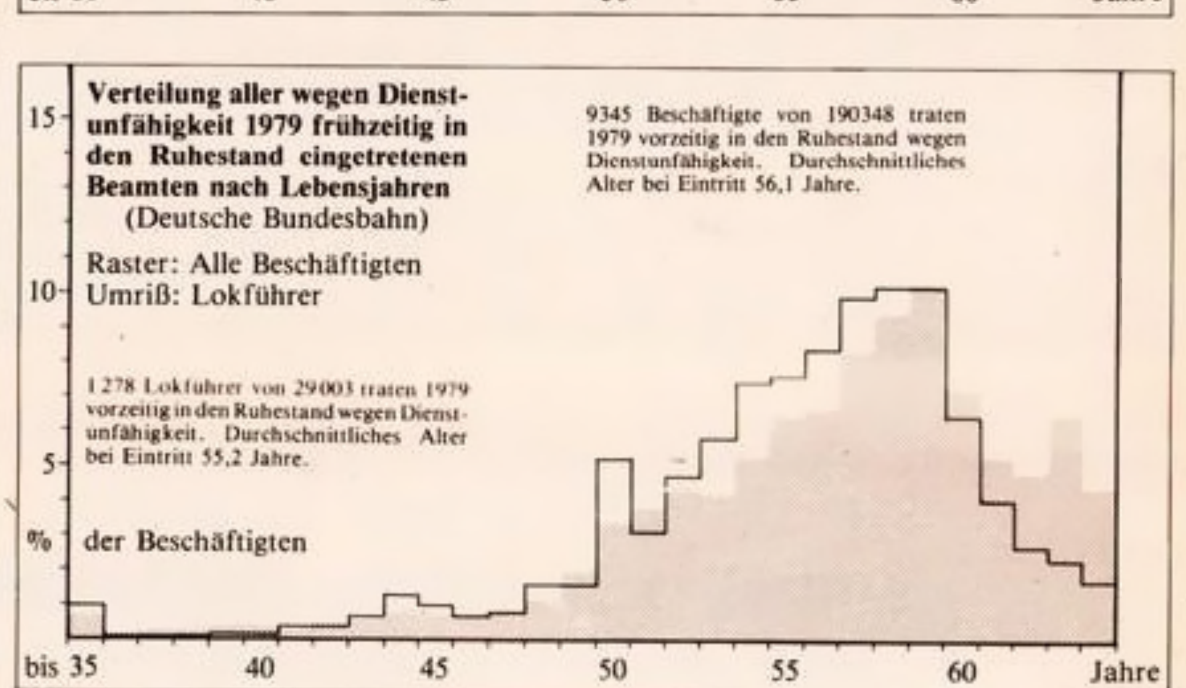
Entschließung zur Arbeitszeit, zum Schicht-, Wechsel-, Nachtdienst

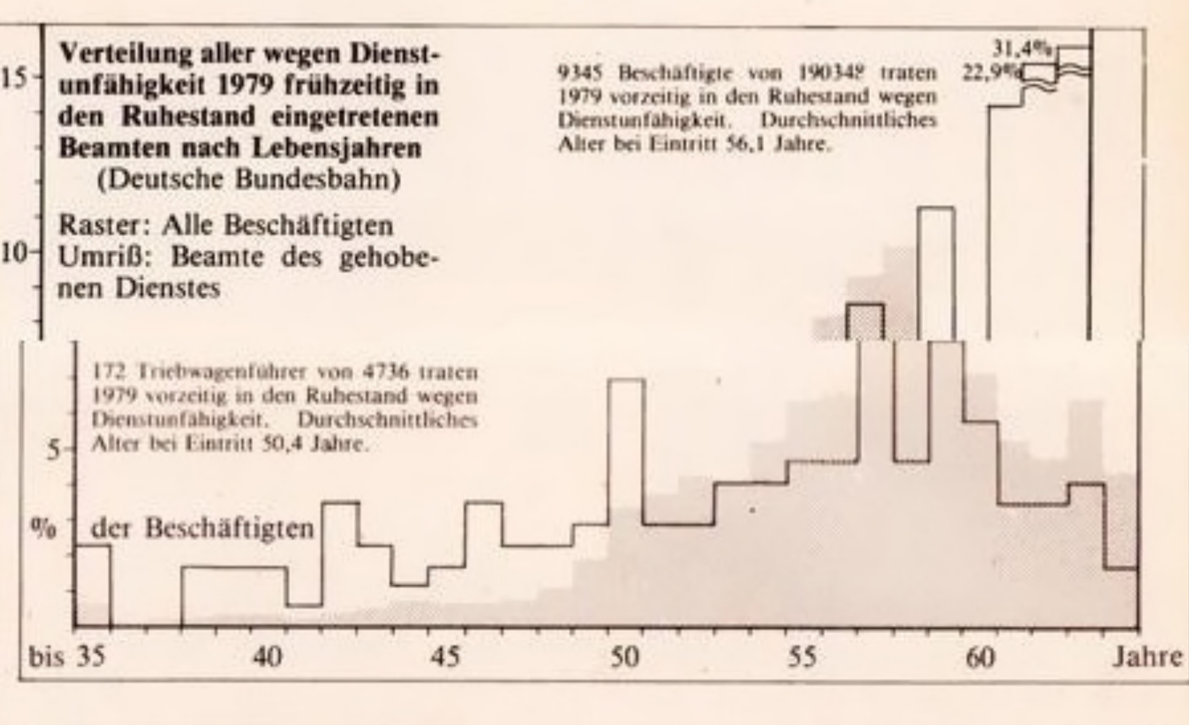
... 3. Arbeitszeitmäßige Verbesserungen – Gewährung von Pausen, die auf die Arbeitszeit anzurechnen sind. – Volle Anrechnung der Wendezeiten. – Gewährung eines zusätzlichen Urlaubs bzw. zusätzlicher Freischichten unter Berücksichtigung des Lebensalters. – Mehrfachanrechnung der Arbeitszeit zu ungünstigen Zeiten. Als solche zählen – die Nachtarbeit (20.00 Uhr bis 6.00 Uhr) – die Wochenenden – die Wochenfeiertage. – Volle Anrechnung der Arbeitsunterbrechungen innerhalb der Nacht (20.00 Uhr bis 6.00 Uhr), an Wochenenden und an Wochenfeiertagen zu leistenden Dienstschichten als Arbeitszeit.

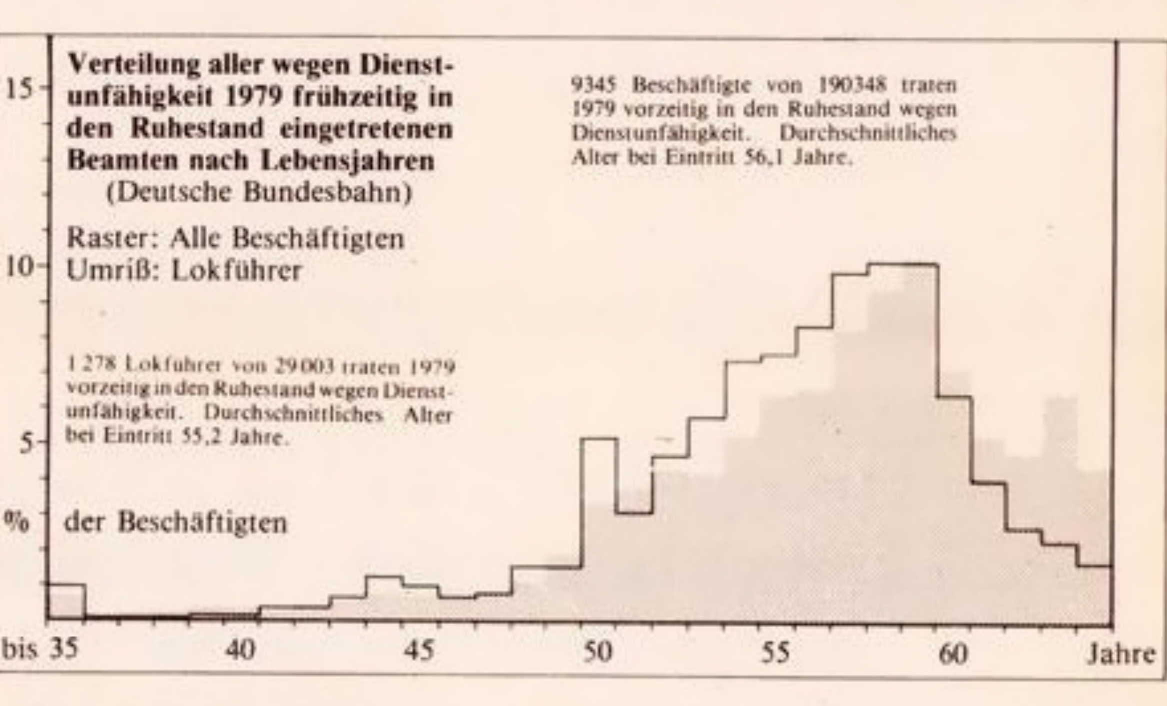
	Beschäftigte 1979	I D	I T	II D	II T	III D	III T	IV D	IV T
Betriebsaufseher	20333	383	23	105	1	159	1	42	2
Bundesbahnschaffner	4235	79	3	13	–	27	–	1	–
Triebwagenführer	4736	83	5	16	–	27	–	8	–
Assistenten	85800	2476	118	518	10	901	5	251	12
T-Assitenten	3941	111	7	10	–	44	–	14	–
Lokführer	29003	726	39	147	2	213	–	76	3
Werkführer	17816	346	23	77	1	123	–	24	1
Inspektoren	12455	304	19	47	3	33	1	29	3
T-Inspektoren	9628	109	11	18	–	27	1	2	3
Höherer Dienst	1998	5	5	1	–	3	–	–	–
Insgesamt	190348	4666	256	955	17	1577	8	448	24

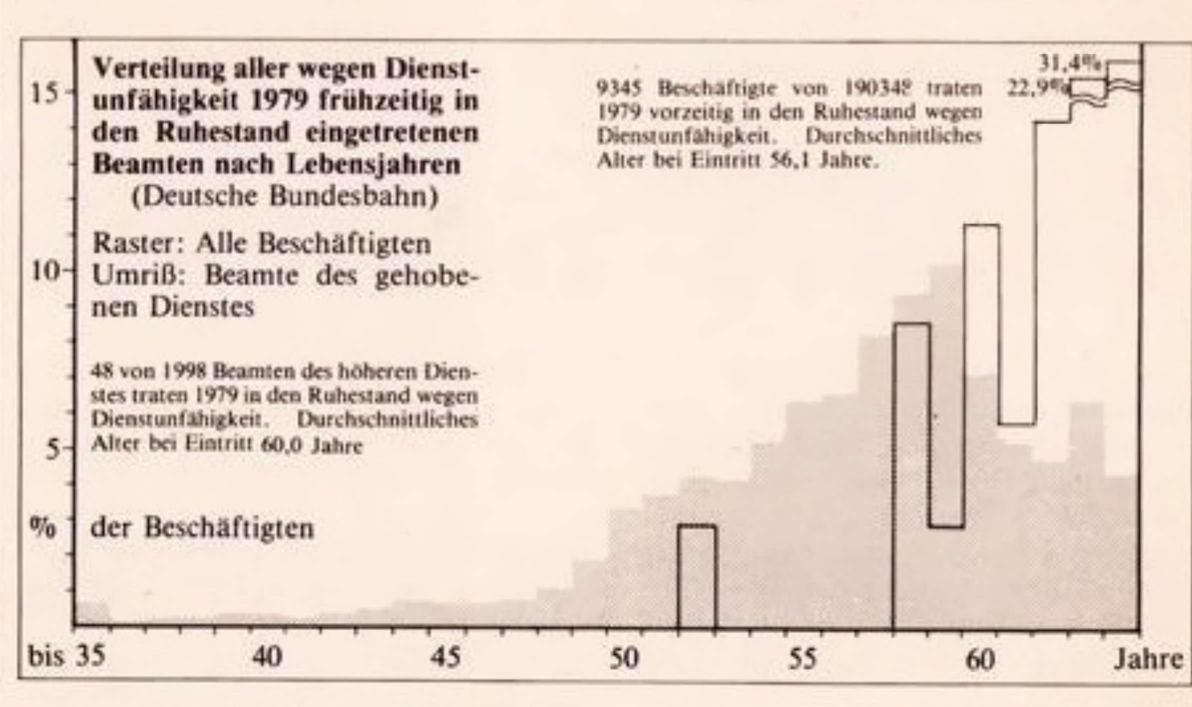
D = Anzahl der Dienstunfähigen, T = Tote











n. **Recklinghausen, 9.9.80. Scharfe Kritik an der Äußerung der RAG-Vorstandsvorsitzenden übte der Betriebsratsvorsitzende der Zeche Ewald in Herten, Friedbert Hückelkamp, auf der Belegschaftsversammlung der Zeche.** Es sei anrüchig, so eine Äußerung („rund um die Uhr fördern") zu tun. Man sei keinesfalls der Auffassung, Samstag und Sonntag könnten auf diese Weise abgeschafft werden. Zurückgefahren werden muß nach Ansicht Hückelkamps die Zahl der Überschichten. Im letzten Monat wurden über 10% Mehrarbeit geleistet. Die Bergarbeiter sollten auch ein wenig an sich und ihre Gesundheit denken. – Die M/S-Leistung liegt bei 5 Tonnen. Von der Zeche Ewald aus beginnt ab 8.9.80 die Förderung im Revier 11 (Marler Graben). – Die Unfallentwicklung sieht der Betriebsrat als ungünstig an, von April – Juni '80 wurden 65 Unfälle registriert.

n. **Duisburg, 7.9.80. Die Thyssen Stahlunion Hamburg hat die Beschäftigten zu freiwilligen, unbezahlten Sonderschichten aufgerufen.** In einem Schreiben der Geschäftsleitung werden die „sehr geehrten Mitarbeiter" aufgerufen, sich am Samstag, den 13.9. von 8 bis 13 Uhr in einer „freiwilligen Mithilfeaktion" der Verschönerung des Betriebes zu widmen. „Ich würde mich freuen, wenn möglichst viele von Ihnen im „Blaumann" und evtl. mit eigenen Garten- und Handwerksgeräten erscheinen", heißt es. Begründet wird diese Maßnahme so, daß es zwar für sowas auch Handwerker gäbe, aber „abgesehen von den unverhältnismäßig hohen Kosten für solche kleinen Ausbesserungs- und Verschönerungsarbeiten, könnten wir das Eine oder Andere sicherlich ebenso gut einmal selbst in die Hand nehmen."

n. **Hamburg, 7.9.80. Bei der Ölmühle Hamburg AG erhalten die Arbeiter ab 1. September 2,50 DM mehr für jede Nachtarbeitsstunde.** Die 2,50 DM sind eine betriebliche Zahlung zusätzlich zu den tariflich abgesicherten 25% für Nachtarbeit. Für die Arbeiter in drei und vier Schichtbetrieb bringt sie im Monat durchschnittlich 100 bzw. 140 DM mehr, da keine Steuern und Sozialabgaben abgezogen werden. Mit der höheren Bezahlung der Nachtarbeit soll der Widerstand der Arbeiter gegen die Nachtarbeit abgeschwächt werden. Schon seit Monaten werden erfolglos Arbeiter für den 4-Schichtbetrieb gesucht. Auch bei den Handwerkern gibt es Schwierigkeiten, sie nachts für Reparaturen zu holen. Die Oelmühlen-Kapitalisten müssen jetzt rund 5% der Gesamtlohnsumme von '79 mehr bezahlen, um die Arbeit rund um die Uhr aufrecht zu erhalten.

n. **Hamburg-Harburg, 7.9.80. Phoenix-Vorstand plant die Einführung der Conti-Schicht.** Auf der Aktionärsversammlung am 27.8. hat der Vorstandsvorsitzende Weinlig seine Absichten zur Einführung eines kontinuierlichen Schichtbetriebes entwickelt: Es müsse „vernünftiger" gearbeitet werden. Dazu gehöre auch, daß die „teuren" Maschinen künftig nicht mehr nur fünf Tage in der Woche arbeiten, sondern die ganze Woche eingesetzt werden. „Wir müssen uns abkehren von der alten Vorstellung, daß der Sonntag der Kirche und der Sonnabend der Gewerkschaft gehört. Wir werden uns mit einer gleitenden Arbeitsweise, die über den Sonnabend und Sonntag hinweggeht, beschäftigen müssen". („Die Zeit" vom 5.9.80). Das Wochenende gehört also der Firma! Das ist deutlich. Conti-Schicht sieht z.B. bei den Hamburger Aluminiumwerken so aus: 7 Tage Spätschicht, 2 Tage frei, 7 Tage Frühschicht, 3 Tage frei, 7 Tage Nachtschicht, 2 Tage frei. Und das über alle Sonn- und Feiertage hinweg. Laut „Harburger Anzeigen und Nachrichten" vom 28.8. will Weinlig die 6-Tage-Woche wieder einführen: „Wenn man für körperlich schwer arbeitende Schichtarbeiter eine kürzere Arbeitszeit wolle, werde man sich mit sechs mal sechsstündigen Wochenschichten befassen müssen."

n. **Idstein, 28.8.80. Zwischen dem Betriebsrat von Black und Decker und der Geschäftsleitung wurde eine Betriebsvereinbarung über die neuerliche Einführung von Schichtarbeit im Versand abgeschlossen.** Die Betriebsvereinbarung tritt ab dem 15.9.80 in Kraft mit Gültigkeit bis zum 31.3.81. Vorgesehen ist, daß „freiwillig" von einem Teil der Arbeiter Wechselschicht gearbeitet wird. 24 Arbeiter, die seit Anfang 1980 eingestellt wurden, mußten sich im Arbeitsvertrag zu dieser „Freiwilligkeit" bereit erklären. Gezahlt wird 6,5% Schichtzulage auf den Monatslohn sowie ein Warengutschein in Höhe von 50 DM pro Vierteljahr. Es wird wechselweise von 6.50 Uhr bis 15.35 Uhr Normalschicht und von 15.30 Uhr bis 24.00 Uhr Spätschicht gearbeitet. Für die Zeit von 20.00 Uhr bis 24.00 Uhr wird 25% Nachtschichtzuschlag gezahlt. Von einem Teil der Arbeiter des Versands mußte von Ende 1979 bis 30.6.80 2 Wochen im Monat Spätschicht geleistet werden. Neben dem Nachtarbeitszuschlag erhielten sie pro Tag Spätschicht 10 DM und ein kostenloses Essen, was vom Geld her etwa der jetzigen Regelung entspricht. Erhöht werden soll der Jahresumsatz von 180 Millionen DM (Geschäftsjahr endet am 30.9.79) auf 250 Millionen DM 1980. Seit Anfang 1980 wird der Versand aus dem Neubau betrieben. Zahlreiche Rationalisierungsinvestitionen wurden hier betrieben sowie ein Zwischenlager in der BRD aufgelöst, sodaß jetzt der gesamte Versand von Idstein aus betrieben wird.

n. **München, 10.9.80. Schlechte Arbeitsbedingungen, Sonn- und Feiertagsarbeit, sowie schlechte Bezahlung hat ein Vertreter der Gewerkschaft der Bundesbahnbeamten bei den Rangierern als Hauptursachen angegriffen, die zu einem katastrophalen Personalmangel geführt haben.** 1200 Rangierer arbeiten auf den Bahnhöfen im Großraum München. Allein im Rangierdienst am Hauptbahnhof stehen 1800 alte Urlaubstage an und etwa 2300 Mehrleistungstage.

n. **Recklinghausen, 4.9.80. Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)**

Gewerkschaftstag der IG Chemie: Der Hauptvorstand behauptet im Wesentlichen das Feld

z.bep. Noch sind nicht alle Entscheidungen über die Anträge zum Gewerkschaftstag der IG Chemie, vor allem über die zur Gewerkschaftspolitik, bekannt. Die bürgerliche Presse streicht vor allem die heraus, die eine direkte Unterstützung der Regierungspolitik beinhalten – z.B. jenen Antrag des Hauptvorstands, der auch angenommen wurde, welcher die Energiepolitik der Regierung, einschließlich der ,,maßvollen'' Nutzung der Kernenergie befürwortet. Weitgehend beherrscht wurde der Gewerkschaftstag allerdings durch Auseinandersetzungen um Satzungsfragen und durch Angriffe auf die ,,sozialpartnerschaftliche'' Politik des Hauptvorstands, die sich auf die Person Hauenschilds konzentrierten. Die Machtprobe, die auf diesen Gebieten zwischen der Mehrheit des Hauptvorstands und einer Opposition, an deren Spitze Paul Plumeyer, selbst Mitglied des letzten geschäftsführenden Hauptvorstands und zuständig für Organisations- und Vertrauensleutearbeit stand, ist jedenfalls entschieden: Im umstrittendsten Sachpunkt – der Wahlordnung für Vertrauensleute – durch einen Kompromiß; in den Personalentscheidungen durch eine glatte Niederlage der Opposition, deren führende Vertreter bei den Wahlen sämtlich durchfielen, obwohl Hauenschild auch nur 69% der Stimmen erhielt.

Der Kompromiß in der Satzungsfrage in bezug auf die Vertrauensleute, der von der Satzungskommission ausgearbeitet wurde, sieht vor, daß übergangsweise nur noch bis 1983 betriebliche Vertrauensleute, die auf Grundlage von Betriebsvereinbarungen vor allem in den Großkonzernen von der ganzen Belegschaft, nicht nur von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählt werden, zu gewerkschaftlichen Vertrauensleuten bestellt werden dürfen. Bis dahin müssen auch in diesen Betrieben die Voraussetzungen für die reguläre Wahl gewerkschaftlicher Vertrauensleute geschaffen sein – d.h. noch vor den nächsten Vertrauensleutewahlen, die auch für die Wahl der Delegierten zum nächsten Gewerkschaftstag ausschlaggebend sind, da diese Delegierten ebenfalls durch die Vertrauensleute gewählt werden. Eben deshalb hatte die Mehrheit des Hauptvorstands für eine Verlängerung der Frist bis 1985 votiert. Die Wahlniederlage der Opposition ist nicht bloß Resultat einer rüden Machtpolitik des sozialdemokratischen Flügels der IG Chemie, der die Politik Hauenschilds unterstützt, und der einflußreichen Vertreter der Belegschaften der Großkonzerne, die die Verteidigung bestimmter Sonderinteressen und bestimmter betrieblicher Machtpositionen durchaus über die Gewerkschaftseinheit gegen die Gesamtheit der Chemiekapitalisten zu stellen bereit sind. Sondern diese Niederlage ist Ergebnis der politischen Schwäche dieser Opposition, die den Kampf nicht auf dem Gebiet der Taktik und der Ziele der gewerkschaftlichen Arbeit suchte, sondern vor allem auf dem Gebiet von Satzungs- und Personaldiskussionen.

Halbherzige tarifpolitische Entschließung des IGM-Vorstandes zum Gewerkschaftstag

z.ped. Dem am 21. September beginnenden 13. Gewerkschaftstag der IG Metall liegt eine Entschließung des Vorstandes zur Tarifpolitik vor. Was sind deren neue Elemente? Enthalten sie die Interessen der Mitglieder, soweit diese in Anträgen der einzelnen Verwaltungsstellen an den Gewerkschaftstag zum Ausdruck gebracht worden sind?

Neu an der vorgelegten Entschließung ist die Aufnahme von Forderungen, die sich gegen die wachsende Intensität der Arbeit richten. Gefordert werden ,,Bestimmungen gegen überhöhte Arbeitsbeanspruchung und steigenden Leistungsdruck.'' Die verlangte Leistung soll im Rahmen des Zumutbaren bleiben und keine vermeidbaren Risiken'' in sich bergen. Ist das auch keine klar umrissene Forderung, so doch eine Richtung. Nützlich etwa für die Argumentation, was deutlich wird, wenn es in der gleichen Entschließung inzwischen heißt, ,,die Einführung der 35-Stunden-Woche'' wäre notwendig ,,zum Ausgleich für wachsende Arbeitsbelastungen, als Beitrag zur Sicherung der Beschäftigung, und um eine umfassende Beteiligung am gesell-

der von der Satzungskommission ausgearbeitet wurde, sieht vor, daß über-

Wechselschichtarbeit; kürzere Schichtarbeitszeit; Festlegung der Leistungsnormen unter Berücksichtigung der biologischen, sozialen und sonstigen Bedingungen der Schichtarbeit'' sowie frühzeitigerer Rentenanspruch werden erstmals gefordert. Ähnlich wie auf dem vorhergegangenen Gewerkschaftstag 1977, wo der Vorstand die Festlegung auf die 35-Stunden-Woche ablehnte zugunsten der Formulierung ,,Verkürzung der Arbeitszeit'' und erst über eine Kampfabstimmung die Delegierten die Forderung nach der 35-Stunden-Woche schriftlich in der Entschließung fixieren konnten, taktiert der Vorstand heute erneut. Abschaffung der Nachtarbeit, Verbot der Überstundenarbeit und von Leistungsentlohnung bei Schichtarbeit; Abschaffung der unteren Lohngruppen; Keine Ausweitung der Teilzeitarbeit; verbindliche Festschreibung der 40-Stunden-Woche in einer neuen Arbeitszeitordnung, Einschränkung der Mehrarbeit auf wenige Stunden in der Woche und nur bei Zustimmung der Betriebsräte; sofortiger Beginn einer Aufklärungskampagne zur Vorbereitung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche – die Forderun

auf dem Gebiet von Satzungs- und Personaldiskussionen.

Halbherzige tarifpolitische Entschließung des IGM-Vorstandes zum Gewerkschaftstag

z.ped. Dem am 21. September beginnenden 13. Gewerkschaftstag der IG Metall liegt eine Entschließung des Vorstandes zur Tarifpolitik vor. Was sind deren neue Elemente? Enthalten sie die Interessen der Mitglieder, soweit diese in Anträgen der einzelnen Verwaltungsstellen an den Gewerkschaftstag zum Ausdruck gebracht worden sind?

Neu an der vorgelegten Entschließung ist die Aufnahme von Forderungen, die sich gegen die wachsende Intensität der Arbeit richten. Gefordert werden ,,Bestimmungen gegen überhöhte Arbeitsbeanspruchung und steigenden Leistungsdruck.'' Die verlangte Leistung soll im Rahmen des Zumutbaren bleiben und keine vermeidbaren Risiken'' in sich bergen. Ist das auch keine klar umrissene Forderung, so doch eine Richtung. Nützlich etwa für die Argumentation, was deutlich wird, wenn es in der gleichen Entschließung inzwischen heißt, ,,die Einführung der 35-Stunden-Woche'' wäre notwendig ,,zum Ausgleich für wachsende Arbeitsbelastungen, als Beitrag zur Sicherung der Beschäftigung, und um eine umfassende Beteiligung am gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen.'' Das zweite neue Element richtet sich gegen die zunehmende Nacht- und Schichtarbeit, über der es in der Begründung eines Antrages der Verwaltungsstelle Offenbach heißt, ihre Zahl wachse jährlich um 70000. ,,Strengere Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Nacht/Wechselschichtarbeit; kürzere Schichtarbeitszeit; Festlegung der Leistungsnormen unter Berücksichtigung der biologischen, sozialen und sonstigen Bedingungen der Schichtarbeit'' sowie frühzeitigerer Rentenanspruch werden erstmals gefordert. Ähnlich wie auf dem vorhergegangenen Gewerkschaftstag 1977, wo der Vorstand die Festlegung auf die 35-Stunden-Woche ablehnte zugunsten der Formulierung ,,Verkürzung der Arbeitszeit'' und erst über eine Kampfabstimmung die Delegierten die Forderung nach der 35-Stunden-Woche schriftlich in der Entschließung fixieren konnten, taktiert der Vorstand heute erneut. Abschaffung der Nachtarbeit, Verbot der Überstundenarbeit und von Leistungsentlohnung bei Schichtarbeit; Abschaffung der unteren Lohngruppen; Keine Ausweitung der Teilzeitarbeit; verbindliche Festschreibung der 40-Stunden-Woche in einer neuen Arbeitszeitordnung, Einschränkung der Mehrarbeit auf wenige Stunden in der Woche und nur bei Zustimmung der Betriebsräte; sofortiger Beginn einer Aufklärungskampagne zur Vorbereitung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche – die Forderungen der einzelnen Verwaltungsstellen sind eindeutig. Zwei Schritte vorwärts, ein Schritt zurück – die vom Vorstand vorgelegte Entschließung fällt hinter diese Anträge zurück und läßt vieles offen. Der Entfaltung gewerkschaftlicher Kampfkraft dient das nicht. Die Delegierten können hier, wie 1977, für weitere Klärung sorgen.

VR China: Maßnahmen gegen die Wohnungsnot

z.jon.Beijing. Überall um das ehemals ummauerte Beijing herum und oft bis weit in die ländlichen Vororte hinein wachsen Neubauten aus der Erde. Ein großer Teil der fünf- bis zehnstöckigen Wohnblocks wird in Fertigbauweise in Tag- und Nachtschichten montiert. Im Stadtkern von Beijing sollen die niedrigen, meist ebenerdigen, traditionell um einen Innenhof gruppierten Häuser erhalten bleiben. Sie werden Schritt für Schritt saniert und mit Kanalisation und Toiletten ausgestattet, während ihre Überbelegung langsam abgebaut werden soll. Ältere mehrstöckige Gebäude werden mit Betonverstrebungen erdbebenfest gemacht.

1978 wurden 37,52 Mio. m^2 neue Wohnfläche fertiggestellt, gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 33%, 1979 waren es 56,4 Mio. m^2, eine erneute Steigerung von 50%. China unternimmt große Anstrengungen, um die Wohnungsnot zu mildern und langfristig zu lösen.

Wieso Wohnungsnot? Bei einer Umfrage, die wir unter einer zufälligen Auswahl von chinesischen Bekannten machten, erklärten die meisten, daß die Lösung der beengten Wohnverhältnisse einer ihrer dringendsten Wünsche sei. Für die Kindererziehung, die Erholung, die Fortbildung, bei Schichtarbeit der Ehepartner entstehen durch das Zusammenleben mehrerer Personen in einem oder zwei oft winzigen Zimmern schwere Belastungen. Das Problem ist dabei nicht wie für die Lohnabhängigen in den kapitalistischen Ländern, daß Wohnraum vorhanden, aber wegen des Privateigentums an Grund und Boden nicht erschwinglich ist. Es gibt keine Wohnungen.

Von 10 befragten Familien haben vier – jeweils ein Ehepaar mit einem Kind – nur ein Zimmer in einer Größe zwischen 9 und 16 m^2. Zwei vierköpfige Familien bewohnen 1½ Zimmer mit 16 bzw. 19,5 m^2, was heißt, daß die Kinder ein Zimmer mit den Kindern einer anderen Familie teilen. Eine sechsköpfige Familie – Großeltern, Eltern, Kinder – und zwei zweiköpfige Familien verfügen über zwei Zimmer mit zusammen 23,28 bzw. 30 m^2. Eine dreiköpfige Familie bewohnt, ,,provisorisch'', wie sie fürchtet, eine abgeschlossene Wohnung mit 2½ Zimmern von zusammen 24 m^2, nachdem die Familie, mit der sie die Wohnung teilte, ausgezogen ist. Außer dieser verfügt nur die sechsköpfige Familie über eine abgeschlossene Wohnungseinheit mit eigener Küche und Toilette. Alle anderen wohnen in Wohnungen, die von mehreren Familien belegt sind. Bei den Befragten handelt es sich durchweg um Staatsangestellte mit einem Monatslohn von 60 bis 80 Yuan, zu dem in der Regel noch ein entsprechender Lohn des Ehepartners hinzukommt. Die

nen in einem oder zwei oft winzigen Zimmern schwere Belastungen. Das Problem ist dabei nicht wie für die Lohnabhängigen in den kapitalistischen Ländern, daß Wohnraum vorhanden, aber wegen des Privateigentums an Grund und Boden nicht erschwinglich ist. Es gibt keine Wohnungen.

Von 10 befragten Familien haben vier – jeweils ein Ehepaar mit einem Kind – nur ein Zimmer in einer Größe zwischen 9 und 16 m^2. Zwei vierköpfige Familien bewohnen 1½ Zimmer mit 16 bzw. 19,5 m^2, was heißt, daß die Kinder ein Zimmer mit den Kindern einer anderen Familie teilen. Eine sechsköpfige Familie – Großeltern, Eltern, Kinder – und zwei zweiköpfige Familien verfügen über zwei Zimmer mit zusammen 23,28 bzw. 30 m^2. Eine dreiköpfige Familie bewohnt, ,,provisorisch'', wie sie fürchtet, eine abgeschlossene Wohnung mit 2½ Zimmern von zusammen 24 m^2, nachdem die Familie, mit der sie die Wohnung teilte, ausgezogen ist. Außer dieser verfügt nur die sechsköpfige Familie über eine abgeschlossene Wohnungseinheit mit eigener Küche und Toilette. Alle anderen wohnen in Wohnungen, die von mehreren Familien belegt sind. Bei den Befragten handelt es sich durchweg um Staatsangestellte mit einem Monatslohn von 60 bis 80 Yuan, zu dem in der Regel noch ein entsprechender Lohn des Ehepartners hinzukommt. Die

Miete, ohne Strom, beträgt zwei bis vier Yuan, ist also niedrig.

Diese zehn Familien mit zusammen 33 Angehörigen verfügen insgesamt über 194,5 m^2 Wohnfläche oder 5,9 m^2 pro Kopf. (In China wird der Wohnraum ohne Küche, Toilette, Flur usw. gerechnet.) Damit sind sie erheblich besser gestellt als die Masse der chinesischen Haushalte in den Städten. Nach einer Untersuchung in 192 großen und mittelgroßen Städten aus dem Jahr 1978 beträgt die durchschnittliche Wohnfläche pro Person nur 3,6 m^2. Es wird geschätzt, daß ⅓ der Haushalte keine eigene Wohnung hat, also ein oder zwei Zimmer mit anderen Haushalten teilen muß. Hinzu kommt, daß auch der Unterhalt der Wohnungen jahrelang vernachlässigt wurde. 50% der Wohnhäuser in den Städten werden als reparaturbedürftig angesehen. 10% sollen einsturzgefährdet sein. Rund 20% der Wohnhäuser seien als Schuppen oder Hütten zu bezeichnen.

In einem Artikel der Renmin Ribao, dem Zentralorgan der KPCh, vom 5.8.80 werden Fehler beim sozialistischen Aufbau für diese Lage verantwortlich gemacht. Nachdem nach der Befreiung die Elendsviertel in den Städten im wesentlichen beseitigt wurden und die Komfortbauten der alten herrschenden Klassen zum Teil in Wohnungen für das Volk umgewandelt wurden, blieb der Zuwachs an Wohnraum hinter dem Wachstum der städtischen Bevölkerung zurück. In den genannten 192 Städten wuchs die Bevölkerung zwischen 1949 und 1978 um 83%, die Wohnfläche aber nur um 46,7%. 1952 standen noch 4,5 m^2 Wohnfläche pro Kopf der Bevölkerung zur Verfügung.

Zwar habe der Wohnungsbau in der Zeit der Kulturrevolution, der Herrschaft Lin Biaos und der Viererbande besondere Rückschläge erlitten, schreibt die Renmin Ribao, aber der Fehler sei älter. In der Zeit des ersten Fünfjahresplans (1953 – 57) habe der Anteil der Investitionen in den Wohnungsbau an den Gesamtinvestitionen 9,1% betragen, was schon zu wenig gewesen sei.

Im zweiten Planjahrfünft sei dieser Anteil auf 4,1% gesunken, in der Konsolidierungsperiode nach dem ,,Großen Sprung'' 1961 – 65 wieder auf 6,9% gestiegen, um dann im dritten und vierten Planjahrfünft, also während der Kulturrevolution, auf 4 bzw. 5,7% zu sinken, 1978 lag er bei 7,8%, also immer noch niedriger als im ersten Planjahrfünft.

Die Erklärung für die Verschlimmerung der Wohnungsnot liege in unrealistischen Plänen und einseitiger Akkumulation zugunsten der Schwerindustrie über lange Jahre hinweg zu lasten der Landwirtschaft, der Leichtindustrie und des Wohnungsbaus. Durch die Vernachlässigung dieser Sektoren seien schwere Disproportionen ,,zwischen Knochen und Fleisch'' aufgetreten, die 1976 zu einem Zusammenbruch der Wirtschaft führten. Unter der Parole ,,Zurerst das Feld bestellen und dann das Nest'', mit der die Vernachlässigung des Wohnungsbaus gerechtfertigt wurde, sei die Reproduktion der Arbeitskräfte behindert worden, was sich als Hemmnis des Aufbaus und der Modernisierung erweise; sei dem Aufbau der Industrie direkt geschadet worden, weil es der Industrie durch die Unterdrückung des Konsums und das Zurückbleiben der Bauindustrie an wichtigen Absatzmöglichkeiten fehle; und schließlich sei den Zielen der sozialistischen Produktion selbst zuwidergehandelt worden, deren Zweck die Befriedigung der steigenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der arbeitenden Massen ist.

Um die Wohnungsnot schrittweise zu lindern – der Artikel gibt als Ziel bis Ende des Jahrhunderts eine Wohnfläche von 8 m^2 an –, wird vor allem eine Stärkung der Bauindustrie gefordert, die bisher gar nicht als selbständiger Industriezweig, sondern als bloßer Lieferant von Dienstleistungen galt. Z.B. werden bisher die Baumaterialien vom Staat an die Bauherren geliefert, während die Baubetriebe nur Arbeitskräfte und Geräte stellen, aber für die Wirtschaftlichkeit der Projekte nicht verantwortlich sind. Vergeudung von Material und Arbeitskräften ist die Folge. Der Staat hat neben einer Steigerung seiner eigenen Anstrengungen die Orts- und Regionalregierungen sowie die staatlichen Betriebe, die durch die Wirtschaftsreform über mehr eigene Mittel verfügten, aufgefordert, den Wohnungsbau zu beschleunigen. Daneben werden wohlhabende Auslands- wie Inlandschinesen (z.B. ehemalige Kapitalisten) aufgefordert, ihr Geld in private Bauprojekte und den Kauf von Eigentumswohnungen zu investieren, um die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehende Fonds zu vergrößern.



rung zur Verfügung.

Zwar habe der Wohnungsbau in der Zeit der Kulturrevolution, der Herrschaft Lin Biaos und der Viererbande besondere Rückschläge erlitten, schreibt die Renmin Ribao, aber der Fehler sei älter. In der Zeit des ersten Fünfjahresplans (1953 – 57) habe der Anteil der Investitionen in den Wohnungsbau an den Gesamtinvestitionen 9,1% betragen, was schon zu wenig gewesen sei.

Im zweiten Planjahrfünft sei dieser Anteil auf 4,1% gesunken, in der Konsolidierungsperiode nach dem ,,Großen Sprung'' 1961 – 65 wieder auf 6,9% gestiegen, um dann im dritten und vierten Planjahrfünft, also während der Kulturrevolution, auf 4 bzw. 5,7% zu sinken, 1978 lag er bei 7,8%, also immer noch niedriger als im ersten Planjahrfünft.

Die Erklärung für die Verschlimme-

ger Industriezweig, sondern als bloßer Lieferant von Dienstleistungen galt. Z.B. werden bisher die Baumaterialien vom Staat an die Bauherren geliefert, während die Baubetriebe nur Arbeitskräfte und Geräte stellen, aber für die Wirtschaftlichkeit der Projekte nicht verantwortlich sind. Vergeudung von Material und Arbeitskräften ist die Folge. Der Staat hat neben einer Steigerung seiner eigenen Anstrengungen die Orts- und Regionalregierungen sowie die staatlichen Betriebe, die durch die Wirtschaftsreform über mehr eigene Mittel verfügten, aufgefordert, den Wohnungsbau zu beschleunigen. Daneben werden wohlhabende Auslands- wie Inlandschinesen (z.B. ehemalige Kapitalisten) aufgefordert, ihr Geld in private Bauprojekte und den Kauf von Eigentumswohnungen zu investieren, um die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehende Fonds zu vergrößern.



Auf dem Land werden die Wohnhäuser der Bauern mit Mitteln der Kollektive oder Ersparnissen der Bauern gebaut. Neues Dorf in Nordchina.

,,gegen Nachtarbeit'': Mehr Steuern und Sozialabgaben. Die EKD, nach dem öffentlichen Dienst zweitgrößter Arbeitgeber in der Bundesrepublik, schlägt vor, bei Nachtarbeit die Abgabenfreiheit der Zuschläge fortfallen zu lassen und von den Nachtarbeitern erhöhte Sozialabgaben zu fordern. Begründet wird dies damit, ,,den Nachtdienst für Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanziell weniger attraktiv zu gestalten.''

n. **Bochum, 3.9.80. Neue Dienstzeiten für die Ärzte an der Landeskinderklinik.** Bisher arbeiteten sie im geteilten Dienst, von 8.00 – 13.00 und von 16.00 – 19.00 Uhr. Die Mittagszeit wurde von Bereitschaftsdiensten überbrückt; diese nutzen die Ärzte oft, um Arbeiten, die in der normalen Dienstzeit nicht zu schaffen waren (z.B. Entlassungsbriefe) zu erledigen. Die neue Dienstzeit: 1. Woche: 4 Tage 8.00 – 16.15 (tgl. 30 Min. Mittagspause) = 31 Stunden, 1 Tag 8.00 – 13.00 Uhr = 5 Stunden, Samstag 8.00 – 12.00 Uhr = 4 Stunden, insgesamt also 40 Stunden. 2. Woche: 5 Tage geteilter Dienst wie früher, ebenfalls 40 Stunden. Diese Neuregelung, bei der jeweils 50% der Ärzte im geteilten und 50% im durchgehenden Dienst arbeiten, wollte der Dienstherr gleich dazu nutzen, den Bereitschaftsdienst am Tage zu streichen, weil ja über die Mittagszeit genug Ärzte im Haus seien. Die Ärzte sind damit nicht einverstanden. Sie beraten derzeit, ob sie Beibehaltung der Bereitschaften oder Bezahlung von Überstunden fordern sollen, damit die neuen Dienstzeiten nicht auf unbezahlte Mehrarbeit hinauslaufen.

n. **Singen, 15.7.80. Die gegenwärtige Schlechtwetterperiode führt zu großen Lohnausfällen bei den Bauarbeitern.** Laut Tarif erhält der Arbeiter jetzt bei Arbeitsausfall wegen Regen keinen Lohn. Bei der Firma Baumgärtner & Burck, mit Hauptsitz in Stuttgart, Zweigstellen in Singen, Kempten, Sigmaringen, wird laut einer Betriebsvereinbarung 50% des Lohnes fortgezahlt. Der Tarifvertrag, der das Schlechtwettergeld regelt, läuft Ende des Jahres aus.

n. **Freiburg, 10.9.80. ,,... Nachtwachen gehören zur Ausbildung, damit die frisch examinierte Krankenschwester in der Lage ist, alle Arbeiten, die auf das Pflegepersonal zukommen, alleine durchzuführen'', das ist die Auffassung der Hamburger Gesundheitsbehörde.** Ähnliches vertritt der Dienstherr auch an der Uniklinik. 150 Krankenpflegeschüler, 70 Kinderkrankenpflegeschüler und 30 Hebammenschüler werden derzeit an der Uniklinik ausgebildet. Mindestens 1 mal 14 Nächte muß ein Krankenpflegeschüler in seiner 3jährigen Ausbildungszeit machen. Ständig versucht der Dienstherr, diese Zahl zu erhöhen, vor allem an der Kinderkrankenpflegeschule. Ausgehend davon, daß pro Jahr ein Drittel dieser Auszubildenden einmal Nachtwache mit 14 Tagen à 11 Stunden machen, kommen so ca. 13090 Arbeitsstunden zusammen. Müßte er diese Stunden nach Kr IV samt Nachtzulage bezahlen, würde ihn das 182867,30 DM kosten.

n. **Gelsenkirchen, 8.9.80. Die Vertrauensleute der GEW sammeln unter den Lehrern z.Zt. Rechtsvollmachten für eine juristische Klärung.** Per Massenklage gegen das Land NRW soll verbindlich festgestellt werden, daß die für die übrigen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst durchgesetzte 40-Stunden-Woche sich an den Schulen nur über geringere Pflichtstundenanteile erreichen läßt. GEW-Sprecher K. Simon erklärte, die GEW bezwecke mit dieser Aktion, daß sich ,,die Landesregierung nicht länger in den Nebel undeutlicher Erklärungen in Sachen Arbeitszeitverkürzung für Lehrer zurückziehen kann''. Die Lehrerschaft fühle sich in der Diskussion um Arbeitszeitverkürzung ,,seit mehr als 10 Jahren von der Landesregierung betrogen.'' Die Forderung nach 40 Stunden sei berechtigt, weil Arbeitszeitverkürzung ,,Arbeitsplätze schafft'' und ,,zur Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungssituation beiträgt''. Die GEW fordert dazu auf, sich aktiv für Arbeitszeitverkürzung einzusetzen und dafür zu sorgen, daß möglichst viele Lehrer, ganze Kollegien geschlossen der GEW die Vollmacht zur aktiven Interessenvertretung geben.

n. **Westberlin, 11.9.80. Die GEW-Betriebsgruppe der Spandauer 1. OH hat auf ihrer ersten Sitzung am 8.9. einen Brief an den Landesvorstand der GEW verabschiedet.** Darin beziehen sich die Lehrer auf den Aufruf der GEW zur ,,GEW-Aktion '80: In Sachen Arbeitszeitverkürzung'', abgedruckt in der Zeitschrift E&W 8/80. Die Betriebsgruppe fordert den Landesvorstand auf, Maßnahmen zur Einleitung der Aktion in Westberlin einzuleiten: – Vorbereitung und Verbreitung von Vertretungsvollmachten – Verlangen bzw. falls vorhanden Bekanntgabe eines klagefähigen Bescheids des Dienstherrn zu dem Antrag, die Gesamtarbeitszeit der Lehrer durch Herabsetzung der Pflichtstundenzahl der 40-Stundenwoche anzugleichen – gegebenenfalls Einleitung entsprechender Klage – Vorbereitung einer Demonstration der westberliner Lehrerschaft anläßlich der 200. KMK in Westberlin am 17.10. nach der 4. Stunde.

n. **Castrop-Rauxel, 9.9.80. Im Monat Juli 1980 hat die Zeche Erin gegenüber den anderen Zechen des EBV die höchste Mann/Schichtleistung, nämlich 3464 kg.** Emil Mayrisch hatte im gleichen Monat eine M/S-Leistung von 3235 kg, Zeche Anna von 3217 kg und Zeche Westfalen von 2620 kg. Die Zeche Erin hatte die höchste Förderleistung, obwohl sie von allen Zechen die wenigsten Arbeiter und Angestellten unter und über Tage hat. Es sind 2591, Zeche Anna mit 2911 und Zeche Emil Mayrisch mit 3170 Beschäftigten.

NRW-Wissenschaftsministerium offeriert den PJ-Studenten Bankkredite, ihre Forderungen lehnt es ab

r.klb. Am 23.7., nachdem abzusehen war, daß für insgesamt 213 Medizinstudenten im nächsten Semester nur 172 Plätze im Raum Düsseldorf zur Absolvierung des Praktischen Jahres zur Verfügung gestellt würden, versammelten sich ca. 90 Medizinstudenten und beschlossen einen Offenen Brief an den nordrhein-westfälischen Wissenschaftsminister, in dem sie forderten, daß genügend PJ-Plätze in Düsseldorf bereitgestellt werden, andernfalls sollte das Land Umzugs- bzw. Fahrtkosten den Studenten erstatten, die auswärts ihr PJ machen müssen. Bereits im Vorjahr waren PJ-Studenten nach Essen und Oberhausen zwangsverschickt worden.

Drei Wochen später antwortete Staatssekretär Mondry für das Wissenschaftsministerium. „Unter Berücksichtigung dieser Umstände (daß es in Krankenhäusern außerhalb der Universitätsstädte, insbesondere im Ruhrgebiet genug Ausbildungsplätze gäbe, d.Verf.) und im Interesse einer möglichst sparsamen Verwendung der öffentlichen Mittel muß es als zumutbar angesehen werden, daß Medizinstudierende einer Hochschule mit zuwenig klinisch-praktischen Studienplätzen auf bereits finanzierte, aber nicht in Anspruch genommene Studienplätze in Akademischen Lehrkrankenhäusern einer benachbarten Landeshochschule verwiesen werden ... Der Anspruch der Medizinstudierenden auf eine qualitativ ausreichende Ausbildung zum Arzt darf nicht mit einem nicht bestehenden Anspruch auf eine möglichst bequeme Ausbildung verwechselt werden." Zur Einsparung von Fahrtkosten empfiehlt Mondry dann den Verzicht auf den PKW und Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel. Sollte es immer noch nicht reichen, würden die Banken und Sparkassen den PJ-Studenten gern zinsgünstige Kredite zur Verfügung stellen.

Das Wissenschaftsministerium spekuliert darauf, daß die Medizinstudenten aus lohnabhängigen Familien ob der Aussicht auf eine qualifizierte Ausbildung und auf überdurchschnittliche Einkommen sich bereitwillig in Schuldner des Staates und der Banken verwandeln lassen und obendrein noch jede Zumutung bei den Studienbedingungen ertragen. Mit fast den gleichen Argumenten war den Medizinstudenten ein Ausbildungs- und Tarifvertrag im PJ verwehrt worden. Mit dem Hinweis auf einen fehlenden Vertrag müssen die PJ-Studenten an den Städtischen Krankenanstalten Krefeld für das Mittagessen 3,85 DM bezahlen, während die Beschäftigten 2,50 DM bezahlen, für die Unterbringung in Wohnheimen der Krankenanstalten sollen sie künftig 118 DM zahlen, die Beschäftigten zahlen 97 DM. Auch dagegen haben die PJ-Sprecher inzwischen protestiert. Der Bund Gewerkschaftlicher Ärzte in Düsseldorf unterstützt die Forderungen der PJ-Studenten, ebenso die nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag im PJ, mit dem die Beschäftigten in den Krankenhäusern einem spalterischen Einsatz der unbezahlten und rechtlosen Studenten entgegenwirken können. Der AStA hat den PJ-Studenten ebenfalls Unterstützung zugesagt.

Zentrales Treffen der Postjugend in Weiterstadt

z.mik. Vom 5.9.–7.9. führte die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) in Weiterstadt bei Darmstadt ein Jugendlager durch unter dem Motto, „für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung". An die 3500 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet waren gekommen. Über 2000 nahmen an dem Sternmarsch vor der Eröffnung des Lagers teil. Es wurden hauptsächlich Transparente zur Abrüstung mitgetragen, aber es gab auch Transparente gegen die Stationierung der US-Atomraketen in der BRD, gegen die Schichtarbeit und für die Übernahme aller Auszubildenden im erlernten Beruf.

Das Programm des Lagers war sehr vielfältig. Es gab Sportveranstaltungen, Filmvorführungen, Theaterstücke und viele Liedermacher zu besuchen. Es gab eine Veranstaltung zur Bundestagswahl mit Ex-Juso Vorsitzenden

Nachrüstungsbeschluß der Bundesregierung nichts mehr ändern und müsse die Stationierung der Mittelstreckenraketen hinwegverhandeln. Die CDU stand fest zum NATO-Bündnis und verwies auf die Aufrüstung des Warschauer Paktes. Schroeder behauptete frech, daß die Grenzen durch die Ostverträge bereits anerkannt seien. Zum Friedensvertrag nahm keine der drei bürgerlichen Parteien Stellung. Daß die Jugendlichen gegen die Reaktion sind, konnte man gut an der Ablehnung der CDU sehen, und daß sie gegen den Krieg sind, an dem Beifall für die oben genannten Fragen. Schroeder konnte sich glimpflich aus der Affaire ziehen, da er links von dem Wahlprogramm der SPD auftrat und immer seine „persönliche Meinung" kundtat. Daß die Postgewerkschaft mehr für die Völkerverständigung machen kann durch Unterstützung der Befreiungsbewegungen, konnte man an der Kultur-

einer benachbarten Landeshochschule verwiesen werden ... Der Anspruch der Medizinstudierenden auf eine qualitativ ausreichende Ausbildung zum Arzt darf nicht mit einem nicht bestehenden Anspruch auf eine möglichst bequeme Ausbildung verwechselt wer-

Ausbildungs- und Tarifvertrag im PJ, mit dem die Beschäftigten in den Krankenhäusern einem spalterischen Einsatz der unbezahlten und rechtlosen Studenten entgegenwirken können. Der AStA hat den PJ-Studenten ebenfalls Unterstützung zugesagt.

Zentrales Treffen der Postjugend in Weiterstadt

z.mik. Vom 5.9.–7.9. führte die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) in Weiterstadt bei Darmstadt ein Jugendlager durch unter dem Motto, „für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung". An die 3500 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet waren gekommen. Über 2000 nahmen an dem Sternmarsch vor der Eröffnung des Lagers teil. Es wurden hauptsächlich Transparente zur Abrüstung mitgetragen, aber es gab auch Transparente gegen die Stationierung der US-Atomraketen in der BRD, gegen die Schichtarbeit und für die Übernahme aller Auszubildenden im erlernten Beruf.

Das Programm des Lagers war sehr vielfältig. Es gab Sportveranstaltungen, Filmvorführungen, Theaterstücke und viele Liedermacher zu besuchen. Es gab eine Veranstaltung zur Bundestagswahl mit Ex-Juso Vorsitzenden Schroeder, Ahlmann (FDP) und Jung (CDU). Auf die Frage, wie sie zur völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und der Grenzen Polens, zum Abschluß eines Friedensvertrages stehen, ob sie für die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt seien und gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in der BRD und der Entsendung von deutschen Truppen in den Indischen Ozean, fiel ihnen nicht viel ein. SPD, FDP und CDU waren der Meinung, daß deutsche Truppen dort nichts verloren hätten, die CDU mit der Einschränkung, daß die Bundeswehr ihre Aufgaben im NATO-Bündnis besser wahrnehmen müsse. Juso-Schroeder war sogar langfristig für die Auflösung von Warschauer Pakt und NATO, jedoch könne man an dem Nachrüstungsbeschluß der Bundesregierung nichts mehr ändern und müsse die Stationierung der Mittelstreckenraketen hinwegverhandeln. Die CDU stand fest zum NATO-Bündnis und verwies auf die Aufrüstung des Warschauer Paktes. Schroeder behauptete frech, daß die Grenzen durch die Ostverträge bereits anerkannt seien. Zum Friedensvertrag nahm keine der drei bürgerlichen Parteien Stellung. Daß die Jugendlichen gegen die Reaktion sind, konnte man gut an der Ablehnung der CDU sehen, und daß sie gegen den Krieg sind, an dem Beifall für die oben genannten Fragen. Schroeder konnte sich glimpflich aus der Affaire ziehen, da er links von dem Wahlprogramm der SPD auftrat und immer seine „persönliche Meinung" kundtat. Daß die Postgewerkschaft mehr für die Völkerverständigung machen kann durch Unterstützung der Befreiungsbewegungen, konnte man an der Kulturveranstaltung sehen, wo Griechen, Portugiesen und Chilenen auftraten, die immer durch lautstarkes Parolenrufen „Hoch die internationale Solidarität" verabschiedet wurden. Geld wurde auf dieser Veranstaltung für die Bergarbeitergewerkschaft in Bolivien gesammelt, die gegen die Militärjunta kämpft. Zum Abschluß der Kulturveranstaltung sangen die Teilnehmer Arbeiterlieder, wie dem Morgenrot entgegen, Avanti Popolo, Brüder zur Sonne zur Freiheit. Als letztes Lied sangen 200–300 Jugendliche die Internationale. Am nächsten Tag fanden Arbeitsgruppen zu den Themen: Abrüstung, Radikale im öffentlichen Dienst, zur Rationalisierung, Neuen Techniken, Kernkraftwerke, zur Ausbildung usw. statt.



Auf der 13. Bundesjugendkonferenz der DPG im Mai dieses Jahres wurde ein Antrag mit folgenden Forderungen verabschiedet: Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen, Marschflugkörpern und sonstigen Atomwaffen auf dem Boden der BRD und den übrigen europäischen Ländern!

Schuljahresbeginn: Lehrer und Räume fehlen überall

Der Mangel wird verteilt, bis Unterricht möglich ist

z.hew. Zwischen dem 4.8. und dem 16.9. gingen im ganzen Bundesgebiet die Schulferien zu Ende. Der Schuljahresanfang ist für Schüler und Lehrer jedes Mal aufs Neue unerträglich: Überfüllte Klassen werden verteilt, nicht ausreichend vorhandene Bücher müssen irgendwie ersetzt werden, provisorische Klassenräume beschafft werden. Oft dauert es Wochen, bis der Unterricht richtig anlaufen kann. Der Mangel geht auf Kosten der Massen und der Ausbildung der Jugend.

Niedersachsen: Wenn in diesem Schuljahr ein 6jähriger zur Schule kommt, hat seine Familie neben der Zuckertüte schon etwa 100 bis 150 DM auf den Tisch legen müssen, damit der Schüler Bücher, Hefte und sonstiges Material zum Schulanfang hat. In Ländern mit Lehrmittelfreiheit liegt dieser Kostenpunkt etwa bei 50–100 DM für Schulranzen, Stifte, Griffelmappe usw. In Oldenburg kosten die Schulbücher für die Grundschule zwischen 24,50 und 90,50 DM. Für einen Realschüler müssen zwischen 40 DM und 280,10 DM, für einen Gymnasiasten 47,80 bis 272,60 DM gezahlt werden – und das nur für Bücher. An Schulen mit Lehrmittelfreiheit müssen die Bücher oft abwechselnd von verschiedenen Klassen benutzt werden, die Klassen müssen dann auf Zeit arbeiten. Am Schuljahresanfang hängt für die Klassen die Versorgung allein von der Schnelligkeit des Lehrers beim Zugriff auf die Schulbibliothek ab. Im Kreis Buxtehude z.B. liegen die Ausgaben pro Schüler und Schuljahr bei 79,71 DM zur Anschaffung von Unterrichtsmaterialien – schon für eine Grundschule zu wenig.

Durch Klassenzusammenlegungen soll der Lehrermangel ausgeglichen werden. In Hannover führten die Eltern der Grundschule Kestnerstraße dagegen einen Schulstreik durch. Sie nahmen am ersten Schultag ihre Kinder wieder mit nach Hause. Mit einer Demonstration zum Kultusministerium und einer Klage gegen die Auflösung konnten sie einen ersten Erfolg erreichen, die Schulleitung mußte die Zusammenlegung aufheben und eine Klassenlehrerin zur Verfügung stellen. Eine endgültige Entscheidung steht noch aus.

So wird an den Schulen zum Schuljahresbeginn der Mangel so lange verteilt, bis der Unterrichtsbeginn gewährleistet ist. Neben Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien sind die größten Löcher bei Räumen und Lehrern zu stopfen. In *Hamburg* sind die Stundenzahlen vom Senat zwangsweise um eine Stunde für alle Schüler herabgesetzt worden.

Wanderklassen werden überall eingerichtet, Schichtunterricht ist in vielen Schulen die Regel.

Rheinland-Pfalz: In Trier konnte aufgrund des Personalmangels erst 2–3 Wochen nach Schuljahresbeginn den Berufsschülern des ersten Lehrjahres mitgeteilt werden, wann und wo sie zum Unterricht kommen müssen. Die Schüler müssen im „Ringtausch" die Räume der ehemaligen Fachoberschule mitbenutzen. Die Räume sind eine Zumutung, weil sie für die 25 Schüler umfassenden Klasse zu klein sind.

Nordrhein-Westfalen: In Bochum müssen sich die Schüler des 1. Lehrjahres an der Berufsschule am Ostring mit nur einem Tag Unterricht begnügen, weil für mehr Unterricht Lehrer und Räume fehlen. Mehr als 6 Klassen über dem Geplanten sind zum Schuljahr neu zusammengekommen.

Schleswig-Holstein: In Kiel haben an der Berufsschule ⅔ aller Mittelstufenklassen im neuen Schuljahr nur noch 6 Stunden Berufsschule, fast alle Unterstufen- und viele Oberstufenklassen erhalten nur 7 Stunden und weniger.

Baden-Württemberg: Nach zwei Jahren Kampf konnte die Lehrer-Eltern-Initiative in Weil der Stadt durchsetzen, daß ein Gymnasium in Renningen errichtet wird. Zu diesem Schuljahr soll der Unterricht in provisorischen Räumen anlaufen. Zum Schuljahresanfang 78/79 waren im Gymnasium Weil der Stadt 1220 Schüler in 40 Klassen, ein Jahr später 1372 Schüler in 45 Klassen. Die Schule ist für 33 Klassen gebaut. Das Problem wurde durch Schicht- und Wanderunterricht bewältigt: Die Schüler mußten Unterrichtszeiten bis 18.10 Uhr hinnehmen. Der Schultag umfaßte 12 Stunden. In den Unter- und Mittelstufenklassen waren 34 bis 38 Schüler. Die Lehrer wurden zu Überstunden gezwungen, um die Unterrichtung dieser Schülermenge zu gewährleisten. Mit einer Anzeigeaktion in der Presse, Versammlungen und Unterschriftenaktionen kämpften die Schüler, Eltern und Lehrer für die Forderungen „Bau eines Gymnasiums in Renningen zur Entlastung Weil der Stadts – Spürbare Verringerungen der Klassenstärken – Einstellung aller ausgebildeten Lehrer und Aufstockung der Teilzeitaufträge". Es wurden über 3000 Unterschriften gesammelt. Nachdem im Juni der Bau der Schule durchgesetzt worden war, der Bürgermeister von Rutesheim: „Daß es so kommt, das mußte befürchtet werden, nach dem massiven Druck ..." Auch in Rutesheim wird der Bau eines Gymnasiums erwogen, weil die Schüler von dort pendeln müssen.

Am deutlichsten kommt das Chaos zum Schuljahresbeginn im Kurssystem der gymnasialen Oberstufe zum Ausdruck: An allen Oberschulen finden zu jedem Halbjahr Verteilungskämpfe um die Plätze in bestimmten Kursen, Schulbücher und Räume statt. Die Allgemeinheit dieser Erscheinung wird oft zum Mangel im System oder zur Wirkung des unberechenbaren Wahlverhaltens der Schüler erklärt.

Wenn der Bildungsgesamtplan II heute von einer vorhandenen Schulraumfläche von 3,9 m² im Sekundarschulbereich I und 4,5 m² im Sekundarschulbereich II pro Schüler ausgeht, so wird diesem Schlüssel die Nutzung dieser Gebäude im Halbtagsbetrieb zugrunde gelegt. Tatsächlich sind diese Schulen zu einem großen Teil schon jetzt im Ganztagsbetrieb, wie er durch Schicht- und Nachmittagsunterricht hervorgerufen wird. Entsprechend ist auch die Planung des Ausbaus auf 5,0 und 6,7 m² pro Schüler als Normalwert, gerade das Maß, das sofort nötig ist, um überhaupt erst die Schüler unterzubringen. An den einzelnen Schulen zeigt sich in den Kämpfen der Schüler um ausreichende Räume, daß auch in den vollausgebauten Schulen gewaltiger Raummangel herrscht.

Verschiedentlich haben jetzt Schülervertretungen und Elternvertretungsorgane begonnen, für ihre Bereiche Bedarfspläne aufzustellen. Sie erfassen dabei den Bedarf an Räumen, Lehrern und Sachmitteln für ihre Schule oder die Schulen in ihrem Kreis. Auf Grundlage dieser Erfassung lassen sich dem bürgerlichen Staat Zugeständnisse abzwingen.

Die Schüler des Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums in Recklinghausen fordern, die Raumnot und andere Mängel umgehend zu beheben. Seit Jahren müssen sie in Schulräume außerhalb des Gymnasiums pendeln. Dabei gehen ganze Pausen drauf. Dagegen haben sich die Schüler zusammengeschlossen.

Schuljahresanfang hängt für die Klassen die Versorgung allein von der Schnelligkeit des Lehrers beim Zugriff auf die Schulbibliothek ab. Im Kreis Buxtehude z.B. liegen die Ausgaben pro Schüler und Schuljahr bei 79,71 DM zur Anschaffung von Unterrichtsmaterialien – schon für eine Grundschule zu wenig.

Durch Klassenzusammenlegungen soll der Lehrermangel ausgeglichen werden. In Hannover führten die Eltern der Grundschule Kestnerstraße dagegen einen Schulstreik durch. Sie nahmen am ersten Schultag ihre Kinder wieder mit nach Hause. Mit einer Demonstration zum Kultusministerium und einer Klage gegen die Auflösung konnten sie einen ersten Erfolg erreichen, die Schulleitung mußte die Zusammenlegung aufheben und eine Klassenlehrerin zur Verfügung stellen. Eine endgültige Entscheidung steht noch aus.

So wird an den Schulen zum Schuljahresbeginn der Mangel so lange ver-

klassen im neuen Schuljahr nur noch 6 Stunden Berufsschule, fast alle Unterstufen- und viele Oberstufenklassen erhalten nur 7 Stunden und weniger.

Baden-Württemberg: Nach zwei Jahren Kampf konnte die Lehrer-Eltern-Initiative in Weil der Stadt durchsetzen, daß ein Gymnasium in Renningen errichtet wird. Zu diesem Schuljahr soll der Unterricht in provisorischen Räumen anlaufen. Zum Schuljahresanfang 78/79 waren im Gymnasium Weil der Stadt 1220 Schüler in 40 Klassen, ein Jahr später 1372 Schüler in 45 Klassen. Die Schule ist für 33 Klassen gebaut. Das Problem wurde durch Schicht- und Wanderunterricht bewältigt: Die Schüler mußten Unterrichtszeiten bis 18.10 Uhr hinnehmen. Der Schultag umfaßte 12 Stunden. In den Unter- und Mittelstufenklassen waren 34 bis 38 Schüler. Die Lehrer wurden zu Überstunden gezwungen, um die Unterrichtung dieser Schülermenge zu gewährleisten. Mit einer Anzeigeaktion in der Presse, Versamm-

darschulbereich II pro Schüler ausgeht, so wird diesem Schlüssel die Nutzung dieser Gebäude im Halbtagsbetrieb zugrunde gelegt. Tatsächlich sind diese Schulen zu einem großen Teil schon jetzt im Ganztagsbetrieb, wie er durch Schicht- und Nachmittagsunterricht hervorgerufen wird. Entsprechend ist auch die Planung des Ausbaus auf 5,0 und 6,7 m² pro Schüler als Normalwert, gerade das Maß, das sofort nötig ist, um überhaupt erst die Schüler unterzubringen. An den einzelnen Schulen zeigt sich in den Kämpfen der Schüler um ausreichende Räume, daß auch in den vollausgebauten Schulen gewaltiger Raummangel herrscht.

Verschiedentlich haben jetzt Schülervertretungen und Elternvertretungsorgane begonnen, für ihre Bereiche Bedarfspläne aufzustellen. Sie erfassen dabei den Bedarf an Räumen, Lehrern und Sachmitteln für ihre Schule oder die Schulen in ihrem Kreis. Auf Grundlage dieser Erfassung lassen sich dem bürgerlichen Staat Zugeständnisse abzwingen.

Die Schüler des Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums in Recklinghausen fordern, die Raumnot und andere Mängel umgehend zu beheben. Seit Jahren müssen sie in Schulräume außerhalb des Gymnasiums pendeln. Dabei gehen ganze Pausen drauf. Dagegen haben sich die Schüler zusammengeschlossen.

Sie gehen jetzt immer pünktlich zum Stundenbeginn los. Die vorhandenen Räume sind unerträglich: der Chemieraum ist so klein, daß nur 27 Schüler Platz haben, die Klassen sind aber größer. Die Abstände zwischen den Tischen sind zu klein, außerdem fehlt die vorgeschriebene zweite Tür. Weitere Sicherheitsvorschriften werden nicht eingehalten. Jetzt haben die Lehrer beschlossen, „nur noch auf Sicherheit ausgerichtete Stunden" zu geben. Nach Angaben der Schülervertretung fehlen 10 Räume, zwei sind aus Sicherheitsgründen nicht mehr zu benutzen. Der Schulausschuß wird die Situation auf seiner nächsten Sitzung beraten. Er soll Lösungsvorschläge für die Lage an der Schule finden.



Im Rahmen einer Aktionswoche zogen die Schüler des Freiherr vom Stein Gymnasiums in Recklinghausen mit Plakaten und Transparenten von ihrer Schule zu den Räumen, die sie in einer anderen Schule als Wanderklassen benutzen

Am Schulzentrum Alwin-Lonke-Straße in Bremen müssen die Schüler, für die Räume fehlen, zur Grundschule Fischerhuder Straße pendeln. Der Senat hatte zum neuen Schuljahr Fachräume versprochen. Sie bestehen jetzt aus zwei Werkräumen und einem Mobilkellerraum. In der Grundschule gibt es weder etwas zu essen noch etwas zu trinken. Die Schüler haben jedoch Unterricht von 7.30 bis 15.20. Nur auf dem Schulhof darf geraucht werden. Der Unterricht wird ständig durch Pausenzeichen und den entsprechenden Lärm der Grundschule, die andere Unterrichtszeiten hat, gestört. Im letzten Jahr hatten die Schüler des Schulzentrums für die sofortige Fertigstellung der Schule und die ausreichende Menge Unterrichtsräume demonstriert. Schulleitung und Senat hatten daraufhin eine Verbesserung der Lage versprochen. Im neuen Schuljahr sollen Schichtunterricht und Raummangel beseitigt werden. Die Auslagerung ist auch keine Lösung.


Auf Grundschulbänken müssen sich die Schüler des Schulzentrums Alwin-Lonke-Straße herumdrücken, nicht einmal Tische haben sie bekommen, nachdem sie ausgesiedelt worden waren.

Lohnfortzahlung? Kämpfe der dänischen und norwegischen Soldatenbewegung

z.bag.Aarhus. Seit einigen Jahren propagiert der KBW in der Soldatenbewegung die Forderung nach Lohnfortzahlung und jederzeitigem Kündigungsrecht. Wie man weiß, nicht mit Erfolg. Das Sekretariat des Zentralen Komitee hat in seinem Politischen Bericht diese Forderung kritisiert und festgestellt: ,,Solange das politische Zwangsverhältnis nicht gesprengt ist, kann man nicht ökonomische Forderungen gegen das Soldsystem durchsetzen, sondern nur innerhalb des Soldsystems ... Gegenüber dem Soldsystem ist also auf Forderungen hinzuarbeiten, die strukturell den Forderungen für andere Lebensabschnitte der Lohnabhängigen angeglichen sind, in denen die Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nicht verkaufen können. Die Bezahlung der Soldaten muß an den Durchschnittslohn und seine Entwicklung angebunden werden, und auf diese Weise kann der Kampf für die wirtschaftlichen Interessen der Soldaten auch direkt und indirekt durch die Arbeiterklasse und die lohnabhängigen Massen geführt werden, wie andrerseits die Soldaten auf der Grundlage ihrer Interessen direkt die Verbindung zu diesen Kämpfen suchen werden.'' (Kommunismus und Klassenkampf 9/80, S. 12) Es ist nützlich, dabei die Erfahrungen der Soldatenbewegung anderer Länder heranzuziehen.

In Dänemark waren 1951 noch 19000 Soldaten zu geringem Tagessold in einen 18monatigen Wehrdienst gepreßt. Bis 1969 gelang es, den Wehrdienst auf 12 Monate zu verkürzen und eine demokratisch organisierte Interessenvertretung in Form von gewählten Sprechern und einem von diesen Sprechern gewählten Geschäftsführenden Ausschuß (FU) durchzusetzen. Gleichzeitig begann die Soldatenbewegung, ihre Forderungen bezüglich Sold und Arbeitszeit an den Forderungen der Arbeiterbewegung auszurichten. Sie konnten damit bis heute die Wehrpflicht bis auf 9 Monate verkürzen und durchsetzen, daß nur noch 40% jedes Jahrgangs (durch Los) eingezogen werden; es gibt heute nur noch 8000 Wehrpflichtige in Dänemark (gegenüber 15000 Berufssoldaten). Sie konnten bis heute den Sold auf 5990 Kr. pro Monat (rund 2000 DM) erhöhen, die wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden reduzieren und die kostenlose Benutzung aller öffentlichen Verkehrsmittel durchsetzen. Seit Mitte der 70er Jahre führen sie den Kampf unter den zentralen Forderungen nach *einheitlichem Wehrsold in Höhe des durchschnittlichen Lohns für ungelernte Arbeiter* (heute 7900 Kr.) und nach der *40-Stunden-Woche*. Anfang dieses Jahres verhandelten Vertreter der Soldaten mit dem Gewerkschaftsbund. Ein Soldatenvertreter sagte in einem Interview: ,,Mindestens 70% der Wehrpflichtigen kommen aus der Arbeiterklasse. Die Wehrpflichtigen wollen ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Übereinstimmung mit den Verhältnissen in den Betrieben bringen. Das wird sowohl die Soldaten als auch die Arbeiterbewegung stärken.''

Gegen die politische Entrechtung haben die dänischen Soldaten ihr Sprechersystem verteidigt, haben verhindert, daß das Verteidigungsministerium Briefe an den FU öffnen durfte, haben das Recht auf Unterschriftensammlungen in den Kasernen und auf Beteiligung an internationalen Soldatenorganisationen durchgesetzt; sie fordern die Abschaffung aller militärischen Disziplinarmaßnahmen und der Registrierung politisch aktiver Soldaten. Seit kurzem geben sie eine eigene, nicht-zensierte Zeitung heraus, ,,Kanonen''. In den letzten Jahren haben die dänischen Wehrpflichtigen sich außerdem mehrmals das Recht auf Demonstrationen und Streiks genommen. So führten sie von 1977 – 79 zahlreiche Aktionen mit Demonstrationen für ihre Forderungen in den größeren Städten durch (vgl. KVZ 28/79). Im April dieses Jahres verweigerten 200 Soldaten der Kaserne von Slagelse mittels Krankmeldung einen Manövereinsatz: sie forderten für jeden Manövertag einen freien Tag als Dienstausgleich.

In Norwegen hat gerade vom 1. – 5.9. die jährliche Landeskonferenz der Vertrauensleute stattgefunden. Die Lage der norwegischen Soldaten ist erheblich schlechter als die ihrer dänischen Kollegen: Sie bekommen einen täglichen Sold von 28,70 NKr., können nicht frei reisen und stehen noch stark unter der Fuchtel der Armeeführung. Das zeigte sich nicht zuletzt daran, daß hohe Offiziere und Vertreter des Verteidigungsministeriums permanent auf der Vertrauensleutekonferenz anwesend waren und kraft Statuten die Diskussion über Kontakte mit der europäischen Soldatenorganisation ECCO verbieten konnten. Trotz dieses Drucks gelang es den Vertrauensleuten, sich auf folgende zentrale Forderungen zu einigen: 20 Kronen Sold mehr pro Tag, 3000 Kr. Ablösung, Freifahrtkarten für alle öffentlichen Verkehrsmittel, 40-Stunden-Woche, Freizeiteinrichtungen in allen Kasernen.

Die Erfahrungen der Soldatenbewegung in Dänemark und Norwegen und die Erfolge, die in diesen Kämpfen mit Unterstützung und in enger Verbindung mit der Arbeiterbewegung, vor allem den Gewerkschaften erzielt worden sind, sprechen also dafür, daß die im ,,Politischen Bericht'' geäußerten Vorschläge für die Politik unter den Soldaten richtig sind.

Lahnsteiner Punkteregelung: Nützlicher Schritt im Kampf um Dienstausgleich

r.vrv. Bis vor einiger Zeit galt in der 2. Batterie des Panzerartilleriebataillons 155 in Lahnstein eine Dienstausgleichsregelung,die auf einem Punktesystem für geleistete UvD/GvD Dienste beruhte. Für einen UvD unter der Woche gab es einen Punkt. Mußte der Dienst von Freitag auf Samstag oder von Sonntag auf Montag geleistet werden, so erhielt der Diensttuende zwei Punkte. Für Dienst von Samstag auf Sonntag wurden drei Punkte gutgeschrieben. Mit fünfzehn Punkten war dann das Anrecht auf einen Tag Sonderurlaub erworben.

Für die Soldaten wurde durch diese Regelung zweierlei erreicht. Zum einen gab es überhaupt einen gewissen Dienstausgleich für UvD und GvD Dienste, was im allgemeinen nicht vorgesehen ist und auch nur in der Kaserne bei der 2./155 so gehandhabt wurde. Zum anderen wurde gerade der Dienst am Wochenende höher ausgeglichen, was ziemlich wichtig für die Soldaten war. Gerade in dieser Frage war und ist auch eine enge Verbindung zwischen den Wehrpflichtigen und den Zeitsoldaten, insbesondere den Unteroffizieren ohne Portepée, die in besonderem Maße von den Wochenend UvD Diensten betroffen sind, weil hauptsächlich sie sie machen müssen.

Die Regelung war so gewiß ein Fortschritt gegenüber dem Zustand, überhaupt keinen Dienstausgleich für UvD/GvD Dienste zu erhalten. Darüberhinaus konnten für die Regelung große Teile der Einheit zusammengeschlossen werden. In anderen Batterien hat es Diskussionen darüber gegeben, daß man eine derartige Regelung auch für die eigene Einheit fordern sollte und es gab auch Bestrebungen, diese Regelung in der ganzen Kaserne durchzusetzen. Die Soldaten der 2./155 hatten indes von ihrem Batteriechef Hauptmann Korte gefordert, die Punktezahl für Dienstausgleich zu senken, wobei 7-10 Punkte im Gespräch waren. Anläßlich dieser Diskussion sicherte der Hauptmann zu, mit dem Vertrauensmann zu verhandeln. Einige Wochen später teilte der Batteriefeldwebel Hauptfeldwebel Maul der 2. Batterie mit, daß die Punkteregelung durch den Batteriechef aufgehoben sei. Der Vertrauensmann wurde in dieser Frage nicht gehört.

Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß es ja für durchschnittliche Wochendienstzeiten von über 56 Stunden über ein Jahr mehr Sold gebe und daß man bei der Verteilung von Sonderurlaub in Zukunft strengere Maßstäbe anlegen müsse. Gewährung von Sonderurlaub für UvD/GvD Dienste sei in Zukunft nur noch drin, wenn der Diensttuende durch besonders tadellosen Dienst auffiele.

Rechnet man nach, so war die geltende Regelung sowieso nicht allzu großzügig. Immerhin mußten 15 mal 24 Stunden an Wochentagen, also 360 Stunden Sonderdienst, oder 7 mal 24 Stunden Freitag/Samstag oder Sonntag/Montag, also 176 Stunden, oder 5 mal 24 Stunden Samstag/Sonntag, also 120 Stunden Zusatzdienst geleistet werden, um einen Tag Sonderurlaub zu erhalten. Im Schnitt kann man also bestimmt von 250 Stunden Zusatzdienst für einen freien Tag ausgehen, was noch nicht einmal das Verhältnis von 10:1 ergibt. Trotzdem enthielt gerade die Dienstausgleichsregelung erhebliche Sprengkraft, was das Bataillon oder gar den Kasernenkommandanten veranlaßte, sie in der zweiten Batterie abschaffen zu lassen.

NATO will Malta wiederhaben – Italien schwingt sich zur ,,Garantiemacht'' auf

z.ulg.Rom. ,,Zum Schutz'' eines Bohrschiffes des staatlichen Ölkonzerns ENI hat die italienische Regierung Ende August eine Korvette und Kampfhubschrauber der Marine in die Gewässer zwischen Malta und Libyen geschickt. Das Schiff hatte dort kurz zuvor im Auftrag des US-Ölmonopols Texaco, dem die maltesische Regierung eine Konzession für die Ölprospektion erteilt hat, mit Probebohrungen begonnen. Die Hoheit über das fragliche Seegebiet ist zwischen Malta und Libyen umstritten. Libyen hat unter Berufung auf seine eigenen Ansprüche den sofortigen Abzug des Bohrschiffes gefordert. Dem ist die ENI – äußerst gemächlich – schließlich nachgekommen, nachdem die italienischen Imperialisten ausgiebig Flottenpräsenz demonstriert hatten.

Malta hat die Einberufung einer Sitzung des UNO-Sicherheitsrats über seinen Konflikt mit Libyen verlangt. Die libysche Regierung hat dabei ihre Bereitschaft erklärt, wie von Malta gefordert die Streitfrage dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag vorzulegen. Verschiedene blockfreie Staaten und die Arabische Liga vermitteln. Daraufhin ist die Sicherheitsratssitzung vertagt worden.

Von Malta aus ist der Seeverkehr zwischen den beiden Hauptbecken des Mittelmeers zu kontrollieren. Besonders für die Operationsfähigkeit der sozialimperialistischen Flotte, die im Mittelmeer über keinerlei Stützpunkte verfügt, ist das von strategischer Bedeutung. 1971 hat die maltesische Regierung die Schließung des NATO-Hauptquartiers auf der Insel verfügt und den dort kommandierenden italienischen Admiral als unerwünschte Person ausgewiesen. Am 31.3.1979 haben nach 179 Jahren die letzten britischen Truppen abziehen müssen.

Jetzt versucht die NATO, den Konflikt zwischen den beiden blockfreien Staaten zu nutzen, sich selbst erneut auf der Insel festzusetzen. Den Vorreiter dabei spielt Italien. Vorletzte Woche war der maltesische Ministerpräsident Mintoff in Rom. Ein Vertrag, nach dem Italien die Neutralität Maltas auch militärisch ,,garantieren'' würde, steht kurz vor dem Abschluß. Wenn sich die italienischen Imperialisten zur – noch dazu einzigen – ,,Garantiemacht'' aufschwingen können, hätten sie damit einen jederzeit verwendbaren Vorwand für militärische Intervention in Malta.

Das Zentralorgan des italienischen Industriellenverbandes betonte Anfang September in einem Leitartikel, Italien hätte ,,in einem immer unsicheren und unstabileren Kontext wie dem Mittelmeer und dem Nahen Osten eine ,,Schlüsselrolle'', natürlich ,,im Rahmen der NATO''. Malta ist durch den Konflikt mit Libyen, mit dem es bis vor kurzem eng befreundet war, in eine schwierige Lage gekommen. An der Blockfreiheit will es unbedingt festhalten. Gleich nach der Rückkehr aus Rom erklärte Ministerpräsident Mintoff auf einer Massenkundgebung, nach der Vertreibung der NATO und der Briten würde niemand mehr erlaubt, Militärbasen in Malta zu errichten, ,,auch den Europäern nicht''.



Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Übereinstimmung mit den Verhältnissen in den Betrieben bringen. Das wird sowohl die Soldaten als auch die Arbeiterbewegung stärken.''

Gegen die politische Entrechtung haben die dänischen Soldaten ihr Sprechersystem verteidigt, haben verhindert, daß das Verteidigungsministerium Briefe an den FU öffnen durfte, haben das Recht auf Unterschriftensammlungen in den Kasernen und auf Beteiligung an internationalen Soldatenorganisationen durchgesetzt; sie fordern die Abschaffung aller militärischen Disziplinarmaßnahmen und der Registrierung politisch aktiver Soldaten. Seit kurzem geben sie eine eigene, nicht-zensierte Zeitung heraus, ,,Kanonen''. In den letzten Jahren haben die dänischen Wehrpflichtigen sich außerdem mehrmals das Recht auf Demonstrationen und Streiks genommen. So führten sie von 1977 – 79 zahlreiche Aktionen mit Demonstrationen für ihre Forderungen in den größeren Städten durch (vgl. KVZ 28/79). Im April dieses Jahres verweigerten 200 Soldaten der Kaserne von Slagelse mittels Krankmeldung einen Manövereinsatz: sie forderten für jeden Manövertag einen freien Tag als Dienstausgleich.

In Norwegen hat gerade vom 1. – 5.9. die jährliche Landeskonferenz der Vertrauensleute stattgefunden. Die Lage der norwegischen Soldaten ist erheblich schlechter als die ihrer dänischen Kollegen: Sie bekommen einen täglichen Sold von 28,70 NKr., können nicht frei reisen und stehen noch stark unter der Fuchtel der Armeeführung. Das zeigte sich nicht zuletzt daran, daß hohe Offiziere und Vertreter des Verteidigungsministeriums permanent auf der Vertrauensleutekonferenz anwesend waren und kraft Statuten die Diskussion über Kontakte mit der europäischen Soldatenorganisation ECCO verbieten konnten. Trotz dieses Drucks gelang es den Vertrauensleuten, sich auf folgende zentrale Forderungen zu einigen: 20 Kronen Sold mehr pro Tag, 3000 Kr. Ablösung, Freifahrtkarten für alle öffentlichen Verkehrsmittel, 40-Stunden-Woche, Freizeiteinrichtungen in allen Kasernen.

Die Erfahrungen der Soldatenbewegung in Dänemark und Norwegen und die Erfolge, die in diesen Kämpfen mit Unterstützung und in enger Verbindung mit der Arbeiterbewegung, vor allem den Gewerkschaften erzielt worden sind, sprechen also dafür, daß die im ,,Politischen Bericht'' geäußerten Vorschläge für die Politik unter den Soldaten richtig sind.

schwingt sich zur ,,Garantiemacht'' auf

z.ulg.Rom. ,,Zum Schutz'' eines Bohrschiffes des staatlichen Ölkonzerns ENI hat die italienische Regierung Ende August eine Korvette und Kampfhubschrauber der Marine in die Gewässer zwischen Malta und Libyen geschickt. Das Schiff hatte dort kurz zuvor im Auftrag des US-Ölmonopols Texaco, dem die maltesische Regierung eine Konzession für die Ölprospektion erteilt hat, mit Probebohrungen begonnen. Die Hoheit über das fragliche Seegebiet ist zwischen Malta und Libyen umstritten. Libyen hat unter Berufung auf seine eigenen Ansprüche den sofortigen Abzug des Bohrschiffes gefordert. Dem ist die ENI – äußerst gemächlich – schließlich nachgekommen, nachdem die italienischen Imperialisten ausgiebig Flottenpräsenz demonstriert hatten.

Malta hat die Einberufung einer Sitzung des UNO-Sicherheitsrats über seinen Konflikt mit Libyen verlangt. Die libysche Regierung hat dabei ihre Bereitschaft erklärt, wie von Malta gefordert die Streitfrage dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag vorzulegen. Verschiedene blockfreie Staaten und die Arabische Liga vermitteln. Daraufhin ist die Sicherheitsratssitzung vertagt worden.

Von Malta aus ist der Seeverkehr zwischen den beiden Hauptbecken des Mittelmeers zu kontrollieren. Besonders für die Operationsfähigkeit der sozialimperialistischen Flotte, die im Mittelmeer über keinerlei Stützpunkte verfügt, ist das von strategischer Bedeutung. 1971 hat die maltesische Regierung die Schließung des NATO-Hauptquartiers auf der Insel verfügt und den dort kommandierenden italienischen Admiral als unerwünschte Person ausgewiesen. Am 31.3.1979 haben nach 179 Jahren die letzten britischen Truppen abziehen müssen.

Jetzt versucht die NATO, den Konflikt zwischen den beiden blockfreien Staaten zu nutzen, sich selbst erneut auf der Insel festzusetzen. Den Vorreiter dabei spielt Italien. Vorletzte Woche war der maltesische Ministerpräsident Mintoff in Rom. Ein Vertrag, nach dem Italien die Neutralität Maltas auch militärisch ,,garantieren'' würde, steht kurz vor dem Abschluß. Wenn sich die italienischen Imperialisten zur – noch dazu einzigen – ,,Garantiemacht'' aufschwingen können, hätten sie damit einen jederzeit verwendbaren Vorwand für militärische Intervention in Malta.

Das Zentralorgan des italienischen Industriellenverbandes betonte Anfang September in einem Leitartikel, Italien hätte ,,in einem immer unsicheren und unstabileren Kontext wie dem Mittelmeer und dem Nahen Osten eine ,,Schlüsselrolle'', natürlich ,,im Rahmen der NATO''. Malta ist durch den Konflikt mit Libyen, mit dem es bis vor kurzem eng befreundet war, in eine schwierige Lage gekommen. An der Blockfreiheit will es unbedingt festhalten. Gleich nach der Rückkehr aus Rom erklärte Ministerpräsident Mintoff auf einer Massenkundgebung, nach der Vertreibung der NATO und der Briten würde niemand mehr erlaubt, Militärbasen in Malta zu errichten, ,,auch den Europäern nicht''.



Bundestagsparteien : ,,... Einfluß auf das Selbstverständnis der Jugend gewinnen''

Auszüge aus dem Untersuchungsbericht über die Bremer Rekrutenvereidigung

z.brp. Der Untersuchungsbericht über die Bremer Rekrutenvereidigung ist eine Bestandsaufnahme, um die Schlakken zwischen den zuständigen Abteilungen des Staatsapparates bei der gegenseitigen Unterrichtung, Absprache und Einsatzkoordinierung zu beseitigen. Konkrete Schlußfolgerungen werden jedoch nur bezüglich des Einsatzes von Schulen, Parteien, Verbänden, Kirche für die Rechtfertigung der Bundeswehr und der imperialistischen Allianzpolitik der Bourgeoisie getroffen, ein Appell wird an die Bundeswehrleitung gerichtet, ihre Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken. Die CDU/CSU fordert die Verschärfung des Demonstrationsrechts. Beides praktiziert die Bundeswehrführung bei den letzten Rekrutenvereidigungen, die sie mit jeweils großem Polizeiaufgebot gegen Demonstrationen schützen mußte. Teilweise wurden Demonstrationen verboten; sie versucht, über eine Informationsveranstaltung Jugendliche für die Rekrutenvereidigung in Hermeskeil zu gewinnen. Für den 12. November, dem 25jährigen Bestehen der Bundeswehr, plant die Bundeswehrführung große öffentliche Propagandaveranstaltungen.

,,Grundsätzliche Folgerungen aus den Geschehnissen ... So sehr der Standpunkt des Bundesverteidigungsministers, die Bundeswehr werde sich mit ihren Veranstaltungen nicht von gewalttätigen Demonstranten von Stadt zu Stadt jagen oder in den Kasernen einschließen lassen, vom Verteidigungsausschuß einhellig unterstützt wird, so wenig kann es damit sein Bewenden haben.

Der Bremer Vorfall wirft zunächst ein Licht auf ein zahlenmäßig wohl nicht zu überschätzendes, in seiner Entschlossenheit aber ernst zu nehmendes Potential radikaler Gegner der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland und ihrer bündnispolitischen Einbindung. Aus diesem Potential heraus sind auch in Zukunft unterschiedliche Aktivitäten zu vermuten ... Neben diesen Stimmen, die die Staatsaufgabe der militärischen Landesverteidigung nicht generell in Frage stellten, gab es andere, die die Ausschreitungen in Bremen gegen die Bundeswehr als staatstragende Institution zum Symbol des Kampfes gegen diesen Staat insgesamt machten. Dieser Widerstand macht sich offenbar politisch-geistige Strömungen einer tieferen Dimension zunutze, die insbesondere in Teilen der Jugend zu beobachten sind. Dafür spricht sowohl die außerordentliche Vielzahl und Differenziertheit derjenigen Organisationen und Personen, die sich in Bremen an Protesten und Gegenkundgebungen beteiligt haben, als auch die Zahl von inzwischen 10000 und 15000 meist jungen Bürgern, die sich mit dieser Thematik auf die Straße bringen ließen ... Hier spielt nicht nur verteidigungspolitische Gegnerschaft im engeren Sinne, sondern eine Grundstimmung die wesentliche Rolle, die den Erscheinungsformen des Staates zumindest in der Art und Weise ihrer öffentlichen Repräsentanz und Wahrnehmbarkeit unsicher, ablehnend oder feindselig gegenüberstehen ...

Aus dieser Sicht ergibt sich aber die Frage, ob hier eine Entwicklung im Gange ist, die die Selbstverständlichkeit von Staat und Institutionen, von Landesverteidigung und Bundeswehr bei der Jugend abbauen könnte. Die Integration der Streitkräfte in die staatliche und gesellschaftliche Ordnung hat nicht nur institutionelle Aspekte, sondern setzt die geistige und politische Verarbeitung der Landesverteidigung im Volk voraus. Eine gegenteilige Entwicklung würde einen gefährlichen psychologischen Faktor für die Handlungsfähigkeit der Streitkräfte darstellen. Aufgabe der Politik ist es, die sich aus dem außen- und sicherheitspolitischen Umfeld ergebende Notwendigkeit einer wirksamen Verteidigung darzulegen, die jedoch nur dann glaubwürdig und effektiv sein kann, wenn sie der möglichen Bedrohung von außen gerecht wird. Staatliche und gesellschaftliche Institutionen müssen diese Erkenntnisse umsetzen und vermitteln. Die Bundeswehr vermag die Einsicht in die Notwendigkeit der Landesverteidigung auf sich allen gestellt nicht ausreichend zu fördern. Dies ist vielmehr Aufgabe aller Kräfte, die in Staat und Gesellschaft Verantwortung tragen. Der Ausschuß empfiehlt deshalb zu prüfen, welche weiteren und vermehrten Anstrengungen in dieser grundlegenden geistigen Auseinandersetzung notwendig sind.

... Insgesamt wird es darauf ankommen, Einfluß auf die Bereiche zu gewinnen, die das Selbstverständnis der Jugend heute wesentlich bestimmen, um auf längere Sicht zu verhindern, daß Bundeswehr und Alltagswelt von den darin lebenden jungen Menschen wechselseitig als ,,andere Welt'' empfunden werden und sich so voneinander entfernen.

Ergänzende Würdigung durch die Minderheit ... Es ist mittlerweile offenkundig, daß die Polizei vor unlösbare Aufgaben gestellt wird und ihr vermeidbare Opfer an Leben und Gesundheit abverlangt werden, wenn ,,friedliche'' Teilnehmer einer Demonstration sich bei aufkommenden Gewalttätigkeiten nicht zu entfernen brauchen, sondern ungestraft Gewalttätern durch ihre massenweise Anwesenheit Deckung bieten dürfen. Umso bedauerlicher ist, daß die Bundesregierung aus den Bremer Erfahrungen keine Lehren gezogen hat. Denn eine Woche danach hat sie sich im Bundestag einmal mehr gegen den zum wiederholten Male vorgelegten Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion gewandt, der auf die Wiederherstellung eines praktikablen Demonstrationsstrafrechts zielte ...''



Abzug der Demonstranten in einem einheitlichen Zug in die Bremer Innenstadt. Aus: Keine öffentliche Rekrutenvereidigung! Schluß mit den Kriegsvorbereitungen! Dokumentation, hrsg. von der Bezirksleitung Bremen-Unterweser des KBW

Südkorea: das Militärregime will den Volkswiderstand seiner Führer berauben

z.wos. Am 11.9. hat das Regime Chun Dhu-wan durch den Staatsanwalt die Todesstrafe im Militärprozeß gegen den Führer der Opposition, Kim Dae-jung, sowie langjährige Haftstrafen gegen die Mitangeklagten gefordert. – Derzeit sieht sich das militärfaschistische Regime der bisher „schwersten Wirtschaftskrise seit dem Korea-Krieg“ (Wallstreet-Journal, 16.5.80) gegenüber: zur Inflation bei gleichzeitig stagnierender Produktion tritt ein wachsendes Defizit der Zahlungsbilanz hinzu. Es soll in diesem Jahr auf 5 Mrd. Dollar steigen. Die Handelsbilanz zeigt schon für 1979 ein Defizit von 5,28 Mrd., und die Auslandsverschuldung betrug ebenfalls 79 20,6 Mrd. Amtliche Stellen rechnen mit einem Hochschnellen der Verbraucherpreise um 30% 1980; die Arbeitslosenrate geben sie im 1. Vierteljahr 80 mit 5,7% an, das sind 829000 Arbeitslose. Die tatsächliche Zahl liegt viel höher.

Kann das Regime Chun allein aus dieser Krise herauskommen? Dazu muß man wissen, auf welche Kräfte es seine Macht stützt. Innerhalb Südkoreas sind es 1. Großkonzerne wie Hyundai, die alle mit ausländischem Kapital engstens verflochten sind. Ihr Eigenkapitalanteil liegt bei nur 10%. 2. sind es die Militärs, und 3. technokratische Wirtschaftspolitiker, zumeist in den USA ausgebildet, die das Konzept des exportorientierten Wirtschaftswachstums vertreten. Ohne militärische Unterdrückung kann diese hauptsächlich von Kompradoreninteressen geleitete herrschende Klasse der zunehmenden Kämpfe der Arbeiter wie der Studenten nicht mehr Herr werden.

Der zweite Pfeiler ist die direkte Präsenz der US-Supermacht. Sie hält rund 20% der Direktinvestitionen und bestreitet 60% der vergebenen öffentlichen und privaten Kredite. Größere Bedeutung hat Südkorea für sie aber als militärstrategischer Stützpunkt und gewaltiges Waffendepot. Die Linie der im Pazifik vordringenden UdSSR – von Wladiwostok bis Cam Ranh/Vietnam – wollen die USA durch Ausbau der Linie Südkorea-Japan-Philippinen zerschneiden. Allein 600000 der 630000 südkoreanischen Truppen unterstehen direkt ihrem Oberbefehl. Dazu kommen 39000 US-Truppen. Die USA sind die entscheidende Stütze des Regimes. – Der dritte Pfeiler ist Japan, das über 50% der Direktinvestitionen hält, aber bei den Regierungskrediten mit 18% hinter den USA liegt. Die japanische Bourgeoisie hat in erster Linie ökonomische Interessen. Doch fürchtet sie auch, daß „die rote Fahne nach Pusan (südliche Hafenstadt Koreas) kommt“, und der Funke nach Japan überspringt.

Nicht nur die Arbeiter und Bauern, sondern auch das kleine und mittlere Kapital stehen in scharfem Widerspruch zum Regime; es orientiert sich immer deutlicher an nationalen Interessen. – Die Arbeiter und die Volksmassen werden einige Zeit benötigen, um in neuen Kämpfen neue Führer aus ihrer Mitte heranzubilden.

Schweden: Gewerkschaftsdemonstrationen gegen die Mehrwertsteuererhöhung

z.coi.Stockholm. Seit dem 8.9. steht die Mehrwertsteuer in Schweden auf der Weltrekordmarke von 23,46%. Die Volksmassen müssen jetzt für ihre Lebensmittel mit Ausnahme der Wohnungsmieten 2,35% mehr zahlen. Der Reichstag hatte zwei Tage davor gleich das gesamte Plünderungsprogramm der Regierung mit einer Stimme Mehrheit abgesegnet. Ab 1.10. steigen die Benzinsteuer um 20 Öre/l und die Heizölsteuer um 50 Skr./cbm, dazu kommen noch 5 Öre/l Benzin- sowie 50 Skr./cbm Heizölabgabe für die Finanzierung von Rohöllagern; wird die Schokoladensteuer auf 5 Skr. mehr als verdoppelt sowie die Charterreisen-Steuer auf 150 Skr. pro Reise erhöht. Geschätzte Mehreinnahmen des Staates: 5–6,9 Mrd. Kronen. Im Herbst will die Regierung ihr 7 Mrd. Kr. schweres Beschlußpaket zur Kürzung der öffentlichen Ausgaben den Volksmassen vorlegen.

Es geht der schwedischen Finanzbourgeoisie um die Eingrenzung der staatlichen Auslandsverschuldung von inzwischen über 30 Mrd. SKr. und zum anderen um die Hebung der eigenen

den USA ausgebildet, die das Konzept des exportorientierten Wirtschaftswachstums vertreten. Ohne militärische Unterdrückung kann diese hauptsächlich von Kompradoreninteressen

davon sind Austauschdefizit mit den erdölexportierenden Ländern. Die Ursachen für diese Misere hat der Metallkapitalistenverband jetzt ergründet: Der schwedische Arbeiter arbeitet zu wenig. Voriges Jahr habe die durchschnittliche Arbeitszeit des schwedischen Metallers 1515 Stunden, des englischen 1900 und des westdeutschen mehr als 1700 Stunden betragen.

Die Gewerkschaften haben an mehreren Orten Protestdemonstrationen organisiert. In Stockholm waren etwa 3000 auf der Straße (s. Bild). LO hat eine harte Lohnrunde als unausweichlich bezeichnet, ein Teil der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbasis fordert den Sturz der Regierung Fälldin.



immer deutlicher an nationalen Interessen. – Die Arbeiter und die Volksmassen werden einige Zeit benötigen, um in neuen Kämpfen neue Führer aus ihrer Mitte heranzubilden.

Schweden: Gewerkschaftsdemonstrationen gegen die Mehrwertsteuererhöhung

z.coi.Stockholm. Seit dem 8.9. steht die Mehrwertsteuer in Schweden auf der Weltrekordmarke von 23,46%. Die Volksmassen müssen jetzt für ihre Lebensmittel mit Ausnahme der Wohnungsmieten 2,35% mehr zahlen. Der Reichstag hatte zwei Tage davor gleich das gesamte Plünderungsprogramm der Regierung mit einer Stimme Mehrheit abgesegnet. Ab 1.10. steigen die Benzinsteuer um 20 Öre/l und die Heizölsteuer um 50 Skr./cbm, dazu kommen noch 5 Öre/l Benzin- sowie 50 Skr./cbm Heizölabgabe für die Finanzierung von Rohöllagern; wird die Schokoladensteuer auf 5 Skr. mehr als verdoppelt sowie die Charterreisen-Steuer auf 150 Skr. pro Reise erhöht. Geschätzte Mehreinnahmen des Staates: 5–6,9 Mrd. Kronen. Im Herbst will die Regierung ihr 7 Mrd. Kr. schweres Beschlußpaket zur Kürzung der öffentlichen Ausgaben den Volksmassen vorlegen.

Es geht der schwedischen Finanzbourgeoisie um die Eingrenzung der staatlichen Auslandsverschuldung von inzwischen über 30 Mrd. SKr. und zum anderen um die Hebung der eigenen
Konkurrenzfähigkeit. Seit 1973 hat sie 20% ihres Weltmarktanteils verloren, trotz absoluter Steigerung des Exportvolumens. Das akkumulierte Handelsbilanzdefizit wird nach ihrer Prognose 1980 46 Mrd. SKr. betragen. Nur 25%

davon sind Austauschdefizit mit den erdölexportierenden Ländern. Die Ursachen für diese Misere hat der Metallkapitalistenverband jetzt ergründet: Der schwedische Arbeiter arbeitet zu wenig. Voriges Jahr habe die durchschnittliche Arbeitszeit des schwedischen Metallers 1515 Stunden, des englischen 1900 und des westdeutschen mehr als 1700 Stunden betragen.

Die Gewerkschaften haben an mehreren Orten Protestdemonstrationen organisiert. In Stockholm waren etwa 3000 auf der Straße (s. Bild). LO hat eine harte Lohnrunde als unausweichlich bezeichnet, ein Teil der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbasis fordert den Sturz der Regierung Fälldin.



Tagung des chinesischen Volkskongresses beendet

Neuer Zehnjahresplan in Angriff genommen / Regierungsumbildung

z.ges. Mit einer seit längerem angekündigten Regierungsumbildung wurde die dritte Sitzungsperiode des fünften Volkskongresses der VR China in der vergangenen Woche abgeschlossen. Gemäß den vom Zentralkomitee der KP China festgelegten Prinzipien wurde eine Trennung zwischen den höchsten Partei- und Regierungsämtern vollzogen. Parteivorsitzender Hua Guofeng legte das Amt des Ministerpräsidenten nieder. Auf Vorschlag des Zentralkomitees der KP China wurde Zhao Ziyang zum Ministerpräsidenten gewählt. Zhao Ziyang war in den vergangenen Jahren für die Provinz Sichuan verantwortlich, in der auf Regierungsbeschluß Wirtschaftsreformen erprobt wurden und hat bereits seit einigen Monaten zentrale Regierungsfunktionen wahrgenommen. Aus Altersgründen legten fünf stellvertretende Ministerpräsidenten ihre Ämter nieder, darunter Deng Xiaoping. Damit wird entsprechend den Absichten des Zentralkomitees der KP China die Praxis überwunden, Ämter auf Lebenszeit auszuüben. Vizeministerpräsident Wang Renzhong legte sein Amt nieder, um sich auf die Parteiaufgaben als Propagandaverantwortlicher konzentrieren zu können. Vizeministerpräsident Chen Yonggui legte sein Amt nieder auf Grund von Kritik an beschönigender Berichterstattung über die Produktionserfolge im Kreis Shanxi während der Kampagne „Lernt in der Landwirtschaft von Dazhai“.

Die dritte Sitzungsperiode des Volkskongresses fand in einer Situation statt, in der erste Erfolge des vor einem Jahr eingeschlagenen Kurses der Regulierung, Umgestaltung, Konsolidierung und Hebung des Niveaus der Volkswirtschaft sichtbar wurden. Der Plan für das Jahr 1980 sieht eine Steigerung der Industrieproduktion um 6% vor und steckt damit geringere Ziele als die vorhergehenden Pläne. Zwischen dem Wachstum der Produktion und Ausdehnung der Konsumtion der Massen wird ein besseres Gleichgewicht angestrebt. Ungleichgewichte in den Investitionsplänen sollen beseitigt, der Schwerpunkt wieder auf die Entwicklung der Landwirtschaft und in der Industrie auf die Entwicklung der Leichtindustrie gelegt werden. Auf diesem Weg ist es in den ersten sechs Monaten des Jahres 1980 gelungen, den Plan überzuerfüllen und die Industrieproduktion um 13% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zu steigern. Anlaß zu Selbstzufriedenheit sah der Volkskongreß jedoch nicht.

In seiner Rede zum Schluß der Sitzungsperiode ging Hua Guofeng hauptsächlich auf folgende Punkte ein: Ausarbeitung eines neuen Zehnjahresplans, Fortsetzung der Ökonomischen Reform, Beseitigung von Bü-

schönigender Berichterstattung über die Produktionserfolge im Kreis Shanxi während der Kampagne „Lernt in der Landwirtschaft von Dazhai“.

Die dritte Sitzungsperiode des Volkskongresses fand in einer Situation statt, in der erste Erfolge des vor einem Jahr eingeschlagenen Kurses der Regulierung, Umgestaltung, Konsolidierung und Hebung des Niveaus der Volkswirtschaft sichtbar wurden. Der Plan für das Jahr 1980 sieht eine Steigerung der Industrieproduktion um 6% vor und steckt damit geringere Ziele als die vorhergehenden Pläne. Zwischen dem Wachstum der Produktion und Ausdehnung der Konsumtion der Massen wird ein besseres Gleichgewicht angestrebt. Ungleichgewichte in den Investitionsplänen sollen beseitigt, der Schwerpunkt wieder auf die Entwicklung der Landwirtschaft und in der Industrie auf die Entwicklung der Leichtindustrie gelegt werden. Auf diesem Weg ist es in den ersten sechs Monaten des Jahres 1980 gelungen, den Plan überzuerfüllen und die Industrieproduktion um 13% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zu steigern. Anlaß zu Selbstzufriedenheit sah der Volkskongreß jedoch nicht.

In seiner Rede zum Schluß der Sitzungsperiode ging Hua Guofeng hauptsächlich auf folgende Punkte ein: Ausarbeitung eines neuen Zehnjahresplans, Fortsetzung der Ökonomischen Reform, Beseitigung von Bü-
rokratismus und Verbesserung der Regierungsarbeit, Stärkung der sozialistischen Demokratie und der sozialistischen Gesetzlichkeit.

Hua wies darauf hin, daß der Zehnjahresplan von 1975 einige Ziele und den Umfang der Investitionen zu hoch angesetzt hätte und daß bei vielen Projekten vernünftige Gleichgewichtsbedingungen mißachtet worden seien. Es hätte keinen Sinn, den alten Plan zu revidieren: „Jetzt haben wir eine korrekte Linie, korrekte Prinzipien und eine richtige Politik. Um die Modernisierung zu verwirklichen, ist es jetzt notwendig, ein langfristiges Programm oder einen Entwurf dafür auszuarbeiten.“ Der Plan müsse sich an die objektiven Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Gesellschaft halten. Für einen längeren Zeitraum bleibe die Warenwirtschaft noch bestehen. Im Rahmen des Planes müßten die Unternehmen einige Freiheiten der Produktion und des Austausches erhalten. Innerhalb eines bestimmten Zeitraums der Periode des Sozialismus seien staatliche und kollektive Wirtschaft die Grundformen der sozialistischen Produktionsweise und bilde die persönliche Wirtschaft von Werktätigen im Rahmen staatlicher Richtlinien eine notwendige Ergänzung. Dieses Nebeneinander könne nur auf Grund der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte überwunden werden. Eine der hauptsächlichen linken Abweichungen der Vergangenheit sei die Leugnung der fortexistierenden Notwendigkeit von Warenproduktion und Warentausch und der langandauernden Koexistenz verschiedenartiger Wirtschaftseinheiten gewesen. Willkürlich sei gegen die Bedingungen der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte verstoßen worden, was dem Land noch heute große Schwierigkeiten mache. Die Volksrepublik China müsse von der Wirklichkeit ausgehen und müsse im Rahmen ihrer Möglichkeiten voranschreiten. Die Lebensverhältnisse der Massen zu verbessern, müsse das grundlegende Ziel des Plans ausmachen. Besondere Beachtung müsse der Entwicklung der Ausbildung und der Wissenschaft gewidmet werden. Die Familienplanung müsse Teil des langfristigen Programms sein. Die Massenlinie sei die wesentliche Methode, um das langfristige Programm auszuarbeiten.

In der VR China hat der Bürokratismus seine Wurzeln hauptsächlich in der langen vorkapitalistischen Vergangenheit und nicht in der Entwicklung des Kapitalismus selber. Wenn die sozialistische Planung der Produktion und des Austausches der Initiative der Wirtschaftseinheiten keinen ausreichenden Raum läßt, wenn administrative Methoden gegenüber Maßnahmen der wirtschaftlichen Leitung überhandnehmen und wenn sich die demokratische Verwaltung in den Wirtschaftseinheiten nicht entwickeln kann, dann besteht die Gefahr, daß in der Verwaltung des sozialistischen Staates sich unter der Hand die bürokratischen Methoden der vorkapitalistischen Vergangenheit breit machen. Die Herrschaft der Viererbande hat in Wirklichkeit zu einer Stärkung des Bürokratismus geführt, und, indem sie die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte untergrub, die Diktatur des Proletariats geschwächt. Aus dieser Erfahrung zieht die Kommunistische Partei Chinas die Konsequenzen. Dies gilt nicht nur in der Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse, die der Befreiung der gesellschaftlichen Produktivkräfte dienen, sondern auch in der Entfaltung der Herrschaft der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse. Einer der Tagesordnungspunkte des Volkskongresses war die Streichung der „großen Vier“ aus der Verfassung. In der Praxis der Kulturrevolution hatten die „großen Vier“, insbesondere „große Debatte“ und „Anschlagen von Wandzeitungen“ oft als Mittel der Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit gedient und die verfassungsmäßigen Rechte der Volksmassen wie der Individuen verletzt. In jüngster Zeit wurden Wandzeitungen genutzt, um auf dem Umweg über die bürgerliche Auslandspresse Druck auf die Organe der Volksrepublik auszuüben. Der Volkskongreß hat eine Kommission zur Überarbeitung der Verfassung eingesetzt. Die Arbeitsergebnisse dieser Kommission sollen im ganzen Land debattiert und während der nächsten Sitzungsperiode des Volkskongresses zur Beschlußfassung vorgelegt werden.



ten gewesen. Willkürlich sei gegen die Bedingungen der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte verstoßen worden, was dem Land noch heute große Schwierigkeiten mache. Die Volksrepublik China müsse von der Wirklichkeit ausgehen und müsse im Rahmen ihrer Möglichkeiten voranschreiten. Die Lebensverhältnisse der Massen zu verbessern, müsse das grundlegende Ziel des Plans ausmachen. Besondere Beachtung müsse der Entwicklung der Ausbildung und der Wissenschaft gewidmet werden. Die Familienplanung müsse Teil des langfristigen Programms sein. Die Massenlinie sei die wesentliche Methode, um das langfristige Programm auszuarbeiten.

In der VR China hat der Bürokratis-

chung der „großen Vier“ aus der Verfassung. In der Praxis der Kulturrevolution hatten die „großen Vier“, insbesondere „große Debatte“ und „Anschlagen von Wandzeitungen“ oft als Mittel der Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit gedient und die verfassungsmäßigen Rechte der Volksmassen wie der Individuen verletzt. In jüngster Zeit wurden Wandzeitungen genutzt, um auf dem Umweg über die bürgerliche Auslandspresse Druck auf die Organe der Volksrepublik auszuüben. Der Volkskongreß hat eine Kommission zur Überarbeitung der Verfassung eingesetzt. Die Arbeitsergebnisse dieser Kommission sollen im ganzen Land debattiert und während der nächsten Sitzungsperiode des Volkskongresses zur Beschlußfassung vorgelegt werden.



Hua Guofeng, noch Ministerpräsident, und Zhao Ziyang, noch Vize-Ministerpräsident, während der Tagung des Volkskongresses am 3. September

Syrien und Libyen proklamieren die Vereinheitlichung beider Staaten

z.chm. Am 10. September erklärten die beiden Präsidenten von Syrien und Libyen, Hafiz Assad und Ghaddafi in der libyschen Hauptstadt Tripolis den Zusammenschluß beider Staaten zu *einer* politischen Einheit, um den Kampf gegen „Imperialismus, Zionismus und Reaktion“ schlagkräftiger führen zu können. Sie unterzeichneten folgende Sechs-Punkte-Erklärung:

1. Schaffung eines einheitlichen Staates, der die arabischen Regionen Syrien und Libyen umfasst und in dem das Volk die Macht ausübt.
2. Dieser Staat hat volle Souveränität über beide Regionen, Syrien und Libyen und stellt einen einheitlichen internationalen Rechtskörper dar.
3. Die beiden Revolutionsräte Syriens und Libyens bilden einen einheitlichen Revolutionsrat.
4. Der vereinte syrisch-libysche Staat hat einen einzigen Allgemeinen Volkskongreß.
5. Der Staat hat eine einheitliche Exekutive.
6. Der Revolutionsrat beider Regionen wird im Laufe des Monats nach der Veröffentlichung dieser Erklärung zusammentreten, um die Beschlüsse und die Ausführungsbestimmungen festzulegen, die die Schaffung des einheitlichen syrisch-libyschen Staates betreffen.

Die Einheit der arabischen Nation ist ein Bestreben der arabischen Volksmassen. Den stabilsten Ausdruck hat sie bisher in der arabischen Liga gefunden, die 1945 gegründet worden ist. Die staatlichen Einigungsversuche, angefangen 1958 mit der Vereinigten Arabischen Republik, aus Syrien und Ägypten bestehend und vorläufig der mit dem Zusammenschluß Syrien-Irak 1979 beendet, sind an den Widersprüchen und Rivalitäten der arabischen Bourgeoisien untereinander und an den Einmischungsversuchen der beiden Supermächte gescheitert. Konkreter Ausgangspunkt des jetzigen Projekts sind die Kriegsdrohungen Israels gegen Syrien und die Schwächung der arabischen Kampfkraft durch das Separatabkommen zwischen Ägypten und Israel. Diese Stärkung des amerikanischen Einflusses haben die Sozialimperialisten dazu benutzt, um gerade Syrien unter Druck zu setzen. So hat Syrien in der UNO gegen die Verurteilung der sowjetischen Aggression in Afghanistan gestimmt und erwägt einen engeren Zusammenschluß an den RGW.

Golfstaaten verstärken ihre Entwicklungshilfe

z.heh. Die arabischen Golfstaaten haben die Gründung einer gemeinsamen Finanzkörperschaft beschlossen, über die sie verstärkt finanzielle Unterstützung an Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen gewähren wollen. Der Delegierte Saudi-Arabiens erklärte in seiner Rede auf der außerordentlichen UN-Vollversammlung, die Industrieländer sollten Öl sparen, die erdölproduzierenden Länder wollten mehr internationale Verantwortung übernehmen. Saudi-Arabien gibt heute bereits 3% seines Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe aus (zum Vergleich BRD 1979: 0,44%). Während des Besuches des Präsidenten des Internationalen Währungsfonds (IWF) vorletzte Woche in den Golfstaaten erklärten sich diese bereit, ihre Einlagen in den IWF drastisch zu erhöhen – unter der Bedingung, daß die PLO als ständiger Beobachter zum IWF und zur Weltbank zugelassen wird. Die Entscheidung über die Forderung wurde am 9.9. um zehn Tage verschoben. Die „Frankfurter Allgemeine“ nennt sie „Erpressung“ und schreibt über den Verlauf der UN-Vollversammlung: „Die Hoffnungen der Industrieländer, daß sich der Riss zwischen den reichen Opec-Ländern und den ärmsten, von Ölimporten abhängigen Entwicklungsländern zeigen würden, haben sich nicht erfüllt.“ (8.9.80). Ein Sprecher der Arabischen Liga warnte davor, einen Spalt zwischen die erdölproduzierenden und die anderen Entwicklungsländer zu treiben. Die Ölpreiserhöhungen seien nicht Ursache, sondern Folge der Weltwirtschaftsordnung.

Uganda: Obote wendet sich gegen äußere Einmischung

z.heh. Der Vorsitzende des ugandischen Volkskongresses Milton Obote hat ungenannten Ländern eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes vorgeworfen. Diese Länder beherbergten Elemente, die in Uganda ein weiteres Blutbad anrichten wollten, sagte Obote in seinem Heimatort Apac. Die Militärkommission des Landes lobte er gleichzeitig, weil sie für die Abhaltung der Wahlen wie geplant eintrete. Obote war seinerzeit durch einen von den Imperialisten inszenierten Putsch wegen seiner auf Unabhängigkeit bedachten Politik von Idi Amin gestürzt worden. Seit bekannt wurde, daß Obote zu den anstehenden Wahlen aus dem Exil zurückkehren und kandidieren wollte, hat die Hetze gegen Obote und Uganda in der bundesdeutschen Presse nicht aufgehört.

Pakistan: sowjetisches Pressebüro wegen Hetze geschlossen

z.chm. Die pakistanische Regierung hat die Sowjetunion ultimativ aufgefordert, ihr Presse- und Informationsbüro in der Hauptstadt Islamabad zu schließen und das Botschaftspersonal um die Hälfte zu verringern. Für alle diplomatischen Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten wurden Reisebeschränkungen erlassen, die ihre Bewegungsfreiheit im Land einschränken. Jedes Verlassen der Hauptstadt muß sieben Tage vorher genehmigt werden. Die Sozialimperialisten hatten eine Hetzkampagne gegen die pakistanische Regierung und den Präsidenten des

Aus der Rede Hua Guofengs über das langfristige Wirtschaftsprogramm

Bezüglich der leitenden Prinzipien und einiger Probleme für einen langfristigen Wirtschaftsplan führte Ministerpräsident Hua Guofeng in seiner Rede vor dem Nationalen Volkskongreß u.a. aus:

,,... Die Modernisierung der Wissenschaft und der Technologie ist der Schlüssel zu den drei anderen Modernisierungen. Wissenschaftliche Forschung muß sich an den Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Aufbaus orientieren. Die Negierung, ja selbst die Geringschätzung von Wissenschaft und Bildung ist ein wesentlicher Aspekt in der Linksabweichung, die uns viele Verluste verursacht hat. Um der Modernisierung willen muß sich deshalb die ungeheure Bedeutung von Wissenschaft und Technologie in dem ausgearbeiteten Entwurf des Zehnjahresplans widerspiegeln. Der Staatsrat plant, für Wissenschaft und Bildung im kommenden Jahrzehnt stufenweise mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Er hofft, daß die Regierungen der verschiedenen Provinzen, Städte und autonomen Regionen genauso verfahren werden, so daß im Laufe der Zeit auf allen Gebieten viele Spezialisten ausgebildet sein werden, um den Anforderungen der vier Modernisierungen nachzukommen.''

Im Rückblick auf Formulierungen und Ergebnisse der ersten 5 Fünfjahrespläne für die nationale Wirtschaft seit der Gründung der VR China stellte Hua Guofeng fest, daß der erste Fünfjahresplan gut ausgearbeitet und erfüllt worden war. ,,Der zweite Fünfjahresplan war ebenfalls richtig aufgestellt. Aber er konnte die Rolle, die er hätte haben sollen, nicht einnehmen. Prahlerei und Übertreibung, Überbetonung des Gleichheitsgrundsatzes, unsystematische Umlegungen von Ressourcen und Arbeitskräften und die willkürlichen und unausführbaren Anweisungen, die 1958 ausgegeben worden waren sowie die sogenannte ,Bewegung gegen den Rechtsopportunismus', die nach dem September 1959 begann, ließen dies nicht zu.

Die Neuordnung der nationalen Wirtschaft in den Jahren nach 1961 lief ruhig an, auf allen Gebieten wurden bemerkenswerte Erfolge erzielt und wertvolle Erfahrungen gesammelt. Obgleich diese Jahre der Wiederherstellung der Wirtschaft gewidmet waren, wurde kein neuer Fünfjahresplan erstellt. Seit 1966 wurde die wirtschaftliche Planung ernstlich unterbrochen und während der ,Kulturrevolution' nahezu unmöglich gemacht.

Somit wurden während der 15 Jahre zwischen 1966 und 1980 nur Richtlinien für den 3., 4. und 5. Plan erstellt, da es unmöglich war, detaillierte Pläne auszuarbeiten. Folglich hatte China über eine lange Zeit hinweg kein in der Gesamtheit ausgeglichenes langfristiges Programm für seine nationale Wirtschaft ... Dies verursachte eine Reihe schwerer Verluste, die vermeidbar gewesen wären (...)''

Ministerpräsident Hua Guofeng drängte darauf, daß die strukturelle Reform der Wirtschaftsverwaltung in kühnen Schritten voranzutreiben und zu einem Erfolg zu machen.

,,– Umwandlung des zu stark zentralisierten Systems der Betriebsverwaltung durch den Staat (sowohl zentraler als auch lokaler Behörden) und Ausdehnung der Entscheidungsgewalt der Unternehmen und der Macht ihrer Arbeiter, um an der Betriebsverwaltung teilzuhaben;

– Umwandlung der ausschließlichen Regulierung durch Planwirtschaft in eine Regulierung durch Planwirtschaft, kombiniert mit Regulierung durch den Markt;

– Umwandlung der Betriebsverwaltung, die hauptsächlich von administrativen Organen und Methoden abhängig ist, in Verwaltungen, die sich hauptsächlich auf wirtschaftliche Einheiten wie auch auf wirtschaftliche und gesetzliche Methoden stützt. (...) Unser gegenwärtiges System der Wirtschaftsverwaltung, einschließlich seines Finanz-, Arbeits- und Lohnsystems, seines Preissystems und des Systems der Materialkontrolle besteht hauptsächlich aus dem, was wir vom Ausland kopiert haben, als wir noch sehr wenig Erfahrungen hatten. Teilweise haben wir auch Praktiken übernommen, die unter bestimmten historischen Bedingungen während der Periode der revolutionären Kriege vorgeherrscht hatten.''

Dieses System wurde niemals durch in Erwägung gezogene notwendige Reformen geändert, die Chinas spezifische Bedingungen im sozialistischen Aufbau und den wirtschaftlichen und demokratischen Prinzipien des Sozialismus Rechnung getragen hatten. Folglich hätten sich diese Probleme immer mehr verstärkt.

,,Die Unzulänglichkeiten und Fehler in unserem System der Wirtschaftsverwaltung zeigen sich hauptsächlich in der Überkonzentration der Macht; übertriebener und starrer Kontrolle; der Leugnung der notwendigen Unabhängigkeit sozialistischer Unternehmen bei ihren Arbeitsweisen; untauglicher Gebrauch der Regierungsgewalt auf zentraler wie lokaler Ebene, indem mit administrativen Mitteln direkt entschieden und interveniert werden kann; Wirtschaftsführung mittels politischer Bewegungen, anstelle erstere durch moderne, wissenschaftliche Methoden, die den ökonomischen Gesetzen, Notwendigkeiten und Funktionen entsprechen, zu führen. Als Resultat verloren viele Unternehmen die Motivation, die Produktion auszudehnen und ihre Arbeitsweisen zu verbessern. Die Initiative, Begeisterung und Kreativität der Arbeiter wurde gebremst; die Überlegenheit des sozialistischen Sytems wurde nicht voll entfaltet. Diese Unzulänglichkeiten und Fehler behindern den Fortschritt der Modernisierungen ernsthaft und müssen in einer kompromißlosen Reform beseitigt werden.''

(Eigene Übersetzung nach Xinhua)

Im Rückblick auf Formulierungen und Ergebnisse der ersten 5 Fünfjahrespläne für die nationale Wirtschaft seit der Gründung der VR China stellte Hua Guofeng fest, daß der erste Fünfjahresplan gut ausgearbeitet und erfüllt worden war. ,,Der zweite Fünfjahresplan war ebenfalls richtig aufgestellt. Aber er konnte die Rolle, die er hätte haben sollen, nicht einnehmen. Prahlerei und Übertreibung, Überbetonung des Gleichheitsgrundsatzes, unsystematische Umlegungen von Ressourcen und Arbeitskräften und die willkürlichen und unausführbaren Anweisungen, die 1958 ausgegeben worden waren sowie die sogenannte ,Bewegung gegen den Rechtsopportunismus', die nach dem September 1959 begann, ließen dies nicht zu.

Die Neuordnung der nationalen Wirtschaft in den Jahren nach 1961 lief ruhig an, auf allen Gebieten wurden bemerkenswerte Erfolge erzielt und wertvolle Erfahrungen gesammelt. Obgleich diese Jahre der Wiederherstellung der Wirtschaft gewidmet waren, wurde kein neuer Fünfjahresplan erstellt. Seit 1966 wurde die wirtschaftliche Planung ernstlich unterbrochen und während der ,Kulturrevolution' nahezu unmöglich gemacht.

Somit wurden während der 15 Jahre zwischen 1966 und 1980 nur Richtli-

weise haben wir auch Praktiken übernommen, die unter bestimmten historischen Bedingungen während der Periode der revolutionären Kriege vorgeherrscht hatten.''

Dieses System wurde niemals durch in Erwägung gezogene notwendige Reformen geändert, die Chinas spezifische Bedingungen im sozialistischen Aufbau und den wirtschaftlichen und demokratischen Prinzipien des Sozialismus Rechnung getragen hatten. Folglich hätten sich diese Probleme immer mehr verstärkt.

,,Die Unzulänglichkeiten und Fehler in unserem System der Wirtschaftsverwaltung zeigen sich hauptsächlich in der Überkonzentration der Macht; übertriebener und starrer Kontrolle; der Leugnung der notwendigen Unabhängigkeit sozialistischer Unternehmen bei ihren Arbeitsweisen; untauglicher Gebrauch der Regierungsgewalt auf zentraler wie lokaler Ebene, indem mit administrativen Mitteln direkt entschieden und interveniert werden kann; Wirtschaftsführung mittels politischer Bewegungen, anstelle erstere durch moderne, wissenschaftliche Methoden, die den ökonomischen Gesetzen, Notwendigkeiten und Funktionen entsprechen, zu führen. Als Resultat verloren viele Unternehmen die Motivation, die Produktion auszudehnen und ihre Arbeitsweisen zu verbessern.

Die VR China reformiert mit dem Wirtschaftssystem zusammen die Betriebsverfassung

z.thh./jör. Beijing. Wie kann die VR China die ca. 350000 Industriebetriebe des Landes möglichst schnell in moderne, rationell arbeitende und gewinnbringende wirtschaftliche Einheiten verwandeln, um die Bedürfnisse der Volksmassen besser zu befriedigen? – Im letzten Jahr begann man, einer Reihe von Betrieben probeweise größere Rechte einzuräumen. Rund 6000 Betriebe nehmen inzwischen daran teil. Die betreffenden Unternehmen erhielten einen größeren Entscheidungsspielraum, speziell was den Plan und die Verwendung des Überplangewinns angeht. Beispielsweise kann ein Unternehmen, nachdem es das staatliche Plansoll erfüllt hat, weitere Bestellungen annehmen, bzw. Waren entsprechend der Nachfrage produzieren und selbst verkaufen, soweit die staatlichen Abteilungen sie nicht aufkaufen. Die staatlichen Pläne sollen nur noch Orientierungspläne sein. Sie müssen mit den Betrieben beraten werden, und die Betrieben treffen dann selbst die Entscheidung. Ferner können die Betriebe über einen bestimmten Prozentsatz ihres Gewinns aus der Übererfüllung des Plans frei verfügen, d.h. sie können Betriebsfonds errichten für die Erweiterung der Produktion, für kollektive Sozialleistungen und für Prämien. Die Betriebe können ferner direkt an den Außenhandelsverflechtungen teilnehmen und Exportabkommen schließen.

Bisher wurden die Produktionsquoten der meisten Produkte vom Staat vorgegeben, die Produkte vom Staat verteilt, alle Gewinne an den Staat abgeliefert und alle Defizite von ihm getragen. Die Betriebe waren nur für die Produktion verantwortlich, andere Abteilungen für die Rohstoffbelieferung bzw. den Produktenverkauf. Sollten Betriebe um- oder ausgebaut werden, mußten die Fabriken vom Staat Geld anfordern, und alle Pläne für technische Neuerungen mußten von den höheren Instanzen genehmigt werden.

Bereits 1956 hatte Mao Zedong diese übermäßige Konzentration kritisiert und betont, man müsse sowohl die Initiative der zentralen Ebene wie der örtlichen Ebene zur Entfaltung bringen. Es waren 1958, 1964 und 1970 auch entsprechende Reformen vorgenommen worden, sie blieben aber sämtlich ineffektiv. Zwar wurden stets gewisse Änderungen hinsichtlich der Machtzentralisierung und der örtlichen Machtbefugnisse vorgenommen, aber die Betriebe konnten nur dem Staatsplan und den Anweisungen höherer Instanzen gemäß verfahren und verfügten bei der Wirtschaftsverwaltung über keinerlei Selbstentscheidungsrecht.

Die Vorteile der Reform wurden von der ,,Renmin Ribao'' kürzlich folgendermaßen zusammengefaßt: a) Infolge von mehr Entscheidungsrechten und größerem wirtschaftlichem Nutzen gehen die Betriebe von sich aus aktiv an die Verbesserung ihrer Betriebsführung. Z.B. sind sie auch bestrebt, nach Erfüllung des staatlichen Plans Produkte herzustellen, die gefragt sind, das Sortiment zu vergrößern, die Qualität zu verbessern und ihre Waren auch zu verkaufen. b) Die Betriebe verfügen über beträchtliche Geldsummen, und sie können z.B. ihre Anlagen verbessern, die Fabrik ausbauen, etc., was bisher nur über Investitionen des Staates und mit Billigung übergeordneter Führungsorgane möglich war. c) Die Rechte der Belegschaften wurden erweitert. Dies betrifft Planung, Verkauf, Erweiterung der Reproduktion, Aufteilung der Gewinne, Verwendung der Prämien und Wahl der Kader in den unteren Einheiten. d) Die Führung solcher Betriebe erfordert tüchtige und fachkundige Kader, was die letzteren zwingt, sich Management-Fähigkeiten anzueignen.

Die Erweiterung der Selbstverwaltungsrechte der Belegschaften, insbesondere die stärkere Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Betriebe, einschließlich der Wahl der Leiter der unteren Ebenen und teilweise der Direktoren, ist ein entscheidender Hebel bei der ganzen Reform. In einigen, ganz wenigen Betrieben sind bereits die Betriebsleitungen durch die Belegschaften bzw. ihre Vertreterversammlung gewählt worden. Allerdings ist es so, daß diese Wahlen offenbar auf Probleme in der Durchsetzung stoßen. Die Gewerkschaftszeitung ,,Gongren Ribao'' berichtete z.B. am 11.3., daß bisher nur ein Fünftel der chinesischen Betriebe über einen Belegschaftskongreß verfügt, der die Wahlen zu den leitenden Gremien durchführen kann. Hinzukommt, daß von diesen Belegschaftskongressen viele nicht gut arbeiten, da sie, wie die Gewerkschaftszeitung feststellt, von der Betriebsleitung behindert werden. Viele Direktoren halten diese Einrichtung für überflüssig und nutzlos. Einen Tag später, am 12.3., druckte die ,,Gongren Ribao'' einen Leserbrief. Der Verfasser berichtete, daß zur Tagung des Belegschaftskongresses in seinem Betrieb nur ,,die Betriebsleiter, die Parteisekretäre und die Jugendverbandssekretäre (eingeladen wurden)'', die Arbeiter aber nicht.

Den Gewerkschaften kommt in diesem Rahmen eine wachsende Bedeutung zu. Auf einer Ende dieses Jahres abgehaltenen Konferenz zum Thema Arbeitsschutz sagte der Gewerkschaftsführer Huang Minwei, als er auf die Ursachen vieler Arbeitsunfälle einging, u.a.: ,,Letzten Endes liegt die Ursache für das Entstehen der oben genannten Probleme darin, daß es leitende Kader gibt, die den Arbeitsschutz nicht beachten. Sie sehen nur auf die Produktion und nicht auf die Sicherheit. Sie sind nur auf Quantität und Qualität aus, aber ob die Arbeiter leben oder sterben, ist ihnen gleich. Es gibt sogar Kader, die meinen, ,daß die Produktion eine Schlacht ist – wie könnte es da ohne Tote abgehen?' ''. (Gongren Ribao, 20.6.)

In einem Artikel der ,,Akademischen Monatszeitschrift'' wurde folgender Zusammenhang zwischen der Reform des Wirtschaftssystem und der Betriebsverfassung hergestellt: ,,Wenn die wirtschaftlichen Interessen der Belegschaften weiterhin mit demokratischen Wahlen verbunden werden, so wird dies nützlich dafür sein, daß die richtigen Leute auf den richtigen Posten sitzen und die Einseitigkeit in der Auswahl der Kader überwunden wird. Es wird der Überwachung der Kader durch die Massen nützen. Es wird nützlich sein, das Prinzip der ,Eisernen Reisschale' zu ändern, wonach Kader nur auf- und nicht absteigen können, nur eingestellt, aber nicht entlassen werden können. Es wird das Verantwortungsbewußtsein der Kader stärken, so daß jene, die ,den ganzen Tag nur pfuschen', nicht mehr so weitermachen können. Deshalb hat es mehr Vorzüge, die leitenden Kader der oberen Fabrikebenen in demokratischer Wahl zu bestimmen; die Belegschaften haben verläßliche Garantien für die demokratische Verwaltung des ganzen Betriebes.''



gen teilnehmen und Exportabkommen schließen.

Bisher wurden die Produktionsquoten der meisten Produkte vom Staat vorgegeben, die Produkte vom Staat verteilt, alle Gewinne an den Staat abgeliefert und alle Defizite von ihm getragen. Die Betriebe waren nur für die Produktion verantwortlich, andere Abteilungen für die Rohstoffbelieferung bzw. den Produktenverkauf. Sollten Betriebe um- oder ausgebaut werden, mußten die Fabriken vom Staat Geld anfordern, und alle Pläne für technische Neuerungen mußten von den höheren Instanzen genehmigt werden.

Bereits 1956 hatte Mao Zedong diese übermäßige Konzentration kritisiert und betont, man müsse sowohl die Initiative der zentralen Ebene wie der örtlichen Ebene zur Entfaltung bringen. Es waren 1958, 1964 und 1970 auch entsprechende Reformen vorgenommen worden, sie blieben aber sämtlich ineffektiv. Zwar wurden stets gewisse Änderungen hinsichtlich der Machtzentralisierung und der örtlichen Machtbefugnisse vorgenommen, aber die Betriebe konnten nur dem Staatsplan und den Anweisungen höherer Instanzen gemäß verfahren und verfügten bei der Wirtschaftsverwaltung über keinerlei Selbstentscheidungsrecht.

Ribao'' berichtete z.B. am 11.3., daß bisher nur ein Fünftel der chinesischen Betriebe über einen Belegschaftskongreß verfügt, der die Wahlen zu den leitenden Gremien durchführen kann. Hinzukommt, daß von diesen Belegschaftskongressen viele nicht gut arbeiten, da sie, wie die Gewerkschaftszeitung feststellt, von der Betriebsleitung behindert werden. Viele Direktoren halten diese Einrichtung für überflüssig und nutzlos. Einen Tag später, am 12.3., druckte die ,,Gongren Ribao'' einen Leserbrief. Der Verfasser berichtete, daß zur Tagung des Belegschaftskongresses in seinem Betrieb nur ,,die Betriebsleiter, die Parteisekretäre und

Es wird der Überwachung der Kader durch die Massen nützen. Es wird nützlich sein, das Prinzip der ,Eisernen Reisschale' zu ändern, wonach Kader nur auf- und nicht absteigen können, nur eingestellt, aber nicht entlassen werden können. Es wird das Verantwortungsbewußtsein der Kader stärken, so daß jene, die ,den ganzen Tag nur pfuschen', nicht mehr so weitermachen können. Deshalb hat es mehr Vorzüge, die leitenden Kader der oberen Fabrikebenen in demokratischer Wahl zu bestimmen; die Belegschaften haben verläßliche Garantien für die demokratische Verwaltung des ganzen Betriebes.''



In vorläufig 120 großen chinesischen Textilfabriken wird seit April 1979 statt der Sechstagewoche nach dem Schema ,,pro drei Tage Arbeit einen Tag frei'' gearbeitet. 50 000 Arbeitslose konnten eingestellt werden. Die Arbeitsproduktivität stieg um 5%. Mehr Arbeiter besuchen Fortbildungskurse.

Landes Zia ul-Haq entfaltet, den sie als ,,Lakaien im Solde des US-Imperialismus'' beschimpft haben. Es ist ihnen ein Dorn im Auge, daß Pakistan den afghanischen Flüchtlingen, die ihr Land wegen der sowjetischen Aggression verlassen, Zuflucht gewährt und daß die politische Führung des afghanischen Volkes in Peschawar ihren Sitz hat. Die Zahl der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan hat inzwischen eine halbe Million überschritten. Mit dieser Hetze versucht die SU das Ansehen Pakistans unter den islamischen Staaten und in der Blockfreien-Bewegung, die den Kampf gegen *beide* Supermächte führen, zu untergraben und das Land zu isolieren, um es sturmreif zu machen.

USA verweigern PLO mit allen Mitteln Beobachterstatus im IWF

z.frb. Die Exekutivdirektoren des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank mußten ihre Entscheidung über die Zulassung eines Beobachters der Palästinensischen Befreiungsorganisation aufschieben. Neue Frist ist der 19. September. Die USA-Imperialisten hatten bis zum Stichtag letzten Dienstag nicht genügend Stimmen für eine Resolution sammeln können, die die PLO von der kommenden Jahrestagung ausschließen würde. Die USA müßten mehr als die Hälfte der Gouverneure mit ⅔ des Stimmgewichts zur Abstimmung bewegen. Sie selbst halten 19,83% der Stimmen, Großbritannien, BRD, Frankreich, Japan weitere 20,6%. Kommt eine solche Abstimmung zustande, so würde die einfache Mehrheit für einen Ausschluß der PLO genügen. Allerdings müssen die US-Imperialisten selbst dann fürchten, daß der Vorsitzende der diesjährigen Jahrestagung, der Finanzminister Tansanias, Amil Jamal, dennoch die PLO einladen wird. Er hat bereits darauf hingewiesen, daß das schleppende Verfahren beweise, daß keine wirkliche Mehrheit gegen die PLO existiere. Sowieso habe die PLO seit Jahren bei den Vereinten Nationen Beobachterstatus und daher stehe ihr das gleiche Recht bei IWF und Weltbank, die Unterorganisationen der UNO sind, zu. Saudi-Arabien und Kuweit haben erklärt, daß sie keine Mittel mehr für IWF und Weltbank zur Verfügung stellen, ehe nicht die PLO zugelassen ist. In seinem Jahresbericht droht der Fonds, ,,weiter die Politik von Ländern genau zu beobachten, bei denen ungewöhnlich starke Zahlungsbilanzungleichgewichte auftreten oder sich abzeichnen''.

Peru: Streik der Studenten und Universitätsangestellten

z.mow. Am 28. August sind die Studenten, Angestellten und Akademiker der Universitäten Perus in einem Demonstrationszug zum Kongreß marschiert und haben für den 2. September zu einem nationalen Streik aufgerufen. Dieser ist der erste gemeinsame nationale Streik der Gewerkschaften der Studenten, Angestellten und Akademiker (FEP, FENTUP, FENDUP). Ziel ist die Durchsetzung der Forderungen: 11fache Erhöhung der Grundlöhne für die Akademiker, Lohnerhöhungen von 90 Dollar für die Angestellten, Wiedereinstellung aller Entlassenen, das Recht auf Teilnahme der Studenten an dem Universitätskonvent. Diese Kämpfe an den Hochschulen sind Teil einer Welle von Streiks. Die Gewerkschaft der Minenarbeiter hat zur Unterstützung der 450 streikenden Minenarbeiter in Minas Canarias aufgerufen, die für die Wiedereinstellung von 150 entlassenen Arbeitern kämpfen. Alle diese Streiks haben zu den ökonomischen Forderungen das Ziel, die bürgerlichen Parteien im Kongreß zu zwingen, die versprochene Freilassung der politischen Gefangenen und die Wiedereinstellung aller Entlassenen durchzuführen.

USA: Ausländische Kontrolle von Banken ,,besorgniserregend''

z.rül. Es sei an der Zeit, eine Grenze festzulegen, bei deren Überschreiten ,,ausländische Kontrolle von US-Bankvermögen besorgniserregend'' werde, stellte Ende August das US-,,Amt für allgemeine Erfassungen'' in einem Bericht an das Repräsentantenhaus fest. Anlaß der Warnung: ,,Zum Zeitpunkt Dezember 1979 besaßen ausländische Investoren US-Bankvermögen in Höhe von 202,5 Mrd. US-$. Dies entsprach 13,7% des Gesamtvermögens der US-Banken.'' Bereits angelaufene Erwerbungen ,,werden den kontrollierten Vermögensanteil auf 15% erhöhen.'' Am 24. und 25.9. will sich der Finanzausschuß des Repräsentantenhauses mit dem Bericht befassen. Die Forderung des Berichts: Sofortige Sperre für den Aufkauf von US-Banken mit über 100 Mio. $ Vermögen durch ausländische Banken. Die Sperre soll frühestens aufgehoben werden, wenn mehrere Anti-Trust-Vorschriften, die z.B. den New Yorker Großbanken untersagen, Banken mit Sitz in anderen US-Bundesstaaten aufzukaufen, aufgehoben sind. Die US-Finanzbourgeoisie strebt eine rasche Zentralisation ihres Bankkapitals an, um ihre Vorherrschaft als Welthandelsmacht und beim Kapitalexport zu verteidigen und auszubauen. Die jetzt veröffentlichten Daten über den Kapitalexport USA – Ausland und umgekehrt für 1979 stacheln sie dabei zusätzlich an. So stieg der Buchwert aller US-*Direktinvestitionen* im Ausland auf 192,65 Mrd. $, das sind 28,6% mehr als 1977. Der Buchwert aller ausländischen *Direktinvestitionen* in den USA, wenngleich mit 52,26 Mrd. $ bedeutend niedriger, lag aber um 51,1% höher als 1977.

Chruschtschows „Abrechnung" mit Stalin, 1956

z.gek. 1956 kam es in verschiedenen Ländern des damaligen sozialistischen Lagers zu Unruhen und innenpolitischer Bewegung. Es wurde deutlich, daß größere Teile der Arbeiter, Bauern und übrigen Werktätigen in der Sowjetunion und besonders in den osteuropäischen Ländern, die sich eng an das sowjetische Vorbild hielten, unzufrieden waren mit dem eingeschlagenen Weg. Über Jahre hinweg hatte schon eine Wirtschaftskrise geschwelt. Vor allem in Ungarn konnten bürgerliche Reaktionäre die Lage für sich nutzen. Die kommunistische Weltbewegung stand an einem Scheideweg.

In der Volksrepulik China war die Lage günstiger. „Solche Probleme wie in der Sowjetunion, die lange Zeit nicht imstande war, beim Getreideertrag den höchsten vorrevolutionären Stand zu erreichen, und solche ernsten Probleme, wie sie sich aus der allzu ungleichmäßigen Entwicklung von Leichtindustrie und Schwerindustrie in einigen osteuropäischen Ländern ergeben haben, existieren bei uns nicht", konnte Mao Zedong damals feststellen. Er kritisierte offen den unter Stalin in der Sowjetunion eingeschlagenen Weg und entwickelte im April 1956 in seiner Rede vor dem Politbüro der KP Chinas „Über die zehn großen Beziehungen" erneut die Generallinie der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus in China (Werke Bd. V, S. 320ff.) Dabei schloß er die Möglichkeiten von Unruhen in China durchaus nicht aus. Er war dafür, dem mit revolutionären Mitteln zu begegnen. „Der Hauptgrund, warum in unserem Land noch kleine Gruppen von Leuten Unruhe stiften, liegt darin, daß in unserer Gesellschaft immer noch alle Arten von gegensätzlichen Aspekten, positiven wie negativen, daß immer noch Klassen, Menschen und Meinungen existieren, die im Gegensatz zueinander stehen", führte er auf einer Parteikonferenz aus. „Wenn manche Leute streiken oder Petitionen einreichen wollen, wäre es nicht angebracht, sie unbedingt daran hindern zu wollen. Meiner Meinung nach sollte jeder, der Unruhe stiften will, das ruhig solange tun dürfen, wie es ihm beliebt. Wenn ihm ein Monat nicht reicht, dann gebt ihm zwei Monate ... Was das für Vorteile bringt? Es wird helfen, die Probleme ganz aufzudecken, klar zwischen richtig und falsch zu unterscheiden, so daß alle gestählt daraus hervorgehen und die, die im Unrecht sind, die schlechten Elemente, die Partie verlieren".

Genau umgekehrt war das Vorgehen Chruschtschows und der KPdSU-Führung damals. In Polen und Ungarn ließen sie die Unruhen militärisch niederschlagen. Auf dem XX. Parteitag der KPdSU versuchte Chruschtschow zugleich, sich als großartigen Neuerer herauszustellen, der Demokratie und Rechtssicherheit im Sozialismus wiederherstelle. Dazu diente seine „Abrechnung" mit Stalin.

Liest man den Text seiner Geheimrede auf dem Parteitag – die in der Sowjetunion unveröffentlicht blieb, aber in einer undementierten Fassung in den Westen gelangte –, wird eins sofort klar: Chruschtschows Trumpf war, daß er ungeheuerliche Lügen über Stalins Führung der Partei und des ganzen Landes decken konnte durch eine Reihe sehr brutaler Wahrheiten, um so die unbestreitbaren Siege, die unter Stalins Führung errungen worden waren, in den Dreck zu ziehen. Es gibt Tatsachen, an denen man nicht deuteln kann. Welche Rechtfertigung ließe sich denken für einen Vorgang wie den, daß von den auf dem XVII. Parteitag der KPdSU 1934 gewählten 134 Mitgliedern und Kandidaten des Zentralen Komitee im Jahr 1938 nicht weniger als 98 als „Volksfeinde" verhaftet, großteils ohne Verfahren erschossen waren, von den 1966 Delegierten – 1108. Dieser Parteitag war als der „Parteitag der Sieger" in die Annalen der Partei eingeschrieben. Seine Delegierten waren die besten, in den Jahren der Revolution, des Bürgerkriegs und Interventionskrieges und den Jahren des Aufbaus gereiften Kader der Partei, zu 60% Arbeiter. Und tatsächlich waren die Rechten, die Trotzkisten und Anhänger Bucharins, deren Politik allerdings die Sowjetunion und die Welt ins Unglück gestürzt hätte, zu diesem Zeitpunkt bereits politisch geschlagen.

Chruschtschow geißelt Stalins These, daß die Feinde des Sozialismus umso zahlreicher würden, je weiter der sozialistische Aufbau vorangehe. Aber diese These Stalins war gerade der Ausfluß seiner Theorie, daß in der Sowjetunion bereits in den 30er Jahren alle Klassenwidersprüche aufgehört hätten zu existieren, daß alle zukünftig auftretenden Widersprüche daher nichts anderes mehr sein könnten als Machenschaften der inneren und äußeren Konterrevolution. Hier lag der Kern seiner idealistischen Abweichungen und seiner Abweichungen von dem fundamentalen Gesetz der Dialektik von der Einheit der Widersprüche. Er schlug die Konterrevolutionäre und traf die Partei. Das mußte das innere Leben in der Partei ersticken, es ermöglichte bürgerlichen Opportunisten, Speichelleckern und sogar solchen blutigen Henkern wie Berija, sich in den Schaltstellen der proletarischen Staatsmacht zu etablieren. Dies war der Kern der neuen Bourgeoisie, ihr Zentrum war schließlich das ZK der KPdSU selbst, ihr Hauptvertreter eben Chruschtschow.

Chruschtschow spann die idealistischen Fehler Stalins zu einem kompletten System revisionistischer Auffassungen fort. Der XX. Parteitag beschloß die Ausarbeitung eines neuen Programms der KPdSU, „ihr drittes Programm: das Programm für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft". 1961 wurde es ver-

Liest man den Text seiner Geheimrede auf dem Parteitag – die in der Sowjetunion unveröffentlicht blieb, aber in einer undementierten Fassung in den Westen gelangte –, wird eins sofort klar: Chruschtschows Trumpf war, daß er ungeheuerliche Lügen über Stalins Führung der Partei und des ganzen Landes decken konnte durch eine Reihe sehr brutaler Wahrheiten, um so die unbestreitbaren Siege, die unter Stalins Führung errungen worden waren, in den Dreck zu ziehen. Es gibt Tatsachen, an denen man nicht deuteln kann. Welche Rechtfertigung ließe sich denken für einen Vorgang wie den, daß von den auf dem XVII. Parteitag der KPdSU 1934 gewählten 134 Mitgliedern und Kandidaten des Zentralen Komitee im Jahr 1938 nicht weniger als 98 als „Volksfeinde" verhaftet, großteils ohne Verfahren erschossen waren, von den 1966 Delegierten – 1108. Dieser Parteitag war als der „Parteitag der Sieger" in die Annalen der Partei eingeschrieben. Seine Delegierten waren die besten, in den Jahren der Revolution, des Bürgerkriegs und Interventionskrieges und den Jahren des Aufbaus gereiften Kader der Partei, zu 60% Arbeiter. Und tatsächlich waren die Rechten, die Trotzkisten und Anhänger Bucharins, deren Politik allerdings die Sowjetunion und die Welt ins Unglück gestürzt hätte, zu diesem Zeitpunkt bereits politisch geschlagen.

Chruschtschow geißelt Stalins These, daß die Feinde des Sozialismus umso zahlreicher würden, je weiter der sozialistische Aufbau vorangehe. Aber diese These Stalins war gerade der Ausfluß seiner Theorie, daß in der Sowjetunion bereits in den 30er Jahren alle Klassenwidersprüche aufgehört hätten zu existieren, daß alle zukünftig auftretenden Widersprüche daher nichts anderes mehr sein könnten als Machenschaften der inneren und äußeren Konterrevolution. Hier lag der Kern seiner idealistischen Abweichungen und seiner Abweichungen von dem fundamentalen Gesetz der Dialektik von der Einheit der Widersprüche. Er schlug die Konterrevolutionäre und traf die Partei. Das mußte das innere Leben in der Partei ersticken, es ermöglichte bürgerlichen Opportunisten, Speichelleckern und sogar solchen blutigen Henkern wie Berija, sich in den Schaltstellen der proletarischen Staatsmacht zu etablieren. Dies war der Kern der neuen Bourgeoisie, ihr Zentrum war schließlich das ZK der KPdSU selbst, ihr Hauptvertreter eben Chruschtschow.

Chruschtschow spann die idealistischen Fehler Stalins zu einem kompletten System revisionistischer Auffassungen fort. Der XX. Parteitag beschloß die Ausarbeitung eines neuen Programms der KPdSU, „ihr drittes Programm: das Programm für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft". 1961 wurde es ver-

abschiedet und ist bis heute gültig. Es proklamiert das Ende der proletarischen Diktatur; der Staat sei nun „der Staat des ganzen Volkes", des Sowjetvolkes, das unterschiedslos alle Nationalitäten einschließt. Dieser sozialistische Staat aber sei „das wichtigste Instrument zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft". Er müsse daher „vervollkommnet" werden. Das waren die demagogischen Losungen, durch die die Errichtung einer bürgerlichen Klassendiktatur und die Wiederherstellung des alten zaristischen Völkergefängnisses abgeschirmt wurde. In der Sphäre der internationalen Politik stellte das Programm fest, der Hauptwiderspruch in der Welt sei nun der zwischen den beiden Lagern des Sozialismus und des Kapitalismus; entscheidend für jeden Fortschritt in der Welt sei die Machtstellung der Sowjetunion selbst. „Die Heerstraße zum Sozialismus ist gebahnt." Gebahnt war tatsächlich die Heerstraße für das Auftreten der Sowjetunion als neuer sozialimperialistischer Supermacht. *Dazu* mußte Chruschtschow allerdings mit Stalin „abrechnen".

Die Machtergreifung der Revisionisten in der KPdSU bedeutete Übergang zum Sozialimperialismus

z.gek. „Die Sowjetunion von heute steht unter der Diktatur der Bourgeoisie, der Diktatur der Großbourgeoisie, der Diktatur von der Art des deutschen Faschismus, der Diktatur von der Art Hitlers." Dieses Urteil fällte Mao Zedong bereits 1964. Es schien damals vielen übertrieben. Die immer ungezügeltere Aggressionspolitik, die der Sozialimperialismus entfaltet, läßt es heute in anderem Licht erscheinen. Man kann es auch analytisch unterstützen.

Die Klassengesellschaft der Sowjetunion, wie sie sich seit der Machtergreifung der Revisionisten 1956 entwickelt hat, zu beschreiben, ist nicht ganz einfach. Der juristischen Form nach sind die Produktionsmittel, der Boden und die Naturressourcen Eigentum der Gesellschaft, des Staates. Soweit auf dem Lande Genossenschaftseigentum existiert, kann nur nach staatlichen Weisungen darüber verfügt werden. Die Existenz der neuen Ausbeuterklasse ist daher direkt an ihre Kontrolle über den Staat gebunden. Freilich ist dies vom Privatkapitalismus in den westlichen Ländern keineswegs völlig unterschieden; auch hier entwickelt sich der Monopolismus zum Staatsmonopolismus, geraten immer größere Sektoren der gesellschaftlichen Produktion unter direkte staatliche Regie, und wird der dort gemachte Profit auf verschiedene Weise wieder auf die einzelnen Monopolgruppen, Monopole und Kapitaleigner zurückverteilt. Sowieso bringt es das Gesetz des Ausgleichs der Profitraten der einzelnen Kapitale mit sich, daß die privaten Kapitalisten letztlich Aktionäre einer einzigen großen Aktiengesellschaft (man könnte auch sagen: Ausbeutergemeinschaft) bilden, die die gesamte Mehrwertbeute je nach Kapitalanteil unter sich verteilen.

In der Sowjetunion regelt sich die Beteiligung an der Mehrwertbeute nicht über individuelle Kapitalanteile, die auch vererbt, veräußert oder zusammengelegt werden könnten, sondern über den zugewiesenen oder erkämpften Platz in der „Nomenklatura", in der Hierarchie der Staats- und Wirtschaftsverwaltung. Insofern unterliegen die Eigentums- und Ausbeuterrechte der einzelnen Mitglieder der neuen Bourgeoisie Einschränkungen. Dies sind vor allem Einschränkungen in der freien Konkurrenz untereinander, trotz der zu beobachtenden Tendenz, die durch die verschiedenen Wirtschaftsreformen gestützt worden ist, daß sich einzelne Monopole und Monopolgruppen herausbilden, die unter- oder überdurchschnittliche Profite machen können.

Im ganzen aber bietet die herrschende Klasse der UdSSR das Bild eines verschworenen Ordens, und das ist sie auch. Sie muß so eng zusammenkleben, den Profit gemeinschaftlich einbringen und dann untereinander teilen, weil von der historisch einmal erreichten Form des sozialistischen Eigentums kein Weg zum Privatkapitalismus zurückführt. Sie müssen daher der Arbeiterklasse und den Volksmassen als „Kommunisten" gegenübertreten (so wie sich die Bourgeois im Faschismus als „Nationalsozialisten" kostümierten). Die neue Ausbeuterklasse steht zusammen oder fällt zusammen. Sie sichert das durch rigorose Gesetze, wie durch Todesstrafe auf Schwarzhandel, Spekulation, Unterschlagung in großem Umfang, obwohl (wie die Beschwerden der Arbeiter zeigen, vgl. rechts) gerade dies im Massenumfang zur Form der privaten Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums wird. Freilich handelt es sich dort um die gegenseitig gedeckte Aneignung von Mehrwert oder sogar Lohn- und Versicherungsgeldern außerhalb der Gesetze, die nur für den Volksbetrug dienen. Die Härte des Gesetzes trifft die Arbeiter, die das aufdecken.

Der andere Grund, warum die neue Bourgeoisie der UdSSR sich als verschworene Gemeinschaft organisieren muß, liegt in ihren Zielen nach außen. Die revisionistische Entartung der KPdSU leitete unmittelbar den Übergang zum Sozialimperialismus ein. Dabei fand die Sowjetunion die wesentlichen Märkte und Rohstoffquellen entweder von den westlichen Imperialisten kontrolliert oder durch die nationaldemokratische Revolution in den früheren Kolonien ihrem Eindringen entzogen. In der direkten ökonomischen Konkurrenz ist ihr Anteil am Welthandel wieder unter 4% gesunken; und schon dieser Anteil beruht wesentlich auf ihrer Monopolstellung auf dem RGW-Markt, die sie nur über militärische Okkupation sichern kann.

Die Bourgeoisie der UdSSR hat sich auf den Weg der militärischen Aggression festgelegt. Noch die niedrigsten Schätzungen der tatsächlichen Militärausgaben belaufen sich auf über 10% des Bruttosozialprodukts; es können auch 15% sein. Das ist proportional das Doppelte der Ausgaben der USA, das Mehrfache aller anderen Länder der Welt. Schwerer noch als der bloße Anteil der dafür verwendeten Arbeitszeit und Mittel der Gesellschaft wiegt, daß in den Aufbau dieser Militärmaschinerie die entwickeltsten Produktivkräfte des Landes, die menschlichen wie die sachlichen, eingebunden sind. Für Armee, Luftwaffe, Marine werden die modernsten Maschinen, Transportmittel, elektronischen Ausrüstungen usw. produziert, die der Industrie, dem Transportwesen, der Landwirtschaft entzogen werden. Dort großer Mangel an Motorisierung. Hier: hunderttausende Lastwagen und Jeeps; ca. 50000 Panzer; ca. 55000 gepanzerte Transporter; ca. 30000 Stück Artillerie auf Selbstfahrlafetten, etc., etc. Aus dieser Ausrichtung auf Kriegsproduktion ergibt sich heute die schwere Disproportion zwischen Schwer- und Leichtindustrie in der Sowjetunion, völlig anders als zu Zeiten Stalins, wo es um die gewaltsam beschleunigte Schaffung einer Industriebasis ging.

Methoden faschistischer Diktatur kombinieren sich mit solchen, die mehr an den asiatischen Despotismus der alten Zaren erinnern, in der inneren wie der äußeren Politik. In der äußeren Politik zieht es der Sozialimperialismus wie früher der Zarismus vor, seine Expansion so „friedlich" wie möglich zu betreiben, durch die langsame und geduldige Differenzierung der potentiellen Gegner, durch die Kombination von Lockungen und der Drohung mit dem schnellen und vernichtenden Schlag, immer im Bewußtsein der eigenen Unangreifbarkeit. Wie einer der



Regie, und wird der dort gemachte Profit auf verschiedene Weise wieder auf die einzelnen Monopolgruppen, Monopole und Kapitaleigner zurückverteilt. Sowieso bringt es das Gesetz des Ausgleichs der Profitraten der einzelnen Kapitale mit sich, daß die privaten Kapitalisten letztlich Aktionäre einer einzigen großen Aktiengesellschaft (man könnte auch sagen: Ausbeutergemeinschaft) bilden, die die gesamte Mehrwertbeute je nach Kapitalanteil unter sich verteilen.

In der Sowjetunion regelt sich die Beteiligung an der Mehrwertbeute nicht über individuelle Kapitalanteile, die auch vererbt, veräußert oder zusammengelegt werden könnten, sondern über den zugewiesenen oder erkämpften Platz in der „Nomenklatura", in der Hierarchie der Staats- und Wirtschaftsverwaltung. Insofern unterliegen die Eigentums- und Ausbeu-

zur Form der privaten Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums wird. Freilich handelt es sich dort um die gegenseitig gedeckte Aneignung von Mehrwert oder sogar Lohn- und Versicherungsgeldern außerhalb der Gesetze, die nur für den Volksbetrug dienen. Die Härte des Gesetzes trifft die Arbeiter, die das aufdecken.

Der andere Grund, warum die neue Bourgeoisie der UdSSR sich als verschworene Gemeinschaft organisieren muß, liegt in ihren Zielen nach außen. Die revisionistische Entartung der KPdSU leitete unmittelbar den Übergang zum Sozialimperialismus ein. Dabei fand die Sowjetunion die wesentlichen Märkte und Rohstoffquellen entweder von den westlichen Imperialisten kontrolliert oder durch die nationaldemokratische Revolution in den früheren Kolonien ihrem Eindringen entzogen. In der direkten ökonomischen

Selbstfahrlafetten, etc., etc. Aus dieser Ausrichtung auf Kriegsproduktion ergibt sich heute die schwere Disproportion zwischen Schwer- und Leichtindustrie in der Sowjetunion, völlig anders als zu Zeiten Stalins, wo es um die gewaltsam beschleunigte Schaffung einer Industriebasis ging.

Methoden faschistischer Diktatur kombinieren sich mit solchen, die mehr an den asiatischen Despotismus der alten Zaren erinnern, in der inneren wie der äußeren Politik. In der äußeren Politik zieht es der Sozialimperialismus wie früher der Zarismus vor, seine Expansion so „friedlich" wie möglich zu betreiben, durch die langsame und geduldige Differenzierung der potentiellen Gegner, durch die Kombination von Lockungen und der Drohung mit dem schnellen und vernichtenden Schlag, immer im Bewußtsein der eigenen Unangreifbarkeit. Wie einer der



Bankett zu Chruschtschows 60. Geburtstag, Spiegelsaal im Kreml

Appell der Krimtataren an die internationale kommunistische Bewegung, 1973

An alle kommunistischen Parteien der Welt

Zerschlagt den antisozialistischen Block der großnationalen Hegemonisten (veliko-nacional'nych gegemonistikov), stellt den proletarischen Internationalismus wieder her!

Das Volk der Krimtataren, das vom Marxismus-Leninismus ausgeht und für dessen Wiederherstellung in der nationalen Frage der Krimtataren kämpft, wendet sich erneut wegen seines nationalen Schicksals an die kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt.

Das Schicksal des Volkes der Krimtataren ist untrennbar mit der Weltgeschichte, mit dem Schicksal und den Perspektiven der Welt und des Sozialismus verbunden. Die Geschichte des Volkes der Krimtataren ist nicht nur ein Teil der Geschichte des Kolonialismus und der Annexion. Sie bildet einen besonderen Fall des Kampfes kleiner Völker gegen die imperialistische Unterjochung.

Der Zusammenschluß der Kräfte des Proletariats aller Nationen unter den Bedingungen der Gleichheit ist das fundamentale Gesetz der proletarischen Revolution bis zum Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt ... Wir kämpfen für die Rechte, deren Unanfechtbarkeit die Oktoberrevolution anerkannt, verkündet und durch juristische Akte verankert hat; und zwar ausgehend von jenen Prinzipien, die den proletarischen Charakter und das welthistorische Wesen dieser Revolution als Beginn der proletarischen Weltrevolution bestimmen:

„Die Oktoberrevolution der Arbeiter und Bauern begann unter dem Banner der Befreiung von der Knechtschaft ... Alles Lebendige und Lebensfähige befreit sich von den verhaßten Fesseln ... Es bleiben nur die Völker Rußlands, ... deren Befreiung entschlossen und endgültig durchgeführt werden muß ...

Der Rat der Volkskommissare, der den Willen der (*Sowjet-*)Kongresse ausführt, hat beschlossen, seiner Tätigkeit in der Nationalitätenfrage folgende Prinzipien zugrundezulegen:

1. Die Gleichheit und Souveränität der Völker Rußlands.
2. Das Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung, bis hin zur Lostrennung ...
3. Aufhebung aller und jeglicher nationaler und national-religiöser Privilegien und Beschränkungen.
4. Die freie Entwicklung nationaler Minderheiten und ethnischer Gruppen."

(*Deklaration der Rechte der Völker Rußlands, 1917*)

Anschläge auf diese Garantien für jede beliebige Nation – mag sie innerhalb der UdSSR liegen, durch die Staatsgrenze der UdSSR geteilt sein oder außerhalb der UdSSR liegen – sind unabhängig von Motiven und Argumenten Verrat an der proletarischen Weltrevolution, an den Interessen und Hoffnungen aller Völker ... Durch das Dekret der Regierung des revolutionären Rußlands vom 18. Oktober 1921, das die Unterschrift Lenins trägt, wurde der Urbevölkerung der Krim, den Krimtataren, die nationale Staatlichkeit, die ASSR der Krim, als Entschädigung für die lange Politik der Gewalt des Zarismus, als Waffe der Werktätigen gegen jeden Versuch, zu dieser Politik der Gewalt, der Lüge und der Provokation zurückzukehren, verliehen ...

Deshalb lehnt das Volk der Krimtataren die gegenwärtige Lage (beginnend mit dem Jahre 1944) als Konterrevolution ab. Keine marxistische Partei kann diese Lage anders beurteilen ... Der Nation der Krimtataren wurde durch einen verräterischen Banditenakt die nationale Heimat durch Aussiedlung, Zerstreuung und Festhalten in der Verbannung genommen. (*Die 400000 Krimtataren wurden 1944 unter der falschen Behauptung der Kollaboration mit den deutschen Okkupanten nach Usbekistan deportiert.*) Damit wurde die wichtigste Vorraussetzung für die nationale Existenz zerstört, Schwüre und Garantien der sozialistischen Revolution wurden mit Füßen getreten und die kolonialen Pläne des Zarismus auf der Krim verwirklicht ...

... Unter dem Deckmantel der Losung „Die Krim – eine gesamtrussische Erholungsstätte" wird die Strategie „Krim ohne Krimtataren" verwirklicht. Allein im Zeitraum von zwanzig Jahren (1950 – 1970) wuchs die Bevölkerung der Krim von 823000 auf 1813000 an. Diese Zunahme wurde durch die organisierte Umsiedlung von 2,5 – 3 Millionen slawischer Siedler erreicht, von den 650000 in diesem Zeitraum auf der Krim ansässig wurden.

... Der Versuch, in der UdSSR im Jahrhundert des Zusammenbruchs des Kolonialsystems das Kolonialsystem des Zarismus und die Rechte der Kolonisatoren über Länder und Völker, wo sie früher geherrscht haben, wiederherzustellen, stellt alle Völker vor die ernste Frage nach ihrem Schicksal im Sozialismus. Die kommunistischen Parteien der Welt tragen die Verantwortung gegenüber den Völkern; sie sind verpflichtet, diese neokolonialistischen Ansprüche vollständig zu entlarven ...

Im Laufe von drei Jahrzehnten konnte das Volk der Krimtataren nicht erreichen, daß seine nationale Frage im leninistischen Sinne gelöst wurde. Einige Millionen Briefe, mehr als fünfzig gesamtnationale Dokumente, Appelle und Anfragen an die obersten Partei- und Staatsorgane, die die Unterschrift von Hunderten bzw. etlichen Tausend werktätigen Krimtataren tragen, liegen unbehandelt in den Kanzleien der zentralen Instanzen. Die Vertreter des Volkes der Krimtataren sind seit 1964 ständig in Moskau, um direkte Verbindung zur Führung der KPdSU und des Staates zu haben. Die Gesamtzahl dieser Vertreter betrug mehr als 5000 ...

Das Volk der Krimtataren hofft, daß die kommunistischen Parteien der Welt eine unversöhnliche Haltung ge-



Einmarsch sowjetischer Truppen in Prag, 1968

Direktoren des Außenministeriums der UdSSR einem westdeutschen Korrespondenten gut gelaunt erklärte: noch immer handele die UdSSR nach der alten Kosakendevise „Sattle langsam und reite schnell". Die objektive Grundlage solcher „Friedenspolitik" liegt darin, daß der Sozialimperialismus Westeuropa nur durch eine Änderung der imperialistischen Allianzen einnehmen und beherrrschen kann. Undenkbar, Westdeutschland, Frankreich oder Italien in „Generalgouvernements" unter einem russischen Gouverneur zu verwandeln, der seine Anweisungen in kyrillischer Schrift gibt. Auch ein Krieg hätte gerade das Ziel, einen solchen Allianzwechsel wesentlicher Teile der Bourgeoisie dieser Länder zu erzwingen.

Im Innern ist die sowjetische Arbeiterklasse, wie zuletzt unter dem Zarismus, kapitalistischer Ausbeutung unterworfen, ohne zugleich die elementaren Freiheiten des Lohnarbeiters zu besitzen, die ihm sichern, daß er wenigstens den nackten Wert seiner Arbeitskraft erlösen kann. Auch nach der Reform der Paßgesetze 1974 unterliegen die Arbeiter in der Sowjetunion weitgehenden Beschränkungen der Freizügigkeit; z.B. ist der Zuzug in eine Stadt an den Nachweis einer Wohnung geknüpft. Kolchosmitglieder können nach wie vor nur mit Genehmigung des Kolchosvorsitzenden wegziehen. Durch reinen Verwaltungsakt kann ein Arbeiter gezwungen werden, eine Stadt zu verlassen oder sie nicht zu verlassen. Die nebenstehend abgedruckten Beschwerden zeigen, wie sowieso alle auf dem Papier zugesicherten Rechte zu einem bloßen Fetzen Papier werden, wenn die Arbeiterklasse keinerlei politische und gewerkschaftliche Rechte, nicht einmal das Streikrecht hat.

Wie konnte gerade in der Sowjetunion, deren Arbeiterklasse die Oktoberrevolution gemacht und den ersten proletarischen Staat der Welt aufgebaut hat, der Revisionismus siegen?

verneur zu verwandeln, der seine Anweisungen in kyrillischer Schrift gibt. Auch ein Krieg hätte gerade das Ziel, einen solchen Allianzwechsel wesentlicher Teile der Bourgeoisie dieser Länder zu erzwingen.

Im Innern ist die sowjetische Arbeiterklasse, wie zuletzt unter dem Zarismus, kapitalistischer Ausbeutung unterworfen, ohne zugleich die elementaren Freiheiten des Lohnarbeiters zu besitzen, die ihm sichern, daß er wenigstens den nackten Wert seiner Arbeitskraft erlösen kann. Auch nach der Reform der Paßgesetze 1974 unterliegen die Arbeiter in der Sowjetunion weitgehenden Beschränkungen der Freizügigkeit; z.B. ist der Zuzug in eine Stadt an den Nachweis einer Wohnung geknüpft. Kolchosmitglieder können nach wie vor nur mit Genehmigung des Kolchosvorsitzenden wegziehen. Durch reinen Verwaltungsakt kann ein Arbeiter gezwungen werden, eine Stadt zu verlassen oder sie nicht zu verlassen. Die nebenstehend abgedruckten Beschwerden zeigen, wie sowieso alle auf dem Papier zugesicherten Rechte zu einem bloßen Fetzen Papier werden, wenn die Arbeiterklasse keinerlei politische und gewerkschaftliche Rechte, nicht einmal das Streikrecht hat.

Wie konnte gerade in der Sowjetunion, deren Arbeiterklasse die Oktoberrevolution gemacht und den ersten proletarischen Staat der Welt aufgebaut hat, der Revisionismus siegen?

Zwischen dem heutigen Proletariat und dem der Oktoberrevolution liegen mehr als bloße Generationenbrüche. 1917 zählte der Kern des Proletariats Rußlands etwa 3 ½ Mio. Industriearbeiter, bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 160 Mio. Die Arbeiterklasse konzentrierte sich auf einige wenige Zentren, zu 60 – 70 Prozent waren es gelernte Arbeiter. Dies Industrieproletariat war unmittelbar der Kern der revolutionären Bewegung und der Roten Armee; hunderttausende fielen im Bürgerkrieg, im Krieg gegen die ausländischen Interventen, infolge von Hunger und Krankheit. Schon 1920 gab es nur noch 40% gelernte Arbeiter in den Fabriken. In der Phase der „Neuen Ökonomischen Politik" bildete sich ein neues, aber nicht sehr zahlreiches Proletariat. 1929 waren wieder 70% der Arbeiter gelernt. Während des großen Sprungs in der Industrialisierung und der Kollektivierung der Landwirtschaft aber wurde alles wieder umgewälzt: Millionen ehemaliger Bauern strömten auf die Riesenbaustellen und in die neuen Fabriken. Gearbeitet wurde mit der Schaufel oder selbst der bloßen Hand, oder an den neuen, großen Maschinen, immer mit revolutionärem Enthusiasmus. Es war auch eine große Lernbewegung; so konnten doch Ende der 30er Jahre immerhin knapp 50% der sprunghaft vergrößerten Arbeiterklasse als gelernt gelten.

Im Großen Vaterländischen Krieg war es wieder dieser Kern des Industrieproletariats, der das Rückgrat der Roten Armee bildete. Zwanzig Millionen Menschen verlor die Sowjetunion im Krieg gegen die faschistische Aggression. Vor allem die Frauen sowie Jugendliche vom Land nahmen die Last der Kriegsproduktion und danach des Wiederaufbaus auf ihre Schultern und bildeten den Stamm einer abermals von Grund auf neu gebildeten Arbeiterklasse, die sich zugleich äußerst rasch ausdehnte. 1940 waren noch immer 54% der Produzenten in der Landwirtschaft beschäftigt gewesen, 23% in der Industrie, 1978 waren es 39% in der Industrie und 21% in der Landwirtschaft. Absolut hat sich die Arbeiterklasse fast verdreifacht; mit den Angestellten zusammen bildet sie jetzt 80% der Bevölkerung. Und dieses Proletariat ist hoch konzentriert: schon 1967 arbeiteten ca. 60% der Ar-

sierung und der Kollektivierung der Landwirtschaft aber wurde alles wieder umgewälzt: Millionen ehemaliger Bauern strömten auf die Riesenbaustellen und in die neuen Fabriken. Gearbeitet wurde mit der Schaufel oder selbst der bloßen Hand, oder an den neuen, großen Maschinen, immer mit revolutionärem Enthusiasmus. Es war auch eine große Lernbewegung; so konnten doch Ende der 30er Jahre immerhin knapp 50% der sprunghaft vergrößerten Arbeiterklasse als gelernt gelten.

Im Großen Vaterländischen Krieg war es wieder dieser Kern des Industrieproletariats, der das Rückgrat der Roten Armee bildete. Zwanzig Millionen Menschen verlor die Sowjetunion im Krieg gegen die faschistische Aggression. Vor allem die Frauen sowie Jugendliche vom Land nahmen die Last der Kriegsproduktion und danach des Wiederaufbaus auf ihre Schultern und bildeten den Stamm einer abermals von Grund auf neu gebildeten Arbeiterklasse, die sich zugleich äußerst rasch ausdehnte. 1940 waren noch immer 54% der Produzenten in der Landwirtschaft beschäftigt gewesen, 23% in der Industrie, 1978 waren es 39% in der Industrie und 21% in der Landwirtschaft. Absolut hat sich die Arbeiterklasse fast verdreifacht; mit den Angestellten zusammen bildet sie jetzt 80% der Bevölkerung. Und dieses Proletariat ist hoch konzentriert: schon 1967 arbeiteten ca. 60% der Ar-

beiter in den 5500 größten Betrieben des Landes. Auch in den Gebieten der unterdrückten Nationalitäten ist eine moderne Arbeiterklasse entstanden. Objektiv und subjektiv (wie die Dokumente zeigen) sind die Bedingungen für einen neuen revolutionären Aufschwung der Arbeiterbewegung in der Sowjetunion vorhanden.

genüber der Willkür einnehmen werden, die zur sofortigen staatlichen Wiederherstellung, zur umfassenden Ansiedlung der Krimtataren in der Heimat und zur Wiederherstellung der revolutionären Garantien und Dekrete führen wird.

Archiv Samizdata Nr. 1450, zit. a. „Osteuropa", Januar 1976, S. A25 – A31.



M. Abdullajew. Juni 1941, auf den Feldern Aserbeidshans.

Die deutschen Aggressoren trafen auf den Widerstand aller Völker der UdSSR.

„Über die wirkliche Lage der Arbeiter am Vorabend des 60jährigen Bestehens der UdSSR"

Kopie: An die UNO
Kopie: An die Regierungen der an der Belgrader (KSZE-) Konferenz teilnehmenden Staaten, und zur Weiterleitung an die sowjetische Delegation

Wir sind sowjetische Bürger aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten, haben uns früher nicht gekannt und sind uns erst an der Kreuzung unserer – im wahrsten Sinne des Wortes – Leidenswege begegnet. Wir sind Menschen verschiedenster Nationalitäten und kommen aus allen Teilen unseres Landes, und wir alle sehen heute keinen anderen Ausweg mehr, als uns an die sogenannte „bourgeoise" Presse zu wenden. Uns, die wir ehrliche Arbeiter der sozialistischen Gesellschaft sind und zur Schaffung der materiellen Errungenschaften des Landes beigetragen haben, uns will niemand mehr anhören: weder unsere Führer, noch die Presse, noch die Partei- und Regierungsorgane, die kraft ihrer Bestimmung und ihres Amtes uns anzuhören und unsere Probleme zu lösen verpflichtet wären … *(Die Unterzeichner haben sich zur „Freien Vereinigung der Werktägigen aller Berufe", SMOT, zusammengeschlossen, die sich als eine unabhängige Gewerkschaft versteht.)*

Die nachfolgend angeführten Fälle haben sich tatsächlich ereignet und können alle durch entsprechende Unterlagen belegt werden. *(Es folgen 22 Fälle. Einige davon:)*

Iwanow Nikolai Pawlowitsch

„Von 1958 bis 1976 war ich als Raupenführer im Sokolowski-Sarbaiski-Bergwerkskombinat der Stadt Rudnyi, in der Kasachischen SSR, beschäftigt. Nachdem ich 1974 versucht hatte, eine gerechte, der sowjetischen Gesetzgebung entsprechende Bezahlung meiner Arbeit zu erreichen, begann die Werksleitung, mich zu schikanieren. Ohne jede Begründung wurden mir schlechter bezahlte Arbeiten zugewiesen. Dann wurden mir die Prämien gestrichen, und als ich mich weigerte, diese Arbeiten ohne den entsprechenden Versetzungsbefehl, der laut Arbeitsgesetz in einem solchen Fall vorliegen muß, auszuführen, erhielt ich einen strengen Verweis.

Während meiner 18jährigen Berufstätigkeit habe ich nie Anlaß zu Tadel gegeben, dennoch wurde ich 1976 unter Mißachtung der Kündigungsgesetze wegen böswilliger Störung der Arbeitsordnung entlassen. Da ich immer unter schweren Bedingungen gearbeitet habe, hatte ich mir eine Berufskrankheit zugezogen. Eine Möglichkeit, sich behandeln zu lassen, gab es nicht, und die Werksleitung hat nicht das Recht, einen Kranken auf die Straße zu setzen und seine Familie dem Elend preiszugeben. Meine Gesundheit verschlechterte sich von Tag zu Tag. Und die Su-

können alle durch entsprechende Unterlagen belegt werden. *(Es folgen 22 Fälle. Einige davon:)*

Iwanow Nikolai Pawlowitsch

„Von 1958 bis 1976 war ich als Raupenführer im Sokolowski-Sarbaiski-Bergwerkskombinat der Stadt Rudnyi, in der Kasachischen SSR, beschäftigt. Nachdem ich 1974 versucht hatte, eine gerechte, der sowjetischen Gesetzgebung entsprechende Bezahlung meiner Arbeit zu erreichen, begann die Werksleitung, mich zu schikanieren. Ohne jede Begründung wurden mir schlechter bezahlte Arbeiten zugewiesen. Dann wurden mir die Prämien gestrichen, und als ich mich weigerte, diese Arbeiten ohne den entsprechenden Versetzungsbefehl, der laut Arbeitsgesetz in einem solchen Fall vorliegen muß, auszuführen, erhielt ich einen strengen Verweis.

Während meiner 18jährigen Berufstätigkeit habe ich nie Anlaß zu Tadel gegeben, dennoch wurde ich 1976 unter Mißachtung der Kündigungsgesetze wegen böswilliger Störung der Arbeitsordnung entlassen. Da ich immer unter schweren Bedingungen gearbeitet habe, hatte ich mir eine Berufskrankheit zugezogen. Eine Möglichkeit, sich behandeln zu lassen, gab es nicht, und die Werksleitung hat nicht das Recht, einen Kranken auf die Straße zu setzen und seine Familie dem Elend preiszugeben. Meine Gesundheit verschlechterte sich von Tag zu Tag. Und die Su-

che nach Gerechtigkeit bei den sowjetischen Behörden hat meine ohnehin hoffnungslose Lage nur noch verschlimmert."

Kutscherenko Warwara Iwanowa

„Ich war Fließbandarbeiterin in einer Räucherwaren- und Marinadenfabrik in der Stadt Machatschkala, in der Daghestanischen ASSR. Als ich dahinterkam, daß die Werksleitung und das Gewerkschaftskomitee Schiebergeschäfte mit den Produkten des Kombinates tätigten, begann man mich zu schikanieren, um auf diese Weise meine Entlassung zu erreichen.

Obwohl ein Arbeiter laut Gesetz ohne seine Einwilligung nicht versetzt werden darf, gab man mir zunächst eine andere, schlechter bezahlte Arbeit, in der Annahme, daß ich dann von selbst kündigen würde. Ich habe mich an die Gerichte und an die Staatsanwaltschaft der DASSR gewandt, aber man war dort nicht geneigt, mich anzuhören. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß ich nirgendwo Unterstützung finden würde, entließ mich die Werkleitung wegen angeblicher Bummelei. Das entspricht aber nicht den Tatsachen, denn ich habe die Arbeit nicht verweigert – ich wollte lediglich entsprechend bezahlt werden! Ich habe um einen Termin bei der Staatsanwaltschaft der UdSSR ersucht, aber der Staatsanwalt A.S. Buderski hat sich nicht nur geweigert, mich zu empfangen, sondern mich gewaltsam von der Miliz abführen lassen. Am 8. Juli 1977 wurde ich unter Drohungen gezwungen, zu unterschreiben, daß ich bereit sei, Moskau unverzüglich zu verlassen. Ich habe weder die öffentliche Ordnung verletzt, noch groben Unfug getrieben, sondern lediglich versucht, meine Unterlagen beim ZK der KPdSU abzugeben. Meine Beschwerden über die rechtswidrigen Festnahmen vom 8., 12. und 22. Juli durch die Miliz, von jeweils fünf und sieben Augenzeugen unterschrieben und an die Redaktion der Zeitung ‚Prawda' gerichtet, sind bis heute unbeantwortet geblieben.

Ich wurde am 26. Dezember 1972 aus der Fabrik entlassen und bin seitdem ohne Arbeit, aber kein Mensch in unserem ‚geliebten' Land kümmert sich um mich, keiner fragt sich, wovon ich lebe …"

Kozlowa Klawdia Alexandrowna

„Ich arbeitete als Lokführerin im Stahlwerk der Stadt Lipetzk und wurde 1975 wegen Kritik an den dort herrschenden sehr schlechten Arbeitsbedingungen unter Mißachtung aller Kündigungsgesetze entlassen. Um meiner Kündigung einen legalen Anstrich zu geben, behauptete die Werksleitung, ich sei wegen meiner nachlassenden Sehkraft nicht mehr einsatzfähig als Lokführerin. Im Juni 1976 wollte ich mich bei dem Stellvertretenden Generalstaatsanwalt der UdSSR, A.S. Pankratow, beschweren, aber er ließ mich nicht ausreden, kränkte mich in meiner Ehre und nannte mich eine Spekulantin. Einige Monate später legte dennoch die Stellvertretende Vorsitzende des Obersten Gerichtes, Sergejewa, Einspruch gegen meine Entlassung ein. Nach Absprache mit der Werksleitung behauptete jedoch das Lipetzker Volksgericht, eine gütliche Einigung erzielt zu haben: Angeblich wäre ich mit einer Abfindung von drei Monatslöhnen einverstanden. Das ist eine schmutzige Lüge, und ich werde meine



Arbeiter des Chemiefaserkombinates in Kursk



wa, Einspruch gegen meine Entlassung ein. Nach Absprache mit der Werksleitung behauptete jedoch das Lipetzker Volksgericht, eine gütliche Einigung erzielt zu haben: Angeblich wäre ich mit einer Abfindung von drei Monatslöhnen einverstanden. Das ist eine schmutzige Lüge, und ich werde meine

Es kann einem übel werden, wenn man hört, wie ‚frei und gut' es sich bei uns leben läßt!"
Dworetzkaja Maria Iwanowna
„Ich bin Arbeiterin in der Fabrik ‚Dshetysn' in der Stadt Alma-Ata.
Ich wende mich an die Weltöffentlichkeit: Helfen Sie mir einfachen, un-



Arbeiter des Chemiefaserkombinates in Kursk



Sitzungspause im Foyer des RGW-Gebäudes in Moskau

Arbeit nicht eher wiederaufnehmen, bis mir für die Gesamtzeit meiner erzwungenen Arbeitslosigkeit eine Entschädigung gezahlt wird. Um leben zu können, habe ich alles, was ich mir im Laufe von mehr als 20 Arbeitsjahren angeschafft hatte, verkaufen müssen."

Melentjewa Maria Petrowna

„Ich arbeite am Ziegelbrennofen in der Ziegelei Nr. 1 des Baumaterialkombinates der Stadt Alma-Ata. Das ist eine sehr schwere und gesundheitsschädliche Arbeit, und nach dem sowjetischen Gesetz muß ich vorzeitig, das heißt mit 50 Jahren, pensioniert werden. Aber wohin ich mich auch wende, ich bekomme keine klare Antwort, die Auskünfte, die man mir erteilt, waren vor zwanzig Jahren gültig und stimmen längst nicht mehr. Tatsächlich gibt es jetzt die Anordnung Nr. 2 vom 22.11.1972, Aktennummer 71289, welche besagt, daß die Beschäftigung am Ziegelbrennofen zu einer vorzeitigen Pensionierung berechtigt, das heißt im Alter von 50 Jahren.

Ich arbeite seit mehr als 27 Jahren bei diesem Unternehmen, aber sollte ich auf meinem Recht bestehen, so wie mein Mann es seinerzeit getan hat, würde man auch mich hinauswerfen, und wir wären jeglicher Existenzgrundlage beraubt. Deshalb muß ich, krank und am Ende meiner Kraft nach so vielen Jahren Schwerstarbeit, mich weiterquälen, weiter die Schikanen des Gewerkschaftsvorsitzenden Sokolow erdulden – dabei wäre es doch seine Aufgabe, die Werktätigen zu beschützen und für ihre Rechte einzutreten!"

Trawkina Wera Logwinowna

„In den letzten Jahren habe ich als Zeitungsverkäuferin gearbeitet, im Kiosk ‚Sowjetpetschjat' in Kiew, und wurde völlig grundlos entlassen. Ich habe mich an die Gerichte und an die Staatsanwaltschaft gewandt, doch nirgendwo ist man bereit, eine laut sowjetischer Gesetzgebung gebührende Untersuchung einzuleiten. Sogar eine Anmeldung bei der Staatsanwaltschaft der UdSSR oder beim ZK der KPdSU wird mir verweigert. Unsere Führer werden vom KGB und der Miliz so abgeschirmt, daß sie für das Volk unerreichbar sind. Ich habe am Großen Vaterländischen Krieg teilgenommen, war Leutnant beim medizinischen Korps, habe sowjetische Verwundete gepflegt und bin mehrfach ausgezeichnet worden.

Heute aber, da ich dem Elend preisgegeben bin, will mir keiner helfen … Es kann einem übel werden, wenn man hört, wie ‚frei und gut' es sich bei uns leben läßt!"

Dworetzkaja Maria Iwanowna

„Ich bin Arbeiterin in der Fabrik ‚Dshetysn' in der Stadt Alma-Ata.

Ich wende mich an die Weltöffentlichkeit: Helfen Sie mir einfachen, ungebildeten Frau, meinen am 6. Mai 1977 in die psychiatrische Anstalt Nr. 2 des MWD verschleppten Mann, Fedor Pawlowitsch Dworetzki, den Vater meiner drei Kinder, zu befreien! Er hat in einer Butterfabrik, später in einer Schuhfabrik im Iljinski-Bezirk am Kompressor gearbeitet und er wird in der Anstalt gefangengehalten, weil er, zusammen mit anderen Arbeitern, eine Eingabe an den OBHSS (Kriminaldezernat gegen Wirtschaftsverbrechen) über Unterschlagungen und Auszahlungen von Löhnen an nichtexistierende Arbeiter mitunterschrieben hat.

Die Verhandlung hat unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden, Zeugen waren nicht zugelassen. Ich war zwar dabei, durfte aber nicht für ihn aussagen. Die Ärztin der Psychiatrie, W.T. Lomakina, hat ihn für unzurechnungsfähig und gemeingefährlich erklärt und seine Einweisung in das Spezial-Gefängniskrankenhaus des MWD in Alma-Ata angeordnet."

Moskau, 18. September 1977

Samisdat, 11. Jg., 1978, zit. a. Arbeiteropposition in der Sowjetunion, hrsg. v. A. Schwenke, (rororo aktuell 4432), Hamburg, März 1980







Von links nach rechts: Präsident Harry Truman unterzeichnet am 25.7.1949 das Dokument, mit dem der Nordatlantikvertrag in Kraft tritt. Am 9.5.1955 trat die Bundesrepublik dem NATO-Vertrag bei. Allein in Mitteleuropa stehen gegenwärtig 27 sowjetische Divisionen, insgesamt 58 Divisionen des Warschauer Paktes, die NATO unterhält 28 präsente Divisionen, zu denen noch 15 französische Divisionen kommen – Am 21. August 1968 besetzen Truppen des Warschauer Paktes unter Führung der Sozialimperialisten die Tschechoslowakei, auf deren Gebiet vorher noch keine fremden Truppen stationiert waren, und beendeten die Politik einer Lösung des Landes vom Sozialimperialismus – Am 1. August 1975 wurde die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) mit der Unterzeich-

KSZE-Konferenz Madrid: Verhaltenskodex gegen 3. Welt und Abrüstungsschwindel

z.brp. Während die beiden Supermächte mit den von ihnen jeweils geführten Allianzen bei den großen Herbstmanövern ihren Machtanspruch auf Europa demonstrieren, wurde am 9. September in Madrid die Vorbereitungskonferenz für die am 11. November beginnende dritte Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, KSZE, eröffnet. Vertreten sind dort die beiden Supermächte USA und Sowjetunion sowie alle europäischen Staaten mit Ausnahme von Albanien und Andorra, außerdem Kanada. Die Vorbereitungskonferenz soll sich nach den Vorstellungen der westlichen Imperialisten nur mit Verfahrensfragen beschäftigen. Auf der Hauptkonferenz steht dann zur Debatte die Überprüfung der Einhaltung der Schlußakte von Helsinki durch die Unterzeichner-Staaten und Diskussion neuer Vorschläge.

1975 wurde in Helsinki die erste Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa durchgeführt nach zweieinhalbjährigen Vorbereitungen. Vor allem die Sowjetunion hatte auf Verhandlungen gedrungen, um ihren eigenen Herrschaftsbereich in Osteuropa zu sichern und eine Bresche in den gegnerischen Einflußbereich zu schlagen. So erklärte Breschnew während der Schlußphase der KSZE: ,,Das Dokument, das wir zu unterzeichnen haben, ist ein Schlußstrich unter die Vergangenheit und mit seinem Inhalt in die Zukunft gerichtet ... Die Beziehungen zwischen den Teilnehmer-Staaten sind nun auf ein solides Fundament grundlegender Prinzipien gestellt worden, die die Normen ihres Verhaltens in den Beziehungen zueinander bestimmen sollen.“ Die USA sind nur widerwillig an den Verhandlungstisch gegangen. Sie hatten nichts zu gewinnen. Allerdings haben sie es nicht versäumt, ihre westlichen Verbündeten an die Bündnispflicht mit den USA zu ermahnen sowie ihre Vormachtstellung in Westeuropa zu betonen. Präsident Ford: ,,Unseren europäischen Alliierten sagen wir: Wir im Westen müssen den Kurs, den wir gemeinsam eingeschlagen haben, nachhaltig fortsetzen und uns leiten lassen von Stärke und gegenseitigem Vertrauen. Stabilität in Europa fordert Gleichgewicht in Europa. Deshalb versichere ich Ihnen, daß mein Land nach wie vor ein besorgter und verläßlicher Partner sein wird.“ Beide Supermächte beanspruchten mit der Unterzeichnung der Schlußakte das ,,Recht“, die europäischen Angelegenheiten als ihre eigenen zu betrachten. Die BRD-Imperialisten wie die anderen westlichen Imperialisten erhofften sich durch die KSZE gewisse Einflußmöglichkeiten auf die osteuropäischen Staaten zu verschaffen und eine Ausdehnung des Waren- und Kapitalexports in diese Länder.

Die Schlußakte von Helsinki umfaßt die Komplexe: ,,Fragen der Sicherheit in Europa, Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung, Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt, Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum, Zusammenarbeit zu humanitären und anderen Bereichen, Folgen der Konferenz.“ Jugoslawien, Malta und Rumänien traten auf der Konferenz gegen die Blockpolitik der beiden Supermächte und für Blockfreiheit ein. Malta forderte die beiden Supermächte auf, ihre Flot-

mächte USA und Sowjetunion sowie alle europäischen Staaten mit Ausnahme von Albanien und Andorra, außerdem Kanada. Die Vorbereitungskonferenz soll sich nach den Vorstellungen der westlichen Imperialisten nur mit Verfahrensfragen beschäftigen. Auf der Hauptkonferenz steht dann zur Debatte die Überprüfung der Einhaltung der Schlußakte von Helsinki durch die Unterzeichner-Staaten und Diskussion neuer Vorschläge.

1975 wurde in Helsinki die erste Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa durchgeführt nach zweieinhalbjährigen Vorbereitungen. Vor allem die Sowjetunion hatte auf Verhandlungen gedrungen, um ihren eigenen Herrschaftsbereich in Osteuropa zu sichern und eine Bresche in den gegnerischen Einflußbereich zu schlagen. So erklärte Breschnew während der Schlußphase der KSZE: ,,Das Dokument, das wir zu unterzeichnen haben, ist ein Schlußstrich unter die Vergangenheit und mit seinem Inhalt in die Zukunft gerichtet ... Die Beziehungen zwischen den Teilnehmer-Staaten sind nun auf ein solides Fundament grundlegender Prinzipien gestellt worden, die die Normen ihres Verhaltens in den Beziehungen zueinander bestimmen sollen.“ Die USA sind nur widerwillig an den Verhandlungstisch gegangen. Sie hatten nichts zu gewinnen. Allerdings haben sie es nicht versäumt, ihre westlichen Verbündeten an die Bündnispflicht mit den USA zu ermahnen sowie ihre Vormachtstellung in Westeuropa zu betonen. Präsident Ford: ,,Unseren europäischen Alliierten sagen wir: Wir im Westen müssen den Kurs, den wir gemeinsam eingeschlagen haben, nachhaltig fortsetzen und uns leiten lassen von Stärke und gegenseitigem Vertrauen. Stabilität in Europa fordert Gleichgewicht in Europa. Deshalb versichere ich Ihnen, daß mein Land nach wie vor ein besorgter und verläßlicher Partner sein wird.“ Beide Supermächte beanspruchten mit der Unterzeichnung der Schlußakte das ,,Recht“, die europäischen Angelegenheiten als ihre eigenen zu betrachten. Die BRD-Imperialisten wie die anderen westlichen Imperialisten erhofften sich durch die KSZE gewisse Einflußmöglichkeiten auf die osteuropäischen Staaten zu verschaffen und eine Ausdehnung des Waren- und Kapitalexports in diese Länder.

Die Schlußakte von Helsinki umfaßt die Komplexe: ,,Fragen der Sicherheit in Europa, Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung, Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt, Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum, Zusammenarbeit zu humanitären und anderen Bereichen, Folgen der Konferenz.“ Jugoslawien, Malta und Rumänien traten auf der Konferenz gegen die Blockpolitik der beiden Supermächte und für Blockfreiheit ein. Malta forderte die beiden Supermächte auf, ihre Flot-
ten aus dem Mittelmeer zurückzuziehen und Dialog zu führen mit den nordafrikanischen und arabischen Mittelmeerländern. Die SU wollte Malta deshalb von der Konferenz ausschließen. In der Schlußakte ist aus den Forderungen Maltas ein allgemeiner Abrüstungsappell geworden. Rumänien versuchte, sich vor allem dagegen abzusichern, eines Tages im Rahmen eines Manövers des Warschauer Pakts besetzt zu werden. Tatsächliche Absicherungen konnte es nicht erreichen.

Die westdeutsche Presse würdigte die Ergebnisse der Helsinki-Konferenz, sie würden ,,den Frieden sicherer machen“. Genscher erklärte in der KSZE-Debatte im Bundestag, die Schlußakte stelle ,,politisch-moralische Absichtserklärungen“ dar. Wer Hoffnungen in die papiernen Absichtserklärungen der Imperialisten gesetzt hatte, ist inzwischen durch die tatsächlichen Vorgänge eines anderen belehrt worden. Die sozialimperialistische Supermacht ist der Drahtzieher der vietnamesischen Aggression auf das Demokratische Kampuchea, sie hat Afghanistan überfallen und führt Krieg gegen die Völker am Horn von Afrika. Die US-Imperialisten haben einen gescheiterten Invasionsversuch gegen Iran unternommen, sie haben diese Absicht nicht aufgegeben. Die westlichen Imperialisten stützen sich vor allem auf den Passus der KSZE-Schlußakte zur Respektierung der Menschenrechte, um sich massiv in die inneren Angelegenheiten der osteuropäischen Staaten einzumischen und in dem Versuch, ideologisch gegenüber dem Sozialimperialismus in die Offensive zu kommen. Ausdrücklich nahm der US-Vertreter Goldberg auf der Belgrader KSZE-Folgekonferenz 1978 das Recht auf Einmischung für die USA in Anspruch. Auf der Madrider Konferenz wollen die westlichen Imperialisten einen Verhaltenskodex gegenüber der Dritten Welt durchsetzen und sich damit dort weitere Einmischungsvorwände verschaffen. Die SU-Imperialisten machen sich stark für Abrüstung, während sie gewaltig aufgerüstet haben und mit dem Ausbau ihrer Flotte den US-Imperialisten militärisch überlegen sind. Sie verlangen in Madrid eine europäische Abrüstungskonferenz. Das Vorhaben der Imperialisten, allen voran die beiden Supermächte, einen Rauchvorhang über ihre imperialistischen Ziele zu breiten, ist bereits auf der Belgrader KSZE-Folgekonferenz durchkreuzt worden durch das strikte Eintreten Jugoslawiens für Blockfreiheit und seine Forderungen nach substantieller Absicherung der Souveränität der Staaten, was beide Supermächte abgelehnt haben. So wurde ein Schlußdokument verabschiedet, in dem es heißt, daß sich die Teilnehmer auf verschiedene Vorschläge nicht einigen konnten und das Expertenkonferenzen sowie die Madrider Konferenz einberief.

Jetzt schreibt die bürgerliche Presse, daß Polen doch die Wirksamkeit der KSZE unterstreiche: die streikenden Arbeiter hätten die Veröffentlichung der Helsinki-Schlußakte gefordert, die SU hätte nicht interveniert, und das westliche Lager hätte sich nicht eingemischt. Man muß die Tatsachen festhalten: Bewegungsfreiheit gegenüber dem Sozialimperialismus hat sich die polnische Arbeiterklasse durch die Geschlossenheit, Disziplin und Organisation ihres Kampfes verschafft. Die Kämpfe der Völker Kampucheas und Afghanistans gegen die Aggressionen des Sozialimperialismus haben sie darin ermutigt und gestärkt. Die US-Imperialisten aber hatten – wie inzwischen veröffentlicht – ,,Konsequenzen“ angedroht für den Fall eines Eingreifens der Sowjetunion in Polen. Von wegen ,,Zurückhaltung“.

Manöver der zwei Militärblöcke im Zentrum Europas

Herbstmanöver ,,Autumn Forge“ der NATO und ,,Waffenbrüderschaft 80“ des Warschauer Pakts

z.smm. Vom 8. bis zum 9. September führten die Warschauer Pakt-Staaten ihr Herbstmanöver ,,Waffenbrüderschaft 80“ in der *DDR* durch. Unter der Beteiligung von 40000 Soldaten wurden Manöver der Landstreitkräfte im Zusammenwirken mit Luftstreitkräften, Seelandeunterunternehmen an der Ostseeküste und eine Luftlandeoperation mit der Überwindung eines schwer passierbaren Hindernisses eingeübt. Zum gleichen Zeitpunkt begann die NATO ihre Herbstmanäver ,,autumn forge“ in der *BRD*. Das Schwergewicht der Übungen liegt beim Heer und der Luftwaffe. Die britische Armee wird sich mit über 80000 Soldaten an den Manövern beteiligen. ,,So stark ist die britische Armee in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr aufgetreten“. (Die Welt, 10.9.) 17000 amerikanische Soldaten, die aus den USA eingeflogen werden, werden zum erstenmal in Norddeutschland eingesetzt und nicht die in Süddeutschland stationierten amerikanischen Korps verstärken. Zu den Manövern auf dem Festland, im Zentrum Europas, führt die NATO das Seemanöver ,,teamwork 80“ durch. Es beginnt vor der Ostküste der USA und wird an der Küste Norwegens enden.

Die Manöver der beiden Supermächte mit ihren Verbündeten sind Bestandteil ihrer Kriegsvorbereitungen und ergeben zusammengenommen ein ungefähres Bild, wie der Krieg um Europa als der entscheidenden Bedingungen für den siegreichen Kampf um die Weltherrschaft zwischen den beiden Supermächten stattfinden soll. Mit den Territorien der BRD und der DDR als Zentrum.

wurden Manöver der Landstreitkräfte im Zusammenwirken mit Luftstreitkräften, Seelandeunterunternehmen an der Ostseeküste und eine Luftlandeoperation mit der Überwindung eines schwer passierbaren Hindernisses eingeübt. Zum gleichen Zeitpunkt begann die NATO ihre Herbstmanäver ,,autumn forge“ in der *BRD*. Das Schwergewicht der Übungen liegt beim Heer und der Luftwaffe. Die britische Armee wird sich mit über 80000 Soldaten an den Manövern beteiligen. ,,So stark ist die britische Armee in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr aufgetreten“. (Die Welt, 10.9.) 17000 amerikanische Soldaten, die aus den USA eingeflogen werden, werden zum erstenmal in Norddeutschland eingesetzt und nicht die in Süddeutschland stationierten amerikanischen Korps verstärken. Zu den Manövern auf dem Festland, im Zentrum Europas, führt die NATO das Seemanöver ,,teamwork 80“ durch. Es beginnt vor der Ostküste der USA und wird an der Küste Norwegens enden.

Die Manöver der beiden Supermächte mit ihren Verbündeten sind Bestandteil ihrer Kriegsvorbereitungen und ergeben zusammengenommen ein ungefähres Bild, wie der Krieg um Europa als der entscheidenden Bedingungen für den siegreichen Kampf um die Weltherrschaft zwischen den beiden Supermächten stattfinden soll. Mit den Territorien der BRD und der DDR als Zentrum.

Das letzte Korpsmanöver der NATO fand 1977 statt. Seither hat sich das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Supermächten erheblich zugunsten der sozialimperialistischen Supermacht verschoben. Mit den Aggressionen gegen das Demokratische Kampuchea und gegen Afghanistan ist es ihr gelungen, strategische Positionen zu besetzen, die 1. früher vom US-Imperialismus kontrolliert worden waren, die sie 2. näher an den Indischen Ozean bringt, was eine entscheidende Bedingung dafür ist, die US-Supermacht von den Flanken her einzukreisen, die Rohstoffverbindungen der westlichem imperialistischen Staaten zu kappen, ihre Handelswege zu kontrollieren, den japanischen Imperialismus von seiner Schutzmacht zu trennen und die sie in die Lage versetzt, Stützpunkte, die für den Seekrieg von entscheidender Bedeutung sind, am Indischen Ozean aufzubauen. Der US-Supermaccht ist dagegen mit der iranischen Revolution und dem Sturz des Schah-Regimes eine wichtige Position aus der Hand geschlagen worden. Während so die sowjetische Supermacht in ihrer Rivalität gegenüber dem US-Imperialismus bereits zum Krieg übergegangen ist, wenn sie ihn auch noch nicht direkt mit ihm austrägt, befindet sich die US-Supermacht in der Lage, vorhandene Positionen rund um die Welt zu sichern bzw. ausbauen zu müssen. Es besteht darum außer dem Interesse, die Flanken zu sichern, ein entscheidendes Interesse beim US-Imperialismus, seine Vorherrschaft in Westeuropa und seine Vorherrschaft innerhalb der NATO zu behaupten. Auf dieser Grundlage des strategischen Kräfteverhältnisses zur sowjetischen Supermacht finden die Korpsmanöver der NATO jetzt statt. Unter der Vorherrschaft der US-Supermacht und unter wesentlicher Beteiligung der englischen und westdeutschen Imperialisten wird die Geschlossenheit und Kampfkraft der NATO getestet. In diesem Zusammenhang zeigen sich die Schwierigkeiten, die die beiden Supermächte bei der Ausrichtung ihrer Bündnissysteme für den Kampf um die Weltherrschaft haben.

Handelswege zu kontrollieren, den japanischen Imperialismus von seiner Schutzmacht zu trennen und die sie in die Lage versetzt, Stützpunkte, die für den Seekrieg von entscheidender Bedeutung sind, am Indischen Ozean aufzubauen. Der US-Supermaccht ist dagegen mit der iranischen Revolution und dem Sturz des Schah-Regimes eine wichtige Position aus der Hand geschlagen worden. Während so die sowjetische Supermacht in ihrer Rivalität gegenüber dem US-Imperialismus bereits zum Krieg übergegangen ist, wenn sie ihn auch noch nicht direkt mit ihm austrägt, befindet sich die US-Supermacht in der Lage, vorhandene Positionen rund um die Welt zu sichern bzw. ausbauen zu müssen. Es besteht darum außer dem Interesse, die Flanken zu sichern, ein entscheidendes Interesse beim US-Imperialismus, seine Vorherrschaft in Westeuropa und seine Vorherrschaft innerhalb der NATO zu behaupten. Auf dieser Grundlage des strategischen Kräfteverhältnisses zur sowjetischen Supermacht finden die Korpsmanöver der NATO jetzt statt. Unter der Vorherrschaft der US-Supermacht und unter wesentlicher Beteiligung der englischen und westdeutschen Imperialisten wird die Geschlossenheit und Kampfkraft der NATO getestet. In diesem Zusammenhang zeigen sich die Schwierigkeiten, die die beiden Supermächte bei der Ausrichtung ihrer Bündnissysteme für den Kampf um die Weltherrschaft haben.
Der Widerspruch zwischen ihren Interessen als Supermächte und den Interessen der mittleren imperialistischen Länder treten zutage, wie auch die Bestrebungen der Volksmassen in den imperialistischen Ländern gegen die NATO deutlich werden.

Gleich zu Beginn hat *Belgien* die Beteiligung seines 1. Korps am Manöver aus finanziellen Gründen abgesagt. Die *Niederlande* stellen nicht die Anzahl der Soldaten zur Verfügung, wie sie von der NATO erwartet wurde. Dazu die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung“: ,,Aber auch in den Niederlanden selbst sind die drei der NATO versprochenen Divisionen nicht voll präsent. Ganze Bataillone müßten erst einmal mobil gemacht werden, damit sich die Züge und LKW-Kolonnen auf den relativ langen Weg von Holland zur Elbe machen könnten. Dazu braucht man einige Tage ... – und, was keine Selbstverständlichkeit ist, die vorangegangene Mobilmachungsorder der Regierung oder zumindest die Einberufung der Verfügungsbereitschaft. Was bei einem Überraschungsangriff geschähe, wenn die Niederländer nicht rechtzeitig zur Stelle wären, das bedarf kaum der experimentellen Klärung im Manöver.“ Die belgischen und niederländischen Einheiten sind im Kriegsfall zusammen mit britischen, englischen und amerikanischen Divisionen dem Oberbefehlshaber Europa-Mitte unterstellt. Dieser Befehlsbereich hat die Aufgabe, ,,die Sowjets im Ernstfall am Durchbruch in die Zentren Westeuropas zu hindern“. Die zuverlässigen Kräfte dieses Bereichs stellen die *deutschen* und *englischen* Imperialisten. Dazu die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung“: ,,Mag sein, daß der Gedanke an die südlichen Nachbarn der Niederländer, das I. Korps des deutschen Heeres, die Sorgen etwas mindert ... Es verfügt über vier präsente Divisionen. Sie müßten im Ernstfall während der ersten Tage eines feindlichen Angriffs auch dort verteidigen, wo eigentlich die Niederländer kämpfen sollten“. Und zur britischen Rheinarmee: ,,So störend die seit Jahren übliche Abkommandierung ganzer

sent. Ganze Bataillone müßten erst einmal mobil gemacht werden, damit sich die Züge und LKW-Kolonnen auf den relativ langen Weg von Holland zur Elbe machen könnten. Dazu braucht man einige Tage ... – und, was keine Selbstverständlichkeit ist, die vorangegangene Mobilmachungsorder der Regierung oder zumindest die Einberufung der Verfügungsbereitschaft. Was bei einem Überraschungsangriff geschähe, wenn die Niederländer nicht rechtzeitig zur Stelle wären, das bedarf kaum der experimentellen Klärung im Manöver.“ Die belgischen und niederländischen Einheiten sind im Kriegsfall zusammen mit britischen, englischen und amerikanischen Divisionen dem Oberbefehlshaber Europa-Mitte unterstellt. Dieser Befehlsbereich hat die Aufgabe, ,,die Sowjets im Ernstfall am Durchbruch in die Zentren Westeuropas zu hindern“. Die zuverlässigen Kräfte dieses Bereichs stellen die *deutschen* und *englischen* Imperialisten. Dazu die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung“: ,,Mag sein, daß der Gedanke an die südlichen Nachbarn der Niederländer, das I. Korps des deutschen Heeres, die Sorgen etwas mindert ... Es verfügt über vier präsente Divisionen. Sie müßten im Ernstfall während der ersten Tage eines feindlichen Angriffs auch dort verteidigen, wo eigentlich die Niederländer kämpfen sollten“. Und zur britischen Rheinarmee: ,,So störend die seit Jahren übliche Abkommandierung ganzer
Bataillone für ein halbes Jahr nach Nordirland auch sein mag, die Briten gehören ... zu den Musterschülern der NATO. Sie beschränken sich nicht auf eine Geste, sondern haben jahrein, jahraus 50000 bis 60000 meist männliche Soldaten da, die als Berufssoldaten – was Einstellung und Ausbildung angeht – als das Beste gelten, was derzeit an Streitkräften vorhanden ist.“ Scheint es, daß die US-Imperialisten in der Mitte zuverlässige Verbündete ste-

Presseauszüge zu den Herbstmanövern

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.9.80. Es sind große Übungen, die die NATO und ihre Mitglieder in diesem Jahr veranstalten. Das I. britische Korps wird mit 86000 Mann das größte der drei Korpsmanöver abhalten, nahezu zeitgleich mit den Übungen ,,St. George“ des III. Korps der Bundeswehr und ,,Certain Rampart“ des VII. Korps der Amerikaner. Außer den 30000 britischen Soldaten, die als Manöver-Verstärkung der Rheinarmee eigens über den Kanal gebracht worden sind, werden 17000 Amerikaner in einer ,,Reforger“-Übung aus den Vereinigten Staaten eingeflogen werden. Sie sollen – erstmals – nicht die in Süddeutschland stationierten amerikanischen Korps verstärken, sondern zusammen mit den Briten in Norddeutschland üben. Das ist ein wichtiges Novum. Es spricht für die Entschlossenheit Washingtons, auch in der besonders gefährdeten Norddeutschen Tiefebene präsent zu sein ... In der Kette der Herbstmanöver fehlt ein Glied. Die Belgier haben aus finanziellen Gründen das unter der Bezeichnung ,,Crossfire“ geplante Manöver ihres I. Korps abgesagt ... Da ist es um das I. britische Korps, das mit seinen vier Divisionen auf dem rechten Flügel des I. deutschen Korps ... steht, viel besser bestellt ... Sie beschränken sich nicht auf eine Geste, sondern haben jahrein, jahraus 50000 bis 60000 meist männliche Soldaten da, die als Berufssoldaten – was Einstellung und Ausbildung angeht –, als das beste gelten, was derzeit an Streitkräften vorhanden ist ...

Vor diesem Hintergrund bekommt die Absage der Gefechtsübung des belgischen Korps erst ihre volle Bedeutung. Korpsmanöver finden in der Regel nur alle drei Jahre statt, das letzte war 1977, das nächste wird 1983 sein. Sie sind für die beteiligten Einheiten Training und Leistungsnachweis. Sie geben wichtige Hinweise über das Leistungsvermögen, Erkenntnisse, die der belgischen Truppenführung nun fehlen werden ... Daß die amerikanische Armee Schwierigkeiten hat, teils durch den Kaufkraftverfall des Dollar, teils durch die Aufhebung der Wehrpflicht vor neun Jahren, hat sich herumgesprochen ... Aber auch um die Qualität der Waffen war es in der amerikanischen Armee schon besser gestellt als derzeit. Der Kampfpanzer M 60, seit langem in Gebrauch, ist längst veraltet, denn er hat die Technik der frühen sechziger Jahre. Die Umrüstung auf den neuen Typ XM-1 soll erst im nächsten Jahr beginnen. Benötigt werden auch gute Schützenpanzer als unerläßlicher Schutz der Infanterie auf dem Gefechtsfeld. Der Kettentransporter M-113 hat fast keine Panzerung, er gilt als zu klein und zu langsam. Ein brauchbarer Schützenpanzer, XM-2 genannt, wird für 1983 ,,erhofft“, ebenso ist es mit einem modernen Raketen-Jagdpanzer. Zur Panzerabwehr aus der Luft verfügen die Amerikaner zwar über einige hundert ,,Cobras“, die mit der ,,Tow“-Lenkrakete ausgerüstet sind, doch steht ein viel leistungsfähigeres System noch immer in der Erprobung. Das wäre nicht weiter erwähnenswert, denn Neues und Besseres gibt es in der Technik immer ... Was beunruhigt, ist die anhaltende Qualitätsverbesserung in der Ausrüstung der östlichen Truppen ... Dann







nung der Schlußakte beendet. Das Bild zeigt die Folgekonferenz in Belgrad, die bis zum März 1978 dauerte. „Das Ergebnis … entspricht zwar nicht den Erwartungen der Bundesregierung, hält aber den Weg für Fortschritte offen," stellte die Bundesregierung im Weißbuch 1979 fest – Ein Schwerpunkt der diesjährigen NATO – Herbstmanöver ist die Nachführung von Truppen. In diesem Rahmen wurde auch die Überquerung der Weser geübt. Das Bild zeigt eine Flußüberquerung durch den Leopard – Anlandung von Truppen für das Manöver der Warschauer Pakt-Staaten in der DDR „Waffenbrüderschaft" – Bei allen Manövern nährte besonders die Verwüstung des Landes den Widerstand unter den Bauern. Über 6 Mio. DM mußten im vergangenen Jahr für Manöverschäden gezahlt werden.

hen haben, so müssen sie an den Flanken der NATO mit einigen Schwierigkeiten fertig werden. An der Nordflanke bildet *Norwegen* bei der Sicherung bzw. Überwachung der Seewege nach Europa einen Eckpfeiler. Dort gibt es aber Widerstand gegen das Bestreben der US-Imperialisten, an der Grenze zur Sowjetunion Vorratslager für Kriegsmaterial einzurichten. Das ist nicht unerheblich, da Norwegen 1949 die Erklärung abgegeben hat, fremden Streitkräften auf norwegischem Boden keine Basen einzuräumen, und 1961 die Entscheidung getroffen hat, die Lagerung und Stationierung nuklearer Waffen in Norwegen nicht zuzulassen. (s. Europa-Archiv, 4/80)

In *Dänemark*, das zusammen mit der Bundesmarine für die Abriegelung der Ostseeausgänge für die sozialimperialistische Flotte eingeteilt ist, hat eine Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei auf dem Parteitag die eigene Minderheitenregierung aufgefordert, den Verteidigungshaushalt einzufrieren, was natürlich dem NATO-Beschluß von 1977, daß die Mitgliedsstaaten die Verteidigungsausgaben um jährlich 3% zu steigern haben, widerspricht. An der Südflanke haben die US-Imperialisten noch massivere Probleme.

In *Griechenland* und in der *Türkei* sind die Abhöranlagen der NATO, über die die Funkverbindungen der russischen Land-, See-, und Luftstreitkräfte abgehört werden, stationiert, ebenfalls 14 Luftwarnstationen. Dort wird der Zugang der 3. Eskadra der Sozialimperialisten ins Mittelmeer kontrolliert, wie auch die 6. US-Flotte wesentliche Stützpunkte auf griechischem Territorium unterhält. Die US-Imperialisten hoffen, daß der Militärputsch in der Türkei jetzt dort für sie stabile Verhältnisse schafft. In Griechenland, das aus dem militärischen

die Erklärung abgegeben hat, fremden Streitkräften auf norwegischem Boden keine Basen einzuräumen, und 1961 die Entscheidung getroffen hat, die Lagerung und Stationierung nuklearer Waffen in Norwegen nicht zuzulassen. (s. Europa-Archiv, 4/80)

In *Dänemark*, das zusammen mit der Bundesmarine für die Abriegelung der Ostseeausgänge für die sozialimperialistische Flotte eingeteilt ist, hat eine Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei auf dem Parteitag die eigene Minderheitenregierung aufgefordert, den Verteidigungshaushalt einzufrieren, was natürlich dem NATO-Beschluß von 1977, daß die Mitgliedsstaaten die Verteidigungsausgaben um jährlich 3% zu steigern haben, widerspricht. An der Südflanke haben die US-Imperialisten noch massivere Probleme.

In *Griechenland* und in der *Türkei* sind die Abhöranlagen der NATO, über die die Funkverbindungen der russischen Land-, See-, und Luftstreitkräfte abgehört werden, stationiert, ebenfalls 14 Luftwarnstationen. Dort wird der Zugang der 3. Eskadra der Sozialimperialisten ins Mittelmeer kontrolliert, wie auch die 6. US-Flotte wesentliche Stützpunkte auf griechischem Territorium unterhält. Die US-Imperialisten hoffen, daß der Militärputsch in der Türkei jetzt dort für sie stabile Verhältnisse schafft. In Griechenland, das aus dem militärischen
Flügel der NATO ausgetreten ist, steht die Forderung der Oppositionspartei, der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung, nach Auflösung der US-Stützpunkte.

Die andere Supermacht steht vor dem Problem mit Staaten einen Krieg führen zu müssen, die sie mit dem Militärstiefel nur mühsam unter Kontrolle halten kann.

Rumänien, obwohl Mitglied des Warschauer Paktes, unterstützt die kämpfenden Völker der 3. Welt in ihrem Kampf für nationale Unabhängigkeit gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus und verteidigt selbst hartnäckig seine Unabhängigkeit gegenüber den Sozialimperialisten.

Die Arbeiterklasse *Polens* wird kaum an der Seite des Sozialimperialismus in den imperialistischen Krieg ziehen. Herald Tribune, 8.9.: „1957 wurde eine Übereinkunft getroffen, wonach die Sowjetunion die polnische Souveränität nicht verletzen kann, und das sowjetische Militär selbst dem polnischen Recht unterworfen ist. In dieser Übereinkunft ist festgehalten, daß die zwei in Polen stationierten gepanzerten Divisionen vor jeder militärischen Übung die Billigung bei der polnischen Regierung ersuchen müssen." Im Gegensatz dazu ist die *DDR* von den sowjetischen Truppen nicht nur besatzt, darüberhinaus ist die Nationale Volksarmee direkt dem Oberkommando des Warschauer Paktes unterstellt, wie die Bundeswehr direkt dem Oberkommando der NATO. Die NVA ist die einzige Armee im Warschauer Pakt, die mit ähnlich modernem Gerät wie die Armee der Sozialimperialisten ausgerüstet ist. So hat z.B. die polnische Armee als modernstes Flugzeug die Mig 21, die in den 60iger Jahren gebaut wurde, und die Armee der CSSR keinen neueren Panzer, als die von der Sowjetunion Anfang der 60iger Jahre gebauten. (Nach Herald Tribune, 8.9.) Die NVA bildet zusammen mit der Roten Armee den Kern der Angriffstruppe der Sozialimperialisten. Allen anderen Armeen ist die Sicherung der Nachschublinien zugeteilt. Die Völker Osteuropas sind im Aufmarschplan des Sozialimperialismus ein Sicherheitsrisiko.

Es gibt reichliche Widersprüche in den Bündnissen der beiden Super-

de eine Übereinkunft getroffen, wonach die Sowjetunion die polnische Souveränität nicht verletzen kann, und das sowjetische Militär selbst dem polnischen Recht unterworfen ist. In dieser Übereinkunft ist festgehalten, daß die zwei in Polen stationierten gepanzerten Divisionen vor jeder militärischen Übung die Billigung bei der polnischen Regierung ersuchen müssen." Im Gegensatz dazu ist die *DDR* von den sowjetischen Truppen nicht nur besatzt, darüberhinaus ist die Nationale Volksarmee direkt dem Oberkommando des Warschauer Paktes unterstellt, wie die Bundeswehr direkt dem Oberkommando der NATO. Die NVA ist die einzige Armee im Warschauer Pakt, die mit ähnlich modernem Gerät wie die Armee der Sozialimperialisten ausgerüstet ist. So hat z.B. die polnische Armee als modernstes Flugzeug die Mig 21, die in den 60iger Jahren gebaut wurde, und die Armee der CSSR keinen neueren Panzer, als die von der Sowjetunion Anfang der 60iger Jahre gebauten. (Nach Herald Tribune, 8.9.) Die NVA bildet zusammen mit der Roten Armee den Kern der Angriffstruppe der Sozialimperialisten. Allen anderen Armeen ist die Sicherung der Nachschublinien zugeteilt. Die Völker Osteuropas sind im Aufmarschplan des Sozialimperialismus ein Sicherheitsrisiko.

Es gibt reichliche Widersprüche in den Bündnissen der beiden Super-
mächte. Diese Widersprüche werden sich dann richtig entfalten, wenn im Zentrum des Ringens der beiden Supermächte die Arbeiterklasse bewußt Front gegen den imperialistischen Krieg bezieht. Abschluß eines Friedensvertrages, Austritt aus der NATO und dem Warschauer Pakt schieben den Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächten im Zentrum ihrer Rivalität einen Riegel vor.

---

wird die ohnehin gegebene quantitative Überlegenheit des Warschauer Pakts auf die westliche Sicherheitspolitik noch stärker spürbar werden. Das ist der Hintergrund, vor dem die NATO-Staaten in diesem Herbst ihre Verteidigungsfähigkeit überprüfen – soweit sie es tun.

BBC I, England, 8.3.80. Europa sah heute den offiziellen Beginn etwa der größten Manöver, die die Armeen von NATO und Warschauer Pakt je durchgeführt haben. Das Ziel der Übung, … besteht darin, die Probleme festzustellen, die bei einer eiligen Verstärkung entstehen. Die Logistik-Kommandeure der Armee sagen, sie haben bereits viel gelernt. Sie haben entdeckt, daß Roll-on-Roll-off-Fähren in Konvoiordnung beladen werden müssen, so daß die LKWs so herauskommen, wie sie gebraucht werden, statt mit größtmöglicher Platzausnutzung. Das gegenwärtige System hat zu stundenlangen Verzögerungen im Hafen geführt. Und sie haben bestätigt, was schon jedermann vermutet hatte: Diese Art von Operation braucht viel mehr Mann, als die Armee zur Verfügung hat … Was sind die Hauptlehren? … Scotter, Oberkommandierender der Rheinarmee. Das erste ist der Gesichtspunkt der Verstärkung unserer äußeren Verteidigungslinien, um festzustellen, ob die Soldaten zusammenpassen mit dem 1. britischen Korps, das hier draußen unsere Hauptkampftruppe ist. Außerdem werden erstmals die Verstärkungen der Amerikaner, die meistens nach Süddeutschland hereingebracht werden, diesmal nach Norddeutschland kommen und zusammen mit uns an unserer Übung teilnehmen. Und auch daraus werden wir lernen …

Neue Zürcher Zeitung, 10.9.80. … Nach einer ersten Analyse der allerdings nur mangelhaften östlichen Veröffentlichungen über das Manöver entspricht das militärische Planspiel dem vorjährigen NATO-Manöver in der Bundesrepublik. Einem Landungsunternehmen an der Meeresküste folgt eine Durchquerung der Mecklenburgischen Tiefebene, ehe im eigentlichen Manövergebiet die Verteidiger den Gegenschlag versuchen.

Rüstungsjahrbuch '80/81 – Stockholmer Friedensforschungsinstitut legt Daten zur Rüstungspolitik vor

z.gkr. Die Aggressionen der Sozialimperialisten einerseits, der Beschluß der NATO zu den Mittelstreckenraketen, Eingreifen der US-Imperialisten im Iran und im Nahen Osten andererseits, alles das hat die Aufmerksamkeit gegenüber den Rüstungsanstrengungen der beiden Supermächte und der von ihnen geführten Allianzen erhöht. Es ist nicht weiter erstaunlich, daß nun fast gleichzeitig zwei neue Taschenbücher bei rororo aktuell erschienen sind, die sich mit den Problemen der Rüstung befassen.

„Aufrüsten, um abzurüsten? Informationen zur Lage" (1), so das eine Taschenbuch, herausgegeben von dem linken Sozialdemokraten Freimut Duve. Es enthält im wesentlichen Ausführungen zur sozialdemokratischen Theorie über Abrüstung. Auch für das andere Taschenbuch, mit dem wir uns hier befassen wollen, „Rüstungsjahrbuch '80/81" (2) zeichnet Freimut Duve als Herausgeber. Es ist eine auszugsweise Übersetzung des Jahrbuchs 1980 des Internationalen Instituts für Friedensforschung in Stockholm (SIPRI, Stockholm International Peace Research Institute). Das SIPRI wurde 1966 auf Beschluß des schwedischen Parlaments gegründet, und es gehört heute zu den wichtigsten und wohl auch zuverlässigsten Quellen in den Fragen der Rüstung, des Waffenhandels, Abkommen über Rüstungsbegrenzung und Vergleich der militärischen Stärken der beiden Militärblöcke. Das in der Übersetzung in Taschenbuchform vorliegende Jahrbuch befaßt sich im wesentlichen mit 4 Komplexen: Die Militärausgaben im Vergleich für verschiedene Staaten; die Produktion von Waf-

genüber den Rüstungsanstrengungen der beiden Supermächte und der von ihnen geführten Allianzen erhöht. Es ist nicht weiter erstaunlich, daß nun fast gleichzeitig zwei neue Taschenbücher bei rororo aktuell erschienen sind, die sich mit den Problemen der Rüstung befassen.

„Aufrüsten, um abzurüsten? Informationen zur Lage" (1), so das eine Taschenbuch, herausgegeben von dem linken Sozialdemokraten Freimut Duve. Es enthält im wesentlichen Ausführungen zur sozialdemokratischen Theorie über Abrüstung. Auch für das andere Taschenbuch, mit dem wir uns hier befassen wollen, „Rüstungsjahrbuch '80/81" (2) zeichnet Freimut Duve als Herausgeber. Es ist eine auszugsweise Übersetzung des Jahrbuchs 1980 des Internationalen Instituts für Friedensforschung in Stockholm (SIPRI, Stockholm International Peace Research Institute). Das SIPRI wurde 1966 auf Beschluß des schwedischen Parlaments gegründet, und es gehört heute zu den wichtigsten und wohl auch zuverlässigsten Quellen in den Fragen der Rüstung, des Waffenhandels, Abkommen über Rüstungsbegrenzung und Vergleich der militärischen Stärken der beiden Militärblöcke. Das in der Übersetzung in Taschenbuchform vorliegende Jahrbuch befaßt sich im wesentlichen mit 4 Komplexen: Die Militärausgaben im Vergleich für verschiedene Staaten; die Produktion von Waf-
fen und der Waffenhandel, eurostrategische Waffen, Atomwaffen und die SALT II-Vereinbarungen und schließlich weitere Fragen der Rüstungsbegrenzung und -kontrolle.

Militärausgaben: Mit einer ausführlichen Begründung und Erläuterung der Berechnungsmethoden enthält das Buch eine Zeitreihe der Militärausgaben sowohl der imperialistischen Staaten wie auch einer Reihe von Staaten der Dritten Welt. „Es sind vor allem die bedrohlichen Zahlen für die beiden großen Militärblöcke, die am meisten beunruhigen. Wie gewöhnlich sind die Informationen einseitig: Es kann dokumentiert werden, was in der NATO vor sich geht, von dem, was in der Sowjetunion geschieht, können nur unscharfe Eindrücke vermittelt werden." (S. 36) Das SIPRI sucht einen Weg zwischen den niedrigen offiziellen Angaben aus der Sowjetunion und den hohen Schätzungen des CIA. Dabei geht es nicht einfach um die Glaubwürdigkeit der Zahlen, es gibt vor allem unterschiedliche Interessen, mit denen diese Untersuchungen durchgeführt werden.

Das CIA berechnet seine Werte nach der Methode: Was würde ein Rüstungspotential, wie es die SU jährlich produziert, in den USA kosten. Insofern kommt in dieser Berechnung das Interesse zum Ausdruck, ein Maß für die militärische Größe der Rüstung der Sozialimperialisten zu erhalten. Das SIPRI-Jahrbuch (und damit der Übersetzer) hält dagegen, daß die Höhe der Ausgaben noch nichts über die militärische Stärke aussagen müsse, es könnten uneffektive Ausgaben enthalten sein, die Technologie kann unterschiedlich sein. Für die im Jahrbuch durchgeführte Berechnung wird festgehalten: „Der Hauptzweck der SIPRI-Daten besteht darin, einen Maßstab für das Ausmaß der Mittel zu liefern, die von den Militärsektoren in verschiedenen Ländern, Regionen und global absorbiert werden, d.h. die ‚Opportunitätskosten' von militärischen Ausgaben aufzuzeigen. Die Absicht liegt nicht darin, einen Maßstab für militärische Stärke zu liefern." (S. 67)

„Die weltweiten Ausgaben für Rüstung haben sich auf beunruhigende Weise weiterentwickelt. Die UN-‚Abrüstungsdekade' endet buchstäblich als totaler Mißerfolg. Es war ein Hauptziel (dieser Bemühungen) gewesen, die immensen Rüstungslasten, die von der Weltwirtschaft getragen werden, wenigstens etwas zu reduzieren, und man hatte gehofft, einen Teil dieser Ressourcen als Entwicklungshilfe in die Länder der Dritten Welt umzuleiten. Dies war ein Ziel, das im Prinzip von buchstäblich allen führenden Persönlichkeiten in der Weltpolitik gutgeheißen worden war." (S. 35)

Die Kritik bleibt an der Erscheinung haften, weil sie nicht von den Interessen der Staaten ausgeht. Die Supermächte, deren Militärausgaben die weitaus höchsten sind, verfolgen das Ziel der Weltherrschaft. Die Länder der Dritten Welt, bei denen die höchsten Steigerungsraten in den Militärausgaben festzustellen sind, verfolgen das Interesse, Unabhängigkeit zu erlangen und zu verteidigen. Gegen das erste muß man entschieden sein, das Streben der Länder der Dritten Welt aber ebenso entschieden unterstützen. Das Jahrbuch des Friedensforschungsinstituts aber wendet sich unterschieds-

portunitätskosten' von militärischen Ausgaben aufzuzeigen. Die Absicht liegt nicht darin, einen Maßstab für militärische Stärke zu liefern." (S. 67)

„Die weltweiten Ausgaben für Rüstung haben sich auf beunruhigende Weise weiterentwickelt. Die UN-‚Abrüstungsdekade' endet buchstäblich als totaler Mißerfolg. Es war ein Hauptziel (dieser Bemühungen) gewesen, die immensen Rüstungslasten, die von der Weltwirtschaft getragen werden, wenigstens etwas zu reduzieren, und man hatte gehofft, einen Teil dieser Ressourcen als Entwicklungshilfe in die Länder der Dritten Welt umzuleiten. Dies war ein Ziel, das im Prinzip von buchstäblich allen führenden Persönlichkeiten in der Weltpolitik gutgeheißen worden war." (S. 35)

Die Kritik bleibt an der Erscheinung haften, weil sie nicht von den Interessen der Staaten ausgeht. Die Supermächte, deren Militärausgaben die weitaus höchsten sind, verfolgen das Ziel der Weltherrschaft. Die Länder der Dritten Welt, bei denen die höchsten Steigerungsraten in den Militärausgaben festzustellen sind, verfolgen das Interesse, Unabhängigkeit zu erlangen und zu verteidigen. Gegen das erste muß man entschieden sein, das Streben der Länder der Dritten Welt aber ebenso entschieden unterstützen. Das Jahrbuch des Friedensforschungsinstituts aber wendet sich unterschieds-
los gegen jede Steigerung der Rüstungsausgaben und unterstützt damit in erster Linie die beiden Supermächte. Das vorgelegte Zahlenmaterial ist trotzdem interessant, es zeigt z.B. daß die Sozialimperialisten seit Beginn der 60er Jahre die Ausgaben für die Rüstung real mehr als verdoppelt haben und inzwischen mit den US-Imperialisten praktisch gleichgezogen sind, und es zeigt, bei Bewertung der neuesten Beschlüsse sowohl der US-Imperialisten wie auch der Sozialimperialisten, daß die Rüstungsausgaben erneut rascher steigen werden als in den vorangegangenen Jahren.

Wesentliche Teile der neuen Rüstungsmaßnahmen betreffen auf der Seite der NATO die Mittelstreckenraketen. Das Jahrbuch stellt dazu fest: „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (1979/1980) ist der Aufbau von eurostrategischen Systemen die beunruhigendste Entwicklung im globalen nuklearen Rüstungswettlauf. Jede mögliche Kontrolle, die SALT II auch über den atomaren Rüstungswettlauf ausüben kann, wird durch die Entwicklungen auf dem eurostrategischen Sektor untergraben. Auf der sowjetischen Seite sind Motivation und Steigerung der nuklearen Kapazität schwer einzuschätzen … Qualitativ betrachtet bieten jedoch die verbesserten Zielgenauigkeit, die Ausrüstung mit Mehrfachsprengköpfen und die verringerte Explosionskraft der SS-20 neue Möglichkeiten für ‚gezielte Schläge' gegen Westeuropa, und dies trifft auch für die verbesserte Luftfahrtelektronik und andere Charakteristika des Backfire-Bombers zu. Die NATO-Entwicklungen werden als ‚Modernisierung' bezeichnet, ein Begriff, der die Bedeutung dieser Veränderung herunterspielt. Sowohl die landgestützten Marschflugkörper (GLCM) als auch die Pershing II verleihen dem Westen qualitativ neue Fähigkeiten." Diese liegen in weit größerer Zielgenauigkeit und die damit mögliche Taktik des abgestuften Einsatzes der Atomstreitmacht macht die Gefährlichkeit dieser Entwicklung aus.

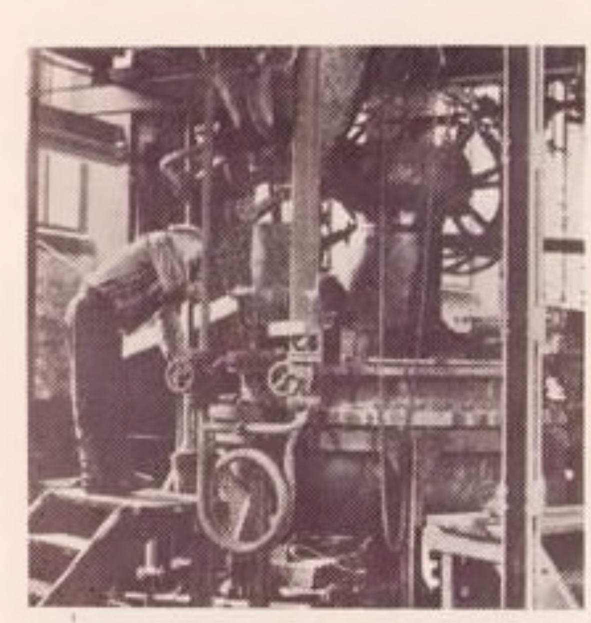
Es ist festzustellen, daß die Entwicklungen beider Supermächte in dieselbe Richtung gehen. Ohne die Zahlen im einzelnen anzuzweifeln, läßt sich aber auch feststellen, daß die Bewertung, die das Stockholmer Institut vornimmt, eher zugunsten der Sozialimperialisten ausfällt, auch in diesem Punkte entsprechend der Linie vor allem der westdeutschen Sozialdemokratie. Vor allem wird es erreicht durch Einbeziehung der Entwicklungen der US-Imperialisten, während über die weitere Entwicklung von Waffensystemen bei den Sozialimperialisten nichts ausgesagt wird, vermutlich auch, weil nicht bekannt. Ein Beispiel ist die ebenfalls mit Mittelstreckenraketen ausgerüstete „Kirov", ein neuer Schiffstyp der Sozialimperialisten, der gerade zur Erprobung in die Ostsee ausgelaufen ist. Duve als Herausgeber greift diese Tendenz des Instituts dankbar auf: „Kommen einige Friedensforscher gar zu einem Ergebnis wie, daß das Weißbuch 1979 zur Verteidigung mit falschen Bewertungen operiert, so reagiert die Militärbürokratie zwar heftig. Sie ist aber nicht zu einem klärenden Dialog bereit, sondern versucht die Friedensforschung abzuqualifizieren, mehr noch, sie erklärt indirekt die Öffentlichkeit in sicherheitspolitischen Fragen für inkompetent. Dies belegt die gegenwärti-

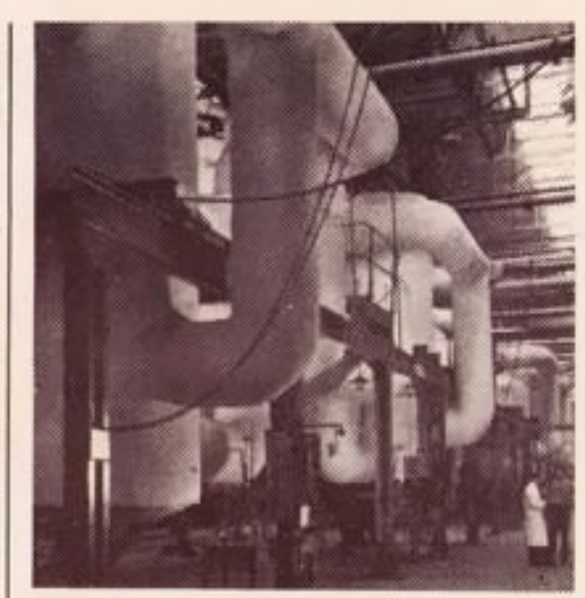
gestuften Einsatzes der Atomstreitmacht macht die Gefährlichkeit dieser Entwicklung aus.

Es ist festzustellen, daß die Entwicklungen beider Supermächte in dieselbe Richtung gehen. Ohne die Zahlen im einzelnen anzuzweifeln, läßt sich aber auch feststellen, daß die Bewertung, die das Stockholmer Institut vornimmt, eher zugunsten der Sozialimperialisten ausfällt, auch in diesem Punkte entsprechend der Linie vor allem der westdeutschen Sozialdemokratie. Vor allem wird es erreicht durch Einbeziehung der Entwicklungen der US-Imperialisten, während über die weitere Entwicklung von Waffensystemen bei den Sozialimperialisten nichts ausgesagt wird, vermutlich auch, weil nicht bekannt. Ein Beispiel ist die ebenfalls mit Mittelstreckenraketen ausgerüstete „Kirov", ein neuer Schiffstyp der Sozialimperialisten, der gerade zur Erprobung in die Ostsee ausgelaufen ist. Duve als Herausgeber greift diese Tendenz des Instituts dankbar auf: „Kommen einige Friedensforscher gar zu einem Ergebnis wie, daß das Weißbuch 1979 zur Verteidigung mit falschen Bewertungen operiert, so reagiert die Militärbürokratie zwar heftig. Sie ist aber nicht zu einem klärenden Dialog bereit, sondern versucht die Friedensforschung abzuqualifizieren, mehr noch, sie erklärt indirekt die Öffentlichkeit in sicherheitspolitischen Fragen für inkompetent. Dies belegt die gegenwärti-
ge Diskussion der sogenannten eurostrategischen Waffen … Es bleibt festzustellen, daß die weitreichenden Rüstungsentscheidungen innerhalb der NATO ohne hinreichende Information getroffen worden sind. Dieser Punkt wird in dem hier vorgelegten Jahrbuch deutlich gemacht." (Vorwort des Herausgebers, S. 8) Daß die Parlamentarier nicht richtig informiert worden seien, ist aber nicht das Problem. Es kommt auf die Möglichkeiten, die sich den US-Imperialisten mit dem Beschluß zur Stationierung von Mittelstreckenraketen eröffnen, an. Die Absicht, die die US-Imperialisten mit der Stationierung der Pershing II und der cruise missiles verfolgen, wird eher deutlich, wenn die inzwischen offiziell verkündete Änderung der Nuklearstrategie der US-Imperialisten beachtet wird.

Beurteilt man die Bewertung des SIPRI unter Berücksichtigung seiner Absicht, so ist die Zusammenstellung von Daten nützlich. Über die hier angesprochenen Punkte hinaus enthält es Angaben über Rüstungsexporte und Rüstungsproduktion, über die militärische Einsetzbarkeit von Sateliten, über Atomtestversuche und Atomkraftwerke sowie über verschiedene Verträge, deren vorgebliches Ziel die Einschränkung der Rüstungsproduktion ist, die aber in ihrem Kern in der Regel auf die Zementierung der Vorherrschaft der Supermächte hinauslaufen.

(1) Freimut Duve, Hrsg.: Aufrüsten, um Abzurüsten? Informationen zur Lage, Hamburg 1980 (rororo aktuell 4717)
(2) Stockholm International Peace Research Institut (SIPRI): Rüstungsjahrbuch '80/81, Hamburg 1980 (rororo aktuell 4735). Die Seitenangaben im Text beziehen sich auf diese Ausgabe.


Ansatzkessel im Farbenbetrieb, versehen mit Rührwerk, Einfüllöffnung, Zu- und Ableitung. Produziert wird im Chargenverfahren.


Kontaktofenstraße einer Schwefelsäureanlage in den 30iger Jahren. Schon vor 1900 läuft dieses Verfahren kontinuierlich.


Kessel zur Polymerisation von Styrol. Mehrere Chargenapparate werden hintereinander verbunden, sodaß kontinuierlich produziert werden kann.


Im Vordergrund eine Ölspaltanlage und im Hintergrund die Acetylenanlage. Kontinuierliche Produktion von Rohöl zu Acetylen.


Meßwarte in der Erdölchemie, wo die chemische Reaktion von einem Leitstand aus kontrolliert und gesteuert wird.

Technische Änderungen der Produktion nutzen die Chemiekapitalisten um die Schichtarbeit auszudehnen

r.waf. In 75% aller Betriebe der chemischen Industrie wird Schicht gearbeitet. Von den 1525000 Beschäftigten in der chemischen Industrie sind 451000 Arbeiter von Schichtarbeit betroffen, 296000 arbeiten in Vollkontischichten. Der Anteil der Schichtarbeiter an den Belegschaften liegt in der chemischen Industrie über dem Durchschnitt in der Gesamtindustrie. Auf technische Änderungen geht die Zunahme von jährlich 6000 Schichtarbeitern im Zeitraum von 1960 bis 1975 in der gesamten Industrie zurück. Die Chemiekapitalisten gehören zu den Kapitalisten, die oft von der technischen Notwendigkeit der Schichtarbeit bei der chemischen Produktion reden. Ein Großteil der Ausweitung der Schichtarbeit wird also auf ihr Konto gehen.

Der Arbeitgeberverband hatte vom Ifo-Institut vor nicht langer Zeit eine Umfrage machen lassen, mit der die Kapitalisten beweisen wollten, daß der Großteil der Nachtarbeit und Schichtarbeit technisch notwendig wäre, und deshalb auch nicht abschaffbar sei. Bei ihrer Repräsentativumfrage gaben 60% der Betriebe an, daß sie die Arbeiter in Schichtarbeit ausbeuten, weil sie technisch dazu gezwungen wären. In der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, worunter auch die Chemieindustrie fällt, stieg der Anteil sogar auf 82%. Insgesamt überwiegen die ,,technischen Zwänge'' bei den Großbetrieben.

Für die Kapitalisten gibt es auch keinerlei Grund, etwas gegen diese technischen Zwänge zu unternehmen und die Schichtarbeit abzubauen. Im Gegenteil! Nur gesetzliche Schranken wie das Verbot der Kinderarbeit haben z.B. die Textilkapitalisten dazu gebracht, ihre Maschinen so konstruieren zu lassen, daß nicht nur Kinder unter ihnen herkriechen konnten, oder die Bergbaukapitalisten gezwungen, die Stollen größer ausschlagen zu lassen, so daß nicht nur Kinder Kohle fördern konnten.

Von vorneherein werden in der Chemieindustrie immer mehr Anlagen so konstruiert, daß sie vollkontinuierlich laufen müssen. Chemische Notwendigkeit gibt es dabei kaum. So wird durch die Art der Verfahrenstechnik die technische Notwendigkeit von Vollkontischichten gleich mitproduziert. So werden z.B. Mischer, Ansatzkessel, Trockner usw. so konstruiert, daß sie immer im kontinuierlichen Produktionsprozeß eingesetzt werden können. Teilweise werden die Anlagen so geplant, daß sie sowohl im Chargen-Verfahren als auch im Konti-Verfahren einsetzbar sind. Die IG Chemie hatte 1974 auf einer tarifpolitischen Arbeitswoche festgestellt, ,,daß von seiten der Investitionsgüterindustrie keinerlei Anstrengungen unternommen wurden, eine die nächtliche Unterbrechung des Fertigungsprozesses ermöglichende Technik zu entwickeln. In diesem Umstand wird eine wesentliche Ursache für die weitere Fortschreibung der ,,produktionstechnisch unumgänglichen'' Nachtarbeit gesehen''.

Tatsächlich gibt es in der Chemieindustrie viele Anlagen, die nach 8-stündigem Arbeitstag nicht einfach abgestellt werden können. Die Revolutionierung des Produktionsprozesses haben die Chemie-Kapitalisten genutzt, die Schichtarbeit weiter auszudehnen. Während z.B. in der metallverarbeitenden Industrie das Ausgangsmaterial lediglich verformt wird, erfahren die Rohstoffe in der Chemieindustrie eine stoffliche Umwandlung. Der Reaktionsprozeß läuft meist über mehrere Stufen. Die Gesamtdauer des Prozesses dauert oft länger als der 8-stündige Normalarbeitstag. So kommt es auf die Entwicklung der Verfahrenstechnik an, ob z.B. die chemischen und physikalischen Bedingungen geschaffen werden, um zwischen den Reaktionsstufen das Reaktionsprodukt zwischenlagern oder speichern zu können. Die Entwicklung in der Verfahrenstechnik ist aber genau umgekehrt. Die Automation der Produktion führt vom Chargenverfahren zum kontinuierlichen Verfahren. Die Chemiekapitalisten bauten ihre Fabrikanlagen zu einem Verbundsystem aus, das bedeutete Entwicklung von kontinuierlichen Produktionsverfahren auch in der Weiterverarbeitung und Verwertung. Kontinuierlich laufende Verbundanlagen wurden besonders nach dem 2. Weltkrieg in der Erdölindustrie gebaut. Dort gibt es durchgängig Vollkontischichten für die Arbeiter. Den allseitig beschränkten Normalarbeitstag wird man nur durch Verbot der Nacht- und Schichtarbeit durchsetzen. Mit dem Verbot werden die Kapitalisten auch andere technische Verfahren entwickeln müssen. Nur in unumgänglichen Fällen wird man Schichtarbeit genehmigen. Feststellen werden dies die Betriebsräte und zuständigen Organe der Gewerkschaften.

Das Bestreben der Chemiekapitalisten: Umstellung von absatzweiser zur kontinuierlichen Produktion

r.waf. Die Produkte, die durch chemische Umwandlung produziert werden können und auch die angewandten Verfahren sind zahlreich. Hier soll die Entwicklung vom diskontinuierlichen zur kontinuierlichen (von der absatzweisen zur fortlaufenden) Produktion dargestellt werden. Diese Umstellung hatte zur Folge, daß zahlreiche Arbeiter in Vollkontischichten gepreßt wurden. Die Apparaturen, die zu Beginn der chemischen Produktion verwendet wurden, hauptsächlich für die Produktion von Farbstoffen Arzneimitteln und Düngemitteln, waren im wesentlichen Übertragung von Laborgeräten ins Große, z.B. Vorratsbehälter, Rührbehälter, Kühler, Filter, Trockner, Mühlen, Siebe, Pumpen usw. Über Transmissionsriemen wurden die Rührer usw. zentral angetrieben. Die Apparaturen waren meist noch nicht nach dem chemischen Reaktionsverlauf angeordnet. Die Produktion eines bestimmten Stoffes wurde portionsweise durchgeführt, im sogenannten Chargenverfahren. Eine begrenzte Menge wurde in den Reaktionsbehälter eingeleitet und die Reaktion nach einer gewissen Zeit abgebrochen. Dann wurde das Produkt abgelassen und z.B. in Filterpressen abgetrennt. Im Chargenbetrieb entstehen durch das Füllen und Entleeren der Kessel Stillstandszeiten. Verläuft die chemische Reaktion nicht über den festgelegten Normalarbeitstag hinaus, gibt es keinen Grund in Schicht zu arbeiten. Das Chargenverfahren wird heute noch angewendet bei der Produktion von kleinen Mengen wie z.B. in der Arzneimittelproduktion, der Farbstoffproduktion, der Produktion von Schädlingsbekämpfungsmitteln, Textilhilfsmitteln, Weichmachern usw.

Um jede Unterbrechung des Produktionsprozesses zu vermeiden und einen pseudokontinuierlichen Betrieb trotzdem herstellen zu können, werden zwei oder mehrere Chargenapparate zu einer sogenannten Kaskade oder Batterie verbunden. Beispiele dafür sind: Die Polymerisation von Butadien zu Styrol. 10 Autoklaven werden zur Kaskade oder Batterie verbunden. Die Verweilzeit in der Apparatur dauert etwa 15 Stunden. Oder die Polymerisation von Vinylchlorid zu Polyvinylchlorid. Während einige Kessel gerade mit der Reaktionsmasse gefüllt werden, läuft in anderen die chemische Reaktion ab, wieder andere Kessel werden entleert. So entsteht ebenfalls ein Fließbetrieb, der die technische Notwendigkeit schafft in Schichten zu arbeiten, werden keine Zwischenspeicher eingeführt.

Kontinuierliche Produktion

Schon vor der Jahrhundertwende hatten die Chemiekapitalisten damit begonnen, die Produktion von anorganischen Grundstoffen kontinuierlich zu betreiben. Dazu gehörte unter anderem die Herstellung von Schwefelsäure nach dem Kontaktverfahren, die Gewinnung von Chlor durch Elektrolyse und Magnesium mit Hilfe des elektrischen Lichtbogens. Die Weiterverarbeitung dieser Stoffe erfolgte dann meist aber wieder absatzweise, also im Chargenverfahren.

Beim kontinuierlichen Betrieb folgt die chemische Reaktion, physikalische Trennung usw. aufeinander. Die Produktionsanlage arbeitet im Fließbetrieb. Kontinuierliche Produktion bedeutet also, daß dem Apparat ununterbrochen konstant bleibende Mengen von Ausgangsstoffen zugeführt werden muß. Temperatur, Druck und Konzentration des Stoffes während der Reaktion ändern sich dadurch kaum. Das spart den Kapitalisten Energiekosten. Das gesamte Produktionsverfahren ist im Durchlauf aufeinander abgestimmt. Es entstehen so für die Kapitalisten keine Totzeiten bzw. Stillstandszeiten. Was der Kapitalist an Verschleiß von Maschinerie und Rohstoffen spart, muß der Arbeiter an Arbeitskraft mehr ausgeben durch Aufhebung der Grenzen des Normalarbeitstages.

Durch den Verbund der verschiedenen Anlagen, der Aufbereitungs- und Aufarbeitungseinrichtungen erfolgte dann auch die Weiterverarbeitung der Grundstoffe oft in kontinuierlicher Produktion. Die Automatisierung der Produktion durch Lenkung und Kontrolle der Reaktion mittels zentraler Meß- und Regeleinrichtungen trieb den Ausbau der Vollkontischichten noch weiter voran. Durch elektronische Rechenanlagen konnten dann verschiedene Produktionsabläufe weiter zentralisiert, gesteuert und kontrolliert werden. Prozessrechner ermitteln mit einem mathematischen Modell die verschiedenen Zusammenhänge zwischen der verschiedenen Größe der Eingangs- und Ausgangsstoffe in der Apparatur. Durch die Entwicklung der Meß-, Regel- und Steuerungstechnik konnte der Reaktionsprozeß räumlich getrennt von einem zentralen Leitstand aus kontrolliert werden. Oft werden mehrere Produktionsabläufe in einer solchen Meßwarte zusammengefaßt. Der Produktionsverlauf wird schematisch in Fließbildern dargestellt, Störungen werden durch Signale angezeigt. Arbeit in Meßwarten verlangt hohe Konzentration, besonders nachts ist der nervliche Verschleiß der Arbeitskraft hoch.

technische Änderungen geht die Zunahme von jährlich 6000 Schichtarbeitern im Zeitraum von 1960 bis 1975 in der gesamten Industrie zurück. Die Chemiekapitalisten gehören zu den Kapitalisten, die oft von der technischen Notwendigkeit der Schichtarbeit bei der chemischen Produktion reden. Ein Großteil der Ausweitung der Schichtarbeit wird also auf ihr Konto gehen.

Der Arbeitgeberverband hatte vom Ifo-Institut vor nicht langer Zeit eine Umfrage machen lassen, mit der die Kapitalisten beweisen wollten, daß der Großteil der Nachtarbeit und Schichtarbeit technisch notwendig wäre, und deshalb auch nicht abschaffbar sei. Bei ihrer Repräsentativumfrage gaben 60% der Betriebe an, daß sie die Arbeiter in Schichtarbeit ausbeuten, weil sie technisch dazu gezwungen wären. In der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, worunter auch die Chemieindustrie fällt, stieg der Anteil sogar auf 82%. Insgesamt überwiegen die ,,technischen Zwänge'' bei den Großbetrieben.

Für die Kapitalisten gibt es auch keinerlei Grund, etwas gegen diese technischen Zwänge zu unternehmen und die Schichtarbeit abzubauen. Im Gegen-

Von vorneherein werden in der Chemieindustrie immer mehr Anlagen so konstruiert, daß sie vollkontinuierlich laufen müssen. Chemische Notwendigkeit gibt es dabei kaum. So wird durch die Art der Verfahrenstechnik die technische Notwendigkeit von Vollkontischichten gleich mitproduziert. So werden z.B. Mischer, Ansatzkessel, Trockner usw. so konstruiert, daß sie immer im kontinuierlichen Produktionsprozeß eingesetzt werden können. Teilweise werden die Anlagen so geplant, daß sie sowohl im Chargen-Verfahren als auch im Konti-Verfahren einsetzbar sind. Die IG Chemie hatte 1974 auf einer tarifpolitischen Arbeitswoche festgestellt, ,,daß von seiten der Investitionsgüterindustrie keinerlei Anstrengungen unternommen wurden, eine die nächtliche Unterbrechung des Fertigungsprozesses ermöglichende Technik zu entwickeln. In diesem Umstand wird eine wesentliche Ursache für die weitere Fortschreibung der ,,produktionstechnisch unumgänglichen'' Nachtarbeit gesehen''.

Tatsächlich gibt es in der Chemieindustrie viele Anlagen, die nach 8-stündigem Arbeitstag nicht einfach abgestellt werden können. Die Revolutio-

ses dauert oft länger als der 8-stündige Normalarbeitstag. So kommt es auf die Entwicklung der Verfahrenstechnik an, ob z.B. die chemischen und physikalischen Bedingungen geschaffen werden, um zwischen den Reaktionsstufen das Reaktionsprodukt zwischenlagern oder speichern zu können. Die Entwicklung in der Verfahrenstechnik ist aber genau umgekehrt. Die Automation der Produktion führt vom Chargenverfahren zum kontinuierlichen Verfahren. Die Chemiekapitalisten bauten ihre Fabrikanlagen zu einem Verbundsystem aus, das bedeutete Entwicklung von kontinuierlichen Produktionsverfahren auch in der Weiterverarbeitung und Verwertung. Kontinuierlich laufende Verbundanlagen wurden besonders nach dem 2. Weltkrieg in der Erdölindustrie gebaut. Dort gibt es durchgängig Vollkontischichten für die Arbeiter. Den allseitig beschränkten Normalarbeitstag wird man nur durch Verbot der Nacht- und Schichtarbeit durchsetzen. Mit dem Verbot werden die Kapitalisten auch andere technische Verfahren entwickeln müssen. Nur in unumgänglichen Fällen wird man Schichtarbeit genehmigen. Feststellen werden dies die Betriebsräte und zuständigen Organe der Gewerkschaften.

den. Die Apparaturen, die zu Beginn der chemischen Produktion verwendet wurden, hauptsächlich für die Produktion von Farbstoffen Arzneimitteln und Düngemitteln, waren im wesentlichen Übertragung von Laborgeräten ins Große, z.B. Vorratsbehälter, Rührbehälter, Kühler, Filter, Trockner, Mühlen, Siebe, Pumpen usw. Über Transmissionsriemen wurden die Rührer usw. zentral angetrieben. Die Apparaturen waren meist noch nicht nach dem chemischen Reaktionsverlauf angeordnet. Die Produktion eines bestimmten Stoffes wurde portionsweise durchgeführt, im sogenannten Chargenverfahren. Eine begrenzte Menge wurde in den Reaktionsbehälter eingeleitet und die Reaktion nach einer gewissen Zeit abgebrochen. Dann wurde das Produkt abgelassen und z.B. in Filterpressen abgetrennt. Im Chargenbetrieb entstehen durch das Füllen und Entleeren der Kessel Stillstandszeiten.

Weichmachern usw.

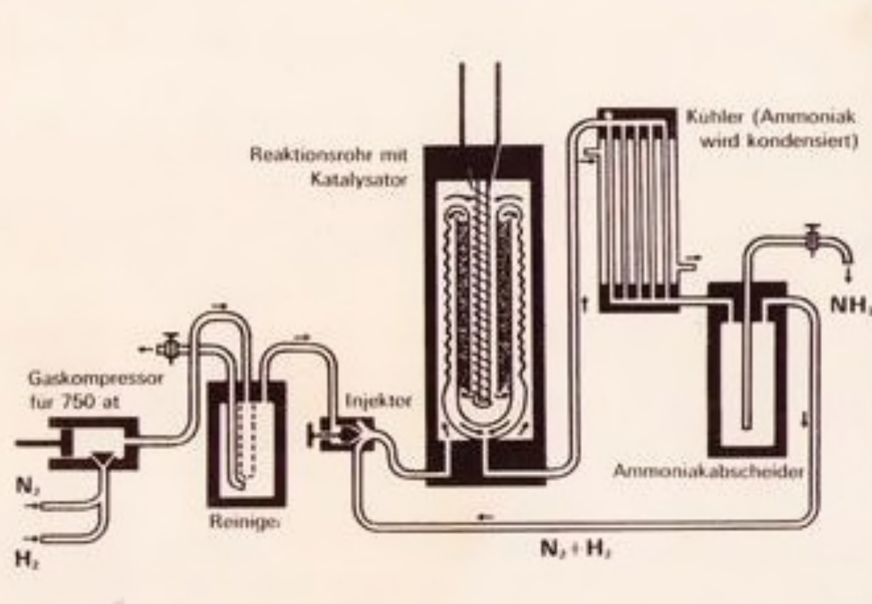
Um jede Unterbrechung des Produktionsprozesses zu vermeiden und einen pseudokontinuierlichen Betrieb trotzdem herstellen zu können, werden zwei oder mehrere Chargenapparate zu einer sogenannten Kaskade oder Batterie verbunden. Beispiele dafür sind: Die Polymerisation von Butadien zu Styrol. 10 Autoklaven werden zur Kaskade oder Batterie verbunden. Die Verweilzeit in der Apparatur dauert etwa 15 Stunden. Oder die Polymerisation von Vinylchlorid zu Polyvinylchlorid. Während einige Kessel gerade mit der Reaktionsmasse gefüllt werden, läuft in anderen die chemische Reaktion ab, wieder andere Kessel werden entleert. So entsteht ebenfalls ein Fließbetrieb, der die technische Notwendigkeit schafft in Schichten zu arbeiten, werden keine Zwischenspeicher eingeführt.

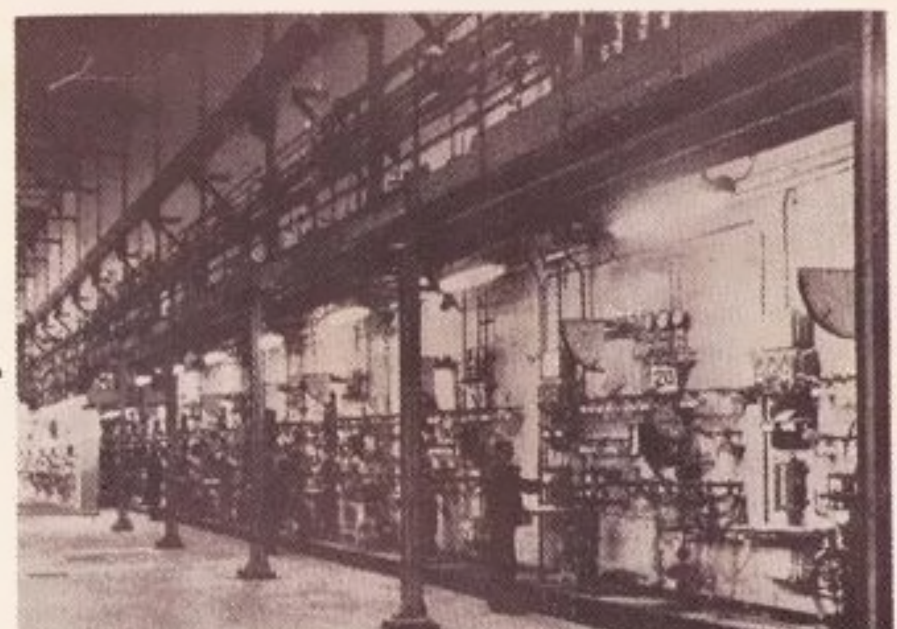
Kontinuierliche Produktion

Schon vor der Jahrhundertwende hatten die Chemiekapitalisten damit begonnen, die Produktion von anorganischen Grundstoffen kontinuierlich zu betreiben. Dazu gehörte unter anderem die Herstellung von Schwefelsäure nach dem Kontaktverfahren, die Gewinnung von Chlor durch Elektrolyse und Magnesium mit Hilfe des elektrischen Lichtbogens. Die Weiterverarbeitung dieser Stoffe erfolgte dann meist aber wieder absatzweise, also im

der Grenzen des Normalarbeitstages.

Durch den Verbund der verschiedenen Anlagen, der Aufbereitungs- und Aufarbeitungseinrichtungen erfolgte dann auch die Weiterverarbeitung der Grundstoffe oft in kontinuierlicher Produktion. Die Automatisierung der Produktion durch Lenkung und Kontrolle der Reaktion mittels zentraler Meß- und Regeleinrichtungen trieb den Ausbau der Vollkontischichten noch





Links: Schematische Darstellung der Ammoniaksynthese (Haber-Bosch-Synthese). Rechts: Bedienungsstand einer alten Ammoniakfabrik. Umstellung auf kontinuierliche Betriebsweise und damit auch die Bauweise von chemischen Fabriken brachte die von Haber und Bosch entwickelte Synthese von Ammoniak und die ihr folgende Herstellung von synthetischen Stickstoffdüngemitteln. Zwischen den verschiedenen Reaktionsstufen – die Gewinnung von Synthesegas, die Reinigung des Gases, die Verdichtung des Gases durch hohen Druck und die Synthese selbst bei hoher Temperatur – gab es keine Unterbrechung. Eine Speicherung der Produkte zwischen den Fabrikationsbetrieben war nicht vorgesehen. Der Fabrikationskomplex, der aus mehreren Umwandlungs- und Verarbeitungsbetrieben bestand, war so angelegt und geplant, daß in jeder Stufe genausoviel verarbeitet werden konnte, wie im Vorbetrieb zugeliefert wurde und dann nicht mehr produziert wurde, als in den folgenden Stufen weiterverarbeitet werden konnte.